



Nr. 102, Juni 2015

Modrow - **8. Mai 1945: Befreiung über den Tag hinaus**

Geldpolitik und Zentralbanken

Zeise - **Die Macht der Notenbanken/Müller - Zentralbanken: Überschätzte Steuerfähigkeit?**/Busch - **Geld im Focus alternativer Theorien/Ganßmann - Modern Money Theory - eine Kritik**

Islamismus und der Krieg im Mittleren Osten

Mouline - **Quellen des Djihadismus/Kulow - Islamismus zwischen Tradition und Modernität/Ali/Cockburn - Der Aufstieg von ISIS/Ruf - Religiöser Fanatismus oder Business?**

Energie und Klimapolitik

Knolle - **Klimawandel und ökonomische Theorien/Bimboes - Energiewende und erneuerbare Energien**

Geschichte der Linken

Plener - **Luxemburg und Lenin 1905-1907/Grass - Clara Zetkin und die Sozialistenkonferenz 1917/Reschke - Proletariat und Großstadt: Berlin 1929-1933**

Und: Biver - **Die europäische Linke seit 1970 (II)/Friedrich/Kuhn - Antimuslimischer Rassismus in Deutschland**

Sowie: Zuschriften, Berichte, Buchbesprechungen



Jörg Goldberg

DIE EMANZIPIATION DES SÜDENS

Die Neuerfindung des Kapitalismus
aus Tradition und Weltmarkt

Exemplarische Analysen der chinesischen Ökonomie, des »Boomkontinents« Afrika und Lateinamerikas zeigen, dass deren Aufstieg auch auf traditionellen Regelsystemen fußt, die den neoliberalen Modellen des Westens oft überlegen sind.

326 Seiten | € 18,90

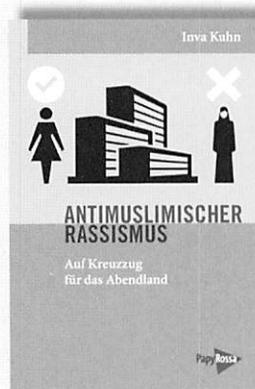


Karin Leukefeld

FLÄCHENBRAND | Syrien, Irak, die Arabische Welt und der Islamische Staat

Karin Leukefeld, in Damaskus akkreditierte Journalistin, erläutert, wie und warum die Region des »Fruchtbaren Halbmondes« in Flammen aufgeht, welche Auswirkungen dies auf die betroffenen Staaten und ihre Gesellschaften hat und welche Perspektiven sich abzeichnen.

230 Seiten | € 14,90



Inva Kuhn

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS

Auf Kreuzzug für das Abendland

Antimuslimischer Rassismus, seit Jahren von Politik und Medien mit geschürt, manifestiert sich inzwischen auf den Straßen des »Abendlandes« sowie im Erstarken rechtspopulistischer Parteien. Inva Kuhn fragt nach seinem innen- und außenpolitischen Nutzen und nach Antworten antirassistischer Politik.

110 Seiten | € 11,90

PapyRossa Verlag

Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln

Tel. (0221) 44 85 45 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

**Vierteljahresschrift
26. Jahrgang
Heft 102 (Juni 2015)**

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Joachim Becker, Joachim Bischoff, Dieter Boris
Frank Deppe, Klaus Dräger, Werner Goldschmidt
Regine Meyer, Klaus Pickshaus, Jörg Roesler
Ursula Schumm-Garling, Conny Weißbach,
Harald Werner

Redaktion:

Jörg Goldberg, André Leisewitz, Jürgen Reusch,
David Salomon, Alan Ruben van Keeken, Gerd Wiegel

5 Editorial

Hans Modrow

8 8. Mai 1945 – Befreiung über den Tag hinaus

Geldpolitik und Zentralbanken

Lucas Zeise

13 Die Macht der Notenbanken

Klaus Müller

23 Zentralbanken: Überschätzte Steuerungsfähigkeit?

Ulrich Busch

**33 Das heutige Geld im Focus alternativer Theorien
und Geschichtsbilder**

Heiner Ganßmann

41 Modern Money Theory – eine Kritik

Islamismus und der Krieg im Mittleren Osten

Nabil Mouline

52 Traditionalismus und Herrschaft

Zu den Quellen des Djihadismus in der arabischen Welt

Karin Kulow

57 Sunnitischer Islamismus im politisch-ideologischen Spannungsfeld zwischen Tradition und Modernität

Tariq Ali/Patrick Cockburn

69 Der Aufstieg von ISIS und die Ursprünge des neuen Krieges im Mittleren Osten

Werner Ruf

83 Djihadismus: Religiöser Fanatismus oder Business?

Der Fluch des Samuel P. Huntington

Energie- und Klimapolitik

Helmut Knolle

91 Der Klimawandel und die ökonomischen Theorien

Detlef Bimboes

- 104 Energiewende und erneuerbare Energien**
Entwicklungstrends in Deutschland von 1970 bis 2014
-

Geschichte der Linken

Ulla Plener

- 113 Luxemburg und Lenin**
Ihre Stellung zu Demokratie und Sozialismus in der Revolution von 1905-1907

Martin Grass

- 119 Clara Zetkin zur Planung einer internationalen Sozialistenkonferenz 1917 in Stockholm**

Oliver Reschke

- 128 Proletariat und Großstadt**
Kommunale und politische Kämpfe im Berlin der Jahre 1929-1933
-

Weitere Beiträge

Nico Biver

- 141 Verschwindet die Linke?**
Mitgliederentwicklung und Wahlergebnisse linker Parteien in Westeuropa seit den 1970er Jahren (Teil II)

Sebastian Friedrich/Inva Kuhn

- 152 Kultur statt Klasse**
Zu den ideologischen Funktionen des Antimuslimischen Rassismus in Deutschland
-

Diskussion – Kritik – Zuschriften

Rolf Geffken

- 163 Marxistische Sicht ohne Praxis?**
Anmerkungen zu Ekkehard Lieberam, Z 101
-

Berichte

Alan Ruben van Keeken/Patrick Ölkrug

- 166 Stadt, Klassen, Klassenkampf**
Frankfurt am Main, 16. bis 20. März 2015

Ruth May

- 169 Wege des Marxismus-Feminismus**
Berlin, 20. bis 22. März 2015

Gerd Wiegel

170 Linke Woche der Zukunft

Berlin, 23. bis 26. April 2015

173 Buchbesprechungen

- Bebels ambivalente Antikriegshaltung (Werner Röhr zu Helmut Bley)
- Archive zur Geschichte der Arbeiterbewegung (André Leisewitz zum Förderkreis)
- Linke Opposition in der KPD (Bertram Seidel zu Marcel Bois)
- Faschismusforschung (Gerd Wiegel zu Werner Röhr)
- Perestroika – Katastroika? (Karl-Heinz Gräfe zu Falin, Ryschkow, Ligatschow)
- Ukraine (Klaus Dräger zu Bröckers/Schreyer, Lauterbach, Kronauer)
- Aufholen ohne einzuholen (Jörg Roesler zu Philipp Ther)
- Proletarisches Leben in Frankreich (Lothar Peter zu Aurélie Filippetti)
- Zusammenbruch des Kapitalismus? (Jörg Goldberg zu Manfred Sohn)
- Historische Mission der Arbeiterklasse (Günter Benser zu Walter Rösler)
- Das diskrete Wirken der Eliten (Gert Hautsch zu Uwe Krüger)
- Eine neue Sicht auf die Kapitalismusedwicklung (Dieter Boris zu Jörg Goldberg)
- Minima Socialistica (Georg Fülberth zu Dietmar Dath)
- Krise in Griechenland (Dennis Püllmann zu Klemm/Schultheiß)
- Sozialreformen in Brasilien und Südafrika (Dieter Boris zu Bernhard Leubolt)
- Gegen den Strich (Thomas Kuczynski zu Georg Fülberth)
- Sozialistischer Außenseiter (Sebastian Klauke zu Christoph Jünke)
- Kapitalismus und Rassendenken (Jörg Goldberg zu Achille Mbembe)

221 Autorinnen und Autoren

222 Impressum

Editorial

Seit der internationalen Finanzkrise und in den Debatten um die Krise des Euro-Raumes, um Grexit und Brexit spielen Geldpolitik und Zentralbanken auch in den Tagesnachrichten eine prominente Rolle. Die anhaltende Nullzinspolitik der westlichen Notenbanken und deren vergeblicher Versuch, durch Überschwemmung der Märkte mit Geld die seit 2008 anhaltende Krise der Realwirtschaft zu überwinden, wirft dabei die Frage auf, ob die scheinbar allmächtigen Zentralbanken nicht in Wirklichkeit Papiertiger sind. Mit Bangen erwarten die Konjunkturpolitiker den Moment, in dem – vermutlich in den USA – die Geldpolitik wieder Kurs auf höhere Zinsen nehmen wird. Dieser Moment wird von Teilen des Kapitals, vor allem der Versicherungswirtschaft, heftig herbeigesehnt. Wird der Ausstieg aus der Nullzinspolitik aber eine neue Krise auslösen, bevor die alte vorbei ist? In welchem Verhältnis stehen monetäre Sphäre und Realwirtschaft zueinander?

Eine differenzierte Antwort darauf gibt *Lucas Zeise*. Seine Analyse der Politik der amerikanischen FED und der EZB zeigt, dass Geldpolitik immer dann wirkungsmächtig war, wenn es um die Eindämmung von Lohnforderungen und die Durchsetzung neoliberaler „Reformen“ ging. Dagegen ist sie ziemlich machtlos, wenn die Bekämpfung rezessiver Tendenzen auf der Tagesordnung steht. Eine Ursache diese Asymmetrie sei die vorgebliche politische Neutralität der Zentralbanken, die in Wirklichkeit Abhängigkeit von den Finanzmärkten und Unabhängigkeit von demokratischen Entscheidungen bedeutet.

Einen anderen Akzent setzt *Klaus Müller*. Er untersucht jene geldpolitischen Theorien, die den gegenwärtigen Notenbankpolitiken zugrunde liegen. Die wirtschaftspolitische Steuerungsfähigkeit der Zentralbanken werde, auch in der Linken, überschätzt. Ihre Entscheidungen seien letzten Endes Element eines komplexen Wechselmechanismus, in dem grundsätzlich güterwirtschaftliche Prozesse bestimmend sind.

Die Finanzkrise von 2008 und die wachsende Rolle finanzwirtschaftlicher Prozesse verleitet auch kapitalismuskritische Beobachter wieder dazu, den monetären Sektor zur Essenz des Kapitalismus zu erklären und – wie z.B. die Vollgeldanhänger – die Geldordnung zur Krisenursache und zum Hebel grundlegender Veränderungen zu machen. *Klaus Busch* beschäftigt sich mit drei Publikationen, die, ausgehend von teilweise alten geldkritischen und geldreformerischen Positionen, geldwirtschaftliche Veränderungen in dem Mittelpunkt stellen und kritisiert die unterschiedlichen Ansätze.

Auf aktuelle theoretische Grundlagen geldkritischer Positionen geht *Heiner Ganßmann* ein. Die „Modern Money Theorie“ (MMT) versucht, die politische Steuerungsfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft dadurch zu begründen, dass sie Geld aus dem Kredit ableitet und zu einer rein staatlichen Angelegenheit erklärt. Indem sie die aktuelle Unterordnung der staatlichen Wirtschaftspolitik unter die Finanzmärkte kritisiert, sei die MMT zwar einerseits erfrischend, andererseits sei sie aber theoretisch unzureichend.

Islamismus und der Krieg im Mittleren Osten: Den zweiten im Mittelpunkt dieses Heftes stehenden Themenkomplex zum Thema Islamismus eröffnet der Beitrag von *Nabil Mouline*: Der Autor analysiert die Gegensätze zweier Strömungen, des Wahabismus und der Muslimbrüder, die von postkolonialen Regimen im arabischen Raum immer wieder gegeneinander ausgespielt oder gegen linke und laizistische Kräfte instrumentalisiert wurden. *Karin Kulow* differenziert ebenfalls zwischen den verschiedenen Richtungen des (sunnitischen) Islamismus und ordnet diese – wie auch die Islamfeindlichkeit im Westen – in die europäisch-arabische Kolonialgeschichte ein. Sie beleuchtet unter diesem historischen Gesichtspunkt auch den Sturz der Muslimbrüder in Ägypten sowie die Rolle der von der AKP regierten Türkei in den Jahren nach dem „Arabischen Frühling“. Im Gespräch mit *Tariq Ali* erläutert *Patrick Cockburn* die Ursachen für den Aufstieg des Islamischen Staats IS. Er zeichnet nach, wie die Politik des Westens und seiner Verbündeten im Irak zu einer Ausgrenzung der Sunniten und in Syrien zu einer Stärkung des aus Al-Qaida hervorgegangenen IS führte. Ein Befund Cockburns lautet, dass sich die USA einerseits zu einem inoffiziellen Bündnis mit dem Iran genötigt sehen, andererseits aber an der Seite von dessen regionalem Hauptkonkurrenten, dem wahabitischen Saudi-Arabien, stehen. Angesichts der Einmischung äußerer Mächte und der komplizierten geopolitischen Konstellation besteht für Cockburn kaum Hoffnung auf ein baldiges Ende des syrischen Bürgerkriegs oder auch nur eine wesentliche Schwächung des IS. *Werner Ruf* betont die ökonomische Seite des Islamismus und spricht von „privatem militärischem Unternehmertum“. Teilweise finanziert aus dem Ausland, teilweise reich geworden durch Raubzüge, bieten Organisationen wie der IS vielen Mittellosen ein Einkommen: „Die meist jungen Männer (...), die beispielsweise aus Tunesien nach Syrien in den Krieg ziehen, erhalten ein Handgeld von bis zu 6.000 oder 8.000 Dollar (...). Der tägliche Sold soll bei etwa 300 Dollar liegen. Für die perspektivlosen Jugendlichen der Elendsviertel sind dies gewaltige Summen.“ In der Gesamtschau untermauert der Autor die Annahme, „dass es beim Krieg der Milizen und Banden in Syrien wenig um Religion, dafür umso mehr um Geld geht.“

Energie- und Klimapolitik: Es wird kaum noch bestritten, dass die zunehmenden Naturkatastrophen eine Folge menschengemachter Klimaveränderung sind. *Helmut Knolle* untersucht, ob und wie die wichtigsten ökonomischen Theorien sich mit diesem Phänomen auseinandersetzen und wo sich Ansätze für eine aktive Bekämpfung der globalen Erwärmung finden. Ausgehend von der an die Klassik (Smith, Ricardo, Marx) anknüpfenden Theorie von Sraffa entwickelt er Überlegungen, wie man über eine effiziente Bewertung von CO₂-Emissionsrechten den globalen CO₂-Ausstoß begrenzen könnte.

Die „Energiewende“ ist das derzeitige ehrgeizigste Industrieprojekt der Bundesrepublik. Neben dem Atomausstieg soll sie klimapolitisch zur Minderung

der Treibhausgasemissionen beitragen. *Detlef Bimboes'* Bilanz der Entwicklung der erneuerbaren Energie fällt ambivalent aus. Einerseits ist die beachtliche Zunahme der „Erneuerbaren“ an der Energiegewinnung unbestreitbar, andererseits nehmen die Versuche der durch den Atomausstieg und die Liberalisierung der Energiemärkte getroffenen großen Energieversorger zu, diesen Prozess zu bremsen und im eigenen Interesse zu kanalisieren.

Geschichte der Linken: Ulla Plener bespricht die deutsche Erstveröffentlichung der sog. „Polnischen Texte“ von Rosa Luxemburg aus den Jahren 1905/1906. Ihre Kritik der Edition bezieht sich auf den Versuch, einen Widerspruch zwischen Luxemburg und Lenin in deren Stellung zu Demokratie und Sozialismus in der Revolution von 1905-1907 zu konstruieren. Sie zeigt anhand detaillierter Textverweise gerade deren große Übereinstimmung in dieser Frage. Clara Zetkin plädierte 1917 entschieden für die Beteiligung der Fraueninternationale an einer geplanten, jedoch nicht zustande gekommenen Internationalen Sozialistenkonferenz in Stockholm 1917, die die über der Kriegsfrage gespaltenen Parteien der sozialistischen Internationale wieder zusammenführen sollte. *Martin Grass* dokumentiert Zetkins „Sammlungstaktik“ anhand seiner Quellenstudien im Zetkin-Nachlass. Kommunale und politische Kämpfe der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung im Berlin der Jahre 1929-1933 schildert *Oliver Reschke* in seinem Beitrag über „Proletariat und Großstadt“. Im Mittelpunkt stehen Mietkämpfe und die Abwehr der in die proletarischen Kiez-Bezirke eindringenden Nazis. Hervorgehoben werden die Bedeutung der sozial-kulturellen Verankerung der beiden Arbeiterparteien, ihre unterschiedliche soziale Basis sowie die Auswirkungen der politischen Spaltung der Linken.

Weitere Beiträge: Der erste Teil von *Nico Bivers* Überblick zur Entwicklung linker und sozialdemokratischer Parteien in Westeuropa seit 1970 (Z 101) hatte deren Aufschwung (bis 1975) und Niedergang (bis Anfang der 1990er Jahre) zum Gegenstand. Im zweiten Teil konstatiert er eine schrittweise Wiederbelebung der radikalen Linken – dies gilt für die Wahlergebnisse, jedoch nicht für deren Mitgliederentwicklung. Das politische „Vakuum“, das der Niedergang der Sozialdemokratie hinterlassen hat, konnte von ihr bisher nicht ausgefüllt werden. *Sebastian Friedrich* und *Inva Kuhn* untersuchen Entstehung, Merkmale und Erscheinungsformen des Antimuslimischen Rassismus, der mit kulturellen, geographischen und religiösen Besonderheiten argumentiert. Sie skizzieren Grundzüge eines antikapitalistischen Verständnisses von Antirassismus, das Klassenverhältnisse thematisiert. In Auseinandersetzung mit einem Beitrag von Ekkehard Lieberam in Z 101 plädiert *Rolf Geffken* für eine Analyse des Rechts in seiner Beziehung zur politischen und gesellschaftlichen Praxis.

Der Schwerpunkt des September-Heftes 2015 (Z 103) ist dem Thema „Digitalisierung der Arbeitswelt“ gewidmet.

Hans Modrow

8. Mai 1945 – Befreiung über den Tag hinaus

Bevor ich über mein Erleben und meine Sichten auf den 8. Mai 1945 schreibe, gestehe ich ein persönliches Verhalten zur Geschichtsschreibung.

Anfang 1961 forderte mich Professor K.-H. Jahnke auf, über die Geschichte der FDJ in den Jahren 1956 bis 1958 eine Arbeit zu schreiben, die ich an der Universität Rostock verteidigen sollte. Bald zog ich meine Zusage zurück, weil zu erkennen war, dass die Betrachtungen über diese Zeit aus durchschaubaren Gründen weit auseinander liefen und später von Erich Honecker und Paul Verner gerade die Jugendpolitik Walter Ulbrichts missbraucht wurde, um ihn zu stürzen. Neuere Geschichte wird also als Mittel der Politik eingesetzt um Macht zu erreichen und Macht zu sichern. Ein Vorgang, der bezogen auf den 8. Mai 1945 viele Phasen durchlaufen hat und heute eine spezielle Ausprägung erfährt.

Wie viele Millionen Angehörige der Wehrmacht und des Volkssturms wurde ich im Mai 1945 noch Kriegsgefangener der Roten Armee. Das geschah, so meine Erinnerung, wohl am 9. Mai zwischen Stralsund und Greifswald in der Nähe von Miltzow. Als uns, eine Gruppe von Volkssturmluten in Uniform, Rotarmisten gefangen nahmen und zum Gutshof führten, fielen dort Schüsse und uns wurde zugerufen: „Hitler kaputt!“ Ein Gefühl von Befreiung erfüllte uns nicht und wie das Leben weiter gehen sollte, war mehr als unklar.

Die Erzählungen über die Kriegsgefangenschaft sind so unterschiedlich wie die Menschen, die sie erlebt haben. Und die Bewertung des 8. Mai ist so gegensätzlich wie die Politik und die Überzeugungen der Träger von Politik bis heute sind. Wie konnte ich mich im Mai 1945 wohl als befreit fühlen, wenn nach vier Monaten Volkssturm Jahre sowjetischer Kriegsgefangenschaft beginnen sollten, die dann vier Jahre dauerten. Zunächst musste etwas losgelassen werden, ehe etwas Neues auch im Kopf beginnen konnte. Dieser Prozess begann bei mir im ganz persönlichen, menschlichen Bereich. Die schon länger Gedienten, z.B. Unteroffiziere, waren einige Jahre älter als ich mit meinen 17 Jahren und wollten weiter das Sagen haben. Aber diese Unterordnung war doch vorbei. Das Sagen hatten die Rotarmisten, die uns bewachten und zur Arbeit einsetzten. Ausgesprochene Schikane war damit nicht verbunden. Sie forderten, dass wir den Plan erfüllen. Bis Dezember 1945 befanden wir uns in Hinterpommern, um die Ernte zur Versorgung der Roten Armee mit einzubringen. Im Februar 46 ging es von Breslau aus, wohin wir im Dezember 45 gekommen waren, in das Moskauer Gebiet zur Waldarbeit und 1947 in einen Moskauer Vorort, um die Wohnungen der Moskauer zu beheizen. In den großen Lagern wie Breslau und Moskau gab es deutsche Antifaschisten, die sich bemühten, uns Kriegsgefangene über Antifa-Komitees zu erreichen. Das Thema ihrer Argumentationen war noch nicht „Befreiung“. Es ging vor allem um „Wiedergutmachung“ der Deutschen gegenüber der Sowjetunion. Wir sollten so für den Arbeitseinsatz motiviert werden. Der Erfolg hing auch davon ab,

wie weit jeder Einzelne von uns bereit war, sich die ungeheuren Zerstörungen und das Leid bewusst zu machen, das dem Land und seinen Menschen angetan worden war. Von einem Potsdamer Abkommen hörten wir, aber der genaue Inhalt war noch nicht Gegenstand unseres Interesses.

Eine weit gespannte Brücke zum Gefühl von Befreiung hat für mich Professor Nikolai Jansen mit seinen Vorlesungen über marxistische Philosophie auf der Antifa-Schule gebaut, die ich in der letzten Phase meiner Gefangenschaft als Kursant und Assistent für jeweils sechs Monate besucht habe. Die Grundthesen seiner Vorlesungen waren natürlich in dieser Zeit an Aussagen im „Kurzen Lehrgang der KPdSU“ gebunden. Aber die Offenheit, mit der er seine Anliegen vortrug, erreichte uns. Wiedergutmachung – so war mein Empfinden – hast du mit deiner Arbeit geleistet; und nun wuchs auch das Gefühl und die Überzeugung: Der Sieg der Roten Armee und ihrer westlichen Verbündeten über den deutschen Faschismus war eine Befreiung der Völker Europas.

Im Januar 1949 kehrte ich nach Deutschland, in ein für mich fremdes Land, zurück. Eltern und Geschwister waren vom sowjetisch besetzten Oder-Haff nach Schwarzenbeck bei Hamburg übergesiedelt und ich hatte als Heimatanschrift die Adresse einer Tante in Körbiskrug bei Berlin. Mein erster Arbeitsplatz war im LEW in Hennigsdorf, wo alte Lokomotiven, die einst für den Krieg gerollt waren, repariert und neue Elektroloks gebaut wurden, die vor allem als Reparationsleistungen in die UdSSR gingen. Da gab es keine Parolen „Loks für den Frieden“ oder dergleichen, sondern viel Streit mit mir, der für einen größeren Teil in der Schlosserwerkstatt der „Russe“ war. Nicht über „Befreiung“ entbrannte der Streit, sondern über die Blockade West-Berlins durch die SU und die Luftbrücke, auch über die Währungsfrage sowie über die „verlorenen Ostgebiete“, die nun die Polen und die Russen haben. Die Haltung zum letztgenannten Thema steht für mich durchaus in einem Zusammenhang mit der Haltung zum 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung.

Daher zunächst etwas über die Oder-Neiße-Grenze. Eine persönliche Beziehung erleichterte mein Eintreten für die Bezeichnung „Friedensgrenze“: Das Potsdamer Abkommen war eine völkerrechtliche Entscheidung zur Beendigung des 2. Weltkrieges in Europa und wer diese Grenze infrage stellt, kann sie nur mit militärischer Gewalt verändern. Da ich zu den Umsiedlern gehörte, aber die Grenze nicht infrage stellte, trat ich für den Frieden ein.

Was damals für mich mit Argumenten verbunden war, wurde 1989/90 zur Regierungsverantwortung. Die Bundesrepublik Deutschland wurde erst mit dem Zwei-plus-vier-Vertrag endgültig zur Anerkennung der Grenze an Oder und Neiße völkerrechtlich verpflichtet. Seit Adenauer und auch für Kohl blieb die Frage dieser Grenze offen. Das Niederknien von Willy Brandt in Warschau war ein persönliches Bekenntnis zur deutschen Schuld gegenüber dem polnischen Volk, aber kein Vertrag über die Grenze. Die DDR und Polen haben 1950 im Vertrag von Görlitz/Zgorzelec die Grenze völkerrechtlich gemäß Potsdamer Abkommen in einem Vertrag, den Otto Grotewohl und Josef Cyrankiewicz unterschrieben haben, anerkannt. Noch am 3. Februar 1990 spielte

diese Frage auf einem Podium im Rahmen des Wirtschaftsforums in Davos eine Rolle. Teilnehmer waren W. Jaruzelski, damals Präsident Polens, Calfa, Ministerpräsident der CSR, Lukanov, Ministerpräsident Bulgariens, und ich als Ministerpräsident der DDR. Das Thema der Grenze und auch des Abzuges der Sowjetarmee aus den betreffenden Ländern kam zur Sprache. Ich erklärte die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als verbindlich und für den Frieden in Europa als wesentliche Voraussetzung. Ganz persönlich betonte ich, dass dort schon einige polnische Generationen ihre Familien gegründet hätten und weder ich, der dort seine Kindheit und Jugend verbrachte, noch meine Kinder und Enkel Anspruch auf eine Veränderung der Grenze und Rückkehr haben könnten. Nach der öffentlichen Debatte meinte W. Jaruzelski zu mir, es sei gut gewesen, dass ich nicht nur als Politiker, sondern als einer, dessen persönliches Leben mit dem Problem verbunden sei, diese Haltung zum Ausdruck gebracht hätte. Es war nicht zuletzt den Bemühungen Jaruzelskis geschuldet, dass die alte Bundesrepublik mit dem Zwei-plus-vier-Vertrag zur Anerkennung der Grenze verpflichtet wurde.

Die Grenzfrage an Oder und Neiße hat mich in meinem politischen Leben ständig begleitet, ab 1975 in besonderem Maße. Es war seit 1950 Tradition, jedes Jahr die Bedeutung des Grenzvertrages mit einer feierlichen Veranstaltung zu würdigen. Ab 1975 trug ich Mitverantwortung für die Gestaltung des Ereignisses. Auf der polnischen Seite war es der Parteivorstand der PVAP in Wroclaw, später von Jelena Gora, und auf der Seite der DDR die Bezirksleitung der SED Dresden. Es begann mit einer Begegnung der Delegationen und kurzen Reden der Leiter. 1975 waren das die Ministerpräsidenten J. Cyrankiewicz und W. Stoph. Dann wurde der Gefallenen des 2. Weltkrieges gedacht und es wurden Kränze niedergelegt. Soldaten beider Armeen trugen die Kränze ihrer Regierungen. Als in den 1990er Jahren bei Besuchen von Vertretern der Bundesrepublik in Polen die Meldung verbreitet wurde, zum ersten Mal hätten deutsche Soldaten in Polen einen Kranz niedergelegt, stellte sich mir die Frage: Waren die Angehörigen der NVA keine deutschen Soldaten? Vielleicht ergibt sich die Antwort aus der Bezeichnung für Angehörige der NVA nach dem Beitritt der DDR zur BRD: „gedient in fremden Streitkräften“. (Im Grunde eine nachträgliche staatliche Anerkennung der DDR.)

Mit der Gründung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten im Jahr 1949 war der Charakter unseres Staates zu bestimmen und ihr Bezug zur Geschichte festzuhalten. Die Deutsche Demokratische Republik verstand sich als Antifaschistisch-Demokratische Ordnung und die Bundesrepublik als Nachfolgerin des Deutschen Reiches. Im „Politischen Wörterbuch“ der DDR heißt es unter dem Stichwort „antifaschistisch-demokratische Ordnung“: „Die wichtigste Aufgabe nach der Zerschlagung des Hitlerstaates im Mai 1945 bestand darin, die Wurzeln des Faschismus und des Militarismus für immer zu beseitigen. Das entsprach auch dem Potsdamer Abkommen... Die entscheidende Voraussetzung schuf die Sowjetarmee durch die Befreiung des deutschen Volkes

vom Faschismus. Der Sieg über den Faschismus veränderte das Kräfteverhältnis grundlegend.¹

Im „Wörterbuch zur Politik“ von Manfred G. Schmidt heißt es zur gleichen historischen Etappe unter dem Stichwort „Besatzungszeit“: „Im politischen Sprachgebrauch in Deutschland die Periode vom Tag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8.5.1945 in Berlin bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR (1949), während der die Staatsgewalt nach innen und außen durch die Besatzungsmächte ausgeübt wurde.“²

Dieser politische Sprachgebrauch hat sich auch nach der Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vor dem deutschen Bundestag im Jahr 1985 und nach dem Beitritt der DDR zur BRD am 3. Oktober 1990 nicht verändert. Das Wort von der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus gehört auch im 70. Jahr des Sieges der alliierten Streitkräfte über den Faschismus nicht zum politischen Sprachgebrauch in Deutschland. Schmidt schreibt im „Wörterbuch zur Politik“ sehr ausführlich über den Bundespräsidenten und stellt schließlich fest: „Im Normalfall liegt die politische Bedeutung des Amtes des Bundespräsidenten jedoch hauptsächlich in stilgebenden und repräsentativen Funktionen des Amtsinhabers.“³ Richard von Weizsäcker war über seine Amtszeit hinaus stilgebend für dieses Amt. Andere Bundespräsidenten sind bis heute daran zu messen. Meine erste Begegnung mit R. v. Weizsäcker fand bereits 1984 in Dresden statt. Er hatte sein Amt als Regierender Bürgermeister von West-Berlin beendet, stand vor der Wahl zum Bundespräsidenten und war mit seiner Frau mein Gast auf dem Weg einer Reise nach Prag. Als R. v. Weizsäcker 1985 von der Befreiung vom Faschismus sprach, war ihm gewiss bewusst, dass er für die Bundesrepublik etwas aussprach, was in der Deutschen Demokratischen Republik mit dem „Tag der Befreiung“ als Staatsfeiertag volle Anerkennung gefunden hatte. Es ging nicht einfach um den Stil, mit dem er das Amt prägte. Es ging um die historische und sehr persönliche Aussage. Er hatte am Ende des 2. Weltkrieges in der Deutschen Wehrmacht gedient und nach 1945 seinen Vater vor Gericht verteidigt, der während des Faschismus als Staatssekretär im Amt war. Er hatte Abstand und Einsicht gewonnen und daraus den Anspruch an sein Amt 40 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus. Es wurde ihm zu Lebzeiten nicht in der Form gedankt, dass seine Formulierung in den politischen Sprachgebrauch oder gar als fester Bestandteil in den Schulunterricht einging. Nur für wenige Trauertage nach seinem Tod wurde in den Medien daran erinnert. Die Bundesregierung ist 30 Jahre nach seiner Rede weit davon entfernt, den 70. Jahrestag der Befreiung als ein wichtiges politisches Ereignis zu begehen. In der politischen Würdigung von Befreiung tritt der so genannte D-Day in den Vordergrund und ver-

¹ Politisches Wörterbuch, 3. Auflage, Berlin 1978, S. 43.

² Manfred G. Schmidt, Wörterbuch zur Politik, Stuttgart 1995, S. 112.

³ Ebd., S. 155.

drängt das Wissen darum, dass die Völker der Sowjetunion, die Rote Armee, den mit Abstand höchsten Blutzoll gezahlt haben.

Der gegenwärtige Mann im Amt des Bundespräsidenten, Joachim Gauck, pflegt einen anderen Stil und setzt gefährliche Zeichen. Die von Richard von Weizsäcker gesetzten Maßstäbe sind nicht die seinen. Als Erich Honecker 1987 als Staatsgast die Bundesrepublik besuchte, wurde er vom Bundespräsidenten mit allen Ehren empfangen und erfuhr vor allem große Achtung wegen seines Kampfes gegen den Faschismus. Dieser Stil gefiel zwar Bundeskanzler Kohl nicht, aber er musste die Eigenständigkeit der Amtsausübung respektieren. Im Jahr 2015, 70 Jahre nach der Befreiung, herrscht ein anderer präsidentieller Stil. Und die Bundeskanzlerin, die diesen Präsidenten ursprünglich nicht wollte, rückt immer näher zu ihm. Im Dienstzimmer des Stadtjugendpfarrers von Rostock hingen zu DDR-Zeiten zwei Losungen: „Macht Schwerter zu Pflugscharen“ und „Stellt euch vor, es ist Krieg, und keiner geht hin“. Im Juli 2012 besuchte Gauck die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg und es gab ganz andere Töne. „Manche vergessen allzu gern, dass eine funktionierende Demokratie auch Einsatz erfordert, Aufmerksamkeit, Mut und eben manchmal auch das Äußerste, was ein Mensch geben kann: das Leben, das eigene Leben. Diese Bereitschaft zur Hingabe ist selten geworden.“⁴

Bundeskanzlerin und Bundespräsident sind sich völlig einig im Anspruch an deutsche Verantwortung, die durch wirtschaftliche Kraft und militärische Stärke zu sichern sind. Aufmerksamkeit erfordern auch die Orte, an denen dieser Anspruch, 75 Jahre nach dem Beginn der faschistischen Aggression in Europa verkündet wird. Gauck äußert sich auf der Westernplatte in Danzig, wo der 2. Weltkrieg mit dem Angriff auf Polen begann, und Merkel positioniert sich in Riga, wo sie den Russen erklärt, dass die bundesdeutsche Flotte mit anderen Schiffen der NATO ein ständiges Flottenmanöver in der Ostsee fahren wird. Was sich 70 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges vollzieht, ist eine Zäsur deutscher Innen- und Außenpolitik.

Die wirtschaftliche Kraft der BRD wird durch Sozialabbau nach dem Muster Hartz IV, durch weiter wachsenden Reichtum für Wenige und größere Armut für viele Millionen in oder ohne Beschäftigung erhöht. Die militärische Stärke wird durch Protektion der Rüstungsindustrie, Modernisierung militärischer Ausbildung und Motivation für den Einsatz, allgemein begründet mit Verteidigung der Menschenrechte in der Welt, zum Ziel der Politik mit unabsehbaren Folgen.

Die deutsche LINKE ist herausgefordert mit dem Tag der Befreiung deutlicher und klarer denn je ihr Profil als Friedenspartei kenntlich zu machen.

⁴ Klaus Blessing/ManfredManteuffel, Joachim Gauck, Berlin 2013, S. 142.

Die Macht der Notenbanken

Die Rolle, welche Notenbanken im heutigen Kapitalismus spielen, ist auch unter Linken umstritten. Marxisten neigen dazu, die Rolle des Geldes und der Finanzen im Gesamtgefüge des Kapitalismus als schlechthin zweitrangig einzuschätzen. Waren-, Wert- und Mehrwertproduktion und die Akkumulation treiben den Kapitalismus voran. Seine Dynamik und seine Widersprüche entstehen dort. Im Eifer dieser Erkenntnis werden die Bedeutung des Geldes und die des Kapitalmarktes gern unterbelichtet. Für Wirtschaftspolitik oder gar Geldpolitik ist da kein Platz. Der Zinszyklus folgt dem konjunkturellen Auf und Ab des Produktionszyklus. Wenn das so ist, spielen die Banken als Instanzen des Kapitalmarktes nur eine ausführende Rolle. Als Schöpfer des Kredits und des Geldes kommen sie in der Analyse nicht vor. Und wenn das so ist, exekutieren auch die Notenbanken nur das, was die Bewegungsgesetze des Kapitalismus ihnen vorschreiben. Wenn der Marktzins sinkt, senkt auch die Notenbank ihren 'Leitzins', der in Wirklichkeit kein Leitzins, sondern ein braver 'Folgezins' ist.

Zwar kann eine solche Darstellung des heutigen kapitalistischen Reproduktionsprozesses irreführend sein. Sie ist zugleich aber erfrischend und manchmal sogar aufklärerisch, wenn sie das alberne Gejammer deutscher Banker, der Assekuranz und der ihnen publizistischen Widerhall gebenden Journalisten aufspießt, die sich über das „von der EZB unnatürlich niedrig gehaltene“ Zinsniveau beklagen. In der Tat sind diese Klagen albern. Und in der Tat sind die niedrigen Zinsen die Folge des Überangebots an Anlage suchendem Geldkapital (fiktivem Kapital) und der kümmerlich niedrigen Nachfrage nach Krediten. Grundsätzlich ist der Zinszyklus Widerspiegelung des industriellen Konjunkturzyklus. Dennoch kann der Zinszyklus dem Auf und Ab der Realwirtschaft vorauslaufen, Bewegungen des Finanzkapitals können den konjunkturellen Trend umkehren und geradezu notorisch zum Auslöser von Krisen werden. Die Notenbank hat dabei oft eine steuernde Funktion. Die von Bankern und Notenbankern getroffenen politischen Entscheidungen sind wie die gewählter Regierungen von Bedeutung, sie entstehen aber wie alle Entscheidungen in einer konkreten wirtschaftlichen Situation.

Die aktuelle, acht Jahre nach Ausbruch der großen Finanzkrise im Sommer 2007 praktizierte Geldpolitik der Notenbanken mit Nullzinsen, praktisch bedingungsloser Liquidität für die Banken und Geldproduktion am Bankensystem vorbei ist Ausdruck einer anhaltenden Überproduktionskrise. Dennoch ist eine solche Notenbankpolitik auch in dieser Situation nicht zwangsläufig. Sie könnte noch schlechter sein, restriktiver etwa, wie von einem Teil der herrschenden Klasse in Deutschland offenbar gewünscht. Wenn eine Notenbank in dieser Situation ihre Leitzinsen erhöhen würde, wären lediglich mehr Banken- und Unternehmenspleiten das Resultat. Sie könnte theoretisch aber auch

besser sein. Die EZB könnte beispielsweise den scherzhaft gemeinten Vorschlag des erzreaktionären Vaters des Monetarismus Milton Friedman aufgreifen, ein paar Hubschrauber mieten und frisch gedruckte Geldscheine über das Land verteilen, oder, wenn diese Methode nicht ordentlich genug erscheint, allen 337 Millionen gemeldeten Bürgern des Eurogebiets 1.000 Euro überweisen.

In der herrschenden neoliberalen Doktrin spielen die Notenbanken eine noch größere Rolle. Im Modell der gut funktionierenden Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkte erscheinen sie als der entscheidende staatliche Akteur. Während Fiskalpolitik, Regional- und Strukturpolitik nur in Ausnahmefällen stattfinden und in Gestalt der berüchtigten Arbeitsmarktreformen nur Rahmenbedingungen setzen sollen, wird der Notenbank die zentrale Rolle in der Konjunkturpolitik zugewiesen. Die Notenbank, weil sie eine Staatsgewalt *sui generis* ist und nicht einmal der Form nach dem demokratischen Willensbildungsprozess unterliegt, ist die wichtigste mit staatlicher Macht ausgestattete Institution, die die Durchführung 'sachlich gebotener Entscheidungen' gewährleistet. Das ist die Doktrin. Diese entspricht weitgehend der Realität des weltweiten Finanzsystems. Nur mit der – ziemlich entscheidenden – Einschränkung, dass die Märkte nicht ganz so funktionieren, wie gedacht.

Die Notenbanken stehen tatsächlich im Zentrum des Finanzsystems, man kann sagen als Verbindungsglied zwischen Privatkapital und Staatsmacht. Dabei sind sie zwar Teil des Staatsapparats, jedoch dank ihrer mittlerweile fast überall gesetzlich oder sogar konstitutionell garantierten 'Unabhängigkeit' kein Instrument des demokratisch legitimierten Staates zur Kontrolle von Finanzmärkten. Im Gegenteil, die Notenbanken sind zum Hebel geworden, durch den die Finanzinstitutionen die Kontrolle über Regierungen und Parlamente ausüben. Solche (aus der Logik größtmöglicher Profitabilität) sachlich und eben nicht politisch getroffene Entscheidungen, die zu einer gut funktionierenden Ökonomie und einem gut funktionierenden Finanzsystem gehören, sind das, was man in neoliberalen Think-Tanks als 'Good Governance' bezeichnet. Good Governance ist dabei definiert als die möglichst reibungslos funktionierende Herrschaft der oberen Klassen über die niedrigeren. Es bedeutet gut funktionierende Herrschaft gegen die Mehrheit der Bevölkerung, die deshalb allen Grund hat, das System als 'Bad Governance' zu bezeichnen. Die Notenbanken sind in diesem Sinn der Kernbestandteil neoliberaler 'Bad Governance'. Im Folgenden soll versucht werden zu zeigen, dass die Notenbanken in der großen Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007 ihre Herrschaftsposition noch ausgebaut haben.

Die Asymmetrie der Geldpolitik

Die Notenbanken verfügen über das Monopol der Geldschöpfung, treten es allerdings an die Geschäftsbanken ab. Dies geschieht dadurch, dass sie deren jederzeitige Liquidität garantieren. Nur so sind die Geschäftsbanken in der Lage, ein Vielfaches dessen an Kredit zu gewähren, was sie in Form von

Kundeneinlagen von Unternehmen und Privatleuten erhalten. Allerdings haben die Notenbanken den Anspruch, die Geldschöpfung (Kreditschöpfung) der Menge nach makroökonomisch zu kontrollieren. Der Menge nach soll hier heißen, dass die Notenbanken in der Regel nicht die Qualität der Kredite kontrollieren. Vielmehr wird unterstellt, dass die einzelne Geschäftsbank im Rahmen des Wettbewerbs dies besser tun kann als die Notenbank. Jedoch auch auf eine direkte makroökonomische Steuerung der Geldmenge verzichten die Notenbanken. Dies gilt auch für diejenigen Notenbanken, die wie die Deutsche Bundesbank sich der von ihr so genannten 'Geldmengensteuerung' verschrieben hatten. In der Regel und grundsätzlich erfüllen die Notenbanken den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken, also den Bedarf an gerade fälliger Liquidität. Eine Ausweitung oder Verminderung der Kreditvergabe wird in der Regel durch die Veränderung der Leitzinsen angestrebt (und je nach konjunkturellem Umfeld auch erreicht). Die ebenfalls zur Beeinflussung der Kreditvergabe zur Verfügung stehenden Mittel wie eine Veränderung der Mindestreserve, die den Banken eine Minimumquote der Geldhaltung vorschreibt, wird dagegen kaum genutzt.

Ein paar Worte darüber, wie die Steuerung der Kreditgewährung und damit der Konjunktur funktioniert. Erhöht die Notenbank die Leitzinsen, wird es für die Banken teurer, sich Geld zu beschaffen. Die Zinsen steigen zunächst am Geldmarkt, danach in der gesamten Wirtschaft. Bei niedrigen Zinsen lohnen sich Investitionen rechnerisch schneller als bei hohen. Die Kreditnachfrage steigt, wenn die Zinsen niedrig sind, sie steigt weniger schnell oder schrumpft bei hohen Zinsen. Die Zinsveränderungen der Notenbank sind also eine indirekte Methode, die Menge des Kredits, oder, was in diesem Fall dasselbe ist, die Menge des im Umlauf befindlichen Geldes zu steuern. Wenn Notenbanken die Zinsen hochsetzen, um die Kreditvergabe und den Geldumlauf zu bremsen, bremsen sie natürlich auch das Wirtschaftswachstum. Bei höheren Zinsen rechnen sich weniger Investitionsprojekte. Die Investitionen der Unternehmen gehen zurück und damit auch die Nachfrage nach Investitionsgütern. Es werden weniger Arbeitskräfte eingestellt oder mehr entlassen. Die höheren Zinsen führen in der Regel einen Abschwung, gelegentlich auch eine Rezession herbei. In der westdeutschen Wirtschaft nach dem 2. Weltkrieg war es die Regel, dass die Deutsche Bundesbank mit heraufgesetzten Leitzinsen den konjunkturellen Abschwung verstärkt hat.

Zentralbanker wollen als unparteiische Steuerleute zwischen Rezession und Inflation erscheinen. Im Regelfall gelingt ihnen das auch. Ihre Steuerungsfunktion wird gesellschaftlich hoch geschätzt. Alan Greenspan wurde als Chef der Notenbank Fed an der Wall Street und weltweit in der an der Finanzspekulation interessierten Öffentlichkeit geradezu verehrt – zumindest bis zum Crash am Aktienmarkt im Jahr 2000 (Dotcom-Blase). In Deutschland galt die Bundesbank als die staatliche Institution, die höchstes Ansehen genoss. Das gilt sogar noch heute, obwohl sie nur noch als Teil des Eurosystems (das ist der von den Zentralbankern benutzte Ausdruck für die Gesamtheit der Notenbanken im Euro-Währungsgebiet) handeln kann. In Deutschland hat es die

Bundesbank mithilfe der interessierten Presse verstanden, das im Bundesbankgesetz fehlende Weisungsrecht der Regierung als ein Prinzip unantastbarer Unabhängigkeit der ganzen Institution erscheinen zu lassen. Diesem Verständnis folgend wurde die Europäische Zentralbank durch den Staatsvertrag von Maastricht für ebenso unantastbar erklärt.

Die Bundesbank hat die ihr schon früh gewährten Vorrechte rigoros genutzt. Tatsächlich war die im Vergleich zu anderen Ländern noch rigorosere Politik der Bundesbank mit dafür verantwortlich, dass über mehrere Jahrzehnte hinweg beides, der Anstieg der Löhne und die Inflationsrate, in der BRD meist geringer waren als im Ausland. Das hat, neben der Größe der deutschen Wirtschaft, mit zur starken Stellung der D-Mark in Europa und zur deutschen Exportstärke beigetragen und dazu, dass die rigorose Bundesbankpolitik und ihre rechtlich starke Stellung im Staatsgefüge zum Vorbild wurden. Auch international haben die Notenbanker erstaunlich viel erreicht. Die Inflationsraten sind in allen Industrieländern seit einem Höhepunkt Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts in mehreren Wellen deutlich zurückgegangen.

Die Methode, die sie dabei angewendet haben, ist im Prinzip einfach. Jedes Mal, wenn die Löhne nach Einschätzung der Zentralbanker zu stark zu steigen drohen, wird die Konjunktur mittels höherer Zinsen gedämpft. Die resultierende höhere Arbeitslosigkeit schwächt die Stellung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, sodass sie keine höheren Löhne mehr durchsetzen können. Die bei ökonomischen Themen sich klarer ausdrückenden Amerikaner haben, um es auf den Punkt zu bringen, das Konzept der „natürlichen Arbeitslosenquote“ erdacht. Sie stellt eine Untergrenze der Arbeitslosigkeit dar, deren Unterschreiten dem Konzept zufolge zu höherer Inflation führen muss. Es machte den Erfindern dieses Konzepts nichts aus, dass es durchaus Phasen in der Wirtschaftsgeschichte gegeben hat (z. B. Westdeutschland zu Beginn der 60er Jahre), wo Arbeitslosigkeit von fast Null und Inflation von fast Null koexistierten. Auch der Zynismus des Konzepts stört sie nicht. Der Erfolg gab ihnen Recht. Die Gewerkschaften wurden mit jedem Konjunkturzyklus schwächer. Der Anteil der Löhne am Sozialprodukt sank.

Von der Entschlossenheit der Notenbanken, steigende Preise zu bekämpfen, war allerdings nichts zu spüren, als gegen Ende der 90er Jahre die Preise von Vermögenswerten, also von Aktien, sowie von anderen finanziellen Forderungen und Immobilien außergewöhnlich kräftig zu steigen begannen. Diese Art Inflation erschien den Notenbankern nicht bekämpfungswert. Im Gegenteil, Anleger, Fondsverwalter, Geschäftsbanker und Presse jubeln schließlich, wenn die Aktienkurse steigen. Ob und wie die Herausbildung von Spekulationsblasen im Finanzsektor festgestellt und dann bekämpft werden kann, ist unter den Notenbankern spätestens seit dem Platzen der Aktienmarktblase 2000 bis 2003 ein Thema, dem sie sich stellen müssen. Die Vertreter der US-Notenbank Fed haben diese Diskussion angesichts schärferer Kritik von Seiten der politischen Institutionen einigermaßen offensiv geführt. In der vom

Geist schlichter Orthodoxie umwehten und öffentlicher Kritik kaum ausgesetzten Europäischen Zentralbank wurde zunächst so getan, als sei das Thema spezifisch amerikanisch.

Im Sommer 2002 formulierte der damals amtierende Chairman der Fed, Alan Greenspan, die Position der Institution in Kurzform wie folgt: Spekulationsblasen seien unvermeidbar. Sie als solche zu erkennen, sei nicht immer einfach. Sie mit den Mitteln der Notenbank, also mit deutlichen Zinsanhebungen zu bekämpfen, sei hochriskant. Die Folge sei möglicherweise genau die Rezession, die man als Folge des Platzens der Spekulationsblase ohnehin zu befürchten habe. Greenspan empfahl daher genau die Handlungsweise, der er und seine Kollegen gefolgt waren: Es gelte, nicht die Spekulationsexzesse zu bekämpfen, sondern die negativen Folgen für die Realwirtschaft, wenn die Spekulationsblase geplatzt sei.

Die Inflation bei den Vermögenspreisen nicht als Gefährdung der Stabilität des Finanzsystems zu begreifen und entsprechend zu handeln, das ist die systematisch unsymmetrische Grundlage der Notenbankpolitik. Besteht die Gefahr eines Booms bei den Arbeitseinkommen, wird rigoros durchgegriffen. Gibt es den Boom aber bei den Kapitaleinkommen und höheren Einkommensklassen, dann wird das toleriert. Die Geldpolitik der Notenbanken erscheint als klassenmäßig neutral, greift jedoch systematisch in die Verteilung des Reichtums zugunsten der oberen und zu Ungunsten der unteren Klassen ein.

Man kann zusammenfassend sagen, dass die neoliberale Wirtschaftspolitik ganz wesentlich von der Politik der Notenbanken getragen wurde. Das schließt ihre Erfolge mit ein. Als 'Erfolg' ist dabei zu werten, dass die kapitalistischen Kernländer trotz forcierten Umverteilung von Arm nach Reich, trotz verschärfter Ausbeutung in der Periode zwischen 1980 bis 2007 ein akzeptables Wirtschaftswachstum erzielt haben. Einen wesentlichen Beitrag dazu haben die Notenbanken geleistet, indem sie die Kreditausweitung (=Verschuldung) des Kapitals nicht nur nicht gebremst und kontrolliert, sondern aktiv gefördert haben. Dasselbe gilt für die Förderung der Spekulation, die zu einer Erhöhung der Vermögenspreise geführt hat. Beides hatte einen in Geldeinheiten gemessenen Reichtumszuwachs (der vermögenden Klassen) zur Folge, was wenigstens vorübergehend die globale Nachfrage belebt und somit die von der Überakkumulation ausgehenden Probleme überdeckt hat.

Die Finanzkrisen (1990 Japan, 1994 Mexiko, 1997/98 Ostasien, Russland und der LTCM-Hedgefonds, 2000/2003 Aktienmarkt und schließlich 2007 ff. die große internationale Kreditkrise) waren angesichts dieser Politik unvermeidbar. Vermögenspreisinflation und Kreditexpansion sind von der Natur der Sache her Prozesse, die irgendwann ihr Ende finden. Weder diese Spekulationsblasen, noch ihr Platzen, noch auch die wichtige Rolle, die Zentralbanken bei der Ermöglichung oder Förderung dieser Blasenbildung spielten, sind im Kapitalismus etwas Neues. Sie waren vor dem 1. Weltkrieg eine immer wiederkehrende Erscheinung; der sensationelle Boom am US-Aktienmarkt vor 1929 gehörte ebenfalls dazu.

Forcierte Geldschöpfung und „Quantitative Lockerung“

Seit Ausbruch der Finanzmarkt- und Kreditkrise 2007 funktioniert die oben wohlwollend beschriebene Steuerung der Realwirtschaft über die Geldpolitik und den Finanzmarkt noch weniger als zuvor. 2007 und 2008 war das internationale Finanzsystem in unmittelbarer Gefahr des Zusammenbruchs. Um die Zahlungssysteme, den Kreditgewährungsprozess, also die Banken am Leben zu halten, gewährten die Notenbanken den Geschäftsbanken praktisch unbegrenzt Kredit. Selbst Banken, die über keine anerkannten Sicherheiten (fast immer Staatsanleihen) verfügten, erhielten über Sonderregelungen doch noch Zugang zum Notenbankkredit. Diese wurden ihrer Rolle als 'Kreditgeber letzter Instanz' insofern gerecht, als sie den unbesicherten Geldmarkt zwischen den Banken (Interbankenmarkt) komplett unter ihre Fittiche nahmen. Die Banken deckten ihren Liquiditätsbedarf nicht mehr vorwiegend am Markt, also bei anderen Banken, sondern direkt bei der Notenbank. Außerdem gingen die Notenbanken dazu über, den Banken längerfristigen Kredit zu gewähren. Auch das war eine Reaktion auf den eingetrockneten Kreditmarkt, der laufend weitere Institute gefährdete.

Sehr schnell, beginnend schon 2007, senkte die US-Notenbank Fed ihre Leitzinsen. Die Europäische Zentralbank EZB folgte zögernd. Sie erhöhte sogar in völliger Verkennung des schon in Gang befindlichen tiefen Absturzes der Konjunktur im Frühsommer 2008 ihren Leitzins etwas, bevor sie sich nach dem Zusammenbruch der New Yorker Investmentbank Lehman Brothers dem Kurs der Fed auf Zinssenkung anschloss. Im Dezember 2008 begann die Fed damit, systematisch öffentliche Anleihen aufzukaufen. Im Zuge dieses Programms der 'quantitativen Lockerung' hat sie US-Staatsanleihen im Wert von 4,5 Billionen Dollar aufgekauft und damit die VR China als größten Gläubiger des US-Finanzministeriums abgelöst.

Erst Anfang 2015 hat auch die EZB mit dem systematischen Aufkauf von Staatsanleihen begonnen. Sporadisch hatte sie schon über einzelne nationale Notenbanken Staatsanleihen aufgekauft. Im Juli 2012 hatte EZB-Präsident Draghi die akute Finanzkrise der Eurostaaten dadurch entschärft, dass er den Kauf von Staatsanleihen in unbegrenztem Umfang in Aussicht stellte ('whatever-it-takes Rede'). Dennoch dauerte es weitere zweieinhalb Jahre, bis der systematische Aufkauf von Staatsanleihen im Stil der US-Notenbank realisiert wurde. Nach dem angekündigten Programm sollen jeden Monat für 60 Mrd. Euro Staatsanleihen der Euro-Mitgliedsstaaten erworben werden. Das Programm ist zunächst auf 18 Monate ausgelegt, sodass bis dahin die Bilanz des Eurosystems um gut eine Billion Euro ausgeweitet sein wird.

Die EZB begründet diese Politik, ganz wie vor ihr die US-Notenbank und die Bank von Japan, mit der Gefahr der Deflation, also der Möglichkeit eines auf breiter Front sinkenden Preisniveaus. Tatsächlich ist in einer von Monopolen dominierten Wirtschaft ein stabiles oder gar sinkendes Preisniveau ein akutes Krisenzeichen. Besonders problematisch an der Deflation ist es, dass der Wert des Geldes und damit der Wert der aufgenommenen Schulden im Laufe der

Zeit nicht abnimmt, wie im Fall der Inflation, sondern noch steigt. Kapitalisten und Bürger zögern daher noch stärker, neue Kredite aufzunehmen, und bemühen sich, bestehende Schulden zurückzuzahlen.

Der systematische Aufkauf von Staatsanleihen durch die Notenbank wird von den Zentralbankern zu Recht als 'Quantitative Lockerung' bezeichnet. Sie setzt die übliche geldpolitische Lockerung durch Senkung der Leitzinsen, was bei Leitzinsen von praktisch Null nicht mehr möglich ist, mit anderen, 'quantitativen' Mitteln fort. Anstatt darauf zu warten, dass die Geschäftsbanken das niedrige Einstandsniveau für Kredite bei der EZB nutzen und Geld schöpfen, indem sie ihrerseits Kredit gewähren, besorgt nun die EZB die Geldschöpfung selbst. Wenn sie z.B. einem Investmentfonds Staatsanleihen abkauft, erhält der Fonds neu geschaffenes Geld. Das schon überreichlich vorhandene fiktive Kapital wird noch reichlicher, die Preise für Vermögenswerte steigen. Es entsteht neuer (fiktiver) Reichtum, der sich auf die reicheren Schichten der Gesellschaft konzentriert. In Ländern wie Großbritannien und den USA, wo ziemlich breite Schichten der Gesellschaft über Wohneigentum verfügen, hat die Steigerung des (fiktiven) Reichtums positive Wirkungen auf die Gesamtnachfrage. Zusätzlich erhöht der Kauf von Staatsanleihen den finanziellen Druck auf die Staaten, ihre Budget zu beschränken. Beides gibt der Konjunktur kleine Impulse, was die Krise etwas mildert. Ob die quantitative Lockerung im Euroraum ähnlich segensreiche Wirkung entfaltet, ist offen, aber durchaus wahrscheinlich. Die Entlastungswirkung für die Finanzierung der Staatshaushalte ist (durch massive Senkung des Zinsen) bereits eingetreten.

Während in den USA, Japan und Großbritannien die quantitative Lockerung von der Kapitalistenklasse (und damit deren öffentlicher Meinung) akzeptiert wird, ist diese Politik vor allem in Deutschland auf massive Kritik gestoßen – interessanterweise vor allem von der rechten, marktradikalen Orthodoxie und – noch bemerkenswerter – aus den Kreisen der Zentralbanker selber, die Sitz und Stimme im obersten Entscheidungsgremium der EZB haben. Man interpretiert diese Kritik an der Politik massiver Anleihekäufe wohl richtig als Ausdruck der Furcht vor dem Verlust der spezifischen Vorteile, die deutsche Unternehmen gegenüber anderen Kapitalisten des Eurogebietes besitzen. Erstens besteht nicht nur die Gefahr, sondern der bereits eingetretene Effekt, dass die Zinsdifferenzen entlang nationaler Grenzen in Europa eingeebnet werden. Zweitens wird das Tabu der Staatsfinanzierung durch die Notenbank umgangen. Es kommt hinzu, dass die deutsche Kapitalistenklasse als größter Kapitalexporteur und damit größter Gläubiger in Europa eher hohe Zinsen bevorzugt. Die von Allianz & Co. betriebene Dauerkampagne gegen die niedrigen Zinsen erklärt sich so.

Zwar haben die Notenbanken seit 2007 sehr hohe Beträge ins Finanzsystem gepumpt, doch überließen sie die Rettung einzelner fallierender Banken den Regierungen. Die Unterscheidung zwischen fehlender Liquidität und Insolvenz spielt dabei die Hauptrolle. Die Unterscheidung ist in Krisenzeiten ausgesprochen unsauber. Eine Bank, die keinen Zugang zu Krediten mehr hat, ist

zahlungsunfähig, also illiquide. Wenn der Geldmarkt nicht mehr funktioniert, sind alle Banken in diesem Zustand. Insolvent dagegen ist eine Bank, wenn der Verfall ihres Vermögens (das bei Banken überwiegend aus Krediten und Wertpapieren besteht) so weit fortgeschritten ist, dass ihr Eigenkapital verloren ist. Die alte Notenbankerregel lautet im Fall einer Bankenkrise, den lediglich illiquiden Banken unbegrenzt Kredit, also sofortige Liquidität, zur Verfügung zu stellen. Insolvente Institute dagegen müssen entweder von der Konkurrenz oder, wie im Fall einer allgemeinen Finanzkrise wie 2007/08, vom Staat übernommen werden. Staat heißt in diesem Fall nicht die Notenbank, sondern der Staatshaushalt. Im Großen und Ganzen lief die Rettung des Finanzsystems im Herbst 2008 nach folgendem Muster ab: Die kapitalistischen Staaten legten riesige Rettungsprogramme für die Banken auf. In Deutschland wurde der Rettungsfonds 'Sofin' mit 480 Mrd. Euro dotiert. Das US-Programm 'Tarp' umfasste 700 Mrd. Dollar. Zusammen machten die von den Staatshaushalten aufgebrauchten Rettungsprogramme mehrere Billionen Euro aus.

Man wird sich erinnern, dass diese Rettungsaktionen für einzelne Banken und das Finanzsystem insgesamt in dieser Größenordnung als skandalös empfunden wurden. Noch heute garniert Kanzlerin Merkel neue Bankengesetze mit der Bemerkung, dass sich eine solche Aktion nicht wiederholen dürfe. Die Arbeitsteilung zwischen Notenbanken und Staatshaushalten, wobei letzteren die insolventen Banken zur teuren Rettung überlassen wurden, ist dabei nie wirklich diskutiert worden.

Weil einige Euro-Länder ohne Zugang zu Notenbankkredit nicht in der Lage waren, 'ihre' Banken ausreichend zu stützen, beschlossen die EU-Regierungschefs im Juni 2012, eine „Bankenunion“ zu schaffen. Danach sollte die Bankenstützung euroweit durch gemeinsame Institutionen erfolgen. Diese Bankenunion ist seit Ende 2014 in Kraft. Die Entscheidungsgewalt darüber, welche Bank zu retten oder zu schließen ist, wurde von den nationalen Bankenaufsichtsinstitutionen (bzw. den dahinter stehenden Finanzministerien) auf ein gemischtes europäisches Gremium übertragen. Die sachliche Vorentscheidung darüber, welche Bank überlebt, trifft die neue europäische Bankenoberaufsicht. Diese Aufgabe erhielt – oh Wunder – die EZB. Die EZB und das sie tragende System der europäischen Notenbanken sind damit zum alles überragenden Machtzentrum in Europa geworden.

Die Macht der EZB und das Tabu der Staatsfinanzierung

Die Macht der Notenbank findet in der Konstruktion der gemeinsamen Währung des Euro eines Teils der EU-Staaten noch eine ganz besondere Ausprägung. Anders als in nationalen Währungsräumen steht der EZB nicht eine Regierung, sondern eine Vielzahl von Regierungen gegenüber, deren Interessen sie gegeneinander ausspielen und sich als Schiedsrichter aufspielen kann. Ihr Handeln wird überdies, anders als etwa die EU-Kommission, die dem Willen des Europäischen Rates (dem Rat der Regierungschefs) unterworfen ist, nicht von einer anderen Institution kontrolliert. Ihre unmittelbaren Eigentümer

sind die nationalen Notenbanken, die ihrerseits vom Willen der nationalen Regierungen und Parlamente unabhängig sind. Darüber hinaus ist die Unabhängigkeit der EZB (vom demokratischen Volkswillen) in den EU-Verträgen fixiert.

In der Krise hat sich der Handlungsspielraum der EZB als wirtschaftspolitische Instanz massiv ausgeweitet. Der Grund dafür ist, dass einzelne Nationalstaaten des Eurogebietes ohne die Hilfe einer eigenen Notenbank nicht in der Lage waren, die Refinanzierung ihres Staatshaushalts zu decken und, was damit im unmittelbaren Zusammenhang steht, die Rettung der in ihrem Hoheitsgebiet angesiedelten Banken zu finanzieren. Die meisten kapitalistischen Staaten haben ziemlich restriktive Regeln dafür, wie weit die Regierungen den Kredit ihrer Notenbank nutzen können. Die Beschränkung hat einen rationalen Kern. Wenn der Staatshaushalt sich allzu freizügig des Notenbankkredits bedient (mit diesem Kredit keine investiven Ausgaben, sondern zum Beispiel Rüstung finanziert), verlieren die Staatstitel, ebenso wie das Notenbankgeld, am Finanzmarkt an Renommee. Die Zinsen steigen, und die Währung fällt. (Man sollte nicht vergessen, dass die allzu üppige Kreditvermehrung des Privatsektors ähnliche Folgen haben kann.) Große, mächtige Staaten und ihre Notenbanken können sich über diese Beschränkung hinwegsetzen. So bleibt der Dollar trotz enormer Geld- und Kreditvermehrung einigermaßen stabil, und die US-Staatsanleihen relativ niedrig verzinst.

In Ausnahmefällen könnten Regierungen auf die Finanzierung durch die Notenbank zurückgreifen. Nicht so in der Eurozone. Nicht nur ist das Staatsfinanzierungsverbot der Notenbanken vertraglich festgelegt. Es wird auch durch den Umstand gewährleistet, dass keine Regierung unmittelbaren Zugriff auf die EZB hat. Denn es müsste geklärt werden, welcher Staat zu welchen Konditionen von der EZB refinanziert wird. In der aktuellen Lage entscheidet der Zentralbankrat nach Gutdünken. Er nutzt seine Finanzierungsmacht aus, um bei den Staaten, die er alimentiert, eine ihm genehme Wirtschafts- und Strukturpolitik durchzusetzen. So geschehen im Sommer 2012, als die Regierungschefs von Italien und Spanien, Berlusconi und Zapatero, von der EZB Briefe erhielten mit detaillierten Anweisungen darüber, welche 'Reformen' sie einzuleiten und umzusetzen hatten. Das Drohmittel war das Ausbleiben von Stützungskäufen der Staatsanleihen der beiden Länder, was gleichbedeutend mit einem kräftigen Zinsanstieg wäre. Die EZB nutzt also ihre Stellung als Emittentin der Währung Euro dazu, über die Geldpolitik hinaus, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu betreiben. Durch ihre Teilnahme an der Troika, die den Schuldnerländern des Eurogebietes detaillierte Regierungsanweisungen gibt, greift die Notenbank ganz offen in Politikbereiche außerhalb der Geldpolitik ein, was eigentlich rechtswidrig ist.

Das Tabu der Staatsfinanzierung durch die Notenbank spielt generell eine zentrale Rolle im Verhältnis von Finanzkapital und Staat. Eigentlich ist es absurd, weil die Notenbank im Regelfall ein staatliches Institut ist. (In den USA gehört die Fed formell den Banken; in der Schweiz sind an der Nationalbank

private Aktionäre beteiligt. Die Entscheidungsgremien werden aber von Regierung und Parlament bestimmt.) Der Zweck des Verbots ist es, den Staat vom Finanzkapital abhängig zu machen bzw. zu halten. Da der Staat eine ganze Menge Kredit in Anspruch nimmt, garantiert allein dieser Geschäftszweig einem Teil des Bankenkapitals die Existenz. In Euro-Europa hat das der EZB und den nationalen Notenbanken auferlegte Verbot, den Staatshaushalten und Kommunen Kredit zu gewähren, eine Binnenwirkung im einheitlichen Währungsraum. Durch das Staatsfinanzierungsverbot kann der Wettlauf der Staaten um die Gunst des Finanzkapitals aufrechterhalten werden. Die EZB gewährt den Banken zu gleichen Konditionen Kredit. Die Staaten müssen unterschiedliche Zinsen bieten, um sich zu refinanzieren. Das begünstigt die Starken und schwächt die Schwachen zusätzlich. Das erklärt, warum in der deutschen Öffentlichkeit das Tabu der Staatsfinanzierung besonders hoch gehalten wird. Zugleich nimmt sich die EZB das Recht, gegen das Tabu zu verstoßen. Das ist zwar rechtlich umstritten, jedoch mittlerweile Praxis. Die Zentralbank nutzt diese Praxis, um ihre Machtstellung noch auszuweiten.

Die Notenbanken tragen einen wesentlichen Anteil der Schuld an den Bedingungen, die zur Finanzkrise führten. Unter den Staatsinstitutionen sind sie diejenigen, die sich mit Geld und Finanzen befassen. Sie sind explizit für die 'Stabilität' der von ihnen emittierten Währung verantwortlich. Sie sind in den meisten Ländern, zum Beispiel in Deutschland, direkt mit der Bankenaufsicht befasst. Sie sind mittlerweile in fast allen Ländern als von Exekutive und Legislative unabhängige Institutionen etabliert. Sie erheben genaue Daten über die Finanzverhältnisse in ihren jeweiligen Ländern. Sie waren bestens im Bilde über das außerordentliche Wachstum des Kredit- und Geldvolumens. Sie haben fast durchweg für die Deregulierung des Finanzsektors plädiert und die Politik in diesem Sinne beraten. Sie waren dabei durchweg das Sprachrohr des Privatkapitals. All das ist in der Öffentlichkeit bekannt. Und dennoch hat keine bürgerliche politische Partei die Forderung nach einer Disziplinierung der Notenbank und ihre Unterordnung und Verantwortung gegenüber dem demokratisch gewählten Parlament erhoben. Eine Voraussetzung, keineswegs eine hinreichende Bedingung dafür, um den Finanzmarkt kontrollieren zu können, bestünde darin, die Notenbanken der staatlichen demokratischen Willensbildung zu unterwerfen, d. h. ihre Unabhängigkeit zu beseitigen. Denn diese ist in Wirklichkeit ein Instrument zur Verstärkung der Abhängigkeit von den Finanzmärkten.

Zentralbanken: Überschätzte Steuerungsfähigkeit?

I. Geldpolitische Problemstellung

Das griechische Schuldendesaster und die Flutung der Finanzmärkte mit billigem Geld der Europäischen Zentralbank (EZB)¹ haben das Interesse an Fragen zur Geldpolitik belebt. Die Notwendigkeit, deren theoretisches Fundament „abzuklopfen“, ergibt sich aber auch daraus, dass die fragwürdigen Denkschemata des geldtheoretischen Mainstreams außerhalb desselben hingenommen werden. Linke Kritik der Geldpolitik erschöpft sich oft darin, der EZB vorzuwerfen, sie habe das Falsche gemacht, obgleich sie – wenn sie nur gewollt hätte – das Richtige hätte tun können. Wer das poröse theoretische Fundament kennt, auf dem die Geldpolitik steht², staunt, dass Ökonomen unterschiedlichster Provenienz deren Grundaussagen zu akzeptieren scheinen. Doch der Glaube an die Allmacht der Zentralbank lässt sich erschüttern. Erleichtert wird dies dadurch, dass die Theorien der Geldpolitik keinen „homogenen Guss“ bilden, sondern widersprechende Thesen enthalten. Zwei Fragen stehen im Mittelpunkt: Kann die EZB Zwischenziele wie Geldmenge und Zinsniveau bestimmen und, dies vorausgesetzt, damit Endziele im güterwirtschaftlichen Sektor – Preisstabilität, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung – erreichen?

Neoliberale bzw. neomonetaristische Ökonomen, die den Lehren Milton Friedmans anhängen, sagen, die Zentralbank könne (und müsse) die Geldmenge steuern. Der Zins dagegen sei Ergebnis des Marktes. Keynesianische Ökonomen behaupten das Gegenteil: Die EZB kontrolliere den Zins, nicht die Geldmenge. Manchmal wird der Zentralbank die Fähigkeit zugestanden, Geldmengen- und Zinsziele zu erreichen. Zwar könne sie beide Größen nicht

¹ Man muss in Rechnung stellen, dass die EZB als supranationale Zentralbank gegenüber den nationalen Zentralbanken und Nationalstaaten neben der geldpolitischen Funktion auch weitere Einflussmöglichkeiten hat, die bis hin zur Strangulierung nationaler Geschäftsbanken gehen kann. Im Folgenden geht es nur um die geldpolitische Funktion der EZB.

² Die Transmissionskonzepte der Geldtheorie wollen den Weg der Impulse aus dem monetären in den güterwirtschaftlichen Bereich nachzeichnen. Sie beruhen auf dem Grundgedanken, dass Maßnahmen der Zentralbank ein Angebot-Nachfrage-Gleichgewicht stören und so Anpassungen der Banken, Unternehmen und Haushalte anstoßen, die zu einem neuen Gleichgewicht führen. Das Gleichgewicht ist ein idealisierter, fiktiver Zustand und die Marktwirtschaft kein System, das sich von einem zum anderen hangeln würde. Zentripetale und zentrifugale Kräfte überlagern sich. Sie bewirken, dass das Gleichgewicht nur eine Tendenz ist. Maßnahmen der Zentralbank stoßen auf Ungleichgewichte. Die theoretische Ausgangsprämisse der Transmissionslehren ist schwach. Ein weiterer Mangel ist die ahistorische Betrachtung. Wie die Makroökonomik generell, nimmt auch die Geldlehre die monopolistischen und oligopolistischen Verwerfungen nicht zur Kenntnis. Sie tut so, als funktioniere die Wirtschaft wie das Ideal des freien Wettbewerbs (vgl. Müller 2015: Kapitel XVIII).

unabhängig voneinander gleichzeitig regeln, aber sich für das Zinsniveau oder für eine Geldmenge entscheiden (Wagner 2004: 202f.).

Diese Positionen sind fragwürdig. Der Zins ist der Preis für geliehenes Geld bzw. Geldkapital. Seine Höhe widerspiegelt das Verhältnis von Geldangebot und Geldnachfrage. Weshalb sollten dann entweder nur die Geldmenge oder nur der Zins politisch gesteuert werden können? Indirekt ist stets auch die jeweils andere Größe betroffen. Deshalb kann man nicht die eine als endogen bestimmt erklären (Monetaristen: Zins, Keynesianer: Geldmenge), die andere aber als exogen bezeichnen (Monetaristen: Geldmenge, Keynesianer: Zins). Wer die Endogenität der einen Größe zeigt und akzeptiert, dass die andere Größe von dieser abhängt, zugleich aber auf der Exogenität dieser anderen Größe beharrt, argumentiert inkonsistent. Richtig kann nur sein: Entweder sind Geldmenge und Zins beide endogen oder sie sind beide exogen bestimmt, wobei die eine jeweils direkt, die andere indirekt gesteuert würde. Die herrschende Geldtheorie enthält weitere Inkonsistenzen: Sie behauptet, Preise bildeten sich auf der Grundlage von Angebot und Nachfrage in „richtiger“ Höhe auf den Märkten. Zugleich soll das Preisniveau das Ergebnis von Interventionen der Zentralbank sein. Wie kann die Geldpolitik das Preisniveau, d.h. den Preisdurchschnitt, dieser vielen individuell und autonom sich bildenden Preise bestimmen? Beide Aussagen sind nicht kompatibel.

II. Endogenität oder Exogenität der Geldmenge und des Zinses?

Die Frage, ob ökonomische Größen exogen bestimmt werden oder sich endogen als Wirkung nicht zentral regulierbarer Abläufe und massenhafter individueller Entscheidungen ergeben, berührt Grundfragen des Verhältnisses zwischen der güterwirtschaftlichen und der monetären Sphäre. Endogenität von Geldmenge und Zins bedeutet, dass die güterwirtschaftliche die monetäre Sphäre dominiert. Exogenität der beiden Größen beschwört die Dominanz der letzteren über die erste.

Geldmengen

Die Auffassung, die EZB als Emittentin des Zentralbankgeldes könnte die Menge an Zentralbankgeld, die sogenannte Geldbasis, bestimmen, ist naheliegend – und falsch. So gelangt nationale Währung beispielsweise auch durch den Kauf von Devisen in den Umlauf. Wie viel nationales Geld gegen Devisen ausgeben werden muss, hängt von der Stärke des Devisenzustroms und nicht vom Willen der Zentralbank ab. Auch die Emission von Zentralbankgeld durch Kauf von Wertpapieren gelingt nur, wenn die Geschäftsbanken bereit sind, sich von ihren Papieren zu trennen. Die EZB beabsichtigt, von März 2015 bis September 2016 1,1 Billionen Euro in den Bankensektor zu drücken, indem sie diesem Staatsanleihen abnimmt (außer griechischen). In welchem Maße dies gelingt, bleibt abzuwarten. Ende Februar erklärten mehrere Banken, sie würden keine Papiere an die EZB verkaufen. Offenbar, weil sie nicht mit einem zusätzlichen Geldbedarf rechneten. Ist schon die Steuerbarkeit der Geldbasis fraglich, dann

die der Giralgeldmenge umso mehr. Die letzte bildet sich bei den Geschäftsbanken und wird von Faktoren bestimmt, die außerhalb des Einflusses der Zentralbank liegen: die Kreditnachfrage der Nichtbanken; die freie Geldreserve, über die Geschäftsbanken entscheiden; die Wünsche der Nichtbanken, einen Teil ihrer Bankeinlagen bar in Anspruch zu nehmen; die Marktzinsen, die über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf den Finanzmärkten informieren.

Besonders eigenartig erscheint die Ankündigung der Geldmengenziele. Von 1975 bis 1998 gab die deutsche Bundesbank solche Ziele vor, suggerierte so, dass sie eine bestimmte Geldmenge anstrebe: Wirtschaftswachstum und Geldmenge sollten in einem bestimmten Verhältnis stehen. Bis 1987 bezog sich die Zahl auf die Zentralbankgeldmenge, danach auf die Geldmenge M3, die nicht so stark auf Entscheidungen der Privaten reagiert und von der man deshalb annahm, sie ließe sich mit größerer Sicherheit voraussagen. Das Ritual der Vorgabe von Zielen entlarvt die so genannte Geldmengenpolitik als reine Scharlatanerie. Die EZB setzt den Schwachsinn fort: Seit 2003 gibt sie das angestrebte Wachstum der Geldmenge öffentlich bekannt, vermeidet aber den mittlerweile diskreditierten Begriff des Geldmengenziels. Dieser hatte den Eindruck erweckt, als setze sich die Bank ein Ziel, das sie konsequent und mit angemessenen Mitteln - Zins-, Offenmarkt-, Mindestreservepolitik v.a. - zu erreichen versuche. Nichts dergleichen passiert. Die Entwicklung der Geldmenge wird bestimmt durch Wirtschaftswachstum, Preisanstieg und die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Anders ausgedrückt: Sie ist eine endogene Größe. Was in der Einheit von Geldmenge und Preisen originär und dominant ist, hat Marx in seinem Geldumlaufgesetz geklärt (vgl. MEW 23: 136-138). Er hatte die in der Banking-Currency-Kontroverse vertretene Meinung der Banking-Theoretiker Tooke und Fullarton übernommen, die er in geldtheoretischen Fragen schätzte. Die bürgerliche Ökonomie nennt den Zusammenhang heute, seine Herkunft verschleiern, Fishersche Verkehrsgleichung oder Quantitätsgleichung des Geldes ($MV = QP$), scheidet dabei aber an der Kausalitätsbestimmung. Es ist erstaunlich, dass der Streit darüber noch nach 200 Jahren anhält, wo doch ein wenig gesunder Menschenverstand reicht, um die Beziehungen zwischen Geldmenge M , Umlaufgeschwindigkeit des Geldes V , dem Handels- oder Gütervolumen Q und dem Preisniveau zu verstehen: Geben Sie jemandem 1000 € in die Hand. Daraus folgt nicht, dass die Ware, die dieser kauft, 1000 € kosten muss. Sie kann teurer sein, wenn der Käufer eigene Mittel hinzugefügt, und kleiner, wenn dieser einen Teilbetrag zurückhält. Hat aber eine Ware einen Preis von 1000 €, ist ein Geldbetrag in dieser Höhe zwingend erforderlich, um die Ware zu erwerben. Die Preise sind ursprünglich. Erst steigen sie, egal ob aufwandsbedingt oder nicht, und dann werden die benötigten Geldmengen abgerufen. Die Vorstellung ist absurd, dass Preisänderungen auf den Gütermärkten aus Zinsentscheidungen und Geldmengenprognosen der Zentralbanken resultierten. Auf die drei Bestimmungsfaktoren (Produktionsmenge, Preisniveau, Umlaufgeschwindigkeit des Geldes) hat die angeblich steuernde Bank keinen Einfluss. Das Verhalten der Unternehmer und Konsumenten entscheidet über sie. Die monetaristische Geldpolitik besteht darin, die Veränderung der Bestimmungsfaktoren zu

schätzen und daraus auf das voraussichtliche Wachstum der Geldmenge zu schließen, meist in Form einer Bandbreite, eines „Zielkorridors“ von zwei bis drei Prozent. Die „Vorgabe“ der Ziele ist nichts anderes als ein heiteres Ratespiel. Kein Wunder, dass „Zielverfehlungen“ den Wahrscheinlichkeitsgesetzen zu Folge ebenso häufig waren wie „Treffer“ (vgl. Görgens u.a. 2014: 161). Warum aber das Vorgabetheater, wenn doch nichts getan werden kann, um die „Ziele“ zu erreichen? Die angekündigten Zahlen über das Wachstum der Geldmenge sollen die Wirtschaftsakteure über den zu erwartenden „monetären Rahmen“ aufklären. Verbunden war dies mit der Annahme, die Unternehmer und Verbraucher orientierten sich bei ihren Entscheidungen daran. Der Glaube ist geradezu naiv, Produzenten, Investoren und Konsumenten zögen bei ihren Entscheidungen geschätzte Geldmengen zu Rate. Schon Mitte der 1980er Jahre mehrten sich Zweifel an der Zweckmäßigkeit dieses geldpolitischen Hokusfokus. Er wiederholt sich bei der „direkten Inflationssteuerung“ (inflation targeting), auch „einstufige Strategie“ genannt – einstufig, weil auf Zwischenziele wie Geldmengen und Zins verzichtet wird. Statt Geldmengen werden hier gleich die Preise geschätzt. Die Preisschätzung wird veröffentlicht und mit dem Inflationsziel (z.B. 2 Prozent) verglichen. Liegt die voraussichtliche Inflation über dem willkürlichen Zielwert, habe die Geldpolitik einen restriktiven Kurs, liegt sie unter dem Zielwert, eine expansive Geldpolitik zu befolgen. Eine solche wird derzeit als Hauptaufgabe der EZB gesehen, da die Inflation der Verbraucherpreise angeblich nahe Null liegen soll. Dabei ist seit langem bekannt, dass wegen der hedonischen Preisbereinigung und anderen Gründen die offiziell ermittelte Inflationsrate zu niedrig ausfällt. Der Zweck der geschönten Zahlen: Je niedriger angeblich die Inflation, um so leichter ist es, angemessene Lohnforderungen als überzogen zu bezeichnen. Auch heute gilt nicht nur in den USA, worüber die „Süddeutsche Zeitung“ bereits vor Jahren berichtete: Die USA wiesen 2010 die Inflation offiziell mit vier Prozent aus. Der US-Ökonom John Williams rechnete nach und kam auf zwölf Prozent.³

Zinsniveau

Keynesianer glauben, dass Zentralbanken über die Änderung ihrer Zinsen die Zinssätze am Geldmarkt (z. B. für Tagesgeld) und über diese auch die Kapitalmarktzinsen bestimmen könnten. Sind die Zinsen auf dem Geldmarkt – hier tauschen Banken untereinander kurzfristige Liquidität – niedrig, hängt die Wirkung einer Heraufsetzung der Zentralbankzinsen von der Ausgangskonstellation und der Mitwirkungsbereitschaft der Marktteilnehmer ab. Lagen die Zinssätze der Zentralbank bereits vor ihrer Erhöhung über denen des Geldmarktes, war die Refinanzierung der Geschäftsbanken dort also bisher schon unattraktiv, bliebe die Zinserhöhung ohne Wirkung. Dieses Argument scheint zu unterstellen, dass am Geldmarkt eine stabile Nachfrage vorliegt und die Angebotsüberschüsse dort daraus resultieren, dass die Banken ihren Finanzie-

³ <http://www.sueddeutsche.de/geld/inflation-die-usa-schoenen-ihre-daten-1.217992>

rungsbedarf bei der Zentralbank decken. Sind aber die Angebotsüberschüsse und Niedrigzinsen vor allem eine Folge der Nachfrageschwäche am Geldmarkt, würde die Erhöhung der Kreditzinsen der Zentralbank ebenfalls nichts bewirken. Das gegenwärtig niedrige Zinsniveau ist v.a. güterwirtschaftlich-konjunkturell bedingt. Die EZB kann gar nicht anders als es zu sanktionieren. Auch im Falle eines Hochzinsniveaus am Geldmarkt hängt die Wirkung einer Zinssenkung der Zentralbank von der Ausgangskonstellation und der Mitwirkungsbereitschaft der Geschäftsbanken ab. Diese Maßnahme wird erfolglos bleiben (oder wenig bewirken), wenn die Zinssätze der Zentralbank trotz Minderung noch höher als die Geldmarktsätze bleiben. Unterbietet die Zentralbank die Geldmarktsätze, sind die erwünschten Verhaltensänderungen vorstellbar: Banken reduzieren die Aufnahme von Krediten am Geldmarkt und verlagern ihre Refinanzierung zur Zentralbank. Der so einsetzende Nachfragerückgang am Geldmarkt bewirkt dort eine Zinssenkung, wodurch das Geld- und Kreditangebot ausgeweitet werden könnte (vgl. Jarchow 1988: 116 ff.). Aber weshalb sollten Monopolbanken, so ist zu fragen, bei entsprechender Kreditnachfrage niedrige Refinanzierungszinsen an ihre Kunden weitergeben, wenn sie, unterlassen sie dies, ihre Gewinnspanne erhöhen? Und weshalb sollten Investoren und Verbraucher Kredite aufnehmen, nur weil die Zinsen gerade niedrig sind, wenn sie dafür keinen substanziellen Grund haben? Investitionen und Konsumgüterkäufe sind nicht primär ein Zinsproblem.

Insgesamt ist stark zu bezweifeln, dass die EZB erfolgreich gegen das Marktzinsniveau steuern, den Marktzinsen quasi die entgegengesetzte Entwicklungsrichtung vorschreiben könnte. Der empirische Befund zeigt zwar, dass es langfristig einen Gleichlauf zwischen den Zinsen der Zentralbank und denen am Geldmarkt gibt. In der Regel beginnen aber die Marktsätze zu steigen oder zu fallen, bevor die Zentralbankzinsen ihre Richtung ändern. Das spricht dafür, dass die Zentralbank auf das weitgehend unabhängig von ihr entstandene Marktzinsniveau reagiert, indem sie ihre Zinsen an dieses anpasst. Wer den empirischen Zusammenhang kennt und dennoch daran festhält, dass die Geldmarktzinsen durch die Zinspolitik der Zentralbank bestimmt würden, bedarf des Erwartungsarguments: Die Marktteilnehmer würden die erwarteten Zinsänderungen bei der von ihnen festgelegten Höhe der Zinsen vorwegnehmen – eine sehr hypothetische Aussage!

Das Zinsniveau ist ebenso wenig geldpolitisches Resultat wie es Geldbasis oder diverse Geldmengenaggregate sind. Zinsen und Geldmengen sind beide endogene Ergebnisse wirtschaftlicher Prozesse und beeinflussen sich gegenseitig. Die Zentralbanken reagieren mit ihrer Geldpolitik auf sie. Man muss anerkennen, dass sie dabei auf die Geld- und Kapitalmärkte zurückwirken, Bedingungen dort verstärken, schwächen bzw. modifizieren können. Aber sie können die Geschehnisse nicht autonom und zielgenau steuern. Erweisen sich aber bereits die Zwischenziele der Geldpolitik als unerreichbar oder zumindest als unsicher, dann rücken die über sie angepeilten güterwirtschaftlichen Endziele in weite Ferne. Schon jetzt wird klar: Geldpolitik ist eine Mär. Dicke, teure Lehrbücher über sie beschreiben akademisch anspruchsvoll nur des Kaisers neue Kleider.

III. Transmission und Krisenszenario

Die Frage, wie monetäre Größen nichtmonetäre beeinflussen, ist aber selbst dann berechtigt, wenn die zentralbankpolitische Steuerung der Geldmenge und des Zinses ausgeschlossen werden muss. Woraus auch immer sich die Veränderungen in Geldmenge und Zins ergeben mögen, ein Einfluss auf güterwirtschaftliche Prozesse ist durchaus vorstellbar. Geldmenge und Zins sind Resultate dessen, worauf sie zurückwirken. Es geht um das Verständnis für Rückwirkungen des monetären auf güterwirtschaftliche Abläufe, bei denen Zentralbanken eine gewisse Rolle spielen können. Die ihnen im Rahmen der Transmissionsmodelle zugedachte Impuls- und Initiatorfunktion wird der Realität jedoch nicht gerecht. Komplexitätsdefizite und ein einseitiges Prämissenraster behindern die Erkenntnis, wenn diese überhaupt gewollt ist. So gilt beinahe als Axiom, durch hohe Zinsen Preisstabilität wahren oder zurückgewinnen zu können. Richtig sind zwei Aspekte: Zinsen beeinflussen – bei ansonsten gleich bleibenden Bedingungen – die Geld- und Kreditnachfrage negativ; Geldmengen und Preise korrelieren positiv. Jedoch sind Zinsen auch Kosten und werden auf Preise übergewälzt. Auf Märkten, auf denen Monopole und Oligopole dank ihrer Macht den Preiswettbewerb ad absurdum geführt haben, ist dies Usus. Preise und Preissteigerungen fallen mittel- und langfristig umso höher aus, je höher die Zinsen sind. Niedrige Zinsen umgekehrt sind sicher beschäftigungsfreundlicher als hohe. Der Glaube aber, man müsse nur die Stellschraube Zins bedienen und die Geldschleusen öffnen, um den erwünschten Beschäftigungszustand herbeizuführen, ist lächerlich, auch wenn sie ein Nobelpreisträger äußert (Krugman 1998: 18, 25, 45, 130, 160). In der Regel wird der Einfluss des Zinses auf Produktion, Investition und Beschäftigung von anderen Faktoren überlagert. Die Frage ist dann, welchen Anteil Änderungen des Zinses an den Entscheidungen der Investoren und Konsumenten haben. Transmissionskonzepte verfolgen den Weg eines Geldmengen- oder Zinsimpulses bis in die Güterwirtschaft hinein. Sie stehen für „Einbahnstraßendenken“, favorisieren eine Kausalrichtung. Obwohl sie Rückkopplungseffekte nicht ausschließen, unterbewerten sie die wechselseitige Verknüpfung von Geld- und Gütersphären. Sie unterstellen, Zentralbanken könnten sich mit ihren offenmarkt- und refinanzierungspolitischen Instrumentarien im wirtschaftlichen Geschehen Dominanz verschaffen (Köhler 1983: 171) und die Wirtschaftsakteure zu einem preisstabilitäts- und wachstumsgerechten Verhalten zwingen. Dimensionen, Strukturen und Abläufe sprechen jedoch dafür, dass die güterwirtschaftliche Sphäre originär und dominant ist. Wir erleben gerade – und das wird sich in den nächsten Monaten fortsetzen –, dass die EZB den Geschäftsbanken Zentralbankgeld anbietet, diese aber nicht zwingen kann, es anzunehmen und zu einer erhöhten Kreditgewährung an ihre Kunden einzusetzen (Walter 2009: 636, Holtemöller 2008: 187). Was Banken tun, hängt davon ab, ob die Nichtbanken Kredite nachfragen und ob sie die Geschäftsbanken mit ihren Ertragsprognosen und Sicherheiten überzeugen. Kleine Unternehmen erhalten selbst oft für aussichtsreiche Investitionsvorhaben keine Kredite, wenn sie für kreditunwürdig gehalten werden und zu wenig Eigenkapital aufbringen. Ein Unternehmen ist kreditwürdig, wenn seine Leistungen nach-

gefragt werden, diese nachhaltig mit Gewinn verkauft werden und für den möglichen Ausfall genügend Haftungskapital verfügbar ist. Welche Effekte eine erleichterte Versorgung mit Zentralbankgeld bringt, ist letztlich güterwirtschaftlich bedingt. Fehlen Konsum- und Investitionsgüternachfrage, werden in den produzierenden Unternehmen und Haushalten auch keine Kredite benötigt. Zusätzliches Geld kann dann nicht in die güterwirtschaftlichen Kanäle eindringen. Es verbleibt auf den Konten der Geschäftsbanken, heizt aber mit hoher Wahrscheinlichkeit die Börsen an. Transaktionen auf den Finanzmärkten lassen Aktien- und andere Wertpapierkurse steigen. Umschichtungen auf den Devisenmärkten verändern die Währungskurse. Trotzdem: Die in den unterschiedlichen Transmissionsmodellen konstruierten Wirkungsketten können bei Akzeptanz der engen Modellprämissen – und nur dann – so oder so ähnlich ablaufen (vgl. Jarchow 1988: 253 ff.). Aber es ist nicht zwingend, dass sie es tun. Mehr noch: Endogenität von Geldmenge und Zins heißt, dass Veränderungen in der Geldsphäre letztlich durch Veränderungen in der güterwirtschaftlichen Sphäre bestimmt sind. Deshalb müssen die Transmissionsmechanismen vom Kopf auf die Füße gestellt werden: Die entscheidende Frage ist nicht, wie Geldmengen- und Zinsänderungen auf die Gütersphäre ausstrahlen, sondern welche Veränderungen dort sich wie auf monetäre Kategorien auswirken. Dieser „umgekehrten Transmission“ wird in der Fachliteratur und in der akademischen Ausbildung wenig Beachtung geschenkt. Dabei zeigt gerade die „reverse causation“, dass die Zentralbanken nicht nur ins Schlepptau der Nichtbanken und Geschäftsbanken geraten können, wie durchaus eingestanden wird (Köhler 1983: 167 ff.), sondern dass genau dort ihr angestammter Platz ist.

In einer konjunkturellen Krise funktioniert die Anpassung zwischen beiden Sphären etwa so:

Erstens: Zyklische Überproduktion an Gütern, Überakkumulation an Kapital, das relative Zurückbleiben der zahlungsfähigen Nachfrage bei hohem Zinsniveau – der zu Ende gegangene Aufschwung wurde v.a. durch Kredite finanziert – führen dazu, dass die Umsätze zurückgehen und die Produktion eingeschränkt wird. Die konjunkturelle Arbeitslosigkeit schwillt an.

Zweitens: Die schwächelnde Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen bewirkt, dass auch die Nachfrage nach Investitionsgütern, Vorprodukten bzw. Vorleistungen abnimmt. Investitionen sinken.

Drittens: War der zu Ende gegangene Aufschwung mit einer spekulativen Blasenbildung an den Waren- und Wertpapierbörsen verbunden – wie bis 2008 –, sind die negativen Signale aus der produzierenden Sphäre ein Grund dafür, dass die Spekulanten aus Angst vor der eigenen Courage verstärkt verkaufen. Der Herdentrieb setzt ein. Blasen platzen. Der Verlust an Börsenwerten drückt die Stimmung und wirkt negativ auf Konsum- und Investitionsbereitschaft zurück.

Viertens: Überschüsse auf den Investitions- und Konsumgütermärkten bewirken, dass die Nachfrage nach Bankkrediten in der Güterwirtschaft sinkt. Der gesunkene Bedarf an fremden Finanzierungsmitteln resultiert aus dem Men-

genrückgang auf den Gütermärkten und daraus, dass die Abnahme der wirtschaftlichen Aktivität damit verbunden ist, dass die Preissteigerungen geringer werden und vereinzelt Preise auch sinken können. Die Preiseffekte sind eindeutig *Wirkung* nachlassender Wirtschaftsaktivität, welche die Folge ist von Überakkumulation und Überproduktion. Sie sind nicht, wie den Leuten das schwachsinnige Deflationsargument weismachen soll, die *Ursache* depressiver und ruinöser Wirtschaftszustände. Danach würden die Leute den Konsum in Erwartung immer weiter sinkender Preise einstellen bzw. verzögern und so die negative Deflationsspirale auslösen, die mit immer größer werdenden Produktionseinbrüchen verbunden wäre. Die kausale Verdrehung wirklicher Zusammenhänge kann nur einem verwirrten Verstand entspringen, hat aber eine ideologische Funktion: Man soll die Alternativlosigkeit steigender Preise akzeptieren, schlimmer noch, die Inflation, die hinterlistigste Art, das Volk zu berauben, gutheißen. In dieser Situation werden Kredite nicht nachgefragt. Mehr Geld für produktive Vorhaben wird nicht benötigt, weil es an sinnvollen produktiven Vorhaben mangelt. Fällt die Überproduktionskrise mit einer Kredit- bzw. Subprime-Krise wie im Jahre 2009 zusammen, können Kredite wegen ausbleibender Erlöse von den Schuldnern nicht zurückgezahlt werden, ist jedoch die Nachfrage nach neuen Krediten hoch, um mit ihnen Altschulden zu tilgen. Milliardenbeträge, den angeschlagenen Banken vom Staat zugeschanzt, werden von Kapitaldienstverpflichtungen aufgesaugt. Das güterwirtschaftliche Problem lösen sie nicht. Produktive Geldkreisläufe kommen so nicht in Gang.

Fünftens: Auf die sich im Laufe der Altschuldentilgung abschwächende Nachfrage der Nichtbanken nach Krediten reagieren die Geschäftsbanken, indem sie die Sollzinsen senken. Sie wollen so den Nachfragerückgang bremsen, denn je niedriger die Nachfrage nach Krediten, umso geringer ist der Bankprofit. Solange aber die güterwirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Wirtschaftsbelebung fehlen, werden niedrige Zinsen die Nachfrage nach Krediten nicht steigern können.

Sechstens: Der rückläufige Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken, hervorgerufen durch das Nachlassen der Produktion und Investition, führt dazu, dass bei gegebenem Angebot am Geldkapitalmarkt die Kapitalmarktzinsen sinken.

Siebtens: Der Rückgang der Zinsen am Geldkapitalmarkt kann durch Arbitragevorgänge auf den Geldmarkt überschwappen. In dem Maße, wie die Kapitalmarktzinsen fallen, wird es lohnenswert, Überschüsse am Geldmarkt anzubieten, wodurch auch dort die Zinsen sinken werden.

Achtens: Der güterwirtschaftlich bedingte Rückgang der Marktzinsen in der Rezession bzw. Depression verbessert die Refinanzierungsbedingungen an den Geld- und Kapitalmärkten. Er veranlasst Geschäftsbanken, verstärkt das Kreditangebot dieser Märkte zu nutzen und Angebotsüberschüsse zur Zentralbank zu verlagern. Zentralbanken werden sich deshalb früher oder später dazu entschließen, auch ihre Zinsen zu senken und in besonders krassen Situationen – wie bereits geschehen – gar für Einlagen Strafzinsen erheben. Die Leitzins-

senkungen der Zentralbanken sind Reaktion auf Impulse, die von den Märkten kommen. Sie sind nun auch in Europa – wie in den USA und Japan schon seit längerem – faktisch bei 0 Prozent angekommen. Als Ergebnis von Anpassungen stehen sie am Ende einer Wirkungskette und bewirken zunächst wenig. Das ändert sich erst dann, wenn die Bedingungen für eine Belebung der Kreditanspruchnahme in der güterwirtschaftlichen Sphäre heranreifen.

Neuntens: Während des Abschwungs kommt es zu positiven, die Rezession abschwächenden Rückkopplungen. Die Verringerung der Zinssätze und damit der Renditen für Zinspapiere bei wieder steigenden Wertpapierkursen (abnehmende Kreditnachfrage = abnehmendes Wertpapierangebot) führt irgendwann dazu, dass die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage aufhört, weiter zu sinken. So und im Zusammenhang mit anderen Faktoren schafft die Rezession die Voraussetzungen für ihr Ende. Voraussagen, wann dies ein wird, sind aufgrund der hohen Komplexität nicht möglich.

Zehntens: Die Rezession schwächt sich ab und geht schließlich zu Ende. Das in ihr anwachsende Anti-Rezessionspotential (Motteck 1982) an materiellen und finanziellen Ressourcen sowie ein relativ niedriges Preisniveau werden die Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern und zeitlich verzögert auch die Nachfrage auf den Geld- und Geldkapitalmärkten steigen lassen. Die Wirtschaft kommt in Gang. Der Aufschwung beginnt und bereitet von Anfang an schon wieder sein Ende vor. Nun verläuft praktisch alles mit umgekehrten Vorzeichen: Wachsende Produktion und Investitionen, begleitet von deutlichen Preissteigerungen, führen zu einem Anstieg der Marktzinsen und am Ende der Kette sind auch die Zentralbanken gezwungen, ihre Zinsen zu erhöhen (vgl. ausführlicher Müller 2015: 528 ff.).

Egal ob Krise oder Konjunktur – die Zentralbank muss sich dem Druck beugen, der von den Geld- und Kapitalmärkten auf sie zukommt. Sie muss sich dem Marktzinsniveau anpassen, das letztlich güterwirtschaftlich bedingt ist und sich im Spiel von Angebot und Nachfrage bildet. Belustigend ist, wenn Wirtschaftskolumnisten regelmäßig die Zentralbanken loben für die „kluge Entscheidung“, in der Rezession die Zinsen zu senken und im Aufschwung zu erhöhen. Es ist offensichtlich, dass sich diese Zinskorrektur bereits vorher spontan auf den Märkten vollzieht und die Zentralbank beim Übergang von einer restriktiven zu einer expansiven Zins- bzw. Geldpolitik und umgekehrt nur gezwungenermaßen sanktioniert, was auch ohne ihr Zutun geschieht. Zentralbanken sind keine „neutralen“, von außen souverän das Wirtschaftsgeschehen steuernde Institutionen. Sie sind Element eines komplexen Wechselmechanismus, dessen Gesetzen, Bedingungen und Abläufen sie sich nicht entziehen können. Wie Zins und Geldmenge, die Wirkung einer langen Kette von Ursachen und Ursache einer großen Kette von Wirkungen sind, so sind auch die Zentralbanken eingebunden in das komplexe Geflecht der ökonomischen Variablen.

Sollen Geldmenge oder Zins politisch gesteuert werden? Sollen Mindestreserve-, Refinanzierungs- oder Offenmarktpolitik vorrangig genutzt werden? Soll die Geldpolitik neben der Preisstabilität auch für Wachstums- und Beschäfti-

gungsziele eingesetzt werden? Das alles sind hypothetische Fragen. Beachtet man, dass Zentralbanken auf güterwirtschaftliche Veränderungen grundsätzlich nur reagieren können, erweist sich, dass deren wirtschaftspolitische Steuerungsfähigkeiten überschätzt und ihnen eine wirtschaftliche Souveränität zugestanden wird, die sie nicht besitzen.

Literatur

- Görgens, E., Ruckriegel, K., Seitz, F. (2014), Europäische Geldpolitik, 6. Aufl., Konstanz und München.
- Holtemüller, O. (2008), Geldtheorie und Geldpolitik, Tübingen.
- Jarchow, H.-J. (1988), Theorie und Politik des Geldes II, Geldmarkt und geldpolitische Instrumente, Göttingen, 5. Aufl.
- Köhler, C. (1983), Geldwirtschaft. Dritter Band: Wirtschaftspolitische Ziele und wirtschaftspolitische Strategie, Berlin.
- Krugman, P. (1998), Schmalspurökonomie, Frankfurt/M.
- Marx, K. (1972), Das Kapital, Erster Band, in: MEW 23, Berlin.
- Motteck, H. (1982), Die Krisen und die Entwicklung des Kapitalismus, Berlin.
- Müller, K. (2015), Geld. Von den Anfängen bis heute, Freiburg (im Erscheinen).
- Wagner, H. (2004), Stabilitätspolitik, München, Wien.
- Walter, J. (2009), Geldkreislauf und Geldversorgung in unterschiedlichen monetären Systemen, in: WiSt, Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Heft 12, S. 635-638.



Forum Wissenschaft 1/2015

Verfall und Neubau

Entwicklungen der Hochschularchitektur

Aus dem Inhalt:

- ◆ Anne Vukan: Hochschulbau und Stadtentwicklung
- ◆ Markus Rieger-Ladich: Universitäre »Signature Buildings« – das Rolex Learning Center in Lausanne
- ◆ Klaus Ronneberger: Zur Bedeutung des Standortwechsels der Goethe-Universität Frankfurt
- ◆ Peer Pasternack: Sozialistischer Funktionalismus – Hochschulbau in der DDR

Einzelheft: 8 € · Jahresabo: 28 €
www.bdwi.de · service@bdwi.de · Tel.: (06421) 21395

Das heutige Geld im Fokus alternativer Theorien und Geschichtsbilder¹

Die Finanzkrise seit 2008 hat die kapitalistische Weltwirtschaft in ihren Grundfesten erschüttert. Dies erklärt, warum sie von Anfang an von heftiger Kritik und einer intensiven Suche nach den Ursachen und nach den Schuldigen begleitet war. Anfangs standen die Akteure der Finanzindustrie, Investmentbanker, Fondsmanager und Börsenjobber, im Zentrum der Kritik. Dabei wurde nicht selten der Boden sachlicher Auseinandersetzung verlassen und undifferenziert auf sie eingepregelt, so als gäbe es kein Systemversagen des Finanzmarktkapitalismus! Inzwischen wurde die Auseinandersetzung prinzipieller und ergreift die Geld- und Kreditwirtschaft als Ganzes, den globalen Finanzkapitalismus, die profit- und zinsgesteuerte Marktwirtschaft – letztlich alles, was mit Geld, Kredit und Finanzen zu tun hat. In diesem Kontext werden die Geschichte des Geldes und der Geldtheorie wieder interessant und damit auch heterodoxe und alternative Ansätze geldtheoretischer Erklärung wie geldwirtschaftlicher Praxis. Häufig verbinden sich in diesen Überlegungen Reformvorstellungen und produktive Gestaltungsabsichten mit radikalen geldkritischen Positionen, alten und neuen Ressentiments gegenüber dem Geld sowie über die traditionelle Geldwirtschaft hinausweisenden Ideen. Die Finanzkrise verschafft derartigen Ideen verstärkt Gehör, wie die Erfolge einschlägiger Titel, die häufig in kurzer Zeit gleich mehrere Auflagen erlebt haben, belegen.

Vollgeld-Konzept

Eine der populärsten Ideen zur Reform der Geldordnung ist das *Vollgeld*-Konzept. Es geht unter anderem zurück auf den US-amerikanischen Ökonomen Irving Fisher (1867-1947) und dessen Buch „100%-Money“ aus dem Jahr 1935. Dort steht, dass „der Kern des 100%-Plans in der Unabhängigkeit des Geldes von Krediten“ besteht, was nichts anderes heißt, als dass „das Verfahren zur Schöpfung und Vernichtung von Geld von den Bankgeschäften getrennt“² werden soll. Seitdem gab es viele Versuche, diese Idee weiterzudenken und zu verfeinern. Herausgekommen ist dabei ein Konzept, das nicht nur die vollständige Deckung des durch die Geschäftsbanken geschöpften Buchgeldes durch Zentralbankgeld verlangt, sondern auch die Aufhebung der kre-

¹ Besprechung zu: Thomas Mayer/Roman Huber, *Vollgeld. Das Geldsystem der Zukunft. Unser Weg aus der Finanzkrise*, Tectum Verlag, Marburg 2014, 320 Seiten, 18, 95 Euro (I); Felix Martin, *Geld, die wahre Geschichte. Über den blinden Fleck des Kapitalismus*, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2014, 428 Seiten, 22,99 Euro (II); Heinz Rieter, *Ökonomische Theoriesgeschichte im zeithistorischen Kontext. Ausgewählte Aufsätze*, Metropolis Verlag, Marburg 2014, 449 Seiten, 39,80 Euro (III).

² Irving Fisher, *100%-Geld*, in deutscher Übersetzung von Klaus Karwat, Kiel 2007, S. 10.

ditmäßigen Geldordnung und deren komplette Ersetzung durch ein Vollgeldsystem. Kern desselben wäre die Auflösung der bisherigen Verquickung von Geld und Kredit und die Übertragung der Giralgeldschöpfung, die im jetzigen System den Banken obliegt, an eine unabhängige staatliche Instanz. Das Giralgeld würde dadurch zu vollwertigem gesetzlichem Zahlungsmittel werden und der Geldschöpfungsgewinn würde vollständig und automatisch dem öffentlichen Haushalt zufallen. Hauptvertreter dieser Richtung in Deutschland ist der Hallenser Ökonom Joseph Huber. Sein Buch „Vollgeld“ erschien 1998; sein Hauptwerk zu diesem Thema liegt inzwischen in vierter Auflage vor.³

Bei der hier vorliegenden Publikation (I), verfasst von den beiden Bürgerrechtlern und Initiatoren einer Vollgeld-Initiative in der Schweiz Thomas Mayer und Roman Huber, handelt es sich *nicht* um ein geldtheoretisches oder finanzwissenschaftliches Werk, sondern um ein propagandistisches Aufklärungsbuch, ein Plädoyer für ein *politisches* Projekt, die Initiative für sicheres und stabiles Geld in einer von Unsicherheit und Instabilität geprägten Gesellschaft. Reduziert man den Inhalt auf die Feststellung, dass das Giral- bzw. E-Geld heute größtenteils von (Geschäfts-)Banken geschöpft wird und der dabei auftretende Geldschöpfungsgewinn, die Seigniorage, der Allgemeinheit vorenthalten wird, was dadurch geändert werden soll, dass die Geldemission künftig ausschließlich der Zentralbank übertragen wird und der erzielte Gewinn vollumfänglich dem Staat zufließt, so lässt sich dagegen kaum etwas einwenden. Die Autoren belassen es aber nicht bei dieser Reformidee, sondern verbinden damit Überlegungen zur Wirtschaftspolitik, zur Geld- und Finanzordnung, zur Verteilung, Umverteilung usw., was angesichts der Versimpelung komplizierter Zusammenhänge und Funktionsabläufe, nicht hinreichend begründeter Annahmen sowie Trug- und Fehlschlüsse nicht nur Zustimmung findet, sondern auch Kritik und Widerspruch hervorruft.

Die Seigniorage nicht den Banken zu überlassen, sondern sie zu zentralisieren und dem Staat zuzuführen, ist eine Forderung, über die man ernsthaft nachdenken sollte. Die Einführung von Vollgeld könnte ein Weg dazu sein. Die immer stärkere Abwicklung des Zahlungsverkehrs mittels Buchgeld und die faktische Gleichbehandlung von Zentralbank- und Geschäftsbankengeld im täglichen Verkehr sind hierfür starke Argumente. Vollgeld bedeutet „Zentralbankgeld für alle“ (I: 80). Seine Einführung aber wäre ein waghalsiges Experiment, zumal „erhebliche Zweifel am erhofften Nutzen“ bestehen und sich „scheinbar plausible Annahmen als unzutreffend erweisen“ könnten, so der Präsident der Schweizerischen Nationalbank Thomas Jordan am 23.11.2014. Derartige Zweifel zu zerstreuen ist das erklärte Ziel, das die Autoren mit ihrem Buch anstreben. Dazu formulieren sie eingangs einige Thesen, worin Vollgeld als Allheilmittel für die bestehenden Finanzprobleme angepriesen wird, als ein „Wunder“, von dem „fast jede und jeder“ profitieren würde. Mit Vollgeld, so die Autoren, gäbe

³ Joseph Huber, Monetäre Modernisierung. Die Zukunft der Geldordnung: Vollgeld und Monetative, Marburg 2014.

es mehr Sicherheit, keine Inflation, weniger Spekulation, keine Finanzblasen, dafür aber „zusätzlich 5 Billionen Euro“ zum Verteilen (10f.), mehr Wettbewerbsgleichheit, weniger Wachstumsdruck, Tilgung der Staatsschulden u.a.m. Geld würde dadurch zu einem „positiven und schuldfreien Wert“ und es gäbe endlich „Geldvermögen ohne Verschuldung“ (84).

Obwohl hier einiges durcheinander geht, lassen sich zwei Argumentationslinien ausmachen: die Kritik an der bestehenden Geldordnung und die Herausarbeitung der Vorzüge eines Vollgeldsystems. Das dritte Kapitel vermittelt einen Überblick über die gegenwärtige Geldordnung und die Funktionsweise des zweistufigen Bankensystems. Der Autor (Mayer) geht dabei vom *Münzgeld* aus, was methodologisch anfechtbar ist, da es sich bei dem heutigen Geld um *Kreditgeld* handelt. Dahinter steckt aber mehr als ein begriffliches Problem: Kreditgeld taucht hier nur als „Schuldgeld“ (72) auf, was den wirklichen Zusammenhang, die historische Genesis der Banknote aus dem Wechsel und des E-Geldes aus dem Buchgeld der Banken, verkennt. Auch wird der Unterschied zwischen Banknoten und (staatlichem) Papiergeld sowie zwischen Staatsverschuldung und Geldumlauf nicht deutlich. Bezeichnend für die Konfusion sind Aussagen, wonach „Papiergeld [...] als Quittung für hinterlegtes Gold“ (77) entstanden sei oder, dass sich die Staaten, da sie „den Banken die Giralgeldschöpfung überlassen haben“, nun verschulden müssen, „damit genug Geld im Umlauf ist“ (69). Schließlich wird noch ausgerechnet, wie viel „schuldfreies Geld“ jeder Bürger „guten Gewissens“ besitzen darf: es sind genau 7.878 Euro (85). Gegen Ende des Kapitels resümiert der Autor: „Alle reden ständig über Geld und kennen nicht einmal die grundlegendsten Zusammenhänge.“ (79) Wie wahr! Schlimmer aber ist, dass einige von denen auch noch darüber schreiben.

Der Hauptteil des Buches ist den „Vorzügen des Vollgeldes“ gewidmet. Der eigentliche Knaller dabei sind die 5.000.000.000.000 Euro, die der Autor den Bürgerinnen und Bürgern im Euroraum im Falle seiner Einführung als „Mehreinnahmen“ in Aussicht stellt. Anfangs hat es den Anschein, als würden diese Mittel einem „Wunder“ (10) entstammen, dann aber ist von einer „Übergangsfrist von 15 Jahren“ (127) bzw. „von 10 bis 20 Jahren“ die Rede, was wohl bedeuten soll, dass sich dieser Betrag *kumulativ* versteht bzw. als „Gewinn“ erst in Zukunft anfällt. „Vollgeld kommt nicht [...] durch Kredite, sondern durch schuldfreie Übergabe an Staat und Bürgerinnen und Bürger in Umlauf.“ (130) Aber der Emissionsgewinn bezieht sich immer nur auf den *Zuwachs* der Geldmenge M1. Dieser lag zuletzt, in einer Zeit starker Geldmengenexpansion, im Euroraum bei ca. 400 Milliarden Euro jährlich. Zieht man hiervon den Zuwachs des Bargeldumlaufs in Höhe von 40 bis 50 Mrd. Euro ab und rechnet die Restgröße dann hoch auf 15 oder 20 Jahre, so gelangt man in der Tat zu einer Größenordnung von 5 Billionen Euro. Die Rechnung von Mayer geht aber trotzdem nicht auf, denn erstens geht er selbst davon aus, dass heute „zu viel Geld im Umlauf“ (129) ist, zweitens, dass das Wirtschaftswachstum künftig gedämpft verlaufen soll, was die Geldemission einschränken würde, und drittens, dass die Staatsverschuldung sinkt. All das aber hätte zur Folge, dass die Zu-

wächse der Geldmenge künftig sehr viel kleiner ausfallen würden als bisher. Ganz abgesehen von Substitutionsprozessen zwischen M1, M2 und M3 sowie einer Zunahme des Geldkapitals⁴, wodurch spürbar weniger M1-Geld benötigt wird. Gibt es aber keine Expansion von M1, so gibt es auch keinen Geldschöpfungsgewinn, den man über den Fiskus umverteilen könnte!

Überher sind die Vorstellungen des Autors, was sich alles mit Hilfe des Gewinns finanzieren ließe, unrealistisch: Staatsschulden abbauen, Sozialleistungen bezahlen, ein Grundeinkommen für alle usw. J. Huber z.B. ist längst zu der Erkenntnis gelangt, dass diese Mittel „nicht im entferntesten für ein Grundeinkommen“ reichen würden. Man könnte damit „kaum mehr als etwa 1,5 bis 4,5 Prozent“ eines solchen finanzieren (Huber 2013: 131). Trotzdem vertritt Mayer die utopische Auffassung, die Vollgeld-Reform sei ein Billionen-Geschenk, „vermutlich der einzige Free Lunch, den es in der Ökonomie gibt“ (170). Das klingt verheißungsvoll, ist aber falsch. Diese Aussage ist schon deshalb fragwürdig, weil die „5 Billionen Euro“ nirgends in Erscheinung treten. Mayer behauptet, der Geldschöpfungsgewinn falle den Banken zu, aber *nicht* als Einnahme, sondern lediglich als „vermiedene Kosten“ (58) oder, indem die Banken ihn „an die Kunden“ weitergeben (290). Damit aber erweist er sich als ein *theoretisches Konstrukt*, das nur zu einem Teil real wird, um wie viel, „weiß niemand genau“ (ebd.). Auf diese nicht belastbare und theoretisch wie praktisch wackelige Konstruktion aber setzen Mayer und Co. ein „politisches Konzept“, das Vollgeldsystem, verbunden mit dem großartigen Versprechen eines *Free Lunch* für alle in Höhe von „5 Billionen Euro“. Im Ergebnis soll eine stabile „Postwachstumsökonomie“ (268) entstehen, mit Demokratie und viel Sinn für Soziales. Vielleicht aber führt eine solche Reform auch bloß zu viel Chaos und wenig Ökonomie. Die Vollgeld-Idee hat möglicherweise einiges für sich, das soll nicht bestritten werden. Als Konzept gegen Ungerechtigkeit (9), „Materialismus“ (217), „Inflation“ und „Wachstumsdruck“ (268) und für einen „Free Lunch“ in Billionenhöhe scheint es jedoch wenig geeignet und nicht ausreichend begründet.

Geld als soziale Technologie

Einen gänzlich anderen Ansatz vertritt der Autor des zweiten Buches (II), Felix Martin. Er lehnt das Tauschparadigma, die Voraussetzung aller konventionellen Gelderklärungen, als „von Grund auf falsch“ (19) ab und entwickelt eine „alternative Konzeption des Geldes“ (41), in deren Zentrum der *Kredit* steht. Geld ist danach „eine Sonderform des Kredits“ (25), „übertragbarer Kredit“ (41, 264), ein „System von Kreditkonten und ihrer Verrechnung“ (24). Es ist mithin „kein Ding“, sondern eine „soziale Technologie“ (48). Die Herleitung des Geldbegriffs erfolgt logisch-historisch, indem drei grundlegende Komponenten

⁴ Die Geldmengenaggregate sind wie folgt definiert: M1 umfasst Bargeld plus Giralgeld (Sichteinlagen); M2 besteht aus M1 plus Spar- und Termineinlagen; M3 umfasst M2 plus kurzfristig verbrieftete Forderungen. Unter Geldkapital werden langfristige Einlagen und Bankverbindlichkeiten verstanden.

des Geldes entwickelt und anschließend in ihren historischen Erscheinungsformen erläutert werden. Diese sind „das System der Buchführung“, das auf der Schrift und der Arithmetik basiert und zuerst in Mesopotamien aufkam, ein „universeller Wertmaßstab“ und ein „Standard“ für dessen Messung. Durch die Kombination dieser Komponenten waren die Voraussetzungen für die Erfindung des Geldes erfüllt. Der historische Ort dafür waren die Stadtstaaten des antiken Griechenland, welche so zu den „ersten monetär organisierten Gesellschaften“ (86) wurden.

Die moderne „Naturgeschichte“ des Geldes besitzt nach Martin ihren Ursprung im Handel. Im breiten Erzählstil, ganz ohne Zahlen, Tabellen und Grafiken, wie sie sonst ökonomische Texte zieren, führt er den Leser durch die Jahrhunderte und zeigt ihm, wie Kaufleute und Banker ein „perfektioniertes System der Handelsfinanzierung auf Wechselbasis“ (144) schufen, ein „Kreditnetzwerk“, das nicht auf Edelmetall beruhte, sondern auf „Vertrauen“ und wie hieraus schließlich das moderne Geld hervorging. Bemerkenswert ist seine theoriehistorische Linienführung, womit die historische Entwicklung untermauert wird: Im Unterschied zu der sonst üblichen dogmenhistorischen Ahnenreihe Locke – Hume – Smith – Ricardo – Say – J. St. Mill – Marx usw. setzt er eine alternative Reihe, nämlich: Law – Steuart – Bagehot – Keynes – Fisher – Minsky – Friedman – Goodhart usw. Den entscheidenden geldtheoretischen Fehler lastet er John Locke an, welcher 1696 das Geld zum „Objekt“ erklärte und damit der für die ökonomische Klassik charakteristischen Gleichsetzung von Geld und Gold den Weg bereitet hat (188, 346ff.). Auch Marx blieb bekanntlich dieser Tradition verhaftet und spielt daher im Konzept von Martin keine Rolle. Sein Hauptwerk wird im Literaturverzeichnis nicht einmal erwähnt. Anders der große Neuerer John Law. Dieser sah im Geld einen „übertragbaren Kredit“ (221) und plädierte für einen flexiblen Währungsstandard (241), was eine feste Bindung an ein Edelmetall „von vornherein ausschloss“ (222). Sein Geldkonzept war „originell, innovativ und seiner Zeit Jahrhunderte voraus“ (234). Das daraus hervorgegangene „Fiatgeld“ war, auch wenn es zunächst praktisch scheiterte, letztlich das zukunftsweisende Modell für unser Geldsystem seit 1973 (235).

Bezeichnend für das Werk ist ein fortgesetzter Wechsel der Zeitebenen. Der Autor versucht weder einen historischen Abriss der Geldgeschichte zu geben noch eine theoriehistorische Darstellung. Das Buch ist auch keine Analyse gegenwärtiger Finanzprobleme. Und doch ist es dies alles gleichzeitig. Das macht seine Lektüre spannend und abwechslungsreich, denn erst die aktuellen Bezüge erhellen den Sinn historischer Aussagen und erst praktische Probleme lassen die Problematik theoretischer Defizite, Fehler oder Irrwege erkennen. Anregend und überzeugend arbeitet Martin heraus, dass viele finanzielle Probleme bis heute auch daher rühren, dass unser Geldverständnis hinter der Wirklichkeit des Geldes zurückgeblieben ist. Immer noch dominiert in finanziellen Fragen eine Sicht, die auf Locke, Smith und Marx zurückgeht und die im Geld „eine Sache“ erblickt, aber nicht eine „soziale Technologie“. Dabei steht längst eine alternative Betrachtungsweise des Geldes zur Verfügung, die

es erlaubt, dessen „Potenzial als bedeutendstes Instrument der Selbstverwaltung, das je erfunden wurde, zu realisieren“ (364). Trotzdem bleiben einige wichtige Fragen offen. So weist der Autor zwar auf theoretische Aspekte der gegenwärtigen Finanzkrise hin, auf das große Risiko der Schattenbanken, auf ungelöste Strukturfragen im Finanzsektor (338f.), auf den Geldschöpfungsgewinn der Banken und auf Reformansätze, diesen für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. Sein Lösungsansatz einer „sachgerechten Restrukturierung des Geld- und Bankwesens“ (341) bleibt jedoch allzu unverbindlich und allgemein, um wirklich etwas zu bewegen.

Theoriegeschichte des Geldes

Der dritte Band (III) ist ein Jubiläumsband, ediert für den Geld- und Wirtschaftstheorienhistoriker Heinz Rieter. Er passt insofern zu den beiden anderen Büchern, als er Theorien und Konzepten gewidmet ist, die außerhalb des Mainstreams angesiedelt sind. Im Unterschied zur herkömmlichen Lesart älterer Texte versteht es der Autor, diese in den Kontext ihrer Zeit zu stellen und sie aus einer zeitgerechten Optik heraus zu deuten. Dies gilt insbesondere für die Aufsätze zur Theoriegeschichte des Geldes, welche gleichermaßen historisch bildend wie in ihrer Aktualität erhellend sind. Theoriegeschichte dient hier „als Instrument für die Analyse gegenwärtiger Probleme“ (9). Dabei ist es erstaunlich, wie viel Potential in den alten Theorien zur Behandlung aktueller Fragen steckt. Wer den Band durchgearbeitet hat, wird den Wert der Dogmengeschichte nicht gering veranschlagen. Außerdem sind die Texte hervorragend geschrieben, was ihre Lektüre zu einem wahren Vergnügen macht.

Ein erster Block ist der Gleichgewichtstheorie, der Rezeption der Kreislaufidee der physiokratischen Ökonomie und dem berühmten *Tableau Economique* Francois Quesnays gewidmet. Es folgen Aufsätze zu Keynes, Schumpeter und Marshall sowie zum Ordoliberalismus. Im Zentrum steht aber eine Arbeit über Thomas Tooke (1774-1858), den leidenschaftlichen Streiter in der Bullion-Kontroverse und Haupt der Banking-School in der geldtheoretischen Auseinandersetzung in England während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der Autor beschreibt anschaulich, die wirtschaftliche Entwicklung jener Zeit immer im Blick behaltend, wie sich die geldtheoretischen Ansichten Tookes, der nicht nur ein kluger Kopf, sondern auch ein erfahrener Geschäftsmann war, im Widerstreit konträrer Meinungen formten und veränderten. Hieran lässt sich hervorragend demonstrieren, welchen politischen und wirtschaftlichen Interessen die Entwicklung des Geldwesens folgte und wie es zur Herausbildung des Goldstandards kam, als dem letztlich für den Kapitalismus der freien Konkurrenz maßgebenden Geldsystem. Dabei hätte es nichts geschadet, wenn der Autor den Unterschied zwischen dem vom Staat emittierten *Papiergeld* und den *Banknoten*, welche „im Wege der üblichen bankgeschäftlichen Kreditgewährung entstehen“ (290), klarer herausgestellt hätte. Dass er auf Aspekte der aktuellen Diskussion wie z.B. die Frage nach der Exogenität oder Endogenität des Geldes eingeht (291), ist zu begrüßen. Am Ende des Kapitels versucht er, den Beitrag Tookes zu Geldtheorie zu bewerten. Dabei gelingt es

ihm, die Leistung Tookes zu würdigen, ohne deren Grenzen außer Acht zu lassen. Diese sind in der Ausklammerung der Banknoten aus dem Geldbegriff zu verorten (298). Ferner darin, dass sich in seiner Geldwirkungslehre „die Unterschiede zwischen Geld und Kredit verwischten, weil er es unterließ, eine fest umrissene Kredittheorie in sein Lehrgebäude einzubauen“ (299). Größere Verdienste werden ihm dagegen bei der Bestimmung und Messung des Geldwertes zugestanden (300f.) sowie bei der Formulierung der „Einkommenstheorie des Geldes“ (308) – als Alternative zur Produktionskostentheorie und zur Quantitätstheorie.

Mit Tooke und dessen Geldtheorie thematisierte Rieter ein wichtiges Kapitel ökonomischer Theoriegeschichte in England. Mit dem nachfolgenden Aufsatz wirft er die Frage auf, ob es im 19. Jahrhundert auch so etwas wie eine „deutsche Geldtheorie“ gegeben hat und ob diese „mehr als nur ein Echo englischer Debatten“ war (313). Da ist zunächst die Feststellung, dass sich zwar zahlreiche Beiträge zu „institutionellen Geld- und Kreditthemen“ finden, „die Ausbeute an analytischen Erkenntnissen“ aber mager ist (316). „Die Bilanz ist deprimierend, sie bezeugt Ignoranz und Rückständigkeit.“ (321) Zudem herrschte hier größtenteils ein pragmatisches oder ideologisch vorbestimmtes Geldverständnis, das eine theoretische Diskussion erschwerte. Viele der im 19. Jahrhundert verfassten Schriften zum Geld sind sogar „ausgesprochen obskur“, denn – und das galt damals wie heute, siehe I –, „auf keinem anderen Feld der Ökonomie gibt es [...] so viele ungerufene Propheten, unbelehrbare Sektierer oder unbedarfte Amateure wie auf dem monetären“ (320)! Unser Autor vermag der deutschen Diskussion aber trotzdem einiges abzugewinnen. Die namhaftesten Vertreter deutscher Geldtheorie sind Büsch, Hufeland, Wagner, Knies und Menger. „Ihre partiellen theoretischen Leistungen sind gleichsam nur Farbtupfer im grauen Einerlei der deutschen Geldliteratur jener Zeit.“ (327)

Bemerkenswert ist die Aussage, dass die angelsächsische Geldliteratur tendenziell „papiergeldfeindlich“ eingestellt war, die deutsche dagegen „papiergeldfreundlich“ (337). Die Begründung dafür ist nicht ganz klar und lässt wiederum die unscharfe Differenzierung zwischen Papiergeld (Zettel) und Kreditgeld (Banknoten) erkennen. Letztlich aber verweist sie auf die verhältnismäßig rückständigen Verhältnisse in Deutschland und den Einfluss der Romantik. So trifft man hier an Stelle einer analytischen Geldtheorie auf eine „Geldwesenslehre“ und prägen dilettierende Philosophen und Juristen wie Fichte und Adam Müller die Ansichten über Papiergeld (338f.) statt geldtheoretisch versierte Ökonomen und Banker.

Rieters Überlegungen zum Geld finden ihre Fortsetzung in dem Aufsatz „Tauschmittel oder Mammon?“, worin er eine Systematisierung der gängigen Geldauffassungen und einen geistesgeschichtlich angelegten Streifzug durch die Geldgeschichte unternimmt. Gelungen sind auch seine aktuellen Bezüge und Anspielungen auf zeitgenössische Diskussionen. So lässt sich seine Darstellung der merkantilistischen, auf einem engen metallistischen Geldbegriff

füßenden Geldauffassung (367f.) auch als Kritik der fundamentalistisch verengten *Vollgeld*-Konzeption (vgl. I) lesen und erscheint seine Wiedergabe sozialistischer Einstellungen gegenüber dem Geld, welche normativ und ideologisch voreingenommen sind, zugleich als aktuelle Kritik an der Occupy-Bewegung in der Gegenwart, welche das Geld wieder einmal für „alle Übel dieser Welt“ verantwortlich macht (384f.). Und die heterodoxen Tendenzen in den Auffassungen vom Geld heute, welche kritisieren, dass die etablierten Geldtheorien die mit den Wörtern „Geld“ und „Währung“ verbundenen Konnotationen bewusst oder unbewusst ausblenden, lassen sich in ihrem Kern zurückführen auf die Denktradition der deutschen Romantik und des Historismus, welche angetreten sind, um „die Seele des Geldes zu entdecken“, wie Georg Friedrich Knapp 1905 zutreffend schrieb (385).

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Alex Demitrović, Sebastian Klauke, Étienne Schneider (Hrsg.)

Was ist „der Stand des Marxismus“?

Soziale und epistemologische Bedingungen der kritischen Theorie heute (hrsg. im Auftrag der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung)

2015 - 185 Seiten - € 19,90 ISBN: 978-3-89691-717-1

Was waren und sind zentrale Entwicklungslinien, materielle und epistemologische Reproduktionsbedingungen, Herausforderungen, Probleme, aber auch Revitalisierungsprozesse zurückliegender und aktueller Diskussionen, die sich auf Marx beziehen oder sie fortzusetzen beanspruchen? Mit welchen anderen kritischen Strömungen wie feministischen oder polit-ökologischen Debatten verbinden sie sich, und wo setzen sich Unvereinbarkeiten und Widersprüche bis heute fort?

Meinhard Creydt

Wie der Kapitalismus unnötig werden kann

2014 - 419 Seiten - 29,90 € ISBN: 978-3-89691-970-0

Radikale Kapitalismuskritik braucht Konzepte einer Systemalternative. Was sind die Strukturen der nachkapitalistischen Gesellschaft? Worin bestehen ihre Probleme? Wie vermag sie diese zu bearbeiten? Welche sozialen Mentalitäten und Kräfte überwinden den Kapitalismus?



Modern Money Theory – eine Kritik

Eine neo-chartalistische¹ geldtheoretische Schule gewinnt in den letzten Jahren zunehmend Anhänger, die sich Modern Money Theory (MMT) nennt (zur Einführung vgl. Wray 2014). MMT impliziert nicht zuletzt, dass die Politik ihre Kontrolle über die Ökonomie behaupten bzw. wieder herstellen könne. Einerseits, weil dem Staat die Fähigkeiten und Handlungsspielräume zugeschrieben werden, das Geldsystem zu steuern und zu kontrollieren. Andererseits, weil der Staat eben deshalb nicht daran gebunden ist, seine Ausgaben von seinen Einnahmen abhängig zu machen. Er kann vielmehr durch Kredite jederzeit die wirtschaftlichen Aktivitäten auf dem für Vollbeschäftigung erforderlichen Niveau halten.

Die drei Hauptthesen, die die Eigenart dieser Theorie ausmachen, lauten:

1. Alles Geld ist Kredit (AMIC: All Money Is Credit)
2. Geld ist immer staatliches Geld
3. Steuern treiben das Geldsystem an („Taxes drive money“).

Obwohl etliche Gründe für diese Thesen angeführt werden, die häufig plausibel sind, halte ich alle drei Thesen in der behaupteten Allgemeinheit für falsch. Sie haben aber Konsequenzen nicht nur für die Geldtheorie und ihre Geschichte, sondern, was wichtiger ist, für wirtschaftstheoretische Empfehlungen zur Geldordnung sowie zur Geld- und Fiskalpolitik, die zumindest im angelsächsischen Sprachraum bereits bei offiziellen Instanzen Resonanz gefunden haben (für die Bank of England vgl. McLeay et al. 2014).

Deshalb ist eine kritische Prüfung der MMT angebracht. Ich gehe dabei einfach so vor, dass ich die drei Thesen nacheinander diskutiere, vor allem im Hinblick auf die geldtheoretischen Hintergründe, einschließlich der reklamierten theoriegeschichtlichen Ahnenreihe und der beanspruchten Evidenz aus der Geldgeschichte.

1. These: Alles Geld ist Kredit

Die Plausibilität dieser These hängt natürlich vom verwendeten Geldbegriff ab. Wenn man, wie nicht unüblich (und auch wegen der 2. These geboten), davon ausgeht, dass Geldobjekte „chartal“, d.h. von staatlichen Autoritäten als solche gekennzeichnete Objekte sein müssen (im Anschluss an Knapp 1905), spricht man von Geld, sobald es mit staatlichen Hoheitssymbolen versehene, also geprägte Münzen gibt. Dann haben die AMICi (so nenne ich im Folgenden die Freunde der AMIC-These) das Problem, in Bargeschäfte mit Münzen (oder

¹ Als Chartalisten bezeichnet man die Anhänger der „Staatlichen Theorie des Geldes“ von Knapp (1905). Eine instruktive Gegenüberstellung von Chartalisten und Mengerianern findet sich bei Goodhart (1998).

auch mit deren Vorformen wie gestückeltes und gewogenes Gold oder Silber als Tausch- und Zahlungsmittel) Kreditbeziehungen hineinzu projizieren. Das ist entweder unplausibel oder führt zu merkwürdigen begrifflichen Verrenkungen, vor allem zu einer Verdrehung des Verhältnisses von Geld und Kredit. Kredit wird zum allgemeineren Begriff und das Geld zu einem Sonderfall des Kredits. Damit haben Autoren wie Macleod und Innes, die den AMiCi als Ahnherren ihrer Theorie gelten, „die kredittheoretische Konsequenz gezogen aus der im Merkantilismus häufig vertretenen Anweisungstheorie des Geldes, für die das Geld ein ‘pledge’, ein ‘ticket’, eine ‘gage’, eine ‘representation of a claim one has on society’ ist. Das Geld ist hier eine generelle Bestätigung hingegebener Werte und ein Anspruch auf ein entsprechendes Äquivalent.“ (Wagner 1937: 83) Da es bei Kreditbeziehungen darum geht, dass der Gläubiger dem Schuldner Werte zur Verfügung stellt und im Gegenzug ein – meist schriftliches – Versprechen auf spätere Rückzahlung erhält, finden die AMiCi in dem temporären Verzicht auf Güter die Wesensgleichheit von Geld und Kredit: Der Verkäufer, der Geld erhält, gibt ebenfalls einen Kredit, zwar nicht an den Käufer, aber an die Wirtschaft insgesamt.² „Indem er statt Ware Geld nimmt, wird er zum Gläubiger der Gesellschaft.“ (ebd.) Macleod hat deshalb gefolgert: „Gold and Silver Money may therefore be justly termed Metallic Credit.“ (Macleod 1892: 40) Einen metallischen Kredit hat noch niemand gesehen, gehoben oder geochen, aber so ein Tier braucht man, wenn man die AMiC-These überhistorisch verallgemeinert aufrechterhalten will.

Eine alternative Begründungsstrategie der AMiC-These schliesst an Keynes an, der in seinem „Treatise on Money“ (1930: 3) die Auffassung vertreten hat, dass „money of account“, also Rechen- oder Buchgeld, die „primäre Geldfunktion“ sei. Man findet dann Geld historisch schon da, wo ein irgendwie beziffertes Gläubiger-Schuldner-Verhältnis vorliegt (z.B. in Mesopotamien, in den ersten Gesetzen Hammurabis, vgl. Graeber 2011, Ferguson 2009, von Reden 2007) oder eine strafrechtlich definierte Schuld durch gesetzlich festgelegte Abgabemengen getilgt werden muss (wie in den Solonschen Gesetzen in Athen). Auf diesem Weg kommt man allerdings zu einer begrifflichen Überdehnung: am Geld ist nicht dessen faktische Nutzung in Wirtschaftsbeziehungen interessant, in denen Eigentumswechsel von begehrten Objekten friedlich bewerkstelligt werden, sondern Quantifizierung und Abstraktion in sozialen Beziehungen überhaupt (Orléan 2011, zur Kritik vgl. Ganßmann 2012). Theoretisch entsteht so schon bei Keynes die Frage, die er aber geschickt ignoriert, auf welche Praxis sich Quantifizierung und Abstraktion mit Hilfe dieser Art von Rechengeld stützen. Häufig werden an dieser Stelle Praktiken angeführt von religiös motivierten Opfergaben (Laum 1924) bis zum Wergeld, d.h. der Festlegung von Geldbußen für strafwürdige Vergehen wie Mord und Totschlag im germanischen Recht. Aber wie kommt man von da zurück zu dem, was solche Ausflüge in nicht-ökonomische Sphären ur-

² „Im allergrundsätzlichsten Sinn werden dem Geldbesitzere Güter geschuldet. Man kann nicht sagen, dass Geld existiert, wenn es nicht gleichzeitig eine Schuld gibt, die es begleichen kann.“ (Ingham 2004: 12, Übers. HG)

sprüchlich motivierte, zur Erklärung der wirtschaftstheoretisch interessierenden Praktiken des Kaufens und Verkaufens auf Märkten, des Geldleihens und -verleihens in Kreditbeziehungen?

Eine von den AMiCi favorisierte Brücke liefert an dieser Stelle der Staat. Demnach haben Staaten, Herrscher oder Regierungen zum Zweck der Tribut- oder Steuererhebung festgesetzt, welche Abgabepflichten das Volk hat und wie man sie erfüllen kann. Dabei haben sie sich in grauen Vorzeiten, in denen es noch keine Märkte gab, auf nicht-ökonomische Praktiken gestützt und konnten so auch die rein wirtschaftlich interessanten Abgaben nicht nur in Naturalien, sondern abstrakt in Recheneinheiten und Preisrelationen definieren. Am Anfang war also das Rechengeld. Irgendwann musste jedoch damit nicht nur gerechnet, sondern bezahlt werden. Erst zu diesem Zweck wurden nach MMT Märkte geschaffen. Die Untertanen mussten sich die geforderten Zahlungsmittel ja irgendwo besorgen können. Das ging, sobald sie ihre Leistungen oder Güter auf Märkten verkaufen konnten. Die Reihenfolge der Geldentwicklung beginnt also nach MMT beim Rechengeld, geht weiter zum Zahlungsmittel und erreicht erst auf dieser Grundlage die in der traditionellen Wirtschaftstheorie im Mittelpunkt stehende Funktion des Tauschmittels.

Nach MMT gibt es demgemäß einen inneren Zusammenhang zwischen Geldentstehung und staatlichen Tribut- oder Steuererhebungen. Bei der Diskussion der Thesen 2 und 3 komme ich darauf zurück. Zunächst müssen wir aber noch näher auf die AMiC-These eingehen. Wie ich eingangs sagte, halte ich sie in dieser Allgemeinheit für falsch. Einerseits entspricht sie nicht dem üblichen und plausiblen historischen Verständnis der Geldentwicklung, wonach Kreditzahlungsmittel erst auf der Grundlage von Geldgebrauch auf Märkten entstanden sind und nicht selbst die Geldentwicklung eingeleitet haben. Natürlich kann man gegenüber dieser Mainstream-Denkweise skeptisch sein und wie MMT nach Alternativen suchen. Aber andererseits kann man aus soziologischer Perspektive leicht zeigen, dass ein Kreditverhältnis von anderen sozialen Beziehungen getragen wird als ein Bargeldgeschäft zwischen Käufer und Verkäufer, dass also die Gleichsetzung von Geld und Kredit diese Differenzen in den sozialen Beziehungen überspielt.

Zunächst zum Gegensatz von *monetärer Kredittheorie* und *Kredittheorie des Geldes*. Diese Gegenüberstellung stammt von Schumpeter (1954: 717), der von der Beobachtung ausgeht, dass private Kreditinstrumente, wie Schuldscheine oder Wechsel, von ihren Haltern, den Gläubigern, selbst zum Zahlen benutzt werden können. Wie geht das? Der Gläubiger reicht einfach bei einem nächsten Kauf oder bei Zahlung einer eigenen Schuld seine Forderung an den nächsten Verkäufer oder Gläubiger weiter. Das funktioniert, so lange die jeweiligen Empfänger entweder davon überzeugt sind, dass der ursprüngliche Schuldner seine Zahlungsverpflichtung zum vorgesehenen Termin erfüllen wird oder wenn ein Empfänger selbst eine Zahlungsverpflichtung bei dem ursprünglichen Schuldner zu erfüllen hat und dafür einfach dessen Schuldschein verwenden will. Bei dieser Art von kreditgestützter Zirkulation gilt tatsäch-

lich, wie Innes sagt: „Geld ... ist Kredit und nichts als Kredit. B's Schulden an A sind A's Geld und wenn B seine Schulden bezahlt, verschwindet A's Geld.“ Aber weit übertrieben ist der bei Innes direkt folgende Satz: „Das ist die ganze Theorie des Geldes.“ (Innes 1913: 402, Übers. HG)

Bei Benutzung privater Kreditinstrumente als Zahlungsmittel werden ausstehende Zahlungsverpflichtungen periodisch einander gegenübergestellt, gegeneinander abgeglichen, und die verbleibenden Salden können bis zum nächsten Clearing-Termin weitergeführt werden. Schumpeter (1954: 321, 717) hat aufgrund der Beobachtung dieser verbreiteten Praxis gefragt, wo denn der Unterschied sei zwischen diesen privaten Zahlungsmitteln und dem offiziellen, staatlich beglaubigten Geld, wenn die privaten Schuldanerkenntnisse genauso gut als Zahlungsmittel funktionieren wie das „chartale“ Geld. Er konnte keinen Unterschied feststellen.³ Hinzu kommt obendrein, dass auch das moderne Staatspapiergeld durch eine Kreditoperation zustande kommt. Der Staat nimmt bei seiner Bank, der Zentralbank, einen Kredit auf und zahlt mit den von dieser ausgegebenen Noten, die den Status von gesetzlichen Zahlungsmitteln haben, mit denen eine Schuld endgültig getilgt werden kann. Um diese gesamte moderne Praxis der Zahlungen mit Zentral- oder privaten Banknoten zu verstehen, so Schumpeter, sei es irreführend, von Geld in Form von gemünztem Gold oder Silber, also, im Sinne Mengers (1892), von besonders begehrten und deshalb marktgängigen Waren, als Tauschmittel auszugehen. Man müsse vielmehr von Kreditbeziehungen und den dort entwickelten Zahlungsmethoden ausgehen und eine Kredittheorie des Geldes formulieren. Dabei behauptet Schumpeter jedoch keineswegs,⁴ dass alles Geld Kredit sei. Münzen aus Edelmetall, also Geld in Warenform, gab es im Mittelmeerraum seit dem 6. Jahrhundert v.u.Z. Aber im modernen Geldwesen spielt solches Geld allenfalls noch eine Nebenrolle als Tauschmittel und von ihm aus erschließt sich, so Schumpeter, kein Verständnis des modernen Kreditgeldes.

Da die frühe Geldgeschichte weitgehend im Dunkeln liegt und deshalb viel Spielraum für alle möglichen Interpretationen lässt, lassen sich daraus wohl keine zwingenden Gründe für oder gegen die AMIC-These herleiten, vor allem wenn es jedem freisteht, seinen Geldbegriff je nach Zweck zu wählen. Was man aber von der Soziologie her leicht feststellen kann, ist, dass die sozialen Beziehungen der Wirtschaftsakteure eine ganz andere Form haben, je

³ Allerdings hat Schumpeter nicht gefragt, was passiert, wenn die nach dem Clearing noch offenen Zahlungsverpflichtungen nicht weiter gestundet werden – was zur klassischen Form der Geldkrise führt (Ganßmann 2015).

⁴ Genauso wenig wie Keynes, auf den sich die AMICi berufen. Auch bei Marx kann man von einer doppelten Geldtheorie sprechen. Er weist schon in seiner Ableitung des Geldes aus den Bedingungen der Warenzirkulation (Stichwort: „Verdopplung der Ware in Ware und Geld“) deutlich daraufhin, dass Zahlungen im großen Handel mit Wechseln und Banknoten, nicht mit Münzen oder Edelmetall erfolgen. Die systematische Erörterung der Rolle der Banken und des von ihnen geschaffenen Kreditgelds setzt jedoch für Marx (siehe insbesondere die Manuskripte zum dritten Band von „Das Kapital“ [Marx 1992]) voraus, zuvor die Form und Funktionen des zinstragenden Kapitals aus den Bedingungen des Kapitalkreislaufs herzuleiten.

nachdem ob mit Bargeld oder unter Inanspruchnahme von Krediten gezahlt wird. Während bei Krediten eine soziale Beziehung zwischen Gläubiger und Schuldner solange andauert, bis der Schuldner seine Zahlungsverpflichtung vertragsgemäß erfüllt hat, erlischt die soziale Beziehung zwischen Käufer und Verkäufer mit der Übergabe des Geldes als Tauschmittel.⁵ Dabei ist diese soziale Beziehung reduziert in dem Sinne, dass den Verkäufer nur die Qualität und Quantität des vom Käufer angebotenen Geldes, nicht aber dessen Person interessieren muss. Das ist bei Kreditbeziehungen ganz anders. Der Gläubiger hätte am liebsten, um das Risiko der Nichtbedienung der in Frage stehenden Schuld zu minimieren, ein genaues Dossier zur Person des potentiellen Schuldners. (Moderne massenhafte Ersatzprodukte sind Schufa-Datenbanken und Credit Ratings.) Die Schuld bzw. der vergebene Kredit wird normalerweise zusammen mit Zahlungsfristen und vereinbarten Zinsleistungen dokumentiert. Demgegenüber gilt bei Bargeldtransaktionen: „Bargeld hinterlässt keine Papierspur“ (Shubik 1999: 236, Übers. HG)

Wir können zusammenfassen: Nicht alles Geld ist oder war Kredit, wobei wir noch gar nicht mit den Besonderheiten des modernen Zentralbankgeldes befasst waren, für das diese Aussage ebenfalls gilt. Die AMIC-These ist angesichts der vielfältigen Geldformen und deren ebenso vielfältigen Entwicklungswegen eine zu grobe Vereinfachung.

2. These: Geld ist immer staatliches Geld

Die zweite These, auf die MMT aufbaut, ist weniger problematisch als die erste, aber auch sie ist weder historisch korrekt noch zutreffend angesichts moderner privater Geldformen. Soweit sie sich auf Knapp (1905) stützt, dessen Einleitungssatz lautete: „Das Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung“, ist die Grundaussage richtig: Geld, auch privates Geld, kann nur funktionieren im Rahmen eines institutionalisierten Regelwerks, das auf Dauer am wirksamsten durchsetzbar ist, wenn Staaten oder vorstaatliche Herrschaftsverbände sich der Sache annehmen. Insofern der Chartalismus ein staatliches Privileg behauptet bei der Festsetzung dessen, was rechtlich als endgültiges Zahlungsmittel gilt, ist die These plausibel, schon allein, weil sie fast tautologisch ist. Für Rechtsfragen sind nun einmal staatliche Instanzen (oder analoge Institutionen in vorstaatlichen Zusammenhängen) zuständig. Das gilt auch für Rechtsfragen, die den Geldverkehr betreffen. Aber man beachte den feinen Unterschied zwischen dem eben zitierten Satz von Knapp und dem Titel von Lerner (1947): „Money as a creature of the state“, mit dem die Behauptung verbunden ist, das Geld sei ein Geschöpf des Staates. Das ist nicht nur angesichts der vielfältigen privaten⁶

⁵ Jedenfalls die direkte Beziehung zwischen Käufer und Verkäufer. In einem erweiterten Sinn kann man von einer Gemeinschaft der Benutzer der gleichen Währung sprechen, die zumindest hinterrücks auf vielfältige Weise miteinander verbunden sind.

⁶ Da die Vokabel „privat“ ihren Sinn aus dem Gegensatz zu „öffentlich“ oder „staatlich“ bezieht, ist sie genau genommen unangebracht, solange es Staaten im modernen Sinn noch nicht gibt. Die alten Staaten in Mesopotamien oder Ägypten sorgten zwar für einheitliche Maße und

Geldformen in Geschichte und Gegenwart überzogen, sondern auch wegen der vielen Fälle von Staatsversagen bei der Aufrechterhaltung von Geldordnungen, die zu privaten Hilfskonstruktionen zwangen.

Ein im Neochartalismus gepflegter Ausweg zur Aufrechterhaltung der These 2 und damit zur Vermeidung einer weitgehenden Revision der eigenen Theorie besteht darin, den Geldbegriff zu modifizieren. Das Vorbild lieferte Keynes, der seine Geldtheorie mit der These einsetzen lässt, die Funktion des Rechengeldes („money of account“) sei die „primäre Funktion“ des Geldes (Keynes 1930: 7, vgl. Ganßmann 2015). Da die ältesten, aus Mesopotamien überlieferten Maßeinheiten für Gewichte ebenso per Herrscherdekret festgesetzt wurden wie Tributpflichten und da diese Maßeinheiten auch den Münzprägungen im antiken Griechenland unterlagen (von Reden 2007), bleibt die Behauptung, alles Geld sei ein Geschöpf des Staates, plausibel, solange man Geld als Rechengeld und die damit ermöglichte Festlegung von Zahlungspflichten meint. Sie gilt aber nicht, insofern es um Geld als Tauschmittel oder Wertaufbewahrungsmittel geht. Erst in der griechischen Polis kann man von Geld in dem Sinne sprechen, dass die in der Polis geprägten und benutzten Münzen allen vier Geldfunktionen dienen (Maß des Werts, Tauschmittel, Zahlungsmittel und Wertaufbewahrungsmittel). Erst hier ist das Gemeinwesen zuständig nicht nur für die Bestimmung des Rechengeldes und des gesetzlichen Zahlungsmittels, sondern auch für die eine Monetarisierung der Gesellschaft (Seaford 2004) erst ermöglichende Versorgung mit hinreichenden Tauschmitteln.

Im Blick auf die Geldgeschichte ist also eine Einschränkung von These 2 erforderlich. Und wie lässt sie sich angesichts moderner Formen von Privatgeld aufrechterhalten? Auf die Vielfalt dieser Formen kann ich nicht näher eingehen, die von selbstorganisierten Tauschringen mit Stundenzettelwährungen bis zu elektronisch geschürften Bitcoins reichen. Wichtig ist aber an dieser Stelle die Praxis der Geldschöpfung von privaten Banken. Vereinfacht dargestellt geht es dabei darum, dass Banken, indem sie einem Kunden per Kredit den Zugriff auf Geld ermöglichen, in dem Sinne Geld „schaffen“, als sie bei dieser Kreditgewährung nicht gebunden sind durch die eigene Verfügung über Geld, sei es ihr Kapital oder seien es die Einlagen von Kunden. Der Geldleiher erhält, nach einer Vereinbarung mit der Bank über Rückzahlung, Zinsen und u.U. nach der Hinterlegung von Sicherheiten, ein Zahlungsverprechen der Bank, mit dem er Einkaufen gehen kann. Die Bank muss dafür Sorge tragen, dass sie diese Zahlungsverprechen erfüllen kann, wenn sie von Dritten vorgelegt werden. Sie kann sich dafür selbst Geld leihen, zur Not bei der

Gewichte und stellten dabei auch Äquivalenzregeln bezüglich der Substituierbarkeit von Naturalleistungen durch Gold- oder Silberzahlungen auf. Aber sie waren nicht zuständig, häufig mangels eigener Edelmetallressourcen, für die Versorgung mit Edelmetallen, die zur Abwicklung des entsprechenden Zahlungsverkehrs erforderlich gewesen wären. Um Zahlungen trotzdem zu bewerkstelligen, erfand man ganz ohne den Staat allerhand Umwege und Hilfskonstruktionen, wie die wechselseitige Verrechnung von Zahlungspflichten, die häufig nur nach langen Wartezeiten möglich waren (von Reden 2007).

Bank der Banken, also der Zentralbank. Der Staat hat mit dieser Geldschöpfung direkt nichts zu tun, aber mit deren Rahmenbedingungen. Er kann festlegen, wie hoch die Reserven der Banken sein müssen, wie hoch das Eigenkapital im Verhältnis zu der Kreditgewährung sein muss, er kann über die Zentralbank und deren Kreditgewährung an die Privatbanken die Zinssätze beeinflussen usw. usf. Und schließlich gilt auch hier der Satz: Das Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung, in dem Sinne, als die Geldeinheiten, in denen Banken Kredite vergeben, in Form des vom Staat definierten gesetzlichen Zahlungsmittels definiert sind. Aber, wie gesagt, der Staat hat mit der durch Kreditgewährung der Banken betriebenen Geldschöpfung direkt nichts zu tun. Insofern ist These 2 der MMT in ihrer schlichten Einfachheit nicht richtig.

3. These: Steuern treiben das Geldsystem an

Die dritte tragende These des Neochartalismus, „taxes drive money“, erklärt sich relativ zwanglos aus dessen Theoriearchitektur, konfligiert aber in einer Hinsicht mit dem spezifischen Geldbegriff von MMT. Wenn, nach der AMIC-These, alles Geld Kredit ist, muss das auch für das Geld gelten, das der Staat ausgibt. Um das plausibel zu machen, kann man den Ausgangspunkt wählen, das staatliche Geld als ebenso viele Schuldscheine zu sehen, die der Staat an seine Gläubiger aushändigt, wenn er bei ihnen etwas auf Pump „kauft“. Die Frage ist dann, warum jemand diese Schuldscheine, das sind schließlich auch wieder nur Zahlungsverprechen, akzeptieren sollte im Gegenzug zur Überlassung von Gütern oder zur Leistung von Diensten, die „realen“ Reichtum bedeuten. Die Antwort ist eine doppelte.

Erstens ist Geld nach MMT sowieso nie und nirgends mehr als ein Zahlungsverprechen. Wenn also im Prinzip jeder Geld herstellen kann, indem er einen Schuldschein ausstellt, der akzeptiert wird, weil die Gläubiger ihrerseits damit „zahlen“ können, hängt diese Akzeptanz an der Glaubwürdigkeit des Zahlungsverprechens. Diese wiederum wird von mehreren Faktoren beeinflusst, zuvorderst davon, dass man denjenigen, der Zahlung verspricht, überhaupt kennt, dann von Erfahrungen und darauf bauendem Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit und -willigkeit des Schuldners. Da der Staat in seinem Währungsgebiet üblicherweise der größte und einflussreichste Wirtschaftsakteur ist, steht seine Bekanntheit außer Frage. Da die Geldbenutzer normalerweise auch ein Eigeninteresse des Staates an einem funktionierenden Geldwesen unterstellen können, werden sie auch darauf vertrauen, dass der Staat seine Schulden, wenn irgend möglich, bedient (selbst wenn er dazu neue Schulden machen muss). Kurz, der Staat hat normalerweise von allen Wirtschaftsakteuren die besten Chancen, dass seine Schuldscheine als Zahlungsmittel akzeptiert werden.

Zweitens kommen an dieser Stelle die Steuern ins Spiel. Wenn praktisch alle privaten Wirtschaftsakteure dem Staat Steuern zahlen müssen und der Staat seine eigenen Zahlungsverprechen als Mittel der Steuerzahlung akzeptiert⁷,

⁷ Die Geldgeschichte bietet jedoch für jeden etwas, auch dass Staaten sogar das von ihnen selbst ge-

haben alle ein Interesse am Erwerb des staatlichen Geldes. Sein Gebrauch kann sich auf dieser Grundlage über die Verwendung zur Steuerzahlung hinaus durch einen Netzwerkeffekt verallgemeinern. Einige MMT-Theoretiker (z.B. Forstater 2004) gehen so weit zu behaupten, dass Staaten Geldsteuern erhoben haben, um die Entstehung von Märkten zu fördern. Wenn der Kauf auf Märkten die Verfügung über Geld voraussetzt, muss es sich der Käufer erst beschaffen, indem er fleißig Geld verdient. Dass die Besteuerung in Geldform ein Hebel war, um aus der Landbevölkerung Lohnarbeiter zu machen (Marx 1962), ist dabei nicht die Frage. Es geht darum, ob der pfiffige Staat aus einer marktlosen Wirtschaft über die Monetarisierung der Tributleistungen seiner Untertanen eine Marktwirtschaft geschaffen hat. Dieser Argumentation muss man nicht folgen. Es gibt zwar passende empirische Evidenz dazu in Fällen von Kolonialisierung, in denen der kolonialisierende Staat bereits über ein etabliertes Geldsystem verfügt. Aber dass Staaten eine Monetarisierung ihrer Abgabenforderungen betrieben, um Märkte zu schaffen, ohne vorher Märkte zu kennen, ist eher unwahrscheinlich. Darüber hinaus kommt bei dieser Version der Geldgeschichte eine merkwürdige Verdrehung ins Spiel, die sich wegen der AMIC-These aufdrängt: Es ist nicht so, dass der Staat Abgaben in Geld oder Naturalien auferlegt und eintreibt, sondern der Staat kauft mit Schuldscheinen, auch wenn sie aus Gold sind, und muss diese wieder einlösen. Damit die Empfänger mit diesen staatlichen, metallischen Schuldanerkennnissen etwas Vernünftiges anfangen können, erhebt der Staat Steuern. „Indem die Regierung eine Münze ausgibt, ist sie gegenüber ihrem Besitzer eine Verbindlichkeit eingegangen, genauso als hätte sie etwas von ihm gekauft, mit andern Worten ist sie die Verpflichtung eingegangen, durch Besteuerung oder sonst wie einen Kredit zu gewähren für die Einlösung der Münze und damit ihren Besitzer in die Lage zu versetzen, für sein Geld Wert anzueignen.“ (Innes 1913: 402, Übers. HG)

Ich weiß nicht, ob irgendjemand schon einmal von der Regierung durch Besteuerung einen Kredit bekommen hat. Meistens nimmt man das so wahr, dass die Regierung mit der Besteuerung den Bürgern oder Untertanen etwas wegnimmt. Aber Innes ist trotz solch merkwürdiger Gedankengänge, was die MMT-Autoren nicht müde werden zu wiederholen, einer der Ahnherrn ihrer Theorie. Der Innessche Gedanke wird vielleicht etwas klarer reformuliert: „Der Staat versetzt als erstes seine Untertanen oder Bürger (je nach dem) in die Lage von Schuldnern, die Steuern schulden, bevor er die Gelddinge ausgibt, die für Steuerzahlungen akzeptiert werden. Das ist die Methode, die von allen modernen Nationen benutzt wird, um Ressourcen zum Staatssektor zu lenken.“ (Wray/Bell 2004: 12, Übers. HG) Aber These 3 bleibt trotzdem seltsam, nicht zuletzt wegen der angedeuteten Sequenz.⁸ Bei Steuerquoten (Steu-

schaffene Geld nicht mehr anerkennen. So in China: „Nachdem der Wert des *Baochao* auf weniger als 20 Prozent seines Nennwerts gefallen war, trafen die Ming 1394 die außerordentliche Entscheidung, den Gebrauch ihrer eigenen Münzen im Handel zu verbieten.“ (Glahn 2005: 67f., Übers. HG)

⁸ Plausibel ist die Vermutung eines Netzwerkeffekts: Je mehr Tributzahler Geld benutzen, um

eraufkommen als Anteil am Bruttosozialprodukt) z.B. von 20 bis 25 Prozent in Deutschland ist zwar klar, dass es sich bei Steuerzahlungen um ein großes Segment des gesamten Zahlungsverkehrs handelt. Aber warum dieses eher undynamische Segment der Motor der Geldordnung und ihrer Entwicklung sein soll, bleibt unklar. Lenken Staaten etwa diese Entwicklung in Abhängigkeit von ihrer Nachfrage nach Ressourcen, die sie in alten Zeiten als Abgaben in natura angeeignet haben?

Tatsächlich müsste es nach These 2 (Lerner 1947, vgl. die Diskussion bei Wray 2014: 21f.) einfach so sein, dass Staaten neues Geld ausgeben können, wenn sie die Nachfrage stimulieren wollen, und Steuern erhöhen, wenn sie sie dämpfen wollen, ohne Rücksicht darauf, dass sie als Schuldner den Forderungen der Halter von Zentralbankgeld als Gläubiger ausgesetzt wären. Eine Verbindlichkeit der Zentralbank, die diesen Forderungen gegenüberstünde, gibt es nicht (oder allenfalls als buchhalterische Formalität). Das moderne Zentralbankgeld ist nicht gedeckt. Man kann keine Einlösung fordern. Alles sonstige moderne Geld mag ja Kredit sein, aber nicht das Zentralbankgeld.

Schluss

Die Hauptthesen der Modern Money Theory zwingen offenbar ihre Vertreter zu einer Revision sowohl der Geldgeschichte als auch der Geschichte der Geldtheorien. Die Prüfung der Fragen, ob sich MMT zu Recht auf eine konsistente Theorietradition (mit der Ahnenreihe Macleod, Knapp, Innes, Keynes, Schumpeter, Lerner) berufen kann und ob die angebotene Version der Geldgeschichte plausibel ist, führt zu starken Einwänden. Nicht alles Geld ist Kredit: Sowohl in alte Geldformen, bei denen gestückeltes Edelmetall als Tauschmittel benutzt wurden, als auch in modernes Zentralbankgeld lassen sich Kreditbeziehungen nur unter begrifflichen Verrenkungen hineinlesen. Dass modernes – geschweige denn altes – Geld ein Geschöpf des Staates ist, ist allenfalls bedingt richtig. Staaten setzen die Rahmenbedingungen der Geldsysteme, aber der private Zahlungsverkehr wird weitgehend mit privaten Kreditinstrumenten abgewickelt. Dabei kommt es zu Krisen und die Staaten werden als Retter des Geldsystems in Anspruch genommen. Oft genug haben sie es jedoch zeitweise kräftig ruiniert. Schließlich gilt die „Taxes drive Money“-These ebenfalls nur eingeschränkt: Wie Wray (2014: 22) im Anschluss an Lerner (1943) behauptet, sind die Staaten, weil sie ihre Währung selbst produzieren, nicht gezwungen, ihre Ausgaben von Steuereinnahmen abhängig

so mehr Benutzer von Geld gibt es auch jenseits des direkten Zahlungsverkehrs mit dem Staat: „Die Personen, die Steuern zahlen, machen einen sehr großen Anteil der Gemeinschaft aus und die Steuern, die sie zahlen müssen, bilden einen sehr beträchtlichen Bruchteil ihrer Gesamtausgaben, und folglich hält eine sehr große Zahl von leicht erreichbaren Personen tatsächlich Papier für so gut wie Gold, bis zu einem gewissen bestimmten Punkt, nämlich dem Punkt ihrer Verpflichtungen gegenüber der Regierung. So kommt es, dass eine begrenzte Nachfrage nach Papier, zum Nennwert in Gold, einen dauerhaften Markt konstituiert und damit eine Grundlage liefert, auf der eine gewisse Menge anderer Transaktionen angegangen werden.“ (Wicksteed 1910, zit. n. Forstater 2004: 10, Übers. HG)

zu machen. Wenn die Zahlungsmöglichkeiten von Staaten nicht an ihr Steuererfordernis gebunden sind, hängt die 3. These von MMT quasi in der Luft.

Das ist kein Schaden, wenn man bedenkt, dass es im Hinblick auf die – gerade auch die aktuelle – Geld- und Fiskalpolitik wichtiger ist, die theoretischen Grundlagen der Austeritätspolitik zu demolieren. Regierungen sind nicht prinzipiell abhängig von den „Märkten“. Sie können ihr eigenes Geld produzieren und ausgeben und sind, wenn sie es denn wollen, nicht auf das Vertrauen externer Geldgeber angewiesen. Dabei hilft die Einsicht, dass das, womit die modernen Staaten zahlen, im Widerspruch zur AMIC-These kein Kreditgeld ist: Bei Krediten stehen Forderungen und Verbindlichkeiten einander gegenüber mit einem Saldo von Null. Beim Ausgeben von Zentralbankgeld, das keine Deckung hat, entstehen für den Staat keine Verbindlichkeiten.

Alles in Allem sind die Grundthesen von MMT zu einfach. Damit MMT in der im Prinzip erfrischenden Antihaltung gegen den geldtheoretischen Mainstream nicht selbst dogmatisch verhärtet, ist eine offene, auch in Details reichende Diskussion angebracht, die zu wichtigen Modifikationen und Differenzierungen dieses geldtheoretischen Ansatzes führen sollte.

Literatur

- Aydinonat, N.E. (1911), Explaining the origin of money, in: Ganßmann (2011) (Hg.), 46-66.
- Ferguson, N. (2009), *The Ascent of Money*, London: Penguin.
- Forstater, M. (2004) *Tax-Driven Money: Additional Evidence from the History of Thought, Economic History, and Economic Policy*, <http://www.cfeps.org/pubs/wp-pdf/WP35-Forstater.pdf>, Zugriff 10.4. 2015
- Ganßmann, H. (2004), Book Review: Geoffrey Ingham: *The Nature of Money*, in: *European Economic Sociology Newsletter*, Oct., 29-32, <http://econsoc.mpifg.de/archive/esoct04.pdf>.
- Ganßmann, H. (2011) (Hg.), *New Approaches to Monetary Theory. Interdisciplinary perspectives*, London: Routledge.
- Ganßmann, H. (2012), *Doing money. Elementary monetary theory from a sociological standpoint*, London: Routledge.
- Ganßmann, H. (2012a), Book Review: André Orléan (2011), *L'empire de la valeur. Refonder l'économie*, in: *European Economic Sociology Newsletter*, Oct. http://econsoc.mpifg.de/archive/econ_soc_14-1.pdf.
- Ganßmann, H. (2015), *Geld, Kredit und die Finanzkrise von 2007/8*, in: Kraemer, K./Nessel, S. (Hg.): *Geld und Krise. Die sozialen Grundlagen moderner Geldordnungen*, Frankfurt/M.: Campus, erscheint Mai 2015.
- Goodhart, C.A.E. (1998), The two concepts of money: implications for the analysis of optimal currency areas, in: *European Journal of Political Economy*, vol. 14, 407-432.
- Graeber, D. (2011), *Debt. The first 5,000 years*, Brooklyn: Melvillehouse.
- Ingham, G. (2004), *The Nature of Money*, Cambridge: Polity.
- Ingham, G. (2006), *Further reflections on the ontology of money: responses to La-*

- pavitsas and Dodd, in: *Economy and Society*, vol. 35, no. 2, 259-278.
- Keynes, J. M. (1914), Review of "What is Money?" by A. Mitchell Innes, *Economic Journal*, 24, 95, 419-21.
- Keynes, J. M. (1930), *A Treatise on Money*, vol.1, London: Macmillan.
- Keynes, J. M. (1967) [1936], *The General Theory of Employment, Interest and Money*, London: Macmillan.
- Knapp, G. F. (1905), *Staatliche Theorie des Geldes*, 4. Aufl., München: Duncker & Humblot.
- Laum, B. (1924), *Heiliges Geld*, Tübingen: Mohr.
- Lerner, A. (1943), *Functional Finance and the Federal Debt*, in: *Social Research*, vol. 10, 38-51.
- Macleod, H. D. (1892), *The Theory and Practice of Banking*, vol.1, (5th ed.) London: Longmans.
- Marx, K. (1962)[1867], *Das Kapital*, Bd.1, MEW 23, Berlin: Dietz.
- Marx, K. (1992), *Ökonomische Manuskripte 1863-67*, MEGA II, Bd. 4.2.1, Berlin: Dietz.
- McLeay, M., Radia, A., Ryland, T. (2014), *Money in the modern economy*, Bank of England, *Quarterly Bulletin*, Q1, 1-10.
- Menger, C. (1970) [1892], *Geld*, in: ders., *Gesammelte Werke Bd. IV*, Tübingen: Mohr.
- Orléan, A. (2011), *L'empire de la valeur. Refonder l'économie*. Paris: Seuil.
- Schumpeter, J.A. (1954), *History of Economic Analysis*, New York: Oxford UP.
- Seaford, R. (2004), *Money and the Early Greek Mind: Homer, Philosophy, Tragedy*, Cambridge: Cambridge UP.
- Shubik, M. (1999), *The Theory of Money and Financial Institutions*, vol. 1, Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Shubik, M. (2001), *Money and the monetization of credit*, Cowles Foundation Discussion Paper No. 1343. <<http://cowles.econ.yale.edu/>>
- Von Reden, S. (2007), *Wie Geld die Welt verändert hat*, in: W. Bergsdorf, F. Etrich, H. H. Kill und S. Lochthofen (Hrsg.), *Am Gelde hängt, zum Gelde drängt...*, Erfurt: Bauhaus Universität Weimar, S. 117-131.
- Wagner, V.F. (1937), *Geschichte der Kredittheorien*, Wien: Springer.
- Weber, M. (1956)[1922], *Wirtschaft und Gesellschaft*, 4. Aufl., Tübingen (Mohr).
- Wicksteed, P.H. (1910), *The Common Sense of Political Economy*, London: Macmillan.
- Wray, L.R. (2004) (ed.), *Credit and State Theories of Money: The Contributions of A. Mitchell Innes*, Cheltenham: Edward Elgar.
- Wray, L.R. (2011), *Understanding Modern Money: How a sovereign currency works*, in: Ganßmann (2011), 158-70.
- Wray, L. R. (2014), *From the State Theory of Money to Modern Money Theory: An Alternative to Economic Orthodoxy*, Levy Economics Institute Working Paper No. 792.
- Wray, L.R., Bell, S. (2004), *Introduction*, in: Wray 2004: 1-13.

Traditionalismus und Herrschaft

Zu den Quellen des Djihadismus in der arabischen Welt *

Hegemoniebestrebungen des muslimischen Traditionalismus sind in der arabischen Welt keine neue Erscheinung. Seit der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts hat Traditionalismus in verschiedenen Formen und Bezeichnungen stets einen zentralen Platz eingenommen – nach erbitterten Kämpfen, bei denen die Strömungen der Neuerer oder auch Erneuerer des Islams auf der Strecke blieben.

Erst ab dem 19. Jahrhundert wurde die alte Ordnung, wenn auch ungewollt, durch den Kolonialismus zunehmend erschüttert. Westliche Vorstellungen und Wertesysteme drangen in die islamische Welt ein. Sie öffneten den Blick und ermöglichten die Entfaltung neuer intellektueller, politischer und religiöser Bewegungen. Der muslimische Traditionalismus bestand jedoch weiter. Nach einer Periode der erzwungenen Anpassung zu Beginn des 20. Jahrhunderts meldete er sich wieder zu Wort und erhob den Anspruch, die wahren Werte des Islams gegen eine invasive Moderne zu verteidigen.

Die Erneuerung und Ausbreitung des Traditionalismus, ob nun in rein religiöser Form (wie beim Wahhabismus¹) oder in seiner politisch-religiösen Ausprägung (wie bei den Muslimbrüdern und dem Djihadismus), hat vielfache Ursachen, bei denen auch sozioökonomische Faktoren mitspielen. Daneben gibt es jedoch noch weitere entscheidende Variablen, die eine eingehende Analyse verdienen.

Im Lauf des 20. Jahrhunderts versuchten mehrere muslimische Staaten, ihr religiöses Kapital einzusetzen, um ihr Ansehen zu verbessern und ihren internationalen Einfluss auszuweiten. Am eindrucksvollsten ist das Saudi-Arabien gelungen, in einer überaus umfassenden und langfristigen Weise. Der Wahhabismus, der dem Hanbalismus (einer der vier Rechtsschulen des sunnitischen Islams) angehört, bezeichnete sich seit seiner Entstehung im 18. Jahrhundert als einzige wahre Religion. Seine wörtliche, konservative und exklusive Auslegung des Islams sollte also für alle gelten. Wer sie ablehnte, wurde zum Heuchler, Häretiker oder gar Ungläubigen erklärt. Die politischen und religiösen Vertreter des saudischen Wahhabismus hatten jedoch weder die personellen noch die finanziellen Mittel, um ihre Ziele zu verwirklichen. Zudem genoss ihre Doktrin keinen guten Ruf und wurde von ihren Gegnern nicht ohne Grund des Extremismus bezichtigt.

Nach dem Ersten Weltkrieg änderte sich diese Situation von Grund auf. König Abd al-Aziz ibn Saud, der Gründer des modernen saudischen Königreichs,

* Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Verfassers und der Redaktion aus „Le Monde diplomatique“ Nr. 10685 vom 10.4.2015.

¹ Benannt nach dem Gründer der Bewegung, Muhammad ibn Abd al-Wahhab.

nutzte die Neuordnung der Region, um seine Interessen durchzusetzen. Unter anderem machte er sich daran, den Ruf des Wahhabismus zu verbessern und benannte ihn kurzerhand in Salafismus um. Er wollte alle Muslime davon überzeugen, dass diese Doktrin genau dem Glauben und den Praktiken der Salaf (der Altvorderen aus der Frühzeit des Islams) entsprach. Sein größter Erfolg war, dass er mehrere einflussreiche Intellektuelle und Ulemas (Religionsgelehrte) für seine Sache gewinnen konnte. Zudem genoss Saudi-Arabien damals ein hohes Ansehen, weil es zwischen den Weltkriegen das einzige unabhängige arabische Land² geblieben war. Das alles verhalf dem Wahhabismus zum Status einer neuen Orthodoxie.

Petrodollars und die Expansion des Wahabismus

Die große Expansion des Wahhabismus begann während der 1960er Jahre. Die Rivalität zwischen Saudi-Arabien und Ägypten beförderte sie ebenso wie der wachsende Reichtum der Saudis durch den Erdöllexport. Um die panarabischen Ambitionen des ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser abzuwehren, präsentierte sich das Königreich als Schutzmacht des Islams und der traditionellen Werte und proklamierte eine Politik der „islamischen Solidarität“. Unter diesem Banner entstanden zahlreiche politische, ökonomische, soziale und religiöse Institutionen, wie die islamische Weltliga, die Islamische Universität Medina und viele andere. Unterstützt wurden die Saudis von den Muslimbrüdern, die von Nasser aus Ägypten vertrieben worden waren und damals im Königreich herzlich aufgenommen wurden.

Nach dem israelisch-arabischen Krieg im Juni 1967, der das Ende des Panarabismus einläutete, baute Saudi-Arabien seinen Einfluss weiter aus. Es nutzte die genannten Institutionen, um seinen Islam zu exportieren, und nahm dafür sehr viel Geld in die Hand. Die Islamische Weltliga erweiterte ihre Tätigkeit auf den Bau von Moscheen, humanitäre Hilfe, Jugendprojekte, Bildung, Koranschulen und vieles mehr. Die Islamische Universität Medina bildete Einheimische und Ausländer aus, um die Botschaft des Wahhabismus in die Welt zu tragen. Seit ihrer Gründung 1961 haben etwa 45.000 religiöse Kader aus 167 Ländern diese Schule durchlaufen. Hinzu kommen Tausende Studenten aus aller Welt, die andere saudische Bildungseinrichtungen im In- und Ausland besucht haben.

In Saudi-Arabien selbst wurden ständig neue offizielle, halboffizielle und private Institute eröffnet, um die ständig wachsende religiöse Nachfrage zu befriedigen. Parallel zu diesem institutionellen Netzwerk finanzierte das Königreich, meist sehr diskret, Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, die mehr oder weniger den saudischen Interessen dienen. So soll das Land mehr als vier Milliarden Dollar ausgegeben haben, um in den 1980er Jahren die Mudschaheddin in Afghanistan zu unterstützen.

Natürlich engagierten sich die politisch-religiösen Behörden auch da, wo sich Ideen besonders gut verbreiten lassen: in den Medien und im Internet. Seit den

² Einige Länder waren, wie Ägypten, formal unabhängig, faktisch aber unter britischer Kontrolle.

1990er Jahren hat Saudi-Arabien Dutzende Satellitensender und Hunderte Webseiten ins Leben gerufen. Über die sozialen Netzwerke, die natürlich ebenfalls einbezogen sind, werden verschiedenste Dienstleistungen, auch in mehreren Sprachen, angeboten. Neben dem staatlich finanzierten Engagement bei den neuen Technologien werden aber auch die alten Kommunikationsmittel weiterhin genutzt: Seit den 1980er Jahren haben die Saudis z.B. Millionen religiöser Broschüren, Kassetten, CDs und Bücher überall in der Welt für wenig Geld oder gratis verteilen lassen.

So hat sich der Wahhabismus als Orthodoxie durchgesetzt, zu der alle anderen Glaubensrichtungen Stellung beziehen müssen. Geholfen haben die Ölmilliarden, die Tatsache, dass die Wallfahrtsorte des Islams auf saudischem Territorium liegen, die Schlichtheit seiner Gebote und der Eifer seiner Anhänger. Seine wirksamste Waffe ist die Fähigkeit seiner Würdenträger, sich mit jedem beliebigen Regime zu verbünden oder zumindest zu arrangieren, wenn es ihnen ermöglicht, die Gesellschaft von unten zu islamisieren.

Die Strategie der Muslimbrüder

Die Wiedererrichtung des Kalifats gehört nicht zu seinen Zielen – anders als bei den Muslimbrüdern, die seit ihrer Gründung durch Hassan al-Banna um 1928 die ursprüngliche politische und religiöse Einheit der Umma, der Gemeinschaft der Muslime, wiederherstellen wollen. Um diese Utopie zu verwirklichen, gab al-Banna eine klare Strategie vor: Man müsse erst die Gesellschaft von unten islamisieren und die Spaltung in verschiedene theologische und Rechtsschulen überwinden, bevor man die Macht erobern und islamische Staaten gründen könne. Diese würden die traditionellen religiösen Werte garantieren und durch eine enge Zusammenarbeit den Integrationsprozess vorantreiben, der dann ganz natürlich in das Verschwinden der Grenzen und die Proklamation des Kalifats münden würde.

In den ersten Jahren ihrer Existenz war die Orientierung der Muslimbrüder zwar traditionalistisch, aber relativ gemäßigt. Sie übernahmen viele westliche Ideen zumindest in ihre Rhetorik, um auch in der modernen Politik aktiv zu werden und sie schließlich kontrollieren zu können. Die Bruderschaft verbreitete sich zwar rasch in Ägypten und darüber hinaus, doch all ihre Versuche, die Macht zu erringen, scheiterten. Ende der 1940er Jahre begann in ihrem Innern ein Prozess der Radikalisierung, der sich in den 1950ern als Reaktion auf die brutale Unterdrückung durch Nasser noch verstärkte.

In diesem angespannten Umfeld entwickelte Sayyid Qutb (1906–1966), einer der Ideologen der Bruderschaft, seine Ideen. 1950 hatte dieser ehemalige Journalist eine Wandlung vollzogen, die für die arabisch-muslimische Welt gewaltige Folgen haben sollte – in politischer und religiöser Hinsicht. Qutb vertrat die Ansicht, die Welt sei vom Glauben abgefallen. Die wahren Gläubigen seien nun in der Minderheit und müssten „emigrieren“, das heißt, sich geistig wie physisch von den ungläubigen Gesellschaften abgrenzen. Wenn eine solide Basis geschaffen sei, würden diese Auserwählten die Eroberung

der Macht in Angriff nehmen, mit einem totalen Dihad den islamischen Staat errichten und das islamische Gesetz durchsetzen.

Diese Kultur der Abschottung, die in der muslimischen Geschichte nicht neu ist, wurde sehr schnell zum Fundament des modernen Dihadismus. Der vermischte sich mit dem Wahhabismus, dem Maudadismus³ und auch europäischen – vor allem faschistischen und kommunistischen – Ideologien und wurde dadurch in den Händen von Gruppen wie al-Qaida, der Al-Nusra-Front und dem Islamischen Staat noch viel gefährlicher.

Zwar folgten die meisten Muslimbrüder Qutbs Argumentation nicht, verwarfen den Dihadismus und behielten ihre bisherigen Aktionsformen bei. Doch dem Traditionalismus blieben sie treu, schließlich wollten sie ihren Marktanteil behalten. Trotz regionaler Eigenheiten haben alle Bewegungen, die sich den Muslimbrüdern irgendwie zugehörig fühlten, eines gemein: die Entschlossenheit, die Gesellschaft zu islamisieren. Der Traum, die politische Macht einst teilweise oder ganz zu übernehmen, ob durch Unterwanderung oder Beteiligung am demokratischen Spiel, wurde nie ganz aufgegeben.

Muslimbrüder gegen die Linke

Alle Regime, die nach der Entkolonialisierung in der arabischen Welt die Macht ergriffen, instrumentalisieren in irgendeiner Weise die Religion und vor allem den Traditionalismus, unabhängig von ihrer politischen Prägung. Das Scheitern oder das schlichte Nichtvorhandensein eines nationalen Einheitsprojekts legte es diesen Regimen nahe, religiöse Werte für ihre Zwecke zu nutzen. Anfangs versuchten sie, über Universitäten wie al-Azhar in Ägypten, Zitouna in Tunesien und al-Qarawiyin in Marokko Macht über die religiöse Lehre und deren Wortführer zu erlangen. Die Folge war, dass die Vertreter dieser Einrichtungen, die eine Quasimonopolstellung innehatten, nicht nur dauerhaft diskreditiert wurden, sondern plötzlich Konkurrenz von neuen religiösen Akteuren bekamen, vor allem von den Muslimbrüder und den Wahhabiten. Das spirituelle Feld zersplitterte und, schlimmer noch, die Traditionalisten machten einander erbittert Konkurrenz.

Ab Anfang der 1970er Jahre versuchten die meisten Regime in der Region, diese religiösen Unternehmer mit der gebotenen Vorsicht für ihre Zwecke einzuspannen. So bedienten sich mehrere Regierende – wie Präsident Sadat in Ägypten und König Hassan II. in Marokko – der Muslimbrüder, um sich der laizistischen Opposition zu entledigen. Mit Billigung des Staats schwächte die Bruderschaft nachhaltig den Einfluss der Linken, vor allem in Schulen, Universitäten und Gewerkschaften. Aber das war nicht alles: Die Machthaber wilderten auch noch auf dem ideologischen Terrain der Muslimbrüder, einerseits um sie zufrieden zu stellen, andererseits und vor allem, um ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

³ Benannt nach Abu al-Ala Maududi (1903–1979), einem indisch-pakistanischen Intellektuellen, Religionsgelehrten und Politiker. Er war einer der wichtigsten Vordenker des modernen Islamismus.

Das geschah nicht nur auf dem Gebiet der Rechtsprechung (wie bei der Verankerung des Islams beziehungsweise der Scharia in der Verfassung, beim Personenstandsrecht und beim Strafrecht), sondern auch im Bereich der Bildung (etwa im Hinblick auf Lehrpläne) und der Medien. Das gipfelte darin, dass die Staatschefs keine Gelegenheit ausließen, ihre Religiosität zur Schau zu stellen: durch demonstrative Abhaltung religiöser Rituale, Pilgerreisen nach Mekka und den Bau von Moscheen.

Auch wenn die Muslimbrüder toleriert und instrumentalisiert wurden: Das Misstrauen gegen sie blieb bestehen. Niemand vergaß, dass das politische Endziel der Bruderschaft nach wie vor die Machtübernahme war. Deshalb versuchten die Regime nach Möglichkeit, die Muslimbrüder zu diskreditieren, zu schwächen oder gar zu vernichten. So zum Beispiel in Saudi-Arabien Anfang der 1990er Jahre, nachdem es zu Protesten gekommen war. Andere Regierungen begannen, vor allem nach den Attentaten vom 11. September 2001, sich nicht mehr auf die Muslimbrüder, sondern – mit einem ähnlichen Kalkül – auf die Sufi-Bruderschaften zu stützen. Es funktionierte nicht.

Mit dem Aufstieg der Muslimbrüder nach den Volksaufständen von 2011 entdeckten mehrere Regime deshalb die Vorteile des Wahhabismus: seine Feindschaft zu den Muslimbrüdern, sein politischer Antimodernismus und sein Gebot, den Regierenden bedingungslos zu gehorchen. All dies haben die Regime weidlich ausgenutzt; und für die kommenden Jahre sind weitere geheime Absprachen zu erwarten. Es weist also alles darauf hin, dass der religiöse Traditionalismus seine Expansion fortsetzen wird, umso mehr als die Zivilgesellschaften schwach sind und von den Intellektuellen, vor allem den fortschrittlichen, kaum jemand übrig ist.

Übersetzung aus dem Französischen: Claudia Steinitz



348

iz3w



Im Gegenlicht – Gesellschaftskritik im Spielfilm

Außerdem ▶ Islam in Frankreich ▶ Bob Marley in Jamaika

▶ Beihilfe zum Armeniengenozid ...

52 Seiten, € 5,30 + Porto

[auch als PDF-Download](#)

iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Sunnitischer Islamismus im politisch-ideologischen Spannungsfeld zwischen Tradition und Modernität

Islamismus¹ – oder auch Politischer Islam –, ohnehin bei uns wie anderswo seit längerem Gegenstand großen medialen wie anderen öffentlichen Interesses, zieht angesichts des barbarischen Wütens der islamistischen Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) nun verständlicherweise noch umso mehr die Aufmerksamkeit auf sich. Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich in diesem Kontext mit der Entwicklung unterschiedlicher Tendenzen im sunnitischen Islamismus, den Muslimbruderschaften und dem Salafismus, die durch ihre staatstragende Rolle in Saudi-Arabien (Salafismus) bzw. die Auseinandersetzungen um den Wahlsieg der Muslimbrüder in Ägypten hierzulande bekannt geworden sind. Beide Tendenzen stehen im Spannungsfeld von religiös fundierter Tradition und kapitalistischer Modernisierung der arabischen Länder, in denen sie verwurzelt sind und wirken. Thematisiert werden Entstehung, ideologische Funktion und politische Rolle dieser beiden islamistischen Strömungen und die Spannungen, denen sie heute unterliegen. Vorangestellt wird eine Bemerkung zum Verhältnis von Islamismus und Islam.

Aufgeklärte Kritik statt Islamfeindlichkeit

Es ist nicht zu übersehen, dass es beim Herangehen an das Islamismus-Phänomen nur allzu häufig an begrifflicher Trennschärfe wie notwendiger Differenzierung mangelt. Das gilt insbesondere für dessen Verhältnis zum Islam. Entweder werden sowohl Islamismus als auch Islam jeweils nicht hinreichend differenziert betrachtet oder sie werden sogar völlig gleichgesetzt, indem beispielsweise die Gewaltbereitschaft von IS und vergleichbaren anderen Gruppierungen aus Koran-Zitaten abgeleitet wird. Ein Vorgehen, das jenen Klischees und Stereotypen entspricht, derer sich Islam-Kritiker verschiedenster Provenienz intellektuell bedienen und die antiislamische Sammlungsbewegungen – wie neuerdings auch Pegida – massenwirksam einzusetzen suchen. Demzufolge gilt nicht nur die Gewalt als dem Islam wesensimmanent, sondern ihm wird auch unterstellt, eine im Prinzip seit dem 12. Jahrhundert geistig stagnierende religiöse Kultur zu verkörpern. Dieses Denken verfährt gerade so, als ob es in Geschichte wie Gegenwart niemals auch namens anderer Religionen gewaltsame Exzesse gegeben hätte oder auch die beiden anderen Offenbarungsreligionen, das Judentum und

¹ Im Unterschied zu manchen anderen islamwissenschaftlichen Betrachtungen wird im vorliegenden Fall der Islamismus ausschließlich als die Strömung angesehen, die sich seit dem frühen 20. Jahrhundert auszuprägen begann und fortan beständig an Einfluss gewann. Islamische Theologen und Rechtsgelehrte werden darunter nicht rubriziert – selbst, wenn sie jeweiligen Gruppierungen als intellektuelle Orientierungsgrößen dienten. Es sei denn, die Betroffenen würden sich gleichzeitig auch politisch darin betätigen.

das Christentum, keinerlei Schwierigkeiten bei der Anpassung ihrer Lehre an die Moderne aufwiesen.

Bei aller Berechtigung der kritischen Auseinandersetzung mit den im Islam vorhandenen Problemfeldern² sollte diese aber nicht dazu führen, Glaubensgrundsätze und daraus resultierende religiöse Gefühle zu verletzen. Es geht bei alledem zugleich auch um das Zusammenleben mit den hiesigen Muslimen, die völlig zu Recht den Respekt gegenüber ihrer Religion einfordern – wie übrigens auch die absolute Mehrheit der weltweit rund 1,4 Milliarden Gläubigen, durch die sich der Islam immerhin zu der nach dem Christentum zweitgrößten Glaubensgemeinschaft in der Welt entwickelt hat. Sie wollen sich verständlicherweise nicht in Mithaftung nehmen lassen für alle Gewaltakte, die IS und andere extremistische Gruppierungen verüben, zumal die Muslime selbst – allein schon zahlenmäßig – zur größten Gruppe der Opfer von deren physischem wie psychischem Terror gehören. Dementsprechend wurde muslimischerseits Terrorismus wie anderer Extremismus stets unmissverständlich als unislamisch charakterisiert und scharf zurückgewiesen.

Natürlich ist der Islamismus ohne Islam nicht vorstellbar. Dennoch aber kann dies im Umkehrschluss nicht heißen, dass beide im Prinzip ein- und dasselbe sind. Beim Islamismus handelt es sich eben nicht – wie beim Islam – um Religion, sondern dieser ist Ausdruck von Politik und Ideologie. Der Islam dient dafür als eine Art Vehikel. In seiner mittlerweile vierzehnhundertjährigen Geschichte trat er zu keiner Zeit als ein monolithischer Block auf und hat seither vielerlei Metamorphosen durchlebt. Auch liegen die Ursachen und Hintergründe für das Entstehen und das politische Wirken des Islamismus in den Widersprüchen heutiger Entwicklungen begründet und nicht in der Vergangenheit. Jedenfalls sind Verweise auf Aussagen im Koran dafür ein völlig untaugliches Erklärungsmuster – mögen die zu kritisierenden Vorgänge auch noch so religiös verbrämt erscheinen. Denn es sind die jeweiligen Akteure, die die Politik machen und diese auch zu verantworten haben, und nicht die Religion.

Moderne Gegenbewegung zur Wahrung eigener Identität

Dass sich nun gerade zu Beginn des vorigen Jahrhunderts der arabische Islamismus als eine spezifische politisch-ideologische Strömung zu formieren begonnen hat, ist sicherlich kein Zufall, traten doch zu diesem Zeitpunkt die historischen Umbrüche besonders eklatant hervor. Insbesondere die negativen Folgen der Kolonialisierung der arabischen Welt durch die damaligen westlichen Hauptmächte Großbritannien und Frankreich wurden politisch wie ökonomisch vor allem für die breiten Bevölkerungsschichten immer deutlicher

² Im islamkritischen Diskurs werden insbesondere die Glaubens- und Meinungsfreiheit, die Stellung der Frau, das Rechtssystem in Gestalt der Scharia als Gotteswort sowie die Gewaltfrage als Hauptherausforderungen westlicher Gesellschaften angeführt, ebenso das Prinzip der Einheit von Religion und Staat sowie der Tatbestand, dass der Koran und das darauf basierende Rechtsverständnis als Gotteswort und mithin als unantastbar gälten, wodurch der Islam eben per se fundamentalistisch sei.

spürbar, während andererseits die einheimischen Herrscher mit den Kolonialmächten kollaborierten. So gesehen ist die Herausbildung dieses Islamismus sowohl als eine Reaktion auf die sich an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert besonders tiefgreifend verändernden äußeren Bedingungen als auch als Protest gegen die inneren Herrschaftsverhältnisse anzusehen.

Diese Tendenz verstärkte sich in dem Maße, wie offenkundig wurde, dass die von außen eindringenden und sich als Moderne darbietenden Einflüsse lediglich darauf ausgerichtet waren, die Überlegenheit des Westens gegenüber dem Islam zu demonstrieren. Die „Moderne“ stand ganz im Geiste der schon vor hundert Jahren zu beobachtenden Islamfeindlichkeit, welcher damals der französische Orientalist Ernest Renan³ intellektuellen Ausdruck verlieh. Das nahezu zeitgleich von islamischen Theologen und Modernisten⁴ entworfene Reformkonzept für den Islam in Europa stieß dagegen zumeist auf gänzliche Ablehnung – als ein angeblich überflüssiger Versuch zur Reanimierung des Islam, als ein Beweis für den unweigerlichen Zerfall der von traditioneller Starrheit geprägten islamischen Gesellschaft.⁵ Es handelt sich um einen Konflikt, der – wie sich zeigt – bis heute fortbesteht und für den es zweifellos beiderseits Ursachen gibt. Ihm westlicherseits mit Arroganz und Überlegenheitsansprüchen begegnen zu wollen, ist schon deshalb heuchlerisch, weil es gerade westliche Kolonialmächte waren, die den Islam dafür einzuspannen versuchten, die islamischen Völker ihrer Botmäßigkeit zu unterwerfen.

Zudem ist es ein Faktum, dass der Islamismus – ungeachtet aller Rückschläge – mit seinen Anliegen heute sichtlich noch weiter an Zulauf gewinnt und vielerorts als überhaupt einflussreichste politische und soziale Bewegung mit Massencharakter agiert. Er genießt nicht nur weitreichende Unterstützung bei den beständig anwachsenden armen und ärmsten Schichten, sondern ist anscheinend gleichermaßen attraktiv für Mittelschichten, darunter insbesondere für die studentische Jugend und andere Intellektuelle, einschließlich islamischer Theologen und Rechtsgelehrter.

Hauptrichtungen des Islamismus

Insbesondere seit den 1960er Jahren sind zahlreiche neue islamistische Bewegungen und Zusammenschlüsse entstanden, manche durch verschiedenste Abspaltungen nicht zuletzt im Ergebnis jeweiliger innerer Differenzierungspro-

³ Dieser hatte 1883 seine These von der „Unwissenschaftlichkeit“ des Islam verkündet, bei der es im Wesen darum ging, den Islam zu diskreditieren sowie dessen wissenschaftliches Erbe in Abrede zu stellen.

⁴ Gemeint ist das von Djamal ad-Din al-Afghani (1838 – 1897) in unmittelbarer Reaktion auf die islamfeindlichen Einlassungen von Renan entworfene und von Mohammed Abduh (1849 – 1905) dann weiterentwickelte Reformkonzept, welches traditionelle Prinzipien und moderne Wissenschaft miteinander zu verbinden gesucht hat.

⁵ Siehe dazu beispielsweise Dieter Bellmann und Regina Karachouli, Arabische Kultur der Gegenwart im Spannungsfeld zwischen Tradition und Innovation, in: Die Araber an der Wende zum 21. Jahrhundert, Berlin 1987, S. 96.

zesse. Hinsichtlich ihrer politischen Methoden und Kampfformen lassen sich mittlerweile drei große Gruppen identifizieren:

Eine *erste* Richtung strebt ausschließlich mit politischen Mitteln im Rahmen formal-demokratischer Wahlen die Verwirklichung ihrer Ziele an. Sie wird gemeinhin als moderater Islamismus angesehen. Eine *zweite* Tendenz, die sich gleichfalls zur Teilnahme an Wahlen bekennt, schließt den Einsatz von Gewaltmitteln vor allem gegen äußere Gegner nicht prinzipiell aus. Die *dritte* Richtung setzt auf extreme Kampfmittel bis hin zu terroristischer Gewalt; trotz rigider Bekämpfung scheint sie sich in besorgniserregender Weise vielerorts sogar beschleunigt auszubreiten. Ihr zugeordnet wird der so genannte Jihad-Islamismus.

Bei aller Differenziertheit in den Methoden wie Zielen – während die einen den gewaltsamen Umsturz bis hin zur Errichtung eines Kalifats anstreben und andere die bestehenden Herrschaftsverhältnisse in ihrem Sinne zu reformieren suchen – lassen sich in Bezug auf das ideologische Grundgerüst kaum wirklich große Unterschiede ausmachen. Die allen gemeinsame traditionalistische Prämisse eines utopischen Verständnisses der Einheit von Religionsstaat und Gerechtigkeit variiert lediglich in Abstufungen zwischen traditionalistischem Dogmatismus einerseits und einer, wenn auch meist nur zögerlichen, Erneuerung andererseits. Im Kern heißt dies, den Islam als die beste – da von Allah enthüllte – aller Ordnungen anzusehen, sowie fremden, äußeren Einflüssen – ausgenommen Errungenschaften des materiell-technischen Fortschritts – mit äußerster Skepsis zu begegnen, und zwar aus der Sorge heraus, der eigenen Identität und vor allem auch der eigenen Moralvorstellungen verlustig zu gehen. Andererseits ist heute zu beobachten, dass sich das Ringen um zeitgemäße Antworten auf dem Boden des Islam durchaus auf sehr lebendige Weise vollzieht und dass es vor allem Vertreter der jüngeren Generation sind, die auf eine größere Kompromissbereitschaft drängen.

Bruderschaftlicher Ansatz

Interessanterweise hat sich der arabische Islamismus bis weit in die 1960er Jahre hinein ausschließlich in Gestalt sunnitisch ausgerichteter bruderschaftlicher Vereinigungen bewegt. So folgten der 1928 in Ägypten von Hassan Al-Banna gegründeten Muslimbruderschaft (*al-ichwan al-muslimun*) hernach eine ganze Reihe weiterer Abzweigungen.⁶ Den Hintergrund für die Formie-

⁶ So formierten sich muslimbruderschaftliche Abzweigungen in den 1930er Jahren in Palästina, Libanon und Syrien, im darauffolgenden Jahrzehnt dann auf dem Territorium des heutigen Jordanien. Daraus hervorgegangen sind auf palästinensischem Boden 1973 die Islamische Sammlung, aus der sich wiederum 1987 die Hamas konstituiert hat. Seit den 1960er Jahren fassten viele der zuvor in Ägypten durch Nasser verfolgten Muslimbrüder vor allem in saudischen Bildungseinrichtungen Fuß, so an den Universitäten in Medina und in Jidda. Gleichermaßen als muslimbruderschaftliche Ableger zu betrachten sind die im Sudan einst regierende Nationale Islamische Front, die FIS (Front der Islamischen Rettung) in Algerien sowie die An-Nahda-Partei in Tunesien. Dies heißt allerdings nicht, dass alle diese auf dem Boden der Muslimbruderschaft erwachsenen Parteien oder Bewegungen ein- und dieselbe Strategie verfolgten und verfolgen. Vielmehr sind zwischen einzelnen von ihnen teilweise ganz erhebliche Unter-

rung der Muslimbruderschaft in Ägypten bildete erklärtermaßen die dortige britische Dominanz. Aber auch der zunehmende Einfluss atheistischen Gedankenguts als Folge des Wirkens der 1919 in Moskau gegründeten Kommunistischen Internationale und der mit ihr verbundenen Gründung von kommunistischen Parteien im arabischen Raum⁷ mag nicht unwesentlich zu der Entscheidung beigetragen haben, eine politisch-ideologische „Gegen“-Bewegung ins Leben zu rufen, eine Bewegung, die sich gezielt darauf richtete, den Islam wie die islamische Gemeinde (umma) gegen derartige Fremdeinflüsse immun zu machen.

Das von Hassan Al-Banna begründete muslimbruderschaftliche Konzept erwies sich genau genommen als eine Spielart sowohl des Panislamismus als auch des Salafismus.⁸ Es basierte auf einem integrationistischen Ansatz und erstrebte die Rückkehr zum ursprünglichen Islam sowie die Errichtung einer islamischen Ordnung nach dem Prinzip der Einheit von Islam und Staat (din wa daula – Religion und Staat). Auf die sich im Zuge der Ausbreitung kapitalistischer Verhältnisse abzeichnenden Säkularisierungstendenzen reagierte diese Tendenz insofern, als sie massenwirksam politische, soziale und ökonomische Forderungen und Normen formulierte, „die Traditionelles geschickt mit den Erfordernissen der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft verbanden.“⁹

Vor allem in Ägypten hatte sich die Muslimbruderschaft über die Jahrzehnte – ungeachtet häufig wiederkehrender Restriktionsmaßnahmen seitens der Staatsgewalt – als einflussreichste sozial ausgerichtete Oppositionsbewegung profiliert. Sie verfügte bald über ein breites Netz sozialer Einrichtungen wie Moscheen, Krankenhäuser, Schulen und Armenbetreuung, aber auch von Unternehmen verschiedenster Art mit teilweise in die Milliarden gehendem Kapitalvermögen. Entsprechend ihrer sozialen wie ideologischen Heterogenität hat sie während ihrer Existenz vielerlei Abspaltungen erlebt.¹⁰ Eine tiefe Zäsur für sie bildeten dabei die 1970er Jahre, als sich die damalige Führung von den Grundsätzen ihres nach Hassan Al-Banna bedeutendsten, jedoch nach außen

schiede zu verzeichnen. Innerhalb der jordanischen Muslimbruderschaft, die generell als moderat gilt, sucht sich derzeit unter dem Label ZamZam offensichtlich eine dezidiert auf Reformen und Erneuerung orientierte Gruppierung zu formieren.

⁷ So 1919 in Palästina, 1922 in Ägypten, 1924 in Syrien und Libanon.

⁸ Der Salafismus, die geistige Hinwendung zu den Altvorderen, also zu den Ursprüngen des Islam in Mekka und Medina, ist in der islamischen Theologie eine durchaus verbreitete Denkrichtung. Darin einzuordnen ist gleichfalls der so genannte quietistische Islam (der sich zurückhaltend, schweigsam – abgeleitet vom lateinischen quietus). Ihm gemäß soll sich weder die islamische Geistlichkeit politisch aktiv betätigen, noch wird generell die Teilnahme an Wahlen gutgeheißen, weil Gott der Legislator sei und jegliche andere Gesetzgebung illegitim.

⁹ Holger Preißler unter Mitarbeit von Karl Melzer: *Islamische Haltungen zur Entwicklung des Kapitalismus in arabischen Ländern*, in: *Die Araber an der Wende zum 21. Jahrhundert*, Berlin 1987, S.54.

¹⁰ So in Gestalt der sich neu gründenden radikalen Gruppierung Takfir wa'l Hidjra (Anklage wegen Unglaubens und Emigration) oder auch Al-Jihad Al-Islami (Islamischer Djihad). Auch der heutige Al-Qaida-Chef und Osama Bin Ladin-Nachfolger, Aiman Al-Zawahiri, entschloss sich gleichfalls damals zur Abspaltung.

wie innen äußerst intoleranten Vordenkers Sayyid Qutb emanzipierte und sich fortan in Richtung eines moderaten Islamismus zu bewegen bestrebt war.

Salafistische Gegenteilendenz

Etwa zeitgleich begann sich innerhalb des Islamismus eine spezifisch salafistische Ausrichtung herauszukristallisieren. Von Guido Steinberg wird sie völlig zu Recht charakterisiert als „eine Spielart des sunnitischen Islamismus, die das Ziel verfolgt, das muslimische Leben nach dem Vorbild des Propheten Mohammed und seiner Weggefährten grundlegend zu reformieren.“¹¹ Unter nostalgischem Rückgriff auf die tugendhaften Ahnen (as-salaf as-salih) soll das als Vorbild geltende Gemeinwesen zu Zeiten Mohammeds revitalisiert werden, basierend auf der wortgetreuen Interpretation von Koran, Sunna (Tradition) und Hadithen (überlieferte Aussagen und Verhaltensweisen des Propheten). Ideologisch fußt diese Richtung auf dem Wahhabismus¹², der staatsideologischen Grundlage Saudi-Arabiens. Dementsprechend flossen seither Milliarden von Dollar saudischen Geldes zur Verbreitung wahhabitisch-salafistischen Denkens innerhalb der islamischen Welt sowie darüber hinaus, darunter auch nach Deutschland. Das hatte zur Konsequenz, dass Salafisten nicht nur immer populärer, sondern vielerorts auch immer radikaler geworden sind – wie eben Al-Qaida und IS, die sich zudem inzwischen mit ihrer Politik gegen ihre einstigen Sponsoren wenden. Saudi-Arabien sieht sich daher nolens volens zunehmend in einem Dilemma: Einerseits soll diese salafistische Spielart im Islamismus die eigene politische wie sunnitisch-ideologische Machtstellung des Landes als Hüter der heiligen Stätten des Islam in der Auseinandersetzung mit jedwedem, vor allem auch religiös determinierten, Modernitätsgedanken konsolidieren. Das schließt das Ziel ein, den muslimbruderschaftlichen Ansatz möglichst weitgehend zu eliminieren. Andererseits aber impliziert die Radikalisierung des Salafismus auch für Saudi-Arabien und den Wahabismus nicht zu unterschätzende Risiken selbst innerhalb des eigenen Landes.

Wie anderswo, so verkörpert der Islamismus auch in Saudi-Arabien jene politische Kraft, die potentiell wohl als einzige in der Lage zu sein scheint, das wahhabitische Herrschaftssystem des Saud-Clans ernsthaft ins Wanken zu bringen, zumal es sich dabei um eine dem Wesen nach gleichfalls salafistische Ausrichtung handelt mit einer jedoch vergleichsweise weniger starren Auslegung wie im Wahabismus. Sie tritt auf in Gestalt der Islamischen Erweckungsbewegung, der Al-

¹¹ Guido Steinberg, Vortrag auf der Salafismus-Tagung der Bundeszentrale für politische Bildung im Bonner Collegium Leoninum am 30. Juni 2014, dokumentiert auf www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/18662/was-glauben-salafisten.

¹² Benannt nach dem Religionsgelehrten Mohammed Ibn Abdelwahhab (1703-1792), einem Anhänger des extrem orthodoxen, hanbalitischen Islamgelehrten Ibn Taimiya (1263-1328). Ursprünglich ausgeformt „als Ideologie der Neubildung eines Nomadenstaates in bewusster Abgrenzung vom Heiligenkult, von der Mystik der Schiiten und von dem Islam des Osmanenreiches als extremer Purismus“. Vgl. dazu Burchard Brentjes, *Unter Halbmond und Stern. Der Islam – Religion, Weltanschauung oder Lebensweise?*, Berlin 1980, S. 117.

Sahwa Al-Islamiya – entstanden in den 1970er Jahren als rein soziale Bewegung mit großem Zulauf seitens vornehmlich junger Saudis. Deren ideologisches Konzept stellt, wie von Stéphane Lacroix konstatiert, eine Mixtur aus theologischer salafistischer Glaubenslehre und politischem Diskurs der Muslimbruderschaft dar.¹³ Diese Richtung sieht sich seit den 1980er Jahren in zunehmend kritischer Distanz zum saudischen Staat. Uneinigkeit besteht jedoch über dessen anzustrebende künftige Verfasstheit: Die eine Richtung plädiert für einen wahrhaft islamischen Staat, die andere für eine konstitutionelle Monarchie, die mittels eines zivilen, friedlichen Übergangs errichtet werden soll. Für die Machthaber dürfte durchaus beunruhigend sein, dass in jüngster Zeit gerade auch unter dem Einfluss der neuen sozialen Medien speziell unter Jüngeren religionstheoretische Debatten angestoßen werden, darunter solche zum Verhältnis von Islam und Modernität. Damit machen sich diese zum traditionellen Wahhabismus dissidenten Richtungen allerdings gleich zwei symbiotisch miteinander Verbundene zum Feind, die königlichen Herrscher und die staatstragenden erzkonservativen Theologen. Während die einen um ihre absolutistische Macht besorgt sind, fürchten die anderen um ihre elitäre Ausnahmestellung in der saudischen Gesellschaft.¹⁴ Keinerlei Dissens besteht jedoch in Bezug auf die wahhabitisch determinierte Feindseligkeit gegenüber den Schiiten, die als Ketzer gelten.¹⁵ Mancher sunnitische Islamist mag aber durchaus Bewunderung dafür hegen, dass im Iran nunmehr bereits seit 1979 die schiitische Islam-Staatsidee Wirklichkeit ist, die sich bislang gegen alle äußeren wie inneren Anfeindungen zu behaupten vermocht hat, zumal das Land gerade in jüngster Zeit in der Region politisch ein stetig wachsendes Gewicht gewinnt.

Islam und Demokratie

Mit den Wahlsiegen islamistischer Parteien im Ergebnis des „Arabischen Frühlings“ in zugleich mehreren Ländern¹⁶ waren nicht nur diese selbst, son-

¹³ Was insofern nicht zufällig ist, als in den 1950er Jahren viele der vor allem in Ägypten verfolgten Muslimbrüder eben Zuflucht in Saudi-Arabien gefunden und sich hernach vielfach auch innerhalb der Sahwa-Bewegung versammelt hatten. Vgl. dazu Stéphane Lacroix, *Saudi Islamists and the Arab Spring*, Kuwait Programme on Development, Governance and Globalisation in the Gulf States, Mai 2014, Number 36, S./3 (abzurufen unter www.lse.ac.uk/LSEKP).

¹⁴ Deshalb also auch zur quasi Abschreckung das rigorose Strafmaß von 10 Jahren Haft und zusätzlichen 1000 Peitschenhieben gegen den saudischen Blogger Ra'if Badawi, der auf seiner Webseite lediglich für eine Liberalisierung im Islam eingetreten ist.

¹⁵ Interessanterweise gehörten sie mit zu denjenigen, die bereits unmittelbar nach Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges von einem Krieg zwischen Sunniten und Alawiten gesprochen und jegliche Unterstützung insbesondere für die syrischen Salafisten begrüßt haben. Daraus auch erklärt sich, warum gerade finanzkräftige Sahwa-Anhänger mit zu den großzügigsten Sponsoren salafistischer Kämpfer in Syrien gegen das Assad-Regime gehören. Wobei aus salafistischer Sicht Alawiten eigentlich überhaupt keine Muslime seien und Assad allein schon aus diesem Grund ein illegitimer Präsident, da die Verfassung einen Muslim an der Spitze des Staates vorschreibe. Einem solchen Vorwurf hatte sich übrigens bereits auch dessen Vater ausgesetzt gesehen.

¹⁶ So hatte bei den Parlamentswahlen in Tunesien Ende Oktober 2011 die An-Nahda-Partei 41,7 Prozent errungen; war in Marokko Ende November 2011 die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung mit 27 Prozent als Wahlsieger hervorgegangen und in Ägypten bei den Wahlen

dern auch die betreffenden Gesellschaften sichtlich herausgefordert.

Damit ist jedoch keinesfalls gemeint, dass es dabei generell um die – im westlichen Mainstream arg bezweifelte – Vereinbarkeit von Islam und Demokratie ginge. Die formale Verkopplung von Religion als einer spirituellen Angelegenheit und Demokratie als einer politischen Kategorie kann ohnehin als genauso wenig sinnstiftend betrachtet werden wie die Vermengung zwischen Islam und Islamismus. In dieser Abhandlung wird davon ausgegangen, dass der Islam nicht im strukturellen Gegensatz zur Demokratie steht. Ebenso wird die an Max Weber anknüpfende Ansicht für abwegig gehalten, dass die islamische Ethik im Unterschied zur protestantischen nicht zur Beförderung von Kapitalismus und mithin Demokratie taugt.¹⁷ Demokratie in der Bedeutung eines politischen Systems, welches eine gewählte Vertretung des Volkes gewährleistet und den gewählten Volksvertretern die Verantwortung auferlegt, die vom Volk ausgehende Macht zu garantieren, ist durchaus auch für islamische Länder nicht a priori auszuschließen. Ebenso hat sich geschichtlich erwiesen, dass der Islam der Verbreitung kapitalistischer Verhältnisse keinesfalls entgegensteht, wenngleich deren Entstehung und erreichtes Niveau äußerst unterschiedlich sind, wobei partiell auch noch vorkapitalistische, tribale wie feudale Strukturen oder Elemente in teilweise beachtlichem Umfang fortexistieren.

Wer aber wollte denn eigentlich ernsthaft glauben machen, dass über Jahrhunderte gewachsene kulturelle und religiöse Unterschiede und dadurch geprägte Lebensweisen und Verhaltensnormen zwangsläufig zu denselben Daseinsformen von Demokratie wie in Europa führen müssen? Dass diese Lebensweisen und Verhaltensnormen in islamischen Ländern durchaus in erheblichem Maße problembehaftet sein können, ergibt sich schon aus den unausgereiften sozialökonomischen Strukturen, die bis heute spürbar von der kolonialistischen und neokolonialistischen Abhängigkeit geprägt sind. Das gilt auch für den darauf basierenden spezifischen Typus politischer Machtausübung, der vornehmlich gekennzeichnet ist durch die Machtkonzentration in den Händen weniger Eliten, oft von Familienclans oder Gruppen von Armeeoffizieren, die sich dabei auf vielerlei Arten von Sicherheitsdiensten stützen. Es liegt auf der Hand, dass dies nicht nur die Entfaltung der mit der Demokratie verbundenen bürgerlichen Freiheiten er-

zur Volksversammlung 2011/2012 entfielen auf die Partei der Muslimbruderschaft, „die Partei der Freiheit und Gerechtigkeit“, 47 Prozent sowie auf die salafistische An-Nur-Partei (Das Licht) 24 Prozent der Wählerstimmen.

¹⁷ Der arabische Philosoph und Direktor des in Doha/Qatar ansässigen Arabischen Zentrums für Forschung und Politik-Studien, Azmi Bishara, verweist gerade auch unter explizitem kritischem Bezug auf Max Weber darauf, dass die protestantische Ethik nicht der Vorläufer „weder für Kapitalismus noch Demokratie war, sondern vielmehr motiviert durch den Wunsch, Gottes Barmherzigkeit zu erlangen“; es also möglich sei, Arten von Religiosität und religiösem Verhalten zu finden, die mit Demokratie kompatibel sind. Das jedoch wäre dann eine Diskussion über die politische Kultur. Siehe Azmi Bishara, Eröffnungsbeitrag zur Konferenz „Islamisten und demokratisches Regieren“ am 07. Oktober 2012 unter dem Titel „Demokratie hat keine religiöse Identität: Islamisten sind ein bedeutender Teil der arabischen politischen Elite“, abzurufen unter <http://english.dohainstitute.org>

schwert, sondern vor allem auch die Installierung einer unabhängigen Gewaltenteilung. Gleichmaßen zu kritisieren sind die Exklusivstellung von Muslimen innerhalb der Gesellschaft und die damit verbundene automatische Ausgrenzung religiöser Minderheiten sowie die gesellschaftliche Benachteiligung der Frauen einschließlich ihrer rechtlichen Ungleichstellung. Das gilt jedoch keinesfalls allein für die islamistischen Parteien, sondern gleichermaßen auch für betont säkular ausgerichtete Kräfte und Regimes wie für theokratische Herrschaftsformen.

Sturz der Muslimbruderschaft in Ägypten

Dass sich vor allem in Ägypten gleich nach der demokratisch legitimierten Machtübernahme durch Islamisten eine breit gefächerte Konterbewegung bis hin zu deren undemokratischem Wegputschen formiert hat, wirft zwangsläufig vielerlei Grundsatzfragen auf.

So ist zu fragen, woran denn überhaupt die Moderne in diesem politisch-ideologischen Spannungsfeld von „Moderne und Tradition“ festzumachen ist. Wäre für sie das einzige Kriterium der Säkularismus, der immer wieder auch im westlichen Mainstream dafür ins Spiel gebracht wird, so stellte sich dies indes als wenig tragfähig heraus. Dies hat sich vor allem angesichts der nachfolgenden Entwicklungen in Ägypten zumindest insofern hinlänglich bestätigt, als sich betont säkular ausgerichtete Regimes nicht durch eine besondere Affinität zur Achtung von Bürger- und Menschenrechten auszeichnen – ganz im Gegenteil. In diesem Kontext stellt sich als weitere Frage, welchen Stellenwert Wahlen als Ausdruck manifestierten Volkswillens eigentlich haben sollen, wenn deren Ergebnisse kurzerhand wieder für null und nichtig erklärt werden. Ein Verfahren, das in der Region auch schon westlicherseits wiederholt praktiziert wurde, z.B. zuletzt 2006, als der Wahlsieg von Hamas einfach ignoriert wurde.

In nicht unbedeutendem Maße sind die Ursachen für den Sturz der Muslimbruderschaft bei ihr selbst zu suchen. Ihrem Anspruch, ein genuin islamisches Projekt in Ägypten implementieren zu wollen, vermochte sie nicht einmal im Ansatz gerecht zu werden. Die Parole „Der Islam ist die Lösung (al-islam huwa al-hall)“; die sie zuvor wie eine Monstranz vor sich her getragen hatte, blieb eine hohle Phrase. Vor allem aber erwies sie sich von der Regierungsverantwortung sichtlich überfordert. Dies schon allein deswegen, weil ihr das dafür erforderliche kompetente Personal fehlte – bei allem notwendigen Verständnis dafür, dass sie darauf kaum wirklich vorbereitet sein konnte. Nicht zufällig kam es innerhalb ihrer eigenen Reihen erst einmal zu Flügel- und Richtungskämpfen über die Art und Weise der Wahrnehmung dieser völlig neuen politischen Rolle. Waren ihre Abgeordneten doch zuvor nur als Einzelpersonen im Parlament vertreten gewesen. Nicht zuletzt auch in organisatorischer Hinsicht ergaben sich daraus einschneidende Konsequenzen: Sie, die bislang geheimbündlerisch strukturiert war, sollte sich nun als eine Partei konstituieren, die sich gegenüber der Kooperation mit anderen öffnet und Bündnisse zu schmieden sucht. So grandios einerseits ihr Wahlsieg ausgefallen war – basierend auf einer sich mit der expliziten Berufung auf den Islam als massentauglich erweisenden Ideologie sowie

dem weit reichenden sozialen Engagement vorrangig zugunsten der ärmeren und ärmsten Schichten –, so gewaltig waren andererseits die damit einhergehenden Herausforderungen. Jedenfalls erwies sich ihre politische Plattform von Anfang der 2000er Jahre als völlig unzureichend; die darin enthaltene Positionen erregten vor allem bei linken und anderen säkularen Kräften berechtigten Anstoß. So sollten die einflussreichen Ämter in Staat und Gesellschaft lediglich Muslimen und zudem nur Männern vorbehalten sein.

Anstelle der sich rasch als reine Utopie erweisenden Parole von der „Islamischen Lösung“ hätte es vielmehr der Unterbreitung konkreter Schritte bedurft zur Inangriffnahme vor allem der am meisten drängenden ökonomischen und sozialen Probleme, deretwegen die Massen im Frühjahr 2011 zum Protest auf die Straße gegangen waren und damit den Sturz von Mubarak herbeigeführt hatten. Mit an erster Stelle betrifft dies die eklatant hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen und akademisch Gebildeten sowie die ständige Verschlechterung des allgemeinen Lebensniveaus. Stattdessen verdichtete sich der Eindruck, dass es der Muslimbruderschaft in erster Linie um die Besetzung der Kommando-zentralen der Macht mit den eigenen Leuten ging. Erschwerend kam die fehlende Unterstützung seitens ausländischer wie inländischer Investoren hinzu – einzig Qatar suchte, als traditioneller Unterstützer der Muslimbruderschaft, noch finanzielle Mittel bereitzustellen. Folgerichtig formierte sich alsbald gegen Präsident Mursi und die Muslimbruderschaft eine Protestbewegung wie zuvor gegen Mubarak, deren Spannweite von linken säkularen Kräften bis hin zu den im Ergebnis des „Arabischen Frühlings“ entmachteten Eliten reichte.

Jene säkularen linken wie liberalen Kräfte, die an der Spitze der Protestbewegung auf dem Tahrir-Platz gegen das diktatorische Regime von Mubarak gestanden hatten, taten sich schwer damit, die durch die Wahlen entstandenen neuen politischen Realitäten anzuerkennen. Der Islamismus (Muslimbruderschaft und salafistische Nur-Partei zusammengenommen) verfügte quasi aus dem Stand heraus über eine beinahe Drei-Viertel-Mehrheit im Parlament. Demgegenüber mussten sie sich – als die Initiatoren und die Hauptträger der Anti-Mubarak-Rebellion – als Verlierer wännen. Schon aus ideologischen Gründen war vielen von ihnen der Islamismus ohnehin suspekt und sie trauten ihm generell nicht zu, einen Beitrag zur positiven Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Land zu leisten. Offensichtlich sahen sie sich in der Entscheidung zwischen zwei Übeln. Indem sie sich auf die Seite der Anti-Mursi-Protestbewegung stellten, trugen sie nolens volens zur Restauration der „alten“ Verhältnisse in Ägypten bei – was sie aber keineswegs vor deren Repressalien schützt. So befinden sich nicht wenige auch der „Tahrir-Platz“-Aktivisten in Haft oder sehen sich anderen Verfolgungen ausgesetzt.

Für die durch den „Arabischen Frühling“ entmachtete Elite hingegen stand sicherlich von Anfang fest, dass sie sich um die Wahlergebnisse nicht wirklich scheren, sondern auf einen geeigneten Zeitpunkt warten würde, um diese wieder zu kippen. War sie doch keinesfalls bereit, auf ihre über die Jahrzehnte angewachsenen Machtpositionen und Pfründe so einfach zu verzichten. Sie

zeigte sich dementsprechend entschlossen, die ihr verbliebenen Machtmittel, vor allem ihren Einfluss innerhalb der Armee, dafür zu nutzen.

Moderater Islamismus auf verlorenem Posten?

In der Tat handelt es sich im Zusammenhang mit der Entmachtung der Muslimbruderschaft um ein besonders eigenartiges Paradoxon, welches unter dem Rubrum „Tradition versus Moderne“ gar nicht mehr fassbar ist. Zwar lässt sich die Anti-Mursi-Protestbewegung als eine politisch-ideologische Auseinandersetzung mit dem Islamismus definieren. In Wirklichkeit aber steht dahinter auch die Auseinandersetzung zwischen erzkonservativer Staatstradition und moderatem Islamismus, dessen Einfluss nun auf ägyptischem Boden vollständig eliminiert werden soll. Dies liegt im Interesse vor allem Saudi-Arabiens, welches den „Arabischen Frühling“ für die Durchsetzung seiner Vormachtambitionen innerhalb der arabischen Welt und in der nahöstlichen Region zu nutzen sucht. Das erklärt auch die aktive Unterstützung für den Putsch von Abdel Fattah Al-Sisi im Juli 2013 gegen Präsident Mursi. Mit dessen Sturz wiederum wurden neo-osmanische Pläne des heutigen Präsidenten der Türkei – ein Rivale für saudische Vormachtbestrebungen – durchkreuzt, die darauf gerichtet waren, eine muslimbruderschaftliche Allianz im Nahen Osten unter Federführung der türkischen AKP zu schmieden.

Tatsächlich ist die Muslimbruderschaft in Ägypten als politischer Machtfaktor erst einmal ausgeschaltet. Dies geht soweit, dass nicht nur viele ihrer einstmals führenden Köpfe und eine große Anzahl ihrer Mitglieder physisch liquidiert worden sind, sondern dass die eigentlich moderate islamistische Partei nun willkürlich, wie von Saudi-Arabien so auch ägyptischerseits, als terroristische Gruppierung klassifiziert und mithin auf einer Stufe mit IS und Al-Qaida gestellt wird.¹⁸

Was in Ägypten passiert, strahlt in der Regel auf die gesamte arabische Welt aus. Ohne eine breite Basis der Legitimität werden allerdings die so dringend benötigten Reformen nicht zu verwirklichen sein: die Akzeptanz von religiöser, ethnischer und politischer Pluralität; Gute Regierungspraxis (Good Governance); Hinwendung zum Gemeinwohl statt Interessenrealisierung einiger weniger Eliten. Fortschritte in Richtung Modernität sind sicherlich kaum als realistisch anzusehen, wenn der zur Macht gelangte Politische Islam diese zu monopolisieren sucht. Aber ebenso wenig ist vorstellbar, dass es derartige Fortschritte geben kann, wenn dessen Vertreter undemokratisch beseitigt werden. Der Islamismus wird nicht aus der Welt zu schaffen sein – schon gar nicht mit Gewalt. Damit wird nur die Saat für weiteren Extremismus gelegt. Er wird auch weiterhin ein politischer Akteur – und dies nicht allein auf der

¹⁸ Nicht nur wurde der Präsident gestürzt, sondern zugleich auch die Muslimbruderschaft als Terrororganisation verboten. Im Schnellverfahren wurden in Massenprozessen über 500 Todesurteile verhängt, darunter auch gegen ihren Anführer Mohammed Badie und 13 weitere ranghohe Mitglieder. Weit über 15.000 Anhänger befinden sich in Haft. Gegen Mohammed Mursi ist in einem ersten Verfahren eine 20-jährige Haftstrafe rechtskräftig; weitere Verfahren sind noch anhängig.

nahöstlichen politischen Bühne – bleiben. Wie der Islam untrennbarer Bestandteil von Geschichte, Kultur und Lebensweise der islamischen Welt ist, so ist es als durchaus selbstverständlich anzusehen, dass hier auch Parteien agieren, die sich auf dessen Werte berufen und die nicht undifferenziert als nostalgisch und undemokratisch abzuqualifizieren sind.¹⁹

Für westliche Politik hieße dies auch, das eigene Herangehen an die islamische Welt kritisch zu hinterfragen und sich vor allem der Frage nach Ursachen und Wurzeln des Terrorismus zuzuwenden. So entsetzlich das Vorgehen von IS und anderen Terrorgruppierungen auch ist, der Versuch, ihnen lediglich mit noch mehr Gewalt beizukommen, geht – wie die Erfahrungen des beinahe 14-jährigen Krieges gegen Al-Qaida in Afghanistan lehren – mit Sicherheit fehl. Derartige Gruppierungen lediglich als Monster aus dem Mittelalter abtun zu wollen verkennt, dass deren Vorgehensweise auch Reaktionen auf westliche Politik gegenüber der islamischen Welt sind. Noch heuchlerischer ist es, wenn die ideologische Rückwärtsgewandtheit eines IS gegeißelt wird, gleichzeitig aber ein Staat wie Saudi-Arabien, dessen staatsideologische Grundlagen wie mittelalterliche Rechtspraxis mit denen von IS vergleichbar sind, westlicherseits als ein Stabilitätsanker gilt.

Alles in allem gesehen ist also der politische Islam im Ergebnis des „Arabischen Frühlings“ an eine neue, entscheidende Wegmarke seiner mittlerweile fast ein Jahrhundert umfassenden Entwicklung gelangt. Zur Disposition steht dabei mindestens zweierlei: Zum einen, welches Schicksal der moderate Islamismus zu erwarten hat, zum anderen, inwieweit sich die extremistischen Spielarten auf Dauer durchzusetzen vermögen. Dies gilt vor allem auch vor dem aktuellen Hintergrund, dass der moderate Islam nahezu mit derselben Konsequenz verfolgt wird. Die traditionalistischen innerarabischen Machthaber am Golf wollen keine Parteien neben sich dulden, die sich nicht nur explizit auf den Islam berufen, sondern teilweise auf demselben theologischen Grundgerüst basieren wie sie selbst – weil sie darin eine Gefahr für die eigenen politischen Machtansprüche und das eigene bestehende politische Machtsystem sehen.

¹⁹ Was umso erstaunlicher ist, als doch gerade auch westliche Staatenvertreter den Wahlsieg der Muslimbrüder in Ägypten ausdrücklich respektiert hatten. So hatte Westerwelle in seiner Funktion als deutscher Außenminister in einem FAZ-Artikel vom 13. Januar 2012 hinsichtlich des Umgangs mit dem politischen Islam für einen nüchternen und unvoreingenommenen Blick sowie für ein differenziertes Vorgehen geworben. Islamische Orientierung bedeute eben „nicht per se rückwärtsgewandte, anti-moderne, anti-demokratische und unfreiheitliche Gesinnung“.

Tariq Ali im Gespräch mit Patrick Cockburn

Der Aufstieg von ISIS und die Ursprünge des neuen Krieges im Mittleren Osten

Tariq Ali und Patrick Cockburn sind ständige Mitarbeiter des us-amerikanischen Newsletters „Counterpunch“. Beide haben sich intensiv mit der Geschichte des Islamismus und mit den aktuellen Auseinandersetzungen in der arabischen Welt im Mittleren Osten befasst und hierzu in „Counterpunch“ publiziert (vgl. <http://www.counterpunch.org/>). Wir danken der Redaktion von „Counterpunch“ für die freundliche Genehmigung, das nachstehende Gespräch sowie einen ergänzenden Beitrag von Cockburn** auf Deutsch veröffentlichen zu dürfen. (Redaktion)*

Tariq Ali: Ich spreche mit Patrick Cockburn, einem altgedienten Reporter und mutigen Journalisten, der über die Kriege der USA im Mittleren Osten seit der Invasion im Irak berichtet und der die Region schon lange vor den Sanktionen gegen den Irak und den Golfkriegen beobachtet hat. Heute befinden wir uns in einer kritischen Phase – eine neue Organisation ist aufgetreten. Patricks jüngstes Buch *The Jihadis Return* (2014, OR Books)¹, ein ausführlicher Essay über die Entstehung von ISIS, behandelt dessen Verbindungen zur sunnitischen Bevölkerung und die absehbaren Folgen für die Region. Es kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, dass mit ISIS eine weitere Front in dem nicht endenden Krieg entsteht, der für die Menschen in der arabischen Welt ein schreckliches Unglück bedeutet.

Patrick, beginnen wir mit einer Art Erkundung der Ursprünge des Islamischen Staats, ISIS, wie er sich selbst nennt: Wie ist er entstanden, wann hat das angefangen?

Patrick Cockburn: ISIS ist mehr oder weniger direkt aus Al-Qaida im Irak hervorgegangen. Al-Qaida befand sich 2006/2007 auf dem Zenit ihres Einflusses als – wenn auch durchaus nicht einziger – Träger des sunnitischen Widerstands gegen die schiitische Regierung und die amerikanische Besatzung. Ideologisch ging ISIS aus der Djihadisten-Bewegung hervor, und eigentlich sind seine religiösen Überzeugungen nicht sehr verschieden vom saudischen Wahabismus, einer Variante des Islam, die in Saudi-Arabien praktisch Staatsreligion ist und die die Schiiten als Häretiker verunglimpft, ebenso wie Christen und Juden.

* „In Conversation: The Rise of ISIS and the Origins of the New Middle East War“ by Tariq Ali and Patrick Cockburn, „Counterpunch“ vom 29. September 2014. Übersetzung aus dem Englischen: Michael Zander (Zwischenüberschriften: Z-Redaktion).

** „The West is Wrong Again in its Fight Against Terror“, by Patrick Cockburn, Counterpunch vom 5. Januar 2015; Übersetzung aus dem Englischen: Alan Ruben van Keeken.

¹ Das Buch erschien 2015 im Nachdruck unter dem Titel „The Rise of Islamic State. ISIS and the New Sunni Revolution“ bei verso in London.

Tariq Ali: Kann ich Dich kurz unterbrechen? Diese Djiha-Bewegung existierte nicht vor der amerikanischen Invasion und Besatzung.

Patrick Cockburn: Das ist richtig. Und Saddam sperrte jeden ein, der offensichtlich ein Djiha-Dist war. Die zum Zeitpunkt der Invasion in den Irak aufgestellte Behauptung, Saddam hätte irgendeine Verbindung zu den Djiha-Disten oder zu 9/11, war immer absurd. Aber unter dem Druck der massiven Propaganda jener Zeit glaubten 60 Prozent der Amerikaner, Saddam habe irgendwie etwas mit 9/11 zu tun.

Tariq Ali: Wenn wir das zusammenfassen, dann haben wir die amerikanische Besatzung, wir haben eine schiitische Regierung, die de facto von den Amerikanern eingesetzt wurde, und wir haben die Anfänge eines Aufstandes in den frühen Tagen der Besatzung, an dem sich nicht nur die Sunniten beteiligten, sondern auch Muktada al-Sadr², der der Besatzung sehr feindselig gegenüberstand. Was hat diesen Widerstand gespalten, der ursprünglich ein gemeinsamer Widerstand war, etwa als schiitische Gruppen um Muktada dem belagerten Falludscha medizinische Hilfe schickten? Warum brach das auseinander?

Patrick Cockburn: Die Einheit von sunnitischem und schiitischem Widerstand war immer fragil. Die Amerikaner nahmen sie allerdings sehr ernst. Die Memoiren der amerikanischen Generäle jener Zeit lassen deren Besorgnis erkennen, dass diese beiden Gruppen sich im Widerstand gegen die Besatzung vereinen könnten. Und es ist vielleicht eine von vielen Katastrophen für den Irak, dass sie sich nicht vereint haben, dass sie sektiererisch geblieben sind, was insbesondere für die sunnitische Seite gilt.

Die Niederlage der irakischen Armee

Tariq Ali: ISIS hat in kürzester Zeit weite Teile des Iraks überrannt. Du hast das in Deinem Buch dargestellt. Wie erklärst Du den völligen Zusammenbruch der irakischen Armee, Patrick? Ist sie etwas völlig anderes als die Armee, die vom Westen in Afghanistan geschaffen wurde, insofern sie nicht bereit ist zu kämpfen und zu sterben für die Vereinigten Staaten? Damals war Al-Qaida nur eine von einer ganzen Reihe ernsthafter Widerstandsbewegungen gegen die Besatzung. Aber als ich in Bagdad die amerikanischen Briefings besuchte, wurde offensichtlich alles, was passierte, vom Sprecher, dem Militärsprecher, Al-Qaida zugeschrieben. Natürlich hörte sich das in den USA gut an, aber im Irak hatte es den gegenteiligen Effekt. Menschen, die gegen die Besatzung waren, dachten: Aha, es ist Al-Qaida, die all diesen Widerstand leistet, holen wir uns eine schwarze Fahne und schließen wir uns ihnen an...

Patrick Cockburn: Ja, mehr noch. Ich glaube, es ist schwer, ein vergleichbares Beispiel in der Geschichte zu finden. Die irakische Armee umfasste 300.000 oder 350.000 Mann, und in den letzten drei Jahren wurden 41,6 Milliarden Dollar für diese Armee ausgegeben. Aber sie zerfiel beim Angriff von viel-

² Muktada al-Sadr, schiitischer Geistlicher und Kopf der 2003 gebildeten schiitischen Mahdi-Armee im Irak; von 2007 bis 2012 im Exil im Iran (Anm. d. Red.).

leicht ein paar tausend Leuten in Mossul. Warum passierte das? Nun, die Armee war ziemlich außergewöhnlich. Ein irakischer General, mit dem ich gesprochen habe und der zwangsweise in den Ruhestand versetzt worden war, erklärte mir das so: Die Katastrophe ging damit los, dass die Amerikaner darauf bestanden, die Versorgung und dergleichen auszulagern und zu privatisieren. Folglich würde der Oberst eines Bataillons von nominell 600 Mann sofort Geld für 600 Mann bekommen. In Wirklichkeit lag die Bataillonsstärke bei nur 200 Mann. Die Differenz würde eingesteckt und unter den Offizieren verteilt. Und dies gilt für Kraftstoff, für Munition usw. Als Mossul fiel, wurde die Truppenstärke mit 30.000 Soldaten angegeben. Es wird aber geschätzt, dass tatsächlich nur ein Drittel davon dort war. Denn das, was sie taten, war: Sie sind zur Armee gegangen, bekamen ihren vollen Sold und gaben die Hälfte davon ihrem Offizier zurück, der es unter den Offizieren verteilte. Vor etwa einem Jahr sprach ich mit einem ranghohen irakischen Politiker. Er sagte: Sehen Sie, die Armee wird zusammenbrechen, wenn sie angegriffen wird. Ich sagte, einige werden doch sicher kämpfen. Er sagte: Nein, nein, Sie verstehen nicht. Diese Offiziere sind keine Soldaten, sie sind Investoren! Sie haben kein Interesse daran, gegen irgendwen zu kämpfen. Sie haben Interesse daran, Geld aus ihrer Investition zu schlagen. Natürlich musste man den eigenen Rang kaufen. Wenn Du 2009 Oberst der irakischen Armee werden wolltest, kostete Dich das etwa 20.000 Dollar. In jüngerer Zeit kostete das etwa 200.000 Dollar. Wenn Du Divisionskommandeur werden möchtest und es gibt 15 Divisionen, dann kostet Dich das rund zwei Millionen. Natürlich gibt es noch andere Möglichkeiten, Geld zu machen. Checkpoints auf den Straßen dienen als eine Art Zollschranke, jeder passierende LKW muss ein Entgelt entrichten. Also das ist der Grund, warum sie wegliefen, angeführt von ihren Offizieren. Die drei kommandierenden Generale bestiegen in Zivilkleidung einen Hubschrauber und flohen nach Erbil, der kurdischen Hauptstadt. Das führte zur endgültigen Auflösung der Armee.

Tariq Ali: Eines der erstaunlichsten Ereignisse in der jüngeren Geschichte, Patrick. Fällt Dir etwas Vergleichbares ein, selbst im letzten Jahrhundert?

Patrick Cockburn: Nein, ich kann mich an keine so große, gut ausgerüstete Armee entsinnen, die so zusammengebrochen wäre. Man könnte sagen, dass Saddams Armee zerfiel, als sie von den Amerikanern 1991 und 2003 angegriffen wurde. Aber sie wurde von der größten Militärmacht der Welt angegriffen und bombardiert. Das ist also keine Parallele. Natürlich zeigt dies, dass ISIS mit großer Effektivität über die sozialen Medien Schrecken verbreitet hat, durch Filme mit Szenen von der Enthauptung schiitischer Gefangener. Damit versetzte ISIS die Soldaten in Panik. Die gesamte sunnitische Bevölkerung, etwa 20 Prozent der Iraker, vielleicht sechs Millionen in den sunnitischen Provinzen, wurde zudem vom Regime Nuri al-Malakis an den Rand gedrängt. Sie wurden verfolgt, bekamen keine Arbeit, erhielten Kollektivstrafen, junge Männer in den Dörfern rund um Falludscha – manchmal gibt es nicht viele junge Männer, weil sie alle im Gefängnis sind. Einige saßen in der Todeszelle, um für Verbrechen hingerichtet zu werden, für die bereits jemand anderes hingerichtet wurde. Es herrschte völlige Willkür. Bis zum heutigen Tag ist dies einer der wenig überraschenden Gründe

dafür, dass ISIS nach wie vor Unterstützung genießt, dass er trotz all seiner Blutrünstigkeit aus Sicht eines großen Teils der sunnitischen Gemeinschaft besser ist, als die Rückkehr der irakischen Armee und der irakischen Schiiten-Milizen.

Rückhalt für ISIS

Tariq Ali: Ich meine, das ist etwas, worüber – abgesehen von Dir und möglicherweise einem anderen Journalisten – in den ganzen westlichen Medien überhaupt nicht berichtet wurde: Dass diese Gruppe, wie gewalttätig und brutal sie auch scheinen mag und ist, eine gewisse Unterstützung in der Bevölkerung genießt...

Patrick Cockburn: Ja, ISIS findet aus unterschiedlichen Gründen Unterstützung. Er hat die Unterstützung von Sunniten im Irak und auch in Syrien, die von dem jeweiligen Regime an den Rand gedrängt worden sind. Und er findet Unterstützung als Sieger: All diese Leute waren besiegt worden – sie wurden 1991 und 2003 von den Amerikanern geschlagen, sie wurden an den Rand gedrängt, sie wurden verfolgt. Deshalb ist der Sieg für sie wichtig. Ich denke auch, ISIS spricht arbeitslose junge Männer an, die manchmal auch als Unterschicht bezeichnet werden, die aber eigentlich nur die sehr armen jungen Männer sind.

Tariq Ali: Arme und Arbeitslose.

Patrick Cockburn: Arme, arbeitslose junge Männer ohne Perspektive. In dieser Situation hat ISIS eine Anziehungskraft für sie. Und die Alternative ist ziemlich übel. Die wenigen erfolgreichen Gegenangriffe vor allem der schiitischen und kurdischen Milizen haben sofort die Sunniten aus Gebieten vertrieben, aus denen ISIS zuvor die Schiiten vertrieben hatte. Aus sunnitischer Sicht bleibt nicht viel anderes übrig, als sich an ISIS zu halten.

Tariq Ali: Gibt es keine alternative sunnitische Organisation, die zumindest ein anderes politisches Programm anbietet neben dieser Art Fanatismus von ISIS? Was ist mit der Vereinigung der sunnitischen Gelehrten?

Patrick Cockburn: Viele schlossen sich ISIS an und versuchten so, den Tiger zu reiten. Und in Bagdad nahm man an – und ich glaube wirklich, bis vor etwa einem Monat –, dass ISIS diese großen Siege zwar errungen zu haben schien, dass sie aber in Wirklichkeit einfach nur die Stoßtruppen der sunnitischen Gemeinschaft seien. Und dass es Stämme, ehemalige Armeeeoffiziere und andere wie die Gelehrten gäbe, die sie ersetzen würden, wenn die Sunniten einmal bekommen hätten, was sie wollten.

Tariq Ali: Und wir dachten, das war Wunschdenken, denn ISIS neigt dazu, Macht so schnell wie möglich zu monopolisieren, auch wenn er in einem Gebiet die Macht gemeinsam mit anderen übernahm. Er ist auch extrem paranoid, deshalb tötet er jeden, von dem er denkt, er bereite sich darauf vor, ihm in den Rücken zu fallen oder Widerstand zu leisten. In Mossul zum Beispiel scheinen sie 300 Personen als Geisel genommen zu haben. Ehemalige Generäle, sunnitische Würdenträger, Menschen, von denen sie vermuten, sie könnten

diese Art von Widerstand anführen. Und in Syrien, in der Provinz Deir ez-Zor, erhob sich ein Stamm gegen sie. Sie haben ihn zerschlagen und sofort 700 seiner Mitglieder hingerichtet. Also ich denke, es ist nur Wunschenken zu glauben, dass ISIS aus den Gebieten, die er erobert hat, wieder verdrängt werden würde. Lass uns zum nächsten Punkt kommen. Eine Menge Leute haben spekuliert, dass die Saudis in der einen oder anderen Form – falls nicht seitens der Regierung direkt, dann über Leute, die der Regierung nahe stehen – teilweise verantwortlich waren für die Unterstützung und Finanzierung von ISIS als eine Art proto-saudischer Intervention gegen die schiitische Vorherrschaft im Irak nach der Besatzung. Inwieweit ist das wahr, wenn überhaupt?

Patrick Cockburn: Es ist etwas Wahres daran. Aber man sollte der Verschwörungstheorie nicht glauben, nach der die Saudis Herrscher sind, die die Schachfiguren auf dem Brett bewegen, wie es manchmal in Teilen des Nahen Ostens angenommen wird. Die Saudis haben immer hinter der Djiha-Bewegung im Allgemeinen gestanden, vor allem im Ausland, nicht innerhalb von Saudi-Arabien. Und in der Regel werden sie diejenigen unterstützen, die sich schiitischen Regierungen widersetzen, und sie differenzieren dabei nicht wirklich oder haben nicht wirklich differenziert, wen sie unterstützen. Aber es ist auch ziemlich klar, dass ein Großteil ihrer Unterstützung an ISIS ging und an andere Gruppen wie die Al-Nusra-Front. Das lief alles über private Spender, nicht nur in Saudi-Arabien, sondern auch in Kuwait, Katar und in der Türkei. Die USA und Großbritannien würden versuchen zu unterscheiden zwischen der moderaten syrischen Opposition auf der einen und der djihadistischen extremen Opposition auf der anderen Seite. Aber in Wirklichkeit gehören die beiden zusammen. Ich meine, es gab in dieser Woche den Bericht einer Forschungseinrichtung, der verschiedene Waffen in den Händen von ISIS auflistet, die anscheinend im vergangenen Jahr von Saudi-Arabien an die angeblich moderate syrische Opposition geliefert wurden. Sie wurden aber sofort weitergereicht, da der Abstand zwischen den beiden Lagern sehr viel geringer ist, als man sich vorstellt...

Tariq Ali: Allerdings. Und es gibt einen Zeitungsbericht, glaube ich, wonach Steven Sotloff³ von einer angeblich moderaten syrischen Organisation, die ihn gefangen hatte, an ISIS verkauft wurde.

Patrick Cockburn: Ja, seine Familie sagt dies. Und es ist auch interessant, dass die amerikanischen Sprecher sofort sagen: nein, nein, nein, das ist nicht geschehen, weil sie sehen, wie sehr dies die Politik untergräbt, die heute von Obama verkündet wird: eine gemäßigte Opposition aufzubauen, eine dritte Kraft, die angeblich Assad und ISIS gleichzeitig bekämpfen wird.

Tariq Ali: Das ist reine Phantasie.

Patrick Cockburn: Das ist Phantasie ... in dieser Form. Aber, es ist interessant, dass der kommandierende General der Freien Syrischen Armee sagt, dass die FSA-Kommandeure in Syrien jetzt ihre Aufträge direkt von den Amerikanern

³ Der US-Journalist wurde im August oder September 2014 von ISIS getötet (Anm. d. Red.).

bekommen. Er sagte, dass er und die anderen Offiziere in der Türkei dazu bestimmt wurden, Hauptquartier und Führung der Freien Syrischen Armee zu bilden. Er sagte – ich glaube, es sind 16 Kommandeure in Nordsyrien und einige andere, etwa 60 kleinere Gruppen im Süden –, dass sie ihre Ausrüstung, Beratung und Anweisungen direkt von den Amerikanern bekommen würden.

Tariq Ali: Aber Patrick, das ist wiederum ziemlich erstaunlich. Dass wir hier noch bis vor kurzem die gesamte westliche Welt hatten, von den Vereinigten Staaten mit dem Ziel angeführt, Assad loszuwerden, alle diese Leute zu bewaffnen, und dass, wie Du dargelegt hast, die Waffen von einer Gruppe zur anderen fließen im Kampf gegen Assad. Und jetzt stehen wir vor einer Situation, in der die Vereinigten Staaten in der Tat ISIS-Stellungen in Syrien bombardieren könnten.⁴ Ist das möglich?

Patrick Cockburn: Ich denke schon. Sie sind auf diesem Weg so weit gegangen, dass ich denke, es wird auf jeden Fall irgendwann passieren. Eine der Stärken von ISIS ist die Möglichkeit, im Irak und in Syrien zu operieren.

Tariq Ali: Zur gleichen Zeit ...

Patrick Cockburn: Gleichzeitig. Und in der Tat ist ihre potenzielle Anhängerschaft in Syrien größer als im Irak, denn nur 20 Prozent der Iraker sind Sunniten, aber 60 Prozent der Syrer. Potenziell könnten sie die syrische Opposition dominieren. Und natürlich unterstützen nicht alle syrischen Sunniten die Opposition, ziemlich viele unterstützen die Regierung. ISIS hat aber eine weit größere Reichweite und wird sich weiter ausdehnen. Ich meine, sie sind gegenwärtig 30 Meilen von Aleppo entfernt. Sie fügten der syrischen Armee einige der größten Niederlagen zu, die diese in den letzten drei Jahren erlitten hat, in der Provinz Raqqah innerhalb des letzten Monats.

Ethnische Zersplitterung des Irak

Tariq Ali: Okay, kommen wir jetzt zum dritten Faktor in dieser Situation, der nicht ernsthaft diskutiert, auf den aber oft hingewiesen wird. Die kurdischen Parteien in Syrien und im Irak wenden sich klar gegen all dies und bekämpfen ISIS, so gut sie können. Die Kurden in Syrien werden von ISIS belagert, die Kurden im Irak sind entschlossen zu kämpfen. Inwieweit ist dies effektiv und warum war die kurdische Peschmerga im Irak nicht in der Lage, mit ISIS gleich zu Beginn auf eine härtere Weise umzugehen?

Patrick Cockburn: Wahrscheinlich war der Ruf der Peschmerga im Irak sowieso übertrieben. Sie haben gegen niemanden gekämpft, außer in ihrem eigenen separatistischen Krieg, und das war in den 1990er Jahren. Sie waren immer gut darin, in den Bergen Angriffe aus dem Hinterhalt durchzuführen und sie waren gut in der Öffentlichkeitsarbeit, aber ansonsten war ihr Ruf immer ein bisschen übertrieben. Ich meine, vielleicht ist das nicht ihre Schuld, sie bekämpften Sad-

⁴ Im September 2014 begannen die USA und ihre Verbündeten mit Luftangriffen gegen ISIS zuerst in Syrien und später im Irak (Anm. d. Red.).

dams riesige Armee. Aber das war übertrieben. Und außerdem ist (in den irakischen Kurdengebieten – Red.) ein Ölstaat entstanden. Viele Kurden sind nur daran interessiert, Geld zu machen. Jetzt sagen sie, sie waren nicht richtig ausgestattet. Nun, sie können Waffen kaufen... es müssen nicht alle aus Amerika kommen. Warum gibt es all diese großen Hotels in Erbil, ihrer Hauptstadt, und warum haben sie nicht wenigstens einige schwere Maschinengewehre? Und sie haben auch eine 600 Meilen lange Grenze zu verteidigen. Auch nutzten sie den Fall von Mossul, um ihre Gebiete auf Territorien auszudehnen, über die sie mit den Arabern im Streit liegen. Das machte die Araber in diesen gemischten Gebieten viel antikurdischer, als sie es zuvor gewesen waren. Es gab also eine Akzeptanz für das, was ISIS beim Vordringen unter den Arabern tat. Und eine der vielen toxischen Wirkungen ist, dass die Populationen jetzt getrennt leben. Zunächst flohen die Jesiden, die Kurden und andere, und jetzt fliehen die sunnitischen Araber aus diesen Gegenden, um Racheattacken zu entgehen.

Tariq Ali: Und was ist mit den syrischen Kurden?

Patrick Cockburn: Nun, das ist etwas anderes, weil sie 10 Prozent der Bevölkerung in Syrien bilden. Sie leben in Enklaven, hauptsächlich im Nordosten und Norden.

Tariq Ali: Und Assad hat ihnen Autonomie eingeräumt, stimmt das?

Patrick Cockburn: Nicht ganz, aber die syrische Armee hat eine Art opportunistischen Rückzug vollzogen, weil Assad weiß, dass ISIS sie angreifen wird, wobei man weiß, dass die Leute, die sie angreifen, eigentlich nicht zu ISIS, sondern zur Al-Nusra-Front gehören. Alle anderen Oppositionsgruppen kommen auf einmal zusammen, um die Kurden in diesen Gebieten anzugreifen. Ich meine, dies untergräbt auch die Idee, dass es eine gemäßigte und eine djihadistische Opposition gibt. Dass die Freie Syrische Armee und all die anderen kommen und die Kurden angreifen. Die Kurden sind die PKK, die im Grunde die türkisch-kurdische Opposition ist. Aber sie sind viel effektivere Kämpfer als die irakischen Peschmerga. In der Tat haben sie eine Menge der Jesiden in Sindschar im westlichen Kurdistan gerettet.

Tariq Ali: Der syrisch-kurdische Staat...

Patrick Cockburn: Die syrischen Kurden, ja – zur Blamage der Kurden von Erbil.

Tariq Ali: Wir kommen jetzt zum Wichtigsten. Du hast geschrieben, dass das Skykes-Picot-Abkommen wahrscheinlich am Ende ist. Das war der Vertrag nach dem Ersten Weltkrieg, durch den die Gebiete des Osmanischen Reichs in der arabischen Welt unter Frankreich und Großbritannien aufgeteilt wurden. Aber, Patrick, Du könntest Recht haben. 2006 hatte ich den Eindruck, dass es keine Zukunft für den Irak als Staat gab, vor dem Hintergrund dessen, was geschehen war, und dass es wahrscheinlich einen schiitischen Staat und eine pro-saudischen Sunniten-Staat und einen kurdischen Staat geben würde. Glaubst Du, dass dies passieren wird, in irgendeiner Form, jetzt oder in den nächsten fünf Jahren?

Patrick Cockburn: In einer gewissen Form schon, aber nicht genau so. Ich glaube nicht, dass die Kartenzeichner schon die Grenzen der neuen Staaten parat haben. Aber ich glaube, es wird im Endeffekt drei souveräne Staaten im Irak geben; das ist auch schon de facto so. Wenn Du ein Schiit in Bagdad bist, kannst Du von Bagdad aus keine Stunde lang nach Norden fahren, ohne den Kopf abgehackt zu bekommen. Ebenso wird ein Kurde im Norden sowie jeder Sunnit, der versucht, irgendeinen Kontrollpunkt in Bagdad oder nach Kurdistan zu passieren, wahrscheinlich verhaftet werden.

Tariq Ali: Seit Jahren besuchst Du regelmäßig Bagdad, Patrick. Meinst Du, dass es tatsächlich ethnische Grenzen in Bagdad gibt und man nicht von einem Stadtteil in den anderen fahren kann?

Patrick Cockburn: Nein. Aber zwischen Bagdad und dem Rest des Irak kann man das nicht. Es gibt sunnitische Viertel in Bagdad, aber die Sunniten haben den sektiererischen Bürgerkrieg von 2006/2007 im Grunde verloren. Ihre Enklaven in Bagdad sind sehr klein, und es sind nicht mehr viele gemischte Gebiete übrig geblieben. Die Schiiten dominieren die Stadt. Nun könnten sich diese sunnitischen Viertel erheben, aber sie sind auch verwundbar durch Gegenangriffe der schiitischen Mehrheit. Gäbe es eine Schlacht um Bagdad, so würden die Sunniten sie in der Stadt wahrscheinlich verlieren – eben darum leben sie in Angst.

Tariq Ali: Nicht zu vergessen die kurdische Bevölkerung in Bagdad...

Patrick Cockburn: Ja, aber viele von ihnen haben sich mit der lokalen Bevölkerung verschmolzen.

Tariq Ali: Mischehen?

Patrick Cockburn: Mischehen... Es gab noch nie eine Art kurdischer Kerngebiete oder Enklaven in Bagdad mit eigener Miliz. Für die Schiiten trifft dies zu, und in einer verdeckten Form gilt das auch für die Sunniten.

Propaganda in den sozialen Netzwerken

Tariq Ali: Wenden wir uns Syrien zu. Was ist der aktuelle Stand der Dinge seit der Entstehung und seit den Erfolge von ISIS, mit den Amerikanern in der NATO, die nun versuchen, einen Plan zu erarbeiten – oder keinen Plan, sondern eine offene Erörterung –, wie die Organisation zerstört werden könnte. Das dürfte doch mit Sicherheit sofort zur Stärkung des Assad-Regimes führen, und zwar unabhängig von dem, was beabsichtigt ist oder nicht...

Patrick Cockburn: Ja, das ist absolut richtig. Und das ist es natürlich, was sie so durcheinander gebracht hat. ISIS kontrolliert etwa 35, 40 Prozent von Syrien. Im Osten Syriens kontrollieren sie die Ölfelder. Sie stehen kurz vor Aleppo, der einst größten Stadt Syriens. Sie könnten den von den Rebellen gehaltenen Teil übernehmen und dann vielleicht die ganze Stadt. Dies wäre wichtiger als die Einnahme von Mossul im Irak. Djihaad-Organisationen, insbesondere Jabhat al-Nusra, aber auch ISIS, stehen in der Nähe von Hama, der viertgrößten Stadt in Syrien. Sie sind damit in einer starken Position. Es wäre nicht schwer für

ISIS, das Mittelmeer zu erreichen, wo sie schon waren, bevor sie zu Beginn des Jahres einen taktischen Rückzug machten. Es ist also eine ganz außergewöhnliche Situation, dass Amerika und die anderen prowestlichen Mächte erklären, sie würden gegen ISIS vorgehen, aber nichts tun, um Assad zu helfen. Assad ist der Hauptfeind der ISIS, und wenn sie versuchen, Assad zu schwächen, dann helfen sie ISIS. Das ist das Ergebnis ihrer, meiner Meinung nach, katastrophalen Politik in den letzten zwei Jahren. Seit Ende 2012 ist offensichtlich, dass Assad nicht gehen würde. Vorher, 2011 und 2012, hatte es in den westlichen Hauptstädten und anderswo die Vermutung gegeben, dass er im Begriff sei, Gaddafi zu folgen und unterzugehen. Aber sie taten auch danach so, als würde er gehen. Bei den Verhandlungen in Genf zu Beginn dieses Jahres (2014, d. Red.) hieß es, das einzige, was der Rede wert sei, sei der Übergang, der Abgang von Assad. Aber Assad war offensichtlich nicht im Begriff zu gehen, denn von den 14 Provinzhauptstädten in Syrien hielt er 13. Man musste also konstatieren, dass der Krieg weitergehen würde, weil er nicht abtritt. Und ich denke, zeitweilig waren sie – Washington und die anderen und die Saudis – damit nicht unglücklich. Sie konnten damit leben, denn Assad war zwar da, aber er war schwach und wahrscheinlich würde er bleiben. Was die Dihadisten betraf, so waren sie in ihren eigenen Bürgerkrieg verwickelt. Aber die große Fehleinschätzung betraf einmal den Umstand, dass auf der djihadistischen Seite eine Gruppe gewinnen würde, und zwar ISIS. Und zweitens, dass es nicht dabei bleiben würde, dass Syrer gegen Syrer oder Iraker gegen Iraker oder sogar Muslime gegen Muslime kämpfen, denn schließlich beansprucht das neue Kalifat die Loyalität aller Muslime und es beansprucht Weltherrschaft. Deshalb sind seine Ambitionen...

Tariq Ali: ...global...

Patrick Cockburn: Sie sind global.

Tariq Ali: Das Propaganda-Konzept von ISIS ist dem der NATO sehr ähnlich ... Wenn man beide Konzepte nebeneinander hält, ist es offensichtlich, dass ISIS das NATO-Modell kopiert hat. Sie haben Bilder, die besagen, das ist das, was wir tun, so viele Menschen haben wir hier und dort getötet. Es gibt überhaupt keine Scham über das, was sie tun. In einer seltsamen Weise sind sie – trotz der Ideologie, die wahhabitisch und eine Art von „wiedergeborenem“ Muslimismus und Buchstabenglauben ist – sehr modern mit ihrem Ansatz, nicht wahr?

Patrick Cockburn: Ja, aber das ist nicht so erstaunlich. Zu Beginn der arabischen Aufstände im Jahr 2011 wurden Blogging, Twitter, Youtube als fortschrittliche Medien angesehen, die die Macht des Polizeistaates und des Autoritarismus untergraben würden. Aber die Leute, die sie zum größten eigenen Nutzen angewendet haben, waren Dihad-Organisationen und insbesondere ISIS. Sie haben damit ihre Ansichten und den Terror sehr wirkungsvoll verbreitet. Die Familienangehörigen eines irakischen Soldaten in Bagdad – seine Frau, seine Mutter – sie alle haben dieses Zeug gesehen und sagen: „Geh' nicht zurück in die Armee, du wirst getötet werden.“ Also, das ist sehr effektiv.

Düstere Aussichten

Tariq Ali: Patrick, was werden die Vereinigten Staaten jetzt tun, was sind ihre Optionen? Werden sie es schaffen, ISIS auszulöschen, wie es ihr Plan zu sein scheint? Wie zum Teufel wollen sie das ohne Bodentruppen machen? Alle verfügbaren Berichte deuten darauf hin, dass das Pentagon gegen den Einsatz von Bodentruppen ist. Werden sie arabische Länder als Hilfstruppen rekrutieren?

Patrick Cockburn: Nun ja ... Hilfstruppen. Ich glaube nicht, dass sie Truppen stellen werden. Man muss sich nur ansehen, was passiert ist: Die irakische Armee ist geflohen, die syrische Armee hat gekämpft und trotzdem verloren. Sie verlor vor ein paar Wochen eine wichtige Luftwaffenbasis in der Provinz Raqqah, obwohl sie sehr hart gekämpft hat. Also ich nehme an, dass sie sehr nervös im Kampf gegen ISIS sind. Die USA suchen laut Obama nach lokalen Partnern. Es bleibt unklar, was das bedeutet. Die Parteien in Bagdad sind etwas aufeinander zugegangen, weil sie alle entsetzt über ISIS sind, aber wenn man genauer hinsieht, dann haben die Kurden in nichts eingewilligt. Die sunnitischen Führer haben einige Funktionen in Bagdad übernommen, aber sie wagen es nicht, wieder in ihre eigenen Städte und Gemeinden zurückzukehren, denn sie bekämen den Kopf abgehackt. So bleibt alles schlecht organisiert und disparat, und es passiert nur etwas unter dem Druck der USA und des Iran, die parallel laufende Interessen in der Region haben.

Tariq Ali: Nun, sie wissen genau, wer der offensichtliche Verbündete in der Region ist: der Iran. Das sie aber natürlich nicht in Erwägung ziehen, weil sie den Iran dermaßen verteufelt haben und weil die Israelis wahrscheinlich gegen jeden derartigen Gedanken sind. Die Iraner könnten ja jede Allianz mit den Amerikanern verwenden, um eine Bombe zu erhalten, so schnell wie General Zia⁵ während des Krieges gegen Afghanistan. Aber abgesehen vom Iran, wen sonst gibt es, der militärisch etwas zu bieten hat?

Patrick Cockburn: Ja, das gleiche gilt für Syrien. Die Amerikaner und die anderen weigern sich sozusagen, eine Wahl zu treffen – z.B. eine Koalition zu bilden, die von den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien unterstützt würde. Diese Leute haben Geld, sie haben vielleicht Einfluss auf die Dji-hadisten, auf die sunnitische Gemeinschaft, aber sie denken nicht daran, ihre außenpolitischen Beziehungen zu verändern und die Konfrontation mit dem Iran zu beenden. In Syrien hat Russland eine große Bedeutung. Sie stehen der Hisbollah immer noch feindselig gegenüber ... und den Kurden, die in Syrien ISIS sehr wirksam bekämpfen. Womit haben wir es also zu tun? Offenbar mit der Konstellation für einen sehr langen Krieg in einer sehr verworrenen Situation. Was werden sie tun, wenn ISIS in Aleppo einrückt? Werden sie die Stadt bombardieren, während gleichzeitig die syrische Luftwaffe ISIS bombardiert? Woher wissen sie, dass die syrische Luftwaffe nicht versuchen wird, amerikani-

⁵ Gemeint ist Mohammed Zia-ul-Haq, der zwischen 1977 und 1988 Präsident Pakistans war (Red.).

sche Flugzeuge abzuschießen? Aber ich nehme an, dass sie natürlich verdeckte Beziehungen mit der Assad-Regierung aufnehmen werden. Tatsächlich habe ich gehört, dass sie das bereits tun – nicht, um öffentlich eine Kehrtwende zu vollziehen, sondern um eine Art von Übereinkunft mit ihnen zu erreichen, wie es zu einem gewissen Grad auch im Irak nach 2003 geschehen ist... Die Iraker haben immer gesagt, dass der Iran und die USA sich öffentlich mit den Fäusten drohen, dass sie aber heimlich einander die Hände schütteln.

Tariq Ali: Was sie auch taten.

Patrick Cockburn: Oh, absolut.

Tariq Ali: Ohne grünes Licht aus dem Iran wäre es schwierig für sie gewesen, den Irak einfach so zu besetzen.

Patrick Cockburn: Oh ja. Warum hatten wir Nuri al-Maliki als katastrophalen Ministerpräsidenten des Irak acht Jahre lang, und dann auch noch seine Wiederwahl im Jahr 2010? Ich erinnere mich, dass mich ein irakischer Freund anrief, ein Diplomat, als Maliki zurückkehrte als Premierminister. Er sagte: Der große Satan Amerika und die Achse des Bösen Iran haben sich zusammengesetzt – mit katastrophalen Folgen für die Iraker.

Tariq Ali: Genau. Also, Patrick, die Situation ist insgesamt ziemlich düster und wird wahrscheinlich auch so bleiben?

Patrick Cockburn: Ja, sie ist düster, weil so viele Akteure beteiligt sind. Es sind so viele verschiedene Krisen miteinander verschlungen, dass diese düstere Situation wahrscheinlich für eine lange Zeit andauern wird. Vor zwei Jahren mag es einen Moment gegeben haben, an dem der Aufstieg von ISIS hätten verhindert werden können. Denn tatsächlich war es der Krieg in Syrien, der das Schicksal von ISIS geändert hat. Zuvor hatte die Organisation im Irak davon profitiert, dass die Sunniten an den Rand gedrängt wurden. Aber durch den Krieg in Syrien wurde ISIS mit einem Schlag aktiviert, weil er den Irak destabilisierte. ISIS fachte erneut den Krieg im Irak an, der abgeebbt, aber nie ganz beendet war. Ich erinnere mich, dass Hoshyar Zebari, der irakische Außenminister, einmal zu mir sagte: Wenn der Westen es zulässt, dass der Krieg in Syrien fortgesetzt wird, dann wird dies zwangsläufig den Irak destabilisieren. Und das ist auch passiert.

Und wieder liegt der Westen falsch in seinem Kampf gegen den Terror

Der islamische Staat wird in diesem Jahr wie schon 2014 im Zentrum der eskalierenden Krise im mittleren Osten stehen. Fast alle Territorien, die er in einer Reihe blitzartiger Kampagnen im letzten Sommer erobern konnte, bleiben unter seiner Kontrolle, auch wenn jüngst einige Städte von kurdischen und schiitischen Kämpfern zurückerobert werden konnten.

Die Luftangriffe der Vereinigten Staaten im Irak (ab 8. August 2014) und in Syrien (seit dem 23. September) mögen das Vorankommen von ISIS verlangsamt und ihm in der syrisch-kurdischen Stadt Kobane schwere Verluste beigebracht haben. Doch ISIS hat seine eigenen staatlichen Strukturen aufgebaut und zehntausende Kämpfer neu rekrutiert, um Verluste zu ersetzen. Er kann so an mehreren Fronten gleichzeitig kämpfen – von Jalawla an der irakisch/persischen Grenze bis zu den Außenbezirken von Aleppo in Syrien.

In Westsyrien indes hat sich ISIS zu einer wachsenden Regionalmacht gemausert, vor allem da die syrische Regierung unter Bashar al-Assad ihren Vorteil verloren hat, gegen eine gespaltene Opposition zu kämpfen. Diese hat sich unter der Vorherrschaft von ISIS und der Al-Nusra-Front, dem syrischen Ableger von Al-Qaida vereint.

Und doch – nicht mal vor einem Jahr hatte Präsident Obama ISIS noch als unwichtig abgetan und mit einem Junior-Basketballteam verglichen. Das klang im letzten Januar noch so: „Die Analogie, die wir hier benutzen – und ich glaube, dass es das ganz gut trifft, ist folgende: Wenn ein Juniorteam das Trikot der Lakers anzieht, dann macht das aus ihnen noch keinen Kobe Bryant (berühmter Spieler des Los Angeles Lakers-Basketballteams).“ Ein Jahr später muss Obamas folgenschweres und unsinniges Urteil befremden, doch zu jener Zeit muss das die Mehrheitsmeinung seines Sicherheitsrates gewesen sein.

Die Kraft von ISIS zu unterschätzen war der dritte große Fehler, den die USA und ihre westlichen Alliierten seit 2011 in Syrien begangen haben. Fehler, die den Boden für den Aufstieg von ISIS bereiteten. Zwischen 2011 und 2013 waren sie fest davon überzeugt, dass Assad ähnlich wie Gaddafi in Libyen gestürzt werden würde.

Trotz wiederholter Warnungen durch die irakische Regierung, ignorierte Washington die Tatsache, dass der anhaltende Krieg in Syrien das Kräftegleichgewicht in Irak durcheinander bringen und den dortigen Bürgerkrieg fortsetzen könnte. Sie zogen es stattdessen vor, alle Fehlentwicklungen im Irak Premierminister Nouri al-Maliki anzuhängen, der zwar nicht unschuldig, aber auf keinen Fall verantwortlich für die Rückkehr Iraks in den Kriegszustand ist. Die sunnitischen Monarchien der Golfstaaten hingegen waren nicht so naiv: sie wussten, dass die Unterstützung djihadistischer Rebellen in Syrien auf das Nachbarland übergreifen und die schiitische Regierung Iraks schwächen würde.

In wie weit hat sich die politische und militärische Situation seither verändert? ISIS hat mehr Feinde, doch diese bleiben untereinander gespalten. Selbst US-amerikanische politische und militärische Strategien verfolgen verschiedene Richtungen. US-Luftschläge sind nur dann wirklich entscheidend, wenn sie eng mit dem Einsatz von Bodentruppen koordiniert werden. Das passierte in Kobane von Mitte Oktober an, als das Weiße Haus in letzter Minute entschied, keine Demütigung durch einen weiteren Sieg von ISIS mehr hinzunehmen. Plötzlich waren aus den syrischen Kurden, die ISIS bekämpften und die eben noch als Terroristen galten, die auf Abstand zu halten waren, bedrängte Verbündete geworden. Wie 2001 in Afghanistan und im Nordirak 2003 ist erfahrenes Perso-

nal an der Frontlinie, das fähig ist, Luftangriffe direkt zu steuern, ein Garant für die Effektivität solcher Aktionen.

Als das Bombardement des ISIS in Syrien begann, sah die Regierung in Damaskus ihre Chance gekommen. Wenn sich die USA, die arabischen Monarchien, die syrischen Rebellen und die Türkei in Syrien zwischen 2011 und 2013 verzockt hatten, so machte die syrische Regierung im letzten Jahr denselben Fehler, weil sie eine ausschließlich militärischen Lösung des Konfliktes suchte. Sie hatte niemals ernsthaft versucht, ihre politische Basis in ihren Gebieten zu vergrößern, so z.B. durch glaubhafte Angebote zur Teilung der Macht. Stattdessen verließ sie sich darauf, dass ihre Unterstützer weiterkämpften, weil sie glaubten, dass alles besser sei als ein Sieg der Djihadisten. Doch diese Verbündeten sind ausgelaugt vom Kampf. Sie sehen längst keinen Silberstreif am Horizont mehr.

Die Regierung hatte immer zu wenig reguläre Truppen unter Waffen, eine Schwäche, die sich vor allem in der vermehrten Mobilisierung von Reservisten und der Überführung von Rekruten der Nationalen Verteidigungskräfte in die reguläre Armee zeigte. Während die Regierungstruppen um Aleppo und Damaskus Boden gut machen konnten, mussten sie im Süden der Hauptstadt und in der Provinz Idlib Rückschläge hinnehmen.

Für Assad war es zuhause und im Ausland politisch immer von Vorteil, dass die syrischen Rebellen von „Terroristen“ dominiert wurden, vor denen sich der Westen fürchtete. Durch die Dominanz von ISIS und der Al-Nusra-Front hat die syrische Armee ihren strategischen Vorteil eingebüßt, als einheitliche Streitmacht einem in sich gespaltenen Feind mit bis zu 1200 verschiedenen Faktionen gegenüberzustehen. Diese Schwäche zeigt sich besonders im Scheitern der erwarteten Offensive, die von Rebellen besetzten Teile von Aleppo wieder zu erobern.

ISIS nutzte im letzten Jahr bei ihren großen Erfolgen im Irak den Umstand, dass viele irakische Sunniten sich aus der arabischen Gemeinschaft ausgeschlossen fühlen. Dies verband das Schicksal der Sunniten mit dem von ISIS; auch wenn sie diesen Zusammenschluss bereuen mögen, bleibt ihnen letztendlich wohl keine Alternative.

Aus dem Krieg selbst ist ein Blutbad religiöser Sekten geworden. Überall da, wo die irakische Arme, schiitische Milizionäre oder kurdische Peschmerga-Kämpfer ISIS aus sunnitischen Dörfern vertrieben haben und noch nicht alle Zivilisten geflohen sind, wurden die verbliebenen Sunniten verbannt, getötet oder eingesperrt. Startet ISIS eine weitere Überraschungsattacke wie im Juni? Dies würde sich außerhalb sunnitisch geprägter Gebiete als schwierig erweisen, könnte allerdings – wenn auch mit furchtbaren Folgen für die dortige sunnitische Bevölkerung – zu gewaltsamen Erhebungen in den sunnitischen Enklaven in Bagdad führen. Diese waren 2006 und 2007 aus gemischten Nachbarschaften zum größten Teil in den Westen der Stadt vertrieben worden. Diese Gebiete firmierten zu dem damaligen Zeitpunkt bei US-Diplomaten unter dem Namen „Inseln der Furcht“. Der islamische Staat könnte die Hauptstadt in Angst und

Schrecken versetzen, doch das zum Preis einer Eliminierung der letzten Reste sunnitischer Bevölkerungsteile durch übermächtige schiitische Milizen.

Die Hauptunterstützer Syriens im Ausland, der Iran und Russland, leiden beide unter dem Zusammenbruch des Ölpreises. Das mag die Gesprächsbereitschaft beider für eine Lösung durch Machtteilung und Kompromisse in Syrien erhöhen, allerdings bleibt es weiterhin unklar, ob der Westen und seine arabischen Alliierten einen derartigen Deal auch anbieten. Letzteres nicht zu tun könnte ein Fehler sein, weil letztendlich die große Konfrontation zwischen Sunniten und Schiiten quer durch die arabische Welt nicht durch die Budgetprobleme Irans oder Russlands entschieden werden wird. Einheiten der irakischen Schiiten, die aus Syrien abgezogen werden, um ISIS zu bekämpfen, können immer zurückgesendet und verstärkt werden.

Die Iraner indes glauben, diesen Krieg – egal unter welchen Umständen – nicht verlieren zu können, unabhängig davon, wie sich die Wirtschaftssanktionen der USA letztendlich auswirken werden. Das Kräfteverhältnis zwischen Regierung und ISIS sieht im Irak zurzeit relativ stabil aus. Für Syrien lässt sich das nicht behaupten: Hier machen sunnitische Araber 60 Prozent aus, im Irak sind es bloß 20. Darüber hinaus wird ISIS in Syrien dadurch gestärkt, dass der Westen, die Türkei und die sunnitischen Staaten mindestens ebenso auf den Sturz von Assad – der wichtigste Gegner von ISIS – drängen, wie auf die Vernichtung von ISIS selbst.

Der gegenseitige Hass seiner Feinde bleibt der stärkste Trumpf, den ISIS in der Hand hat.

ISW

25 JAHRE analysen. fakten. argumente.
 institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e. V.



**Abstieg der G7-Metropolen – Aufstieg der Schwellenländer
 UMBRUCH IM GLOBALEN KAPITALISMUS**

Im vorliegenden isw-report 100/101 (Autoren: Leo Mayer, Fred Schmid, Conrad Schuhler) geht es um die Grundzüge des stattfindenden Umbruchs im globalen Kapitalismus: Wie hat sich der globale Kapitalismus bis heute auf die Lebensbedingungen der Menschen ausgewirkt? Welche Momente prägen seine aktuelle Struktur? Wie wirkt sich die wachsende soziale Ungleichheit in allen Teilen der Welt auf das globale soziale System und seine wirtschaftliche Entwicklung aus? Entsteht mit den BRICS-Ländern der Kern einer alternativen Weltordnung? Wird der Konflikt zwischen "altem Westen" und sich emanzipierendem Süden zu militärischen Konflikten, womöglich zu einem "Großen Krieg" führen?

isw-report 100/101 April 2015 / 76 S. / 6,- Euro zzgl. Versand

Alle lieferbaren isw-Publikationen:

www.isw-muenchen.de

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V., Johann-von-Werth-Straße 3
 80639 München. fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

Dжихадismus: Religiöser Fanatismus oder Business?

Der Fluch des Samuel P. Huntington

Als der Sozialismus sowjetischer Prägung real zusammenbrach und die Warschauer Vertragsorganisation sich auflöste, stand die NATO vor dem Problem der weiteren Legitimation ihrer Existenz. Beschworen wurden als mögliche Bedrohungen so genannte „neue Risiken“ wie ökologische Veränderungen, transnationale organisierte Kriminalität, Migration und Terrorismus. Nimmt man diese Bedrohungen ernst, so ist ihnen eher mit dem Spektrum polizeilicher Maßnahmen zu begegnen als mittels der von high-tech Waffen starrenden NATO. Dieses Vakuum bei der Suche nach einem neuen Feindbild wurde gefüllt durch den 1993 erschienen Aufsatz von Samuel P. Huntington *The Clash of Civilizations*,¹ in dem er behauptete, das Zeitalter der territorial fixierten Mächte und der zwischenstaatlichen Konflikte ginge zu Ende, die Kriege des 21. Jahrhunderts seien der Kampf oder die Kriege der Kulturen. Eine dieser Kulturen, der Islam, sei besonders gefährlich und aggressiv, denn: *Islam has bloody borders*.

Dieses neue Paradigma wurde geradezu gierig rezipiert. Der Aufsatz wurde zur Pflichtlektüre in den Außenämtern, in den militärischen Stäben, aber auch in der akademischen Debatte. Und er zeigte Wirkung: Schon knapp ein Jahr später war im französischen Verteidigungsweißbuch zu lesen: „Der islamistische Extremismus stellt ohne Frage die beunruhigendste Bedrohung dar. (...) Er nimmt oft den Platz ein, den der Kommunismus innehatte als Widerstandsform gegen die westliche Welt“², und der damalige NATO-Generalsekretär erklärte, dass der Islam möglicherweise eine größere Bedrohung sei als dies der Kommunismus je war.³ In der Tat passt die von Huntington entworfene neue Weltsicht hervorragend in die globalisierten Gesellschaften des 21. Jahrhunderts: „Kulturen“, wenn man das so nennen will, haben sich transnational ausgebreitet, staatliche Grenzen werden zunehmend relativ – oder anders ausgedrückt: Dank der Migration steht der Feind jetzt hier, in unseren multikulturell durchmischten Städten.⁴ Die „Gastarbeiter“, die einst als Türken kamen, sind jetzt Muslime. Gleiches gilt für die Menschen nordafrikanischen oder pakistanischen Ursprungs in Frank-

¹ Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations?* In: *Foreign Affairs*, Summer 1993, pp. 22 – 49. Den Aufsatz erweiterte er zu einem 1996 erschienen Buch: *Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, Wien/München. Dank der Verteilung durch die Bundeszentrale für politische Bildung erreichte das Buch eine Massenauflage.

² République Française: *Livre blanc sur la Défense*, Paris 1994, S. 18.

³ Interview mit der britischen Tageszeitung „The Independent“ vom 08. Februar 1995.

⁴ Seine durchaus rassistisch zu nennende Weltsicht illustrierte Huntington mit einem weiteren Bestseller: *Who are We: The Challenges to America's National Identity*, New York 2004. Darin argumentiert er, durch die Immigration vor allem aus Lateinamerika ginge die (weiße) protestantische Identität der USA verloren.

reich und England. Die Internationalisierung des Dihad in Syrien und Irak kann durchaus verstanden werden als eine Facette der Globalisierung.

Doch bliebe sie unverständlich, würde nicht mitbedacht, wie Huntingtons Paradigma zur Grundlage politischen Handelns und der Kriegführung der USA im Nahen Osten wurde: Nicht nur der Krieg gegen die Taliban im Gefolge von 9/11, sondern vor allem die „Neuordnung“ des Irak nach dem Krieg von 2003 erfolgte nach rein konfessionellen Mustern. Indem sich politisches Handeln an den Kategorien Huntingtons orientierte, wurde es zur *self-fulfilling prophecy*: Der säkulare Diktator Saddam Hussein wurde mitsamt der kompletten irakischen Armee und der in weiten Teilen hoch professionellen Verwaltung als sunnitisch identifiziert, die neue Herrschaft den Schiiten unter dem von den USA ausgesuchten Maliki übertragen. Die Konfessionszugehörigkeit, nicht die Kompetenz, wurde zum Kriterium der Übertragung von Ämtern und damit Vetternwirtschaft und Korruption.⁵ Dies galt vor allem auch für die offiziell 350.000 Mann starke Armee, wo ganze „Geisterbataillone“ existierten, deren Sold in den Taschen der Generäle landete.⁶ So ist es kein Wunder, dass während der ersten Angriffe des IS auf Mossul die beiden kommandierenden Generäle sich als erste absetzten, während die vorhandenen Einheiten ohne ausreichende Munition an die Front geschickt wurden.

Privates militärisches Unternehmertum – auf „islamisch“?

Gleichfalls nach dem Ende der Bipolarität schossen vor allem in den USA private militärische Unternehmen aus dem Boden, die spätestens in den Kriegen in Afghanistan und Irak, aber auch in den Balkankriegen oft die schmutzige Arbeit verrichteten und durchaus als eine moderne Form des Söldnertums angesehen werden können.⁷ Als eine Frühform solcher Gewaltakteure können jene (muslimischen) Banden gesehen werden, die als „Freiheitskämpfer“, ausgebildet von der CIA und königlich finanziert von Saudi-Arabien, in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Afghanistan gegen die (gottlose) Sowjetunion kämpften. Die Krieger rekrutierten sich aus nahezu allen arabischen Ländern und stellen dort heute – vom Sahel bis in den Nahen Osten – als so genannte „Afghanen“ die Anführer der schon nicht mehr zählbaren, sich auf den Islam berufenden Banden. Der einzige Unterschied zu den privaten westlichen Gewaltakteuren besteht darin, dass sie sich auf eine einigende Ideologie berufen, eine Variante des saudisch-wahabitischen Islam.

Zu zentralen Akteuren wurden solche Banden während des nun schon vier Jahre dauernden Krieges in Syrien. Bereits 2012 zählte die International Crisis Group⁸

⁵ Toby Dodge, Can Irak be saved? In: Survival vol. 56, 5/2014, S. 7 – 19.

⁶ Loretta Napoleoni, Der islamische Phönix. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/2015, S. 45 – 55, hier S. 46.

⁷ Werner Ruf, Private Militärische Unternehmen. In: Ders. (Hrsg.): Politische Ökonomie der Gewalt, Opladen 2003, S. 76 – 90.

⁸ <http://www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/syria-lebanon/syria/131->

mindestens zehn verschiedene islamistische Gruppen, die, von unterschiedlichen ausländischen Akteuren unterstützt, je nach momentaner Konjunktur teilweise im Verbund, teilweise gegeneinander kämpften.⁹ Auch der Kriegstourismus nach Syrien wird überwiegend finanziert von den Golfstaaten, allen voran Saudi-Arabien und Qatar.¹⁰ Dabei spielen nicht nur die dortigen Regierungen eine wichtige Rolle, viel Geld fließt auch von reichen Familien in diesen reaktionären Staaten und zahlreichen in Saudi-Arabien angesiedelten religiösen Stiftungen zur Verbreitung des Wahabismus. Auch gibt es Hinweise, dass auch die USA über ihre Geheimdienste schon seit 2011 al Qaeda nahestehende Gruppen finanzieren.¹¹

Die meist jungen Männer, oft auch Kinder im Alter zwischen 14 und 18 Jahren, die beispielsweise aus Tunesien nach Syrien in den Krieg ziehen, erhalten ein Handgeld von bis zu 6.000 oder 8.000 Dollar,¹² manche Quellen sprechen von Summen bis zu 20.000 Dollar,¹³ was aber übertrieben sein dürfte. Der tägliche Sold soll bei etwa 300 Dollar liegen.¹⁴ Für die perspektivlosen Jugendlichen der Elendsviertel sind dies gewaltige Summen. Erstmals können sie zum Familienunterhalt beitragen, ihrem Vater ein Auto kaufen ... Die Zahl allein der tunesischen Kämpfer in Syrien wird inzwischen auf mindestens 5.000 geschätzt. Versprochen wird auch finanzielle Hilfe für die Bestattung, sollte ein Kämpfer den „Märtyrertod“ erleiden.

Ein besonders widerlicher Aspekt des Djihad-Tourismus nach Syrien ist der „sexuelle Djihad“: Junge Frauen und Mädchen (in der österreichischen Presse auch „Djihad-Bräute“ genannt) gehen freiwillig nach Syrien, um dort mit sexuellen Dienstleistungen die Moral der Kämpfer zu stärken. Dabei berufen sich die Djihadisten auf eine ominöse Fatwa eines bis dahin unbekanntes Sheikhs.¹⁵ Dass es sich bei diesem „sexuellen Djihad“ nicht um ein Einzelphänomen handelt, bestätigt der ehemalige Mufti der (theologischen) Zituna-Universität in Tunis, der von der islamistischen en-nahda-Partei abgesetzt worden war.¹⁶

tentative-jihad-syrias-fundamentalist-opposition.aspx [27-02-15].

⁹ Ebenda.

¹⁰ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/golfstaaten-sollen-millionen-an-syrische-aufstaendische-zahlen-a-825135.html> [28-06-13].

¹¹ <http://www.opinion-maker.org/2011/09/u-s-ambassador-to-syria-in-charge-of-recruiting-arabmuslim-death-squads/> [26-06-13].

¹² So die tunesische Tageszeitung „Achourouk“ vom 28. Mai 2013.

¹³ So Balduin Winter unter Berufung auf die Wochenzeitung „Jeune Afrique“. Balduin Winter, Tunesien: Islamismus oder neuer Aufbruch. In: Blätter für deutsche und Internationale Politik, Heft 4/2013, S. 111 – 119, hier S. 114. In der tunesischen Presse finden sich Angaben, die zwischen 6.000 und 8.000 € schwanken.

¹⁴ Jürgen Todenhöfer, Es gibt keine gemäßigten Rebellen mehr. In: FAZ vom 3. Mai 2013, S. 10.

¹⁵ <http://frontpagemag.com/2013/dgreenfield/islamists-rename-prostitution-for-terrorists-as-sexual-jihad/> [15-07-13].

¹⁶ Tageszeitung Achourouk (Tunis), 7. Juli 2013, zit. n. Pressedienst der deutschen Botschaft Tunis, 7. Juli 2013.

Die Finanzierung dieser Gruppen entspringt nicht religiösen Motiven, sondern machtpolitischen Interessen. Saudi-Arabien betreibt mit der Unterstützung salafistischer Gruppen im ganzen Nahen Osten wie auch im Sahel eine Ausbreitung seiner reaktionären Staatsideologie des Wahabismus. Diese soll schon im geographischen Vorfeld dafür sorgen, dass „Instabilitäten“ wie etwa der „Arabische Frühling“ sich nicht mehr ereignen. Anschaulich wird diese Politik in der Unterstützung salafistischer Gruppen in Tunesien und Libyen wie auch der ägyptischen salafistischen an-Nur-Partei, aber auch in der brutalen Niederschlagung der als schiitisch gebrandmarkten Rebellion im Nachbarstaat Bahrain. Qatar seinerseits unterstützt die Muslim-Bruderschaft, eine im ganzen arabischen Raum mächtige Massenbewegung, die sich mit den Saudis schon im zweiten Golfkrieg (1990/91) durch ihre Parteinahme für Saddam Hussein überworfen hatte und von den Saudis wohl wegen ihrer zentralen Forderung nach sozialer Gerechtigkeit gefürchtet wird. Nicht zu vergessen sind aber die qatarischen geostrategischen Interessen: Seit Jahren versucht Qatar eine Pipeline zwecks Exports seiner gigantischen Erdgas-Vorräte zu bauen, die in der Türkei an die großen nach Europa führenden Pipelines angeschlossen werden soll. Ihr Weg kann nur durch Syrien führen. Schließlich gehört in den Kontext der regionalen hegemonialen Auseinandersetzungen die AKP-Regierung der Türkei, die primär den wichtigsten Partner des Assad-Regimes, den Iran, zu schwächen versucht und mit der Errichtung eines den Muslimbrüdern nahestehenden Systems in Syrien eine territoriale Ordnung verfolgt, die sich an den Grenzen des osmanischen Reiches orientiert. Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, dass die syrisch-türkische Grenze zum Durchzugsgebiet von Dihadisten jeglicher Couleur geworden ist.

Nicht zuletzt aber sind auch die Großmächte selbst involviert: Russland besitzt in der syrischen Mittelmeerstadt Tartous seinen einzigen Kriegshafen außerhalb des russischen Territoriums, zu dem inzwischen auch die Krim gehört. Die USA (und Israel) arbeiten gemeinsam am Sturz oder zumindest an der entscheidenden Schwächung des Regimes in Teheran, das, gewissermaßen als schiitische Achse, in dieser Sicht der Dinge von der Hizbullah in Libanon über die alautische (= schiitische) Assad-Familie bis Teheran reicht. Indem die salafistischen (sunnitischen) Gruppen die Schiiten zu Ungläubigen erklären, wird der „Kampf der Kulturen“ auch zu einer inner-islamischen Frontlinie.

Indem sie sich voll die konfessionelle Lektüre der Konflikte zu Eigen machen, fordern einflussreiche Kreise in den USA um der Durchsetzung tagespolitischer Interessen wegen abermals die Unterstützung von al Qaeda. So schrieb beispielsweise der wichtige US-Think Tank *Council on Foreign Relations* schon am 6. August 2012:

„Die syrischen Rebellen wären heute ohne Al-Qaeda in ihren Reihen unermesslich schwächer. Die Einheiten der Freien Syrischen Armee sind weitgehend erschöpft, zerstritten, chaotisch und ineffektiv. (...) Al-Qaedas Kämpfer können jedoch helfen, die Moral zu steigern. Der Zustrom der Dschihadisten bringt Disziplin, religiöse Leidenschaft, Kampferfahrung aus dem Irak, Fi-

nanzmittel von sunnitischen Sympathisanten aus den Golfstaaten, und, am wichtigsten, tödliche Resultate mit sich. Kurz gesagt, die FSA braucht Al-Qaeda – jetzt.“¹⁷

Offenkundig ist, dass die USA, wenn sie schon nicht selbst Waffen liefern, die Unterstützung der Banden durch Saudi-Arabien und Qatar zumindest tolerieren.¹⁸ Nicht enden wollen die Meldungen, wonach die USA neben ihrer Unterstützung für die „Freie Syrische Armee“, die inzwischen militärisch kaum mehr eine Rolle zu spielen scheint, immer wieder, vor allem in Jordanien und in der Türkei, aber wohl auch in Syrien selbst, die militärische Ausbildung „gemäßiger“ islamistischer Gruppen vorantreiben.¹⁹ Was dann „gemäßigt“ ist, wird wohl nach Gutdünken und tagespolitischer Lage entschieden. Wenn es nützlich zu sein scheint, finanziert die CIA wohl auch mit al Qaeda verbündete Gruppen.²⁰

Vom Subunternehmer zum selbständigen transnationalen Akteur: Der „Islamische Staat“

So verdichtet sich die Annahme, dass es beim Krieg der Milizen und Banden in Syrien wenig um Religion, dafür umso mehr um Geld geht. ISIS oder ISIL (Islamischer Staat in Irak Syrien und der Levante), die sich heute kurz IS (Islamischer Staat) nennt, kämpfte – neben vielen anderen – unter wechselnden Namen zuvor in Syrien. In die Schlagzeilen unserer Medien geriet sie aber erst, als sie im Norden des Irak die Armee überrannte und mittlerweile bis vor die Tore von Bagdad vorstieß. Die Bande zeichnet sich (wie drei Jahre lang zuvor scheinbar unbemerkt in Syrien) durch ungeheure Grausamkeit und Brutalität gegen nicht-sunnitische Minderheiten, aber ebenso gegen säkulare Sunniten aus. Der Terror verfolgt das Ziel, durch die Verbreitung von Angst und Schrecken die Herrschaft ihres „islamischen“ Systems zu sichern. Zugleich aber nimmt IS staatliche Funktionen wahr: Erstmals seit Jahren funktioniert die Grundversorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Strom und Wasser wieder einigermaßen. IS kann dies, weil sie über gigantische Finanzmittel verfügt. Auch zahlt der IS offensichtlich mehr Sold als die anderen Terrorgruppen, was viele Kämpfer motiviert, zu ihm überzulaufen. Auch hier also: Es geht nicht um Religion, sondern um Geld. Die Schätzungen über die Truppenstärke des „Islamischen Staats“ überschlagen sich während der Fertigstellung dieses Manuskripts fast täglich, letzte von der CIA gelieferte Zahlen be-

¹⁷ <http://www.cfr.org/syria/al-qaedas-specter-syria/p28782> [12-06-13].

¹⁸ So die „New York Times“ vom 14. Oktober 2012.
<http://www.nytimes.com/2012/10/15/world/middleeast/jihadists-receiving-most-arms-sent-to-syrian-rebels.html?pagewanted=all> [21-02-15].

¹⁹ Siehe exemplarisch „Washingtons Schlachtpläne“ in: FAZ vom 21. Februar 2015, S. 2.

²⁰ <http://www.opinion-maker.org/2011/09/u-s-ambassador-to-syria-in-charge-of-recruiting-arabmuslim-death-squads/> [26-06-13].

laufen sich auf „bis zu 31.500 Kämpfer.“²¹ Andere Schätzungen sprechen inzwischen von 50.000 Söldnern.

Die Einnahmen von IS werden auf weit über zwei Millionen US-Dollar/Tag geschätzt.²² Wie jede andere dieser terroristischen Organisationen stammen die Gelder aus Erpressungen, die „Steuern“ genannt werden: Insbesondere Kopfsteuern von nicht sunnitischen Personen, „Wegezölle“ an Straßensperren, Schutzgelderpressungen. Hinzu kommen Entführungen oft von Kindern und abgepresste Lösegelder. Allein diese Einnahmen werden auf jährlich 10 Millionen US-Dollar geschätzt. Ferner verübt IS Banküberfälle in großem Stil und die Plünderung der archäologischen Schätze des Landes (Museen, Ausgrabungsstätten, Kirchen).²³ Als weitere Finanzquelle kommt der Verkauf von Öl aus Syrien und dem Nordirak hinzu: IS kontrolliert sieben Ölfelder und zwei Raffinerien im Nordirak und sechs der zehn Ölfelder in Ostsyrien. Über „türkische Mittelsmänner“ wird das Öl vermarktet, etwa zum halben Preis der Börsennotierungen. Bereits hier zeigt sich, dass diese Praktiken offensichtlich international toleriert werden: Die im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise gegen Russland verhängten Sanktionen zeigen, wie präzise diese ausgesprochen und auch durchgesetzt werden können, wenn der politische Wille vorhanden ist. Doch das Gegenteil ist der Fall: EU-Länder sind selbst am Handel mit vom IS vermarktetem Öl beteiligt.²⁴ Allein der Öl-Export soll Einnahmen von zwei Millionen Dollar/Tag erbringen.²⁵

Eine weitere Finanzierungsquelle soll der Organhandel sein. Dies zumindest behauptete der irakische UN-Botschafter vor dem UN-Sicherheitsrat. Seine Aussagen wurden gestützt vom UN-Sondergesandten für den Irak.²⁶ Demnach wurden in Massengräbern Leichen mit chirurgischen Einschnitten gefunden, denen die Nieren fehlten. Auch handelt der IS mit den Leichen gefallener (kurdischer) Kämpfer, die deren Angehörige für Beträge zwischen 10.000 und 20.000 US-Dollar zurückkaufen können, um sie in Würde zu bestatten.²⁷ In den Kontext der Finanzierung gehört eine weitere Praxis der Banden des IS: Quantitativ vielleicht weniger bedeutsam, in seiner Abartigkeit aber kaum zu überbieten ist der Verkauf von Frauen (bisher meist Jesidinnen) in die Sex-Sklaverei oder ihre Benutzung als Sex-Sklavinnen der Krieger.

²¹ <http://www.handelsblatt.com/politik/international/cia-bericht-terrormiliz-is-hat-schon-mehr-als-30-000-kaempfer/10691272.html> [13-09-14].

²² Frankfurter Allgemeine Finanzen vom 29. August 2014 [29-08-14]. Die Daten stammen sowohl aus Geheimdienstquellen wie von einschlägigen Think Tanks.

²³ Karin Leukefeld, Unterwegs zum Kalifat. In: Neues Deutschland vom 12. September 2014, S. 2.

²⁴ <http://www.bz-berlin.de/welt/eu-laender-finanzieren-isis-durch-oelimport-2> [22-02-15].

²⁵ The Wall Street Journal, 16.09. 2014, zit. n. Napoleoni, a. a. O., S. 48.

²⁶ Die Welt, 18-02-15. <http://www.welt.de/politik/ausland/article137574184/Terrormiliz-IS-soll-an-Organhandel-beteiligt-sein.html> [21-02-15].

²⁷ <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/islamischer-staat-extremisten-handeln-mit-leichen-kurdischer-gefallener-13441928.html> [21-02-15]. In diesem Artikel der FAZ wird die These vom Organhandel in Zweifel gezogen.

Dank dieser Finanzierungsquellen konnte der IS sich von seinen ausländischen Geldgebern unabhängig machen: Er mordet, terrorisiert und erpresst inzwischen unabhängig von seinen einstigen Förderern auf eigene Rechnung und wendet sich teilweise gegen sie. Der von den Banden des IS praktizierte Terror hat nichts mit Religion zu tun. Die brutale, oft öffentliche, teils durch Videos zur Schau gestellte Ermordung von Menschen, ja von Kindern, hat System: Sie verbreitet wirksam Angst und Schrecken und demonstriert die Glaubwürdigkeit der von den Banditen angedrohten Maßnahmen, wodurch von jedem Widerstand abgeschreckt werden soll. Gleichzeitig spekuliert IS auch gezielt auf den Hass auf die USA, der seit Guantanamo, Abu Ghraib im Irak, Bagram in Afghanistan tief in der arabischen und islamischen Öffentlichkeit verwurzelt ist. Es kann kein Zufall sein, dass Gefangene von ihren Mördern in exakt jenen orangefarbenen Overalls zur Hinrichtung geführt werden, die die Insassen von Guantanamo tragen müssen.²⁸

Ein – weiterer – islamischer Staat?

Sicherlich gibt es bereits die (schiitische) Islamische Republik Iran. Auch Mauretanien nennt sich Islamische Republik. Mit dem „Islamischen Staat“ tritt jedoch ein neuer, Staatlichkeit beanspruchender Akteur auf den Plan. Hier kämpft eine ungeheuer brutale, zugleich aber disziplinierte und hierarchisch aufgebaute Truppe, die eigenständig und unabhängig von fernen Auftraggebern effizient agiert. Mit der Proklamation eines Kalifats durch den selbsternannten Kalifen mit dem Kriegsnamen Abu Bakr al Bagdadi ist das Chaos im Mittleren Osten in eine qualitativ neue Phase getreten: Im Gegensatz zu al Qaeda, die sich dem Kampf gegen „den Westen“ verschworen hat, erhebt „Kalif Ibrahim“ erstmals den Anspruch auf Territorialität und eine Staatlichkeit, die Syrien, den Libanon und wesentliche Gebiete des Irak umfassen soll,²⁹ mittlerweile aber auch in Libyen zu einer starken Macht geworden ist. Der IS bemüht in besonderer Weise Symbolik: Mit seinem Kriegsnamen Abubakr³⁰ knüpft der „Kalif“ an den ersten rechtgeleiteten Kalifen und direkten Nachfolger des Propheten an und beschwört symbolisch den Beginn des „goldenen Zeitalters“ arabischer Herrschaft. Mit „al Bagdadi“ verweist er nicht in Bagdad, sondern in Samarra geborene Djihadist auf das Abassidenreich, das 762 die Stadt Bagdad gegründet hatte.

In den von ihm kontrollierten Gebieten in Syrien und Irak hat sich IS eine territoriale Basis geschaffen, die erstmals konkret die bestehende territoriale Ordnung des Nahen und Mittleren Ostens infrage stellt. Dieses „Kalifat“ könnte 100 Jahre nach Beginn des 1. Weltkriegs der Ordnung von Sévres, die auf dem britisch-französischen Sykes-Picot-Abkommen von 1916 basierte,

²⁸ Dieses scheußliche Video dient hier als Beleg.
<https://www.youtube.com/watch?v=tzEn5cPISXg> [21-02-15].

²⁹ Napoleoni, a. a. O.

³⁰ Abubakr war einer der ersten Gefährten des Propheten und zugleich sein Schwiegervater.

endgültig den Todesstoß versetzen: Im Pariser Vorort Sèvres war 1920 das Osmanische Reich von den Siegermächten aufgeteilt worden. Die imperialistischen Großmächte hatten damals jene bis heute gültigen Grenzen gezogen und Regime installiert (oder gestürzt), wie dies ihren Interessen oder momentanen politischen Zielsetzungen entsprach; keinesfalls aber bilden die Grenzen von Sèvres die ethnischen oder religiös-kulturellen Gegebenheiten der Region ab. All dies und nicht nur die damals ungelöste Kurdenfrage und das Palästina-Problem kommen nun wieder auf die politische Tagesordnung. Der vollendete *regimechange* im Irak und der seit drei Jahren mittels bewaffneter Subunternehmer betriebene *regimechange* in Syrien erweisen sich als ein Sprengsatz, der nun unmittelbar die territoriale Ordnung der Region zu bedrohen scheint.

Es erscheint wie ein Fluch: Überall wo der Westen intervenierte, gelang es zwar, Diktatoren von der Macht zu vertreiben, die bestehende Staatlichkeit aber wurde zerstört. Die multikonfessionellen und multiethnischen Gesellschaften des Nahen Ostens versinken in Chaos und Barbarei – in Somalia, Afghanistan, Irak, Libyen, wo inzwischen Banden und Milizen stellvertretend oder auf eigene Rechnung kämpfen und Religionszugehörigkeit zum neuen identitären Konzept erheben. Der „Islamische Staat“ schreitet von Erfolg zu Erfolg: Trotz massiver Bombardements ist er weiter auf dem Vormarsch. Die Zahl seiner Kämpfer steigt weiter. In der arabischen Welt wächst die Unterstützung durch Terrorgruppen, die sich ihm in Algerien, Libyen, Jemen anschließen. Der vom Westen initiierte Zerfall von Staaten impliziert nicht nur das Ende der „Ordnung“ von Sèvres. Die Übertragung des fatalen Huntington'schen Paradigmas vom „Kampf der Kulturen“ auf die politische Landschaft des Nahen und Mittleren Ostens droht die gesamte Region in ein Chaos zu stürzen, in dem die Religion als neue staatsbildende Ideologie für Jahrzehnte zu blutigen Auseinandersetzungen, Vertreibungen, ja Völkermord führen kann. Dringend notwendige politische Lösungen werden durch die Politik des Westens und ihre sich fast täglich ändernde Unterstützung für wechselnde Milizen und Akteure verhindert, ja die Konfessionalisierung der Konflikte wird weiter angeheizt und dadurch noch unkontrollierbarer. Die weltlichen Konflikte um geostrategische Interessen und Ressourcensicherung werden in religiöse Gewänder gehüllt und entfalten so eine Eigendynamik, der mit rationaler Konfliktlösung kaum mehr beizukommen ist,³¹ obwohl die terroristischen Gewaltakteure konsequent sehr irdische Interessen verfolgen.

³¹ Georges Corm, Pour une lecture profane des Conflits. Sur le „retour du religieux“ dans les conflits contemporains du Moyen-Orient, Paris 2012.

Der Klimawandel und die ökonomischen Theorien

Einleitung

Vor mehr als hundert Jahren hat der schwedische Chemiker Arrhenius erkannt, dass das CO₂ in der Erdatmosphäre die Rückstrahlung von Wärme in den Weltraum abschwächt. Je mehr CO₂ die Atmosphäre enthält, desto wärmer ist es auf der Erde. Trotzdem wurden bis in die 1990er Jahre sorglos riesige Mengen von Kohle, Erdöl und Erdgas verfeuert. Dadurch hat sich der CO₂-Gehalt der Atmosphäre in weniger als 60 Jahren um 36% (von 280 ppm auf 380 ppm) erhöht, mit negativen Folgen, die bereits heute bemerkbar sind. Würde der globale CO₂-Ausstoß weiterhin ungebremst zunehmen, könnte die mittlere Temperatur um 5 bis 6° C ansteigen. Dann käme es zu Katastrophen, deren Umfang noch gar nicht abzusehen ist. Aber sicher ist, dass die Länder des Südens am meisten zu leiden hätten.

In internationalen Verhandlungen über eine Begrenzung des Verbrauchs von Erdöl spielen naturgemäß die Staaten, deren Wirtschaft stark vom Öl bestimmt wird, eine besondere Rolle. Nach Massarat¹ zerfallen diese in zwei Gruppen mit gegensätzlichen Interessen: Staaten mit sehr großen Vorräten, aber kleiner Bevölkerung (die Staaten der arabischen Halbinsel), und Staaten mit großen Vorräten und großer Bevölkerung (Iran, Nigeria usw.). Zur zweiten Gruppe gehört auch Ecuador. Aber im Unterschied zu den Golfstaaten werden hier wertvolle Biotope durch die Ölförderung zerstört. Deshalb hat vor einigen Jahren der damalige Energieminister von Ecuador, Alberto Acosta, einen interessanten Vorschlag gemacht.² Er bot der internationalen Gemeinschaft an, ein Erdölfeld, das unter dem tropischen Regenwald liegt, nicht auszubeuten, falls diese den Staat Ecuador mit einem bestimmten Geldbetrag dafür entschädigen würde (Yasuni-ITT-Initiative). Aus klimapolitischer Sicht hätte der Verzicht auf dieses Erdöl zwei Vorteile: der globale CO₂-Ausstoß würde reduziert, und eine große Fläche tropischen Regenwaldes bliebe intakt. Letzteres käme nicht nur der Biodiversität und der indigenen Gemeinschaft in jenem Gebiet zugute, sondern auch dem Klima, denn der Regenwald kann sehr viel CO₂ absorbieren. Aber außer Norwegen war keines der reichen Länder bereit, einen nennenswerten Beitrag zu leisten. Deshalb beschloss die Regierung von Ecuador, den Wald dem Erdöl zu opfern.

¹ Mohssen Massarat, Das Dilemma der ökologischen Steuerreform. Plädoyer für eine nachhaltige Klimapolitik durch Mengenregulierung, Marburg 1998.

² Alberto Acosta, Die ecuadorianische Yasuni-ITT-Initiative: Perspektiven und Blockaden für eine Politik jenseits des Neo-Extraktivismus, in: Burchardt, Dietz, Öhlschläger (Hrsg.), Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert, Baden-Baden 2013.

In dem hier beschriebenen Fall wäre der Wert des Erdöls, das im Boden bliebe, für die Höhe der Zahlungen entscheidend. Im Sinne des Klimaschutzes wäre es aber sinnvoll, einen Staat, der seine Wälder schont, auch dann zu belohnen, wenn es dort keine Bodenschätze gibt. Der Grund ist, dass Wälder einen Teil des CO₂, das überall auf der Welt emittiert wird, absorbieren, indem sie unter Einwirkung von Sonnenlicht und Zufuhr von Wasser das CO₂ reduzieren und den Kohlenstoff (C) in ihrer Biomasse speichern. Durch die Erhaltung von Wäldern und die Aufforstung von Gebieten, die für die Landwirtschaft nicht geeignet sind, kann also die globale CO₂-Bilanz verbessert werden. Das bezieht sich nicht nur auf die Tropen, wo die Abholzung heute am schnellsten fortschreitet, sondern auch auf die gemäßigten Breiten und sogar auf aride Gebiete, denn mit geeigneten Methoden können auch dort Wälder angepflanzt werden.³ Damit ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird, muss dann allerdings auch verhindert werden, dass der im Holz gebundene Kohlenstoff als CO₂ wieder in die Atmosphäre gelangt, sei es durch Verbrennung oder durch natürliche Verrottung. Dies könnte zum Teil dadurch erreicht werden, dass wieder vermehrt Holz an Stelle von Zement und Stahl als Baustoff und als Material für Gegenstände des täglichen Gebrauchs verwendet wird.

Staaten, die heute noch die großflächige Abholzung von Wäldern als wichtigen Teil ihrer Entwicklungsstrategie betrachten und sie deshalb dulden oder sogar fördern, könnten durch Kompensationszahlungen dazu gebracht werden, ihre Politik zu ändern und sich zum Schutz ihrer Wälder zu verpflichten. Die Zahlungen müssten aber an die Bedingung geknüpft sein, dass die Wälder auch tatsächlich erhalten bleiben und ihre Funktion als Kohlenstoffspeicher erfüllen. Eine internationale Kontrolle müsste also den Zustand der Wälder regelmäßig überprüfen, und der Staat, auf dessen Gebiet die Wälder liegen, müsste für deren Schutz sorgen. Die Erfüllung dieser Aufgabe kann dort, wo illegale Holzfäller und Goldsucher leichten Zugang zu den Wäldern haben, sehr kostspielig sein. Auch dies würde die Zahlungen rechtfertigen. Aber wie hoch sollten diese Zahlungen sein? Diese Frage führt in das Gebiet der Ökonomie. Deshalb sollen hier zunächst die wichtigsten Strömungen des ökonomischen Denkens seit Adam Smith und ihr Verhältnis zum Umweltproblem skizziert werden.

1. Ökonomische Theorien und die Klimakrise

Die so genannte klassische Ökonomie ist die Richtung des ökonomischen Denkens, die u.a. von Adam Smith, David Ricardo, John Stuart Mill und Karl Marx vertreten wurde. Ihr zentrales Thema war die Reproduktion des materiellen Reichtums der Gesellschaft, die sie als kreisförmigen Prozess auffasste, und dessen Verteilung auf die Klassen.⁴ Aus ihrer Sicht war der Wert einer

³ Henri Rueff, Henri et al., Dryland afforestation and poverty alleviation: Bedouin and Palestinian Non-Timber Forest Product collectors in contrasting economic environments, in: *Human Ecology* 36 (2008), 923-930.

⁴ Vgl. zum Beispiel die Schemata der einfachen und erweiterten Reproduktion im 2. Band des „Kapital“ von Karl Marx..

Ware bestimmt durch die zu deren Herstellung notwendige Arbeitszeit. Ihr Interesse galt den langfristigen Tendenzen und objektiven Gesetzmäßigkeiten. Das Gesetz der fallenden Profitrate von Ricardo sagt voraus, dass das wirtschaftliche Wachstum eines Tages zum Stillstand kommen muss, weil die Fläche, die von der Landwirtschaft genutzt werden kann, begrenzt ist. Marx glaubte allerdings, dass diese Grenze in einer künftigen sozialistischen Gesellschaft durch technischen Fortschritt überwunden werden könnte. Die andere Richtung, deren Aufstieg um 1870 begann, hieß ursprünglich Grenznutzenlehre oder Marginalismus, wird aber heute meist als Neoklassik bezeichnet, obwohl sie sich bewusst von der Klassik abgrenzt. Die Neoklassik geht aus von den subjektiven Präferenzen der Individuen und sieht die wesentlichen Bestimmungsgründe für den Preis der Waren in diesen Präferenzen und in der Knappheit der Waren. Die Neoklassik hat seit den 1970er Jahren die ökonomische Behandlung von Umweltproblemen sehr weit vorangetrieben.⁵

In den 1920er Jahren wurde die englische Universität Cambridge zu einem Zentrum der Opposition gegen den neoklassischen Mainstream. Dort wirkte John Maynard Keynes, dem es durch seinen politischen Einfluss gelang, auch jüngere Ökonomen aus dem Ausland nach Cambridge zu holen, so den Polen Michal Kalecki und den Italiener Piero Sraffa. Dieser hatte schon 1925 nachgewiesen, dass zentrale Aussagen der neoklassischen Theorie in sich widerspruchsvoll sind.⁶ Trotz ihrer persönlichen Freundschaft gab es fachliche Differenzen, denn Sraffa vollzog die Abwendung von der Neoklassik viel radikaler als Keynes. Die Wirtschaftspolitik, die von Keynes inspiriert war, insbesondere der New Deal in den USA, hat zwar nach der Weltwirtschaftskrise die Not der Massenarbeitslosigkeit gelindert, aber später geriet sie oft in Konflikt mit Zielen des Umweltschutzes. Mir ist auch bis jetzt kein keynesianischer Ökonom bekannt, der Probleme der Umweltökonomie behandelt hätte.

Die neue Richtung der „Ecological Economics“, die in den 1980er Jahren in den USA entstanden ist, steht in einem ambivalenten Verhältnis zur Neoklassik. Sie sieht in dem aus Rumänien stammenden Ökonomen Nicholas Georgescu-Roegen (1906-1994) einen ihrer wichtigsten Vorläufer. Dieser hat in seinem oft zitierten Buch „Das Entropiegesetz und der ökonomische Prozess“ versucht, die Gesetze der Thermodynamik auf die Ökonomie anzuwenden. So gelangte er zu der These, dass ein stofflicher Kreislauf in einem geschlossenen System nicht beliebig oft wiederholt werden kann, weil die Entropie ständig zunimmt. Aber die Erde ist kein geschlossenes System, denn sie erhält Energie von der Sonne. Und das Leben auf der Erde hat das Entropiegesetz überlistet, denn in Milliarden von Jahren und bis zur Industriellen Revolution hat es sich immer weiter differenziert.

Die Biosphäre, die bisher Millionen von Tier- und Pflanzenarten und seit 100.000 Jahren auch dem homo sapiens eine verlässliche Existenzgrundlage

⁵ Ulrich Hampicke, *Ökologische Ökonomie*, Opladen 1992.

⁶ Vgl. Heinz D. Kurz, *Geschichte des ökonomischen Denkens*, München 2013, S. 67-71.

geboden hat, verdankt ihre Beständigkeit den Kreisläufen des Wassers, des Kohlenstoffs, des Stickstoffs und anderen lebenswichtigen Stoffkreisläufen. Die meisten agrarischen Zivilisationen haben sich diese Kreisläufe zunutze gemacht, ohne störend in sie einzugreifen. Durch die Industrielle Revolution verschob sich die menschliche Aktivität zu Produktionsprozessen, die sich in keinen natürlichen Kreislauf einfügen lassen. Der charakteristische Ausdruck dieser Wirtschaftsweise ist die neoklassische Produktionsfunktion, die angibt, welche Mengen der „Produktionsfaktoren“ Arbeit (A) und Kapital (K) in die Herstellung einer Menge Y eines nicht näher beschriebenen Produkts eingehen: $Y = f(A, K)$. Produktion wird hier als Einbahnstraße von A und K nach Y gesehen. Welche unerwünschten Nebenprodukte dabei entstehen, woher die Arbeitskräfte und das Kapital kommen, ob und wie oft der Produktionsprozess wiederholt werden kann - danach wird nicht gefragt. Eine ökologische Ökonomie im wahren Sinn des Wortes kann sich nicht damit begnügen, in die neoklassische Produktionsfunktion die natürlichen Ressourcen als weitere Produktionsfaktoren einzufügen, und sonst alles beim Alten lassen. Sie muss vielmehr eine ökologische Wirtschaft als Kreislauf konzipieren, der sich von Jahr zu Jahr oder in größeren Intervallen wiederholt und in der Lage ist, alle unerwünschten Nebenprodukte und Abfälle zu rezyklieren.

Die Theorie von Sraffa (s. u.) leistet genau das. Aber die Vertreter der Ecological Economics kennen diese Theorie nicht und lassen sich von Georgescu-Roegen auf eine falsche Fährte locken. Deshalb distanzieren sie sich kaum von der Neoklassik und übernehmen deren Grundannahmen ohne Widerspruch. In dem bekannten Lehrbuch von Samuelson, das mehr als 20 Auflagen erlebte, heißt es am Anfang: „Im Kern geht es in der Ökonomie darum, wie die Gesellschaft ihre knappen Ressourcen einsetzt“.⁷ Die Frage, was Samuelson mit der „Gesellschaft“ und „ihren“ Ressourcen meint, muss hier offen bleiben. Hier interessiert, dass Herman Daly sein Buch „Ecological Economics“ fast mit den gleichen Worten beginnt: „Ökonomie ist das Studium der Verwendung von begrenzten oder knappen Ressourcen für alternative, konkurrierende Zwecke.“⁸ Aber die meisten ökologischen Probleme in den Industriestaaten entstehen nicht aus der Knappheit, sondern aus dem Überfluss.

Durch die Verbrennung von Kohle, Erdöl, Erdgas und ihrer Derivate entsteht CO₂, das sich in der ganzen Erdatmosphäre gleichmäßig verteilt. Dadurch hat sich der Anteil von CO₂ in der Atmosphäre in den letzten Jahrzehnten andauernd erhöht, und es wird im globalen Mittel wärmer. Hier ist also kein knappes Gut zu verteilen, sondern ein allgegenwärtiges Kollektivgut, die Erdatmosphäre, ist zu schützen vor dem Eindringen von zuviel CO₂. Durch die Fortschritte der Chemie ist es möglich geworden, aus den Abfällen der Ölraffinerien alle Arten von Verpackungen, Behältern und anderen Gegenständen aus

⁷ Paul A. Samuelson and W.D. Nordhaus, Economics, 14th edition, 1992, p. 2.

⁸ „Economics is the study of the allocation of limited, or scarce, resources among alternative, competing ends“. H. Daly/J. Farley, Ecological Economics. Principles and Applications, Washington 2004.

Plastik extrem billig herzustellen. Plastik ist also kein knappes Gut mehr, sondern im Gegenteil, es gibt schon viel zu viel davon. Ein Großteil der leeren Tüten und Behälter aus Plastik gelangt in die Flüsse und zuletzt ins Meer. Ein Teil zerfällt in kleinste giftige Partikel, die von Meerestieren verschluckt werden, ein Teil widersteht dem Zahn der Zeit und verschmutzt die Strände oder bildet in der Masse riesige schwimmende Teppiche im offenen Meer. Wo ist hier das knappe Gut?

Angesichts des Klimawandels greifen die Neoklassiker auf die in den 1920er Jahren entstandene Wohlfahrtsökonomie von Cecil Pigou zurück. Diese beruht auf neoklassischen Grundlagen, steht aber in scharfem Gegensatz zum heutigen Neoliberalismus. Pigou „sah die Aufgabe der ökonomischen Theorie darin, die Lebensbedingungen der Menschen, insbesondere der sozial Schwachen, zu verbessern“ und hielt staatliche Eingriffe für erforderlich, um die gesellschaftliche Wohlfahrt zu maximieren.⁹ Die neoklassische Umweltökonomie, die seit den 1970er Jahren entstanden ist, hat Pigous Konzept der Internalisierung externer Effekte durch Steuern oder Subventionen übernommen. Dieses Konzept hat sich bei lokalen und zeitlich begrenzten Umweltproblemen bewährt. Aber der Klimawandel ist von ganz anderer Art. Nicholas Stern, der Herausgeber des bekannten Stern-Reports, der auf dem Boden der Neoklassik steht, räumt denn auch ein: „Die besondere Eigenart der Klima-Externalität stellt den Standardansatz der Wohlfahrtsökonomie vor schwierige Fragen.“¹⁰

2. Der Stern-Report

Kein Umweltproblem ist in den letzten Jahren von Ökonomen so intensiv bearbeitet worden wie der Klimawandel. Im Auftrag der UNO haben Hunderte von Ökonomen und anderen Wissenschaftlern in jahrelanger Arbeit einen umfangreichen Bericht erstellt, der den Titel „The Economics of Climate Change“ trägt und meistens nach dem Herausgeber als „Stern-Report“ zitiert wird. Dieser Bericht hat Aufsehen erregt, weil in ihm zum ersten Mal ein renommierter Ökonom die These vertrat, dass ein Zögern beim Klimaschutz in Zukunft viel kostspieliger würde als die rasche Umsetzung von wirksamen Maßnahmen gegen den Klimawandel. Was genau damit gemeint ist, muss nun erklärt werden.

Die Ökonomen, die am Stern-Report gearbeitet haben, standen vor der schwierigen Aufgabe, die von den Klimaforschern vorausgesagten Schäden mit Geldbeträgen zu bewerten. Danach mussten sie versuchen, die Kosten von Maßnahmen in der Gegenwart zu vergleichen mit deren Nutzen in der Zukunft (Kosten-Nutzen-Analyse). Wenn man davon ausgeht, dass unsere Erde

⁹ Dieter Cansier, Arthur Cecil Pigou, in: J. Starbatty, *Klassiker des ökonomischen Denkens*, Teil II, München 1989.

¹⁰ Nicholas Stern, *The Economics of Climate Change*. The Stern Review, Cambridge University Press 2007, p. 31.

noch mindestens 100.000 Jahre von Menschen bewohnt sein wird, und dass der Nutzen aller heute und künftig lebenden Menschen sich zu einem Gesamtnutzen addieren lässt, dann ist es eigentlich klar, dass keine Maßnahme, die künftige katastrophale Wetterereignisse, Hungersnöte und Überschwemmungen verhindert, für unsere Überflussgesellschaft zu teuer sein kann.

Aber die meisten neoklassischen Ökonomen sehen das anders. Sie berufen sich auf die „Natur des Menschen“ und behaupten, der Mensch habe immer eine Präferenz für die Gegenwart. In die Umgangssprache übersetzt: Der Mensch ist von Natur aus ungeduldig und liebt es, in der Gegenwart zuviel zu essen, auch wenn er später dafür hungern muss. Diese Auffassung, die auf Böhm-Bawerk¹¹ zurückgeht, sollte ursprünglich nur für ein einzelnes Individuum gelten, das seinen Nutzen über sein ganzes Leben maximiert. Im Kontext des Klimawandels wird sie nun aber auf die ganze Menschheit und auf alle künftigen Generationen angewendet. Und wenn der Nutzen von Gütern umso kleiner ist, je später sie konsumiert werden, dann sollen auch, so die Theorie, die künftigen Schäden durch den Klimawandel weniger Gewicht haben als gleichartige Schäden in der Gegenwart. Die künftigen Schäden dürfen also „diskontiert“ werden. Nach dem Prinzip der Diskontierung und bei einer Diskontrate von 2% ist ein Schaden, der in 35 Jahren eintritt, nur halb so groß wie der gleiche Schaden in der Gegenwart.

Nehmen wir zum Beispiel an, für 200 Millionen Euro kann ein Deich gebaut werden, der in je 35 Jahren Überschwemmungen mit einer Schadenssumme von 100 Millionen Euro verhindert. Man sollte meinen, dass die Baukosten sich nach 70 Jahren amortisiert hätten. Aber bei Diskontierung sieht es ganz anders aus. In den ersten 105 Jahren betrüge nämlich der mit 2% diskontierte Gesamtschaden nicht 300, sondern nur 100 + 50 + 25 Millionen Euro, da der diskontierte Schaden sich alle 35 Jahre halbiert. Bei einem Zinssatz von 2% würde sich der Deichbau nicht rentieren, wohl aber bei 1%. Weil Nicholas Stern die Diskontrate tiefer als üblich angesetzt hat, kam er zu dem Schluss, dass die Kosten-Nutzen-Analyse klar für frühzeitige, umfangreiche Maßnahmen gegen den Klimawandel spricht. Einige neoklassische Ökonomen haben ihm vorbehaltlos zugestimmt¹², andere haben ihm heftig widersprochen.¹³

Trotz dieser Differenzen im Ergebnis weicht Stern in der Methode nur wenig von den gewohnten neoklassischen Bahnen ab. Er orientiert sich an der so genannten Ramsey-Regel, in der Diskontrate, Wachstumsrate und Zeitpräferenz-

¹¹ In seinem Buch „Kapital und Kapitalzins. Positive Theorie des Kapitals“ (1921) schrieb Eugen v. Böhm-Bawerk: „Gegenwärtige Güter sind in aller Regel mehr wert als künftige Güter gleicher Art und Zahl.“

¹² Wolfgang Buchholz/ J. Schumacher, Die Wahl der Diskontrate bei der Bewertung von Kosten und Nutzen der Klimapolitik, in: J. Weimann (Hrsg.), Jahrbuch Ökologische Ökonomik 6, Diskurs Klimapolitik, Marburg 2009, S. 1-33.

¹³ Einer der prominentesten Kritiker ist der Amerikaner William D. Nordhaus mit seinem Artikel „A review of the Stern Review on the Economics of Climate Change“, in: J. of Economic Literature 45 (2007), 686-702.

rate verknüpft werden. Diese Regel wurde zum ersten Mal 1928 von Frank P. Ramsey publiziert und fand später Eingang in die neoklassische Wachstumstheorie. Sie soll die Frage beantworten, welchen Anteil des Volkseinkommens eine Gesellschaft sparen und in ihren Kapitalstock investieren soll, um eine optimale Versorgung mit Konsumgütern für die gegenwärtige und alle künftigen Generationen zu erreichen.

Nicholas Stern sagt klar, dass die Ausdehnung der Theorie der Zeitpräferenz vom individuellen Leben auf die Generationenfolge mit ethischen Grundsätzen unvereinbar ist. Er will zwar jeder künftigen Generation einen gleich hohen Nutzen garantieren wie der gegenwärtigen, aber nur wenn sie existiert. Deshalb ersetzt er die Zeitpräferenzrate durch eine neue Größe, die eine völlig andere Bedeutung hat, aber in der Ramsey-Regel den gleichen Platz einnehmen soll. Diese Größe bezieht sich auf die Möglichkeit einer gigantischen Katastrophe, die die ganze Menschheit auslöschen würde. Für die Wahrscheinlichkeit eines solchen Ereignisses nimmt er willkürlich einen Wert an, der zunächst klein erscheint, nämlich 0,1% pro Jahr. Aber das hieße, dass die Menschheit ein äußerst unwahrscheinliches Glück hatte, dass sie die 5.000 Jahre seit der Entstehung der ersten Hochkulturen überlebt hat. Stern glaubt, mit dieser Annahme die Diskontierung auf eine solide ethische Grundlage gestellt zu haben. Er schreibt: „Den Nutzen der künftigen Generationen geringer zu bewerten, kann ethisch einwandfrei nur begründet werden, wenn die Existenz jener Generationen ungewiss ist.“¹⁴ Aber wenn man genauer hinsieht, dann wird auch dieser Ansatz ethisch fragwürdig. Denn auch hierbei will die gegenwärtige Generation einen Vorteil daraus ziehen, dass sie früher da ist. Das Unrecht, das wir den künftigen Generationen antun, wird nun damit entschuldigt, dass die Existenz dieser Generationen nicht hundertprozentig sicher ist.

Es ist den Autoren des Stern-Reports offenbar entgangen, dass schon 15 Jahre früher ein deutscher Ökonom ihre Begründung der Diskontierung mit treffenden Argumenten zurückgewiesen hat. In einer gründlichen Analyse der verschiedenen Diskontierungstheorien schrieb damals Ulrich Hampicke im Hinblick auf die Gefahr eines die Menschheit auslöschenden Atomkriegs: „Wenn man den Weltuntergang wirklich nicht wünscht, dann muss man bei der Ressourcennutzung so verfahren, als würde er tatsächlich nicht eintreten; man muss die Existenz künftiger Menschen, denen man pflichtgemäß Ressourcen hinterlassen will, subjektiv für gewiss halten (auch wenn dem objektiv nicht so ist), alles andere ist Heuchelei.“¹⁵

Gemäß der Ramsey-Regel liesse sich eine positive Diskontrate auch durch eine positive Wachstumsrate begründen. Für Karl-Heinz Paqué, einen der schärfsten Kritiker des Stern-Reports im deutschen Sprachraum, rechtfertigt eine hohe Wachstumsrate den Aufschub von kostspieligen Maßnahmen für den Klimaschutz. Nach einem unverbindlichen Hinweis auf „eine Weltbevöl-

¹⁴ Stern, a.a.O., p. 51.

¹⁵ Hampicke, a.a.O., S. 289

kerung, die noch immer zu einem großen Teil in Armut lebt“, fährt er fort: „Es gilt deshalb, zunächst wirtschaftlich zu wachsen und erst später massiv in den Klimaschutz zu investieren, und zwar dann auf erheblich höherem Niveau der Produktivität und mit modernster Technologie.“ Später präzisiert er: „Kaum jemand würde bestreiten, dass ein Land mit einem größeren sozialen Kapitalstock dank früheren Wachstums mit Bedrohungen des Klimawandels besser zurecht kommt, gerade wenn es direkt und besonders stark betroffen sein sollte. So würde z. B. Holland bei einer Erhöhung des Meeresspiegels ganz anders reagieren können als Bangladesch, und je schneller Bangladesch durch wirtschaftliches Wachstum zu einer Art zweitem Holland werden kann, umso besser steht es da, um im Interesse seiner Bewohner die Herausforderungen zu meistern.“¹⁶

Ein interessanter Aspekt der Kontroverse um den Stern-Report ist, dass Gegner wie Befürworter sich auf die Ethik berufen. Deshalb kann man mit Recht bezweifeln, ob die Einrichtung von Lehrstühlen für Ethik in der Wirtschaft wie in St. Gallen viel bringt, wenn die ökonomische Theorie sich nicht von innen heraus erneuert. Autoren wie Paqué erwähnen zwar in einem Nebensatz die Armut in der Welt, aber die Theorie, die sie vertreten, ist völlig abgehoben von der wirtschaftlichen und ökologischen Realität der Gegenwart. Die Erwartung, dass jedes beliebige Land durch wirtschaftliches Wachstum mittelfristig zu einem „zweiten Holland“ werden könnte, ist ziemlich unrealistisch. Für Bangladesch hat das Wachstum der Weltwirtschaft und des Welthandels vor allem dazu geführt, dass dort Frauen unter extrem harten Bedingungen Textilien für die reichen Länder herstellen müssen. Und dass ein sehr schnelles Wachstum wie in China zunächst einmal den Klimawandel beschleunigt, kann niemand bezweifeln. Es ist nur logisch, dass die Volksrepublik China neben Australien und den USA unter dem Präsidenten Bush jr. zu jenen Staaten gehörte, denen das Wachstum ihrer Wirtschaft wichtiger war als der Klimaschutz.

Wenn man nicht die Möglichkeit eines Aussterbens der Menschheit ins Spiel bringen will und langfristig ein Nullwachstum der Wirtschaft anstrebt, dann liefert die Ramsey-Regel keinen Grund mehr für die Diskontierung künftiger klimabedingter Schäden. Dann sind aber die üblichen Methoden der Kosten-Nutzen-Analyse nicht mehr anwendbar. In einer Arbeitsgruppe des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) konnte in der Frage, ob eine Kosten-Nutzen-Analyse des globalen Klimawandels überhaupt möglich ist, keine Einigung erzielt werden.¹⁷ In der Debatte zeichneten sich drei Hauptlinien ab: die beiden ersten Linien stimmen darin überein, dass sie an der Kosten-Nutzen-Analyse mit Diskontierung festhalten. Sie unterscheiden sich aber in der Höhe der angenommenen Diskontrate. Die dritte Linie geht aus von der

¹⁶ Karl-Heinz Paqué, Kommentar zu Wolfgang Buchholz und Jan Schumacher, in: Weimann, a.a.O., S. 34-48.

¹⁷ Paul R. Portney, Applicability of Cost-Benefit Analysis to Climate Change, in: William D. Nordhaus (ed.), Economics and Policy Issues in Climate Change, Washington 1998.

Unmöglichkeit einer realistischen Nutzenrechnung für die Zukunft und schlägt vor, zuerst ein langfristiges Klimaziel zu setzen und dann den Weg zu diesem Ziel zu optimieren.¹⁸

Um unabhängig von fragwürdigen Kosten-Nutzen-Rechnungen ein übergeordnetes Ziel der Klimapolitik zu bestimmen, sollte man ausgehen von der Tatsache, dass die heutige Siedlungsstruktur der Völker in Jahrhunderten entstanden ist, und dass spezifische Anpassungen an die Umwelt in allen bewohnten Gegenden bis vor einem halben Jahrhundert eine ausreichende Versorgung mit Nahrung und Trinkwasser sichern konnten. Durch eine ungebremste globale Erwärmung würde sich die Umwelt an vielen Orten derart verändern, dass keine Anpassung mehr möglich wäre. Daraus leitet sich das Ziel ab, eine Erwärmung um mehr als 2° C unter allen Umständen zu verhindern. Was es die Menschheit kosten würde, wenn dieses Ziel verfehlt würde, kann nicht und muss auch nicht berechnet werden.

3. Der Handel mit Emissionsrechten

Das Problem des Klimawandels hat vordergründig nichts zu tun mit den Präferenzen von Individuen und der Knappheit von irgendetwas. Um in neoklassischem Geist Maßnahmen zum Schutz des Klimas zu entwerfen, muss man daher eine neue Ware erfinden, die künstlich knapp gehalten werden kann. Diese Ware existiert seit zehn Jahren. Sie besteht in dem Recht, eine bestimmte Menge CO₂ zu emittieren. Das Kyoto-Protokoll erlaubt den zwischenstaatlichen Handel mit diesen Rechten. Innerhalb der EU besteht seit 2005 ein Regelwerk für den Handel mit Emissionsrechten zwischen Firmen. Das Emissions Trading Scheme (ETS) der EU schreibt vor, dass alle Firmen der Schwerindustrie und des Energiesektors mit Sitz in der EU für ihre CO₂-Emissionen, die über eine bestimmte Schwelle hinausgehen, von ihrer Regierung ausgegebene Emissionsrechte (emission allowances oder permits) besitzen müssen. Wenn sie weniger CO₂ ausstoßen, dürfen sie ihre Emissionsrechte an andere Firmen verkaufen.

Gegen den Handel mit Emissionsrechten in der EU gibt es zahlreiche Einwände, die von der Kritik an Details bis zur Fundamentalkritik reichen. Letztere wurde u.a. von einer Gruppe artikuliert, die der schwedischen Dag-Hammarskjöld-Stiftung nahe steht.¹⁹ Die popularisierte Kurzfassung der umfangreichen Studie lässt allerdings Zweifel an deren Wissenschaftlichkeit aufkommen.²⁰ Durch eine Überschrift wie „Das Weltklima als Handelsgut“ (S. 36) wird suggeriert, hier werde ein globales Gemeingut, die Atmosphäre, privatisiert, um ein neues Geschäftsfeld mit neuen Profitquellen zu generieren.

¹⁸ Ferenc L. Toth, Comments, in: Nordhaus, a.a.O., pp. 129-135.

¹⁹ Lary Lohmann, Carbon trading - a critical conversation on climate change, privatisation and power, in: Development Dialogue Nr. 48, Uppsala 2006.

²⁰ Tamra Gilbertson/Oscar Reyes, Globaler Emissionshandel. Wie Luftverschmutzer belohnt werden, Frankfurt a. M. 2010.

Dem hält Marcel Hänggi entgegen, dass der Emissionshandel als solcher weder gut noch schlecht ist. Es komme darauf an, wie er gestaltet wird. Hänggi schlägt vor, die Emissionsrechte zu ersetzen durch handelbare Bezugsrechte für fossile Brennstoffe. Damit könne dann auch eine im Weltmaßstab gerechte Verteilung des Kohlenstoffs angestrebt werden.²¹ Dem Ziel, den Klimaschutz mit globaler Gerechtigkeit zu verknüpfen, dienen auch die Überlegungen weiter unten.

Nachdem der Handel mit CO₂-Emissionsrechten etabliert war, kam auch bald das Wort „CO₂-neutral“ in Gebrauch. Ein Produkt oder eine Transportleistung darf neuerdings CO₂-neutral genannt werden, wenn der Anbieter für seinen CO₂-Ausstoß auf dem Markt für Emissionsrechte die entsprechenden Rechte eingekauft hat. Einige Anbieter, z.B. Fluggesellschaften, lassen die Kunden entscheiden, ob sie durch Zahlung eines Zuschlags ihr Gewissen entlasten wollen. Wenn die Zuschläge vom Fliegen abschrecken würden, wäre es gut. Da aber die Preise für Emissionen viel zu tief sind, gilt das Gleiche für diese Zuschläge. Das Anbieten von „CO₂-neutralen“ Flügen ist daher nichts anderes als eine Methode des Marketing, mit der umwelt-bewusste Menschen dazu überredet werden sollen, trotz ihrer Bedenken zu fliegen.

Auch Betriebe des elektrischen Schienenverkehrs schmücken sich jetzt mit dem Beiwort CO₂-neutral. Zwar ist hier der Energieverbrauch pro Fahrgast viel geringer als bei Fahrten mit dem Auto, aber deshalb ist der Schienenverkehr noch nicht CO₂-neutral, auch wenn der Strom nur aus Wasserkraftwerken bezogen wird. Denn wer große Mengen „sauberen“ Stroms verbraucht, zwingt die übrigen Verbraucher dazu, auf den Strom aus anderen Quellen auszuweichen.

Damit der Emissionshandel auch tatsächlich eine Reduktion der Emissionen bewirkt, muss der Preis der Emissionsrechte auf einem hohen Niveau stabil sein. Davon war man aber in der EU weit entfernt, denn der Preis für CO₂ schwankte zwischen € 10 und € 25 pro Tonne.²² Zum Vergleich: In der Schweiz betragen die Subventionen für die Einsparung von CO₂ bisher 56 bis 70 CHF pro Tonne²³, und eine grobe Modellrechnung für die Schweiz hat ergeben, dass der Preis noch viel höher sein müsste, nämlich 245 Franken pro Tonne, damit bis 2020 der Ausstoß von CO₂ um 20% sinken würde.²⁴ Stern räumt ein: „Es war schwierig, auf dem Markt des ETS der EU die Knappheit zu gewährleisten. Im Ergebnis betrug die Reduktion der Emissionen in der EU in Phase I schätzungsweise nur 1%.“²⁵

Das Kyoto-Protokoll zielt auch auf eine klimafreundliche Entwicklung der Entwicklungs- und Schwellenländer und verknüpft dieses Ziel mit dem Emissionshandel der Industriestaaten. Das wird mit dem folgenden Argument be-

²¹ Hänggi, a.a.O., S. 249.

²² Stern, a.a.O., p. 272.

²³ NZZ vom 18.9.2013.

²⁴ Marcel Hänggi, *Ausgepowert. Das Ende des Ölzeitalters als Chance*. Zürich 2011, S. 261.

²⁵ Stern, a.a.O., p. 274.

gründet. Eine Tonne CO₂ einzusparen, ist in reichen Ländern teurer als in armen Ländern. Mit den gleichen Kosten könnte deshalb in einem armen Land ein größerer Nutzen im Sinne des Klimaschutzes erzielt werden als in einem reichen Land. Deshalb ist es zweckmäßig, wenn CO₂-Ermittenten in Industriestaaten Emissionsrechte kaufen, und wenn mit dem Erlös daraus Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern finanziert werden. Dieser Gedanke liegt dem clean development mechanism (CDM) zugrunde.

Dagegen ist einzuwenden, dass hier die Gründe für die Kostenunterschiede nicht hinterfragt werden. Der wichtigste Grund ist ja der Unterschied im Lohnniveau. Um Kosten in verschiedenen Währungsgebieten zu vergleichen, muss man außerdem mit Wechselkursen rechnen, die nur zu einem Teil die Realität widerspiegeln, weil sie auch von der Währungsspekulation beeinflusst werden. Deshalb ist zum Beispiel für die Schweiz wegen der Überbewertung ihrer Währung die Versuchung, sich von der Verpflichtung zum Klimaschutz im eigenen Land loszukaufen, besonders groß. Im Endeffekt würde sich ein Interessenkonflikt zwischen Klimaschutz und sozialem Fortschritt ergeben, weil man in einem Entwicklungsland umso mehr für den Klimaschutz tun könnte, je tiefer dort die Löhne wären.

Ein Beispiel für die Verzahnung von ETS und CDM ist ein Projekt, mit dem die niederländischen Elektrizitätswerke Aufforstungen im Hochland und an der Küste von Ecuador finanzieren.²⁶ Im Rahmen des ETS der EU müssen die Elektrizitätswerke für ihre Emissionen einen Preis bezahlen, der sich aus dem Emissionshandel innerhalb der EU ergibt. Mit dem Gegenwert lassen sie in Ecuador von privaten Grundbesitzern Monokulturen aus Kiefer und Eukalyptus anpflanzen, weil diese Bäume am schnellsten wachsen. Die Wahl gerade dieser Baumarten ist aus ökologischen Gründen abzulehnen. Und die Fläche, die aufgeforstet wird, ist abhängig von den Kosten. Wenn die Löhne steigen, wird weniger aufgeforstet. Im nächsten Abschnitt wird ein Handelssystem vorgeschlagen, das dieses Dilemma vermeidet.

4. Das Ziel einer CO₂-neutralen Weltwirtschaft

CO₂-Neutralität ist, richtig verstanden, eine Eigenschaft, die überhaupt nicht einzelnen Produkten, sondern nur einem ganzen Wirtschaftssystem zugeschrieben werden kann. Die Wirtschaft eines Landes ohne jeden Außenhandel wäre CO₂-neutral, wenn das gesamte innerhalb seiner Grenzen emittierte CO₂ im gleichen Land von der Vegetation (Wald, Stadtgrün) und absorbiert würde. Mit Rücksicht auf den globalen Handel kann aber das Prädikat „CO₂-neutral“ logisch einwandfrei nur der ganzen Weltwirtschaft verliehen werden. Da auch die Ozeane CO₂ absorbieren, soll hier folgende Definition gelten:

Die Weltwirtschaft ist CO₂-neutral, wenn das gesamte emittierte CO₂ von den Ozeanen und der Vegetation auf der Landmasse der Erde absorbiert wird.

²⁶ Sven Wunder/Alban Montserrat, Decentralized payments for environmental services: the cases of Pimampiro and Profafor in Ecuador, in: *Ecological Economics* 65 (2008), 685-698.

In diesem Sinne möchte ich in einer ersten Näherung die Frage nach der Größenordnung von Preisaufschlägen, die das Prädikat „CO₂-neutral“ rechtfertigen würden, beantworten. Um das zu tun, kann man die Preise von Waren in der Welt vor dem Kyoto-Protokoll vergleichen mit den Preisen derselben in einer CO₂-neutralen Welt. In einer solchen Welt hätten alle souveränen Staaten sich verpflichtet, an einem ETS teilzunehmen, in dem die Emissionsrechte nicht von Industriestaaten wie im ETS der EU, sondern von Staaten, auf deren Territorium mehr CO₂ absorbiert als emittiert wird, ausgegeben werden. Außerdem soll das ökologische Ziel verbunden werden mit dem Ziel eines fairen Handels. Ein internationales Handelssystem soll hier als fair bezeichnet werden, wenn in allen Regionen und in allen Branchen bei gleichen Löhnen die gleiche Profitrate erzielt werden kann (die Verteilung des Einkommens in den einzelnen Ländern ist hier nicht das Thema). Aber in einem kapitalistischen System ohne CO₂-Abgabe sind Prozesse mit einem hohen CO₂-Ausstoß meistens rentabler als Prozesse, die die gleichen Waren ohne oder mit geringem CO₂-Ausstoß herstellen, und werden deshalb bevorzugt. Dieser Wettbewerbsnachteil soll durch die CO₂-Abgabe korrigiert werden, die an die CO₂-Senken fließt. Im Folgenden geht es um zwei Fragen:

- 1.) Wie hoch muss die CO₂-Abgabe sein, damit ein internationales kapitalistisches Produktionssystem fair und CO₂-neutral wird?
- 2.) Wie ändern sich die Preise durch die CO₂-Abgabe?

Das Modell, das hier betrachtet wird, ist eine Erweiterung des Weizen-Eisen-Modells von Sraffa, das seinerseits eine gewisse Analogie zu Marx' „Schema der einfachen Reproduktion“ aufweist.²⁷ Marx geht davon aus, dass alle Güter in drei Kategorien eingeteilt werden können: Produktionsmittel, Konsumtionsmittel der Arbeiter und Luxusgüter, und dass die Wirtschaft sich entsprechend in drei große Abteilungen gliedert. Während aber Marx mit „Werten“ des eingesetzten konstanten und variablen Kapitals rechnet, setzt Sraffa stoffliche Mengen von bestimmten Gütern in sein Schema ein.²⁸ Er nennt diese Güter Weizen und Eisen, aber man kann auch, im Anschluss an Marx, an ein Ensemble von vielen Konsumtionsmitteln bzw. Produktionsmitteln denken. Später erweitert er das anschauliche Grundmodell zu einem Modell mit beliebig vielen Zweigen und Gütern, das nur mit mathematischen Hilfsmitteln, die im 19. Jahrhundert noch nicht verfügbar waren²⁹, analysiert werden kann. Wie der Titel des Buches „Warenproduktion mittels Waren“ schon sagt, betrachtet Sraffa eine Wirtschaft, deren Produktionsmittel Waren sind, die sie selber produziert. Die einfachen Beispiele, mit denen er beginnt, lassen bereits die Eigenart seines Ansatzes klar hervortreten. Diese besteht darin, dass die Preise

²⁷ Karl Marx, *Das Kapital*, Band 2, MEW Bd. 24, S. 391 ff.

²⁸ Piero Sraffa, *Warenproduktion mittels Waren*, mit Nachworten von Bertram Schefold, Frankfurt a.M. 1976.

²⁹ Dazu Schefold in: Sraffa, a.a.O., und Luigi Pasinetti, *Vorlesungen über die Theorie der Produktion*, Marburg 1988.

nicht durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden, sondern durch die Forderung der Wiederholbarkeit des arbeitsteiligen Wirtschaftsprozesses und die Annahme einer einheitlichen Profitrate in allen Zweigen.

Sraffa betrachtet zunächst ein Modell einer sehr einfachen kapitalistischen Volkswirtschaft, in der ein Zweig nur Weizen und ein Zweig nur Eisen produziert. Unter Eisen werden hier einfache eiserne Werkzeuge verstanden, die nach einem Jahr abgenutzt sind. Die Arbeiter werden nicht mit Geld entlohnt, sondern mit Weizen. Im Rahmen der einmal gewählten Technologie müssen die eingesetzten Mengen von Weizen und Eisen in beiden Bereichen in einem festen Verhältnis stehen: jeder Bergarbeiter braucht eine Spitzhacke, jeder Landarbeiter eine Sense, usw. Schließlich macht Sraffa quantitative Annahmen, die in didaktischer Absicht besonders einfach gehalten sind. Die Verwandlung der Produktionsmittel in Produkte im Laufe eines Jahres wird dann durch das folgende Schema beschrieben:³⁰

$$280 \text{ t Weizen} + 12 \text{ t Eisen} \rightarrow 575 \text{ t Weizen}$$

$$120 \text{ t Weizen} + 8 \text{ t Eisen} \rightarrow 20 \text{ t Eisen}$$

Unter der Voraussetzung, dass Kapital immer dort investiert wird, wo es den höchsten Profit bringt, gleichen sich die Profitraten in beiden Zweigen einander an. Mit den Preisen p_1 für Weizen und p_2 für Eisen muss die Profitrate r den folgenden Gleichungen genügen:

$$(1 + r)(280 p_1 + 12 p_2) = 575 p_1$$

$$(1 + r)(120 p_1 + 8 p_2) = 20 p_2$$

Durch eine mathematische Analyse kann man zeigen, dass positive Preise nur dann möglich sind, wenn $r = 0,25$ ist. Das Preisverhältnis ist dann $1 : 15$.

Jetzt wollen wir annehmen, dass es eine mechanisierte und eine traditionelle Landwirtschaft gibt. Letztere wird von Subsistenzbauern betrieben, die außerdem ein Stück Wald nachhaltig bewirtschaften, sodass ihre Betriebe als CO_2 -Senken fungieren. Die mechanisierte Landwirtschaft und die Eisenindustrie sind Quellen von CO_2 . Das System dieser drei Wirtschaftszweige soll durch das folgende Schema beschrieben werden:

$$270 \text{ t Weizen} + 9 \text{ t Eisen} \rightarrow 450 \text{ t Weizen} + 10 \text{ t CO}_2$$

$$90 \text{ t Weizen} + 7 \text{ t Eisen} \rightarrow 20 \text{ t Eisen} + 90 \text{ t CO}_2$$

$$720 \text{ t Weizen} + 100 \text{ t CO}_2 \rightarrow 720 \text{ t Weizen}$$

In diesem System halten sich Emission und Absorption von CO_2 die Waage. Die Mengen von Weizen auf der linken Seite sind, abzüglich des notwendigen Saatguts im ersten und dritten Zweig, ein Maß für die Zahl der in jedem Zweig tätigen Personen. In den spezifischen Zahlenverhältnissen ist also u.a. die Annahme enthalten, dass die traditionelle Landwirtschaft etwa doppelt so viele Menschen beschäftigt wie Eisenindustrie und mechanisierte Landwirtschaft zusammen.

³⁰ Sraffa, a.a.O., S. 25.

Wir untersuchen zuerst den Zustand, in dem das CO₂ ignoriert wird. Die beiden ersten Zweige können dann für sich allein betrachtet werden. Für die gemeinsame Profitrate und die Preise gelten dann mit den gleichen Bezeichnungen wie oben die Gleichungen:

$$(1 + r)(270p_1 + 9p_2) = 450 p_1$$

$$(1 + r)(90p_1 + 7p_2) = 20 p_2$$

Mit der Konvention $p_1 = 10$ ist die Lösung:

$$r = 0.25 \quad p_1 = 10 \quad p_2 = 100$$

Nun folgt die entsprechende Rechnung für den Fall, dass die CO₂-Quellen eine Abgabe an die CO₂-Senken zahlen müssen. Die Höhe der Abgabe für 1 t CO₂ wird hier mit p_3 bezeichnet. Mit dieser Abgabe wird ein Anreiz zur Einsparung von CO₂ geschaffen, und gleichzeitig soll mit ihr erreicht werden, dass die Subsistenzbauern an dem Wohlstand, dessen die Industriestaaten sich durch den Einsatz von fossiler Energie erfreuen, partizipieren können. Dieses Ziel kann abgebildet werden durch die Forderung gleicher Profitraten in allen drei Zweigen. Wenn diese erfüllt ist, dann gelten die Gleichungen:

$$(1 + r)(270p_1 + 9p_2) = 450 p_1 - 10 p_3$$

$$(1 + r)(90 p_1 + 7p_2) = 20 p_2 - 90 p_3$$

$$(1 + r) 720p_1 = 720 p_1 + 100 p_3$$

Mit der Konvention $p_1 = 10$ erhält man die Lösung

$$r = 0.112 \quad p_1 = 10 \quad p_2 = 141.5 \quad p_3 = 8.06$$

Es zeigt sich also, dass ein Handelsschema, an dem CO₂-Quellen und CO₂-Senken gleichberechtigt teilnehmen können, die Profite der CO₂-emittierenden Wirtschaftszweige sehr stark beschneidet. Die Profitrate ist von 25% auf rund 11% reduziert worden, weil ein Teil der Profite zu den Subsistenzbauern transferiert wird. Davon, dass die „Luftverschmutzer belohnt“ werden³¹, kann also keine Rede sein. Außerdem werden Preise erzwungen, die von den Preisen in einer Wirtschaft mit kostenloser Emission von CO₂ sehr stark abweichen. Der Preis der Ware, bei deren Produktion sehr viel CO₂ entsteht, ist um rund 42% höher als vorher. Preisaufschläge in dieser Größenordnung würden den Übergang zu Produktionsverfahren und zu Lebensstilen, die das Klima weniger belasten, fördern. Gleichzeitig könnten die Transferzahlungen an Länder, wo CO₂ absorbiert wird, dazu dienen, die Armut dort zu bekämpfen.

5. Die Einwände von Acosta

Wenn man sich die mächtigen Widerstände gegen wirksamen Klimaschutz auf individueller, nationaler und globaler Ebene vor Augen hält, dann ist klar, dass nur ein breites Bündnis, das Sektoren unterschiedlicher ideologischer

³¹ Gilbertson/Reyes, a.a.O..

Richtung umfasst, diese Widerstände überwinden kann. Umso mehr ist es zu bedauern, dass einige Exponenten der Umweltbewegung in Lateinamerika Positionen vertreten, die ein solches Bündnis sprengen würden. Es ist ausgerechnet Alberto Acosta, der engagierte Fürsprecher der eingangs erwähnten Yasuni-Initiative, der in einem kühnen Rundumschlag jeden ökonomischen Ansatz in der Klimapolitik angreift. Er kritisiert mit Recht, dass in der EU die Emissionsrechte eine Zeit lang fast kostenlos verteilt und dass die Obergrenzen der Emissionen zu hoch angesetzt wurden, aber er geht viel zu weit. Er wendet sich sowohl gegen die neoklassischen Ansätze, die er irrtümlich als neoliberal bezeichnet, als auch gegen Vorschläge, die „den Kohlenstoffzyklus in die Diskussion bringen“. In diesem Sinne polemisiert er gegen das UNO-Programm REDD (Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung). „Das marktförmige REDD-Modell schätzt den pflanzlichen Kohlenstoff der Wälder im Rahmen eines Szenarios des An- und Verkaufs von Kohlenstoffspeichern, so wie bei dem marktförmigen Mechanismus der sauberen Entwicklung (CDM) des Kyoto-Protokolls. ... Mit der Einführung von REDD wird der Schutz der Wälder in die Sphäre der Geschäftswelt überführt. Mit REDD erfolgt die Kommerzialisierung und Privatisierung von Luft, Wäldern, Bäumen und der Erde insgesamt“.³²

Dieser pauschalen Kritik soll hier mit einer differenzierenden Antwort begegnet werden. Der Handel mit Emissionsrechten in der EU ist ein Instrument der Klimapolitik, das von neoklassischen Ökonomen erdacht wurde, aber es belastet große Emittenten mit Abgaben und ist deshalb nicht neoliberal. Zwar wurde ein neuer Markt geschaffen, der Markt für Emissionsrechte, aber dieser Markt wird durch die Politik reguliert. Die Polemik gegen den Markt an sich übersieht, dass Märkte schon lange vor dem Kapitalismus existierten. Die Kritik an dem CDM des Kyoto-Protokolls ist berechtigt, wenn durch ein CDM-Projekt keine Klimaziele erreicht werden, oder wenn, wie bei Staudämmen, lokale Bevölkerungen geschädigt werden, aber nicht generell.

Da eine Alternative zum Kapitalismus noch nicht in Sicht ist, wurde hier gezeigt, wie der Schutz der Wälder in einem streng regulierten kapitalistischen System funktionieren könnte, ohne dass die Regenwaldnationen zu Bittstellern degradiert werden. Dabei muss weder der Wald noch die Erde oder die Luft privatisiert werden. Es wird lediglich verlangt, das emittierte und absorbierte CO₂ zu messen, und die gemessenen Mengen im internationalen Handel zu verrechnen. Die Rechte der indigenen Völker würden dadurch nicht angetastet, im Gegenteil, ihr Lebensraum würde besser geschützt als je zuvor.³³

³² Acosta, a.a.O., S. 116-117

³³ Dies bezieht sich auf eine Stellungnahme von Evo Morales, des Präsidenten von Bolivien, gegen das REDD, in der er sagte: „Die Wälder und die indigenen Völker sind nicht verkäuflich“.

Energiewende und erneuerbare Energien

Entwicklungstrends in Deutschland von 1970 bis 2014¹

In den frühen 70er Jahren bahnte sich eine tiefgreifende wirtschaftliche Krise an. Sie erfasste nahezu alle westlichen Industrieländer und führte zum Aufstieg eines von Finanzmärkten dominierten Weltwirtschaftssystems. Eine zentrale Ursache für diesen Übergang war die Zerstörung des Bretton-Woods-Systems durch die USA, indem sie die Goldbindung des US-Dollars aufhoben. Zusätzlich offenbarten in jener Zeit die beiden Ölpreiskrisen 1973 und 1979 die tiefe Abhängigkeit der Industriestaaten vom Erdöl. Die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen gingen zugleich mit einer wachsenden globalen Umwelt- und Klimakrise und der Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen einher. In allen kapitalistischen Industriestaaten entstand eine breite Umweltbewegung. Großen Widerhall fand 1972 die aufrüttelnde Studie des „Club of Rome“ zur Lage der Menschheit und zur Zukunft der Weltwirtschaft („Die Grenzen des Wachstums“). In der Folgezeit wurde die Emission des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) als wichtigster Verursacher des Klimawandels identifiziert. Damit rückte neben Maßnahmen zur Emissionsminderung von Treibhausgasen der Einsatz von erneuerbarer Energien als zentraler Baustein für den Klimaschutz in den Mittelpunkt. Sie läuteten gemeinsam mit dem absehbaren Ende billiger und leicht verfügbarer, fossiler Energieträger eine grundlegende Wende in der Haltung zu Energiefragen ein.²

1. Getrennte Wege in der Umwelt- und Energiepolitik bis 1990

Im damaligen Deutschland – noch geteilt in DDR und BRD – gestalteten sich Krisenverlauf und gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen über Energiefragen und Umweltprobleme bis 1990 ganz unterschiedlich. In der DDR führten wachsende Verschuldung bei westlichen Banken und die Kürzung sowjetischer Erdöllieferungen zu einer dauerhaften, massiven Ausweitung des Einsatzes von Braunkohle (Roesler 2012, S. 85 ff.; Malycha/Winters 2009, S. 261 ff.). Der Ausbau erneuerbarer Energien bildete keinen Schwerpunkt der Energiepolitik. Allein Geothermie war technisch hoch entwickelt. Beachtliche Erfolge wurden im Bereich der industriellen und gewerblichen Energieeinsparung erzielt.

Bis zum Ende der DDR bestanden lokal und regional große Umweltprobleme, darunter Luftverschmutzungen in einem Ausmaß, die dem im Ruhrgebiet der

¹ Dieser Beitrag fußt auf einem ausführlichen Beitrag des Verfassers „Hell aus dem dunklen Vergangenen. Zum Aufstieg erneuerbarer Energien in Deutschland von 1970 bis 2014“, abrufbar unter <http://www.detlef-bimboes.de/Energie-und-Rohstoffe>.

² Vgl. zu diesem Komplex die Beiträge von Elmar Altvater und Wolfgang Pomrehn in Z 100 (Dezember 2014).

fünfziger und sechziger Jahre gleichkam. Eine ähnlich breit getragene Widerstandsbewegung wie in der BRD gegen die Kohle-/Atompolitik und für den Ausbau erneuerbarer Energien in der DDR konnte sich trotz zunehmenden Umweltbewusstseins in der Bevölkerung nicht entfalten. Dafür sorgte umfassende staatliche Repression (Roesler 2006, S. 52 ff.).

In der BRD dagegen etablierte sich eine breit getragene Umwelt-/Anti-AKW-Bewegung gegen die aufgestauten Umweltprobleme – darunter große Luftverschmutzungen durch Kohlekraftwerke – und die Gefahren durch Atomkraftwerke. Ausgehend von Protest und Widerstand entstand 1980 die Partei „Die Grünen“.

Die Auseinandersetzungen und die beiden Ölkrisen beeinflussten auch den Strukturwandel in der Energieversorgung. Zur Versorgungssicherheit wurde zunächst auf mehr Kernkraft und Erdgas und weniger Mineralöl (ab 1979) gesetzt bei gleichzeitiger Verminderung des Kohleinsatzes aus Gründen des Umweltschutzes. Parallel dazu wurde seitens der Bundesregierungen – ausgehend von einem Rahmenprogramm nicht-nuklearer „Energieforschung“ im Jahre 1974 – eine ganze Reihe von Programmen für Energieforschung und Energietechnologien aufgelegt. Sie dienten dem Ziel, sich langfristig unabhängiger vom Erdöl zu machen. Die Themen griffen Energieeinsparung inklusive rationeller Energieumwandlung (u. a. Wasserstoff- und Brennstoffzellenforschung) und Forschungen zur Solarenergie beziehungsweise Solarthermie sowie Windenergie und Geothermie auf. Forschungen zur Photovoltaik wurden ab 1981 stark ausgeweitet.

Brennstoffzellen finden inzwischen in verschiedenen Anwendungsbereichen vermehrt Anwendung oder haben Marktreife erlangt. Batterieforschung und die Entwicklung von Elektrofahrzeugen spielten ab den siebziger Jahren eine geringe und eher zu vernachlässigende Rolle. Erst vor wenigen Jahren begann durch international schärfer werdenden Konkurrenzdruck eine Aufholjagd im Bereich der Batterieforschung. Elektrofahrzeuge sind bis heute marginal geblieben in dem von Benzin und Diesel und profitablen Geschäften geprägten Automobilsektor.

Ab etwa 1975 gab es Anzeichen für die Entwicklung einer Wirtschaftsbranche Erneuerbare Energien. Norddeutschland bildete den Schwerpunkt für Windenergie. Ökologische und industriepolitische Interessen verbanden sich hier mit möglichen, neuen Einkommensquellen für Landwirte. Die Kernreaktorkatastrophe von Tschernobyl (1986) führte zu einem Umdenken in großen Teilen der Bevölkerung. Der Zuspruch für Atomenergie verlor massiv an Boden. Stattdessen wuchs die Akzeptanz für erneuerbare Energien, nicht zuletzt verstärkt im Jahre 1987 unter dem Eindruck des wegweisenden Berichts „Unsere gemeinsame Zukunft“ der „UN-Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission) und etwas später angeregt durch die Enquête-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ (1988-1990).

2. Zum Aufstieg erneuerbarer Energien ab der Wende 1990

In der BRD wuchs in den achtziger Jahren der gesellschaftspolitische Druck immer mehr für den Einstieg in erneuerbare Energien, nicht zuletzt vor dem

Hintergrund von Tschernobyl. Gegen großen Widerstand der Energiekonzerne und mit ihnen verbündeter Kräfte wurde nach Wegen gesucht, sowohl der Windenergie als auch der Photovoltaik zum Durchbruch zu verhelfen. Dabei spielten die Betreiber kleiner Wasserkraftwerke – vor allem aus Süddeutschland – eine wichtige Rolle. Denn der von ihnen erzeugte Strom konnte bis dahin nur in dem Maße, wie die Energiekonzerne dies akzeptierten, in das Netz eingespeist werden und wurde noch dazu schlecht bezahlt.

2.1 Startpunkt und Durchbruch für die Wende zu erneuerbaren Energien

Startpunkt für die erneuerbare Energiewende bildete das fraktionsübergreifend – gegen Widerstände der FDP – zustande gekommene Stromeinspeisungsgesetz (StrEG). Es wurde im Trubel der Wiedervereinigung auf der letzten Sitzung des alten Deutschen Bundestages im Jahre 1990 beschlossen (Scheer, 2010). Mit dem Gesetz wurden die Stromkonzerne erstmals verpflichtet, Strom aus erneuerbaren Quellen abzunehmen. Das führte ab 1991 zu einem starken Wachstum der Windenergieindustrie (Brand-Schock 2010, S. 90). Eine ähnliche Entwicklung gelang der Photovoltaik-Branche erst mit dem „100.000-Dächer-Programm“ (1999 – 2003).

Der eigentliche Durchbruch kam dann im Jahre 2000 mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) der rot-grünen Bundesregierung. Dafür wurden Einspeisetarife, ein Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien und langfristige Preisgarantien statt kurzfristiger Anreize festgelegt. Auch die Stadtwerke wurden in die Förderung einbezogen. Von besonderer Bedeutung ist, dass das EEG von Anfang an eine große Bandbreite an Technologien gefördert hat. Dafür sorgten technologiespezifische Vergütungssätze. Für eine Befestigung des Ausbaus der Energiewende sorgte gleichzeitig der „Atomkonsens“ der rot-grünen Bundesregierung. Hier wurde mit den Atomkraftwerksbetreibern politisch (14.06.2000) und rechtlich (22.04.2002) der geordnete Ausstieg aus der Atomenergie bis zum Jahre 2022 vereinbart.

2.2 Gesellschaftliche Akteure der Energiewende

Die Kämpfe gegen Atomkraft und Kohlekraftwerke und für den Ausbau der erneuerbaren Energien waren von einer breiten Bewegung aus den Mittelschichten und der jüngeren Generation initiiert und getragen. Die Akteure kamen aus Handwerk und Dienstleistungsbereichen, aus kleinen und mittelständischen Betrieben, aus dem sich entwickelnden alternativen Landbau, aus Lehrerberufen, aus Universitäten, Wissenschaft und Technik. Die weit überwiegende Mehrheit verfolgte keine antikapitalistischen Zielsetzungen, sondern wollte notwendige Veränderungen innerhalb der bestehenden Verhältnisse durchsetzen, auch wenn sie sich damit gegen die Interessen des Staates und der großen Energieversorger stellen musste. Viele Aktive aus der Umweltbewegung wurden im Zuge der kapitalistischen Transformationsprozesse nach 1990 integriert in die neu herausziehenden „grünen“ Wirtschaftsbereiche.

Aus anderen sozialen Bewegungen sowie aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung erfuhr die wirkmächtige Umwelt- und Antiatombewegung über weite Strecken nur begrenzte Unterstützung. Vieles blieb Lippenbekenntnis. Nach wie vor haben soziale Fragen und Umwelt- und Ressourcenfragen nicht zusammengefunden.

2.3 Das Rückgrat der Energiewende

Das Rückgrat der Energiewende bilden tausende von Stromerzeugern mit ihren Wind-, Solar- und kleinen Wasserkraftwerken. Hinzu kommt eine Vielzahl an Betrieben aus dem Bereich Landwirtschaft („Energiewirte“) und eine große Zahl an Betreibern von kommunalen, kleinen und größeren gewerblichen Biomasseverbrennungsanlagen. Wichtig sind auch die Stadtwerke. Sie sind überwiegend gestärkt aus der von der EU ab 1998 vorangetriebenen Liberalisierung der Energiemärkte hervorgegangen. Die „Stadtwerke haben außerdem in großem Umfang Kooperationen gebildet, mit denen sie Fragen des Netzbetriebs und der Regulierung, des Einkaufs von Energie, der Investition in Wind-, Solar- und Biomasseanlagen abstimmen können (Becker 2011, S. 310). Bislang einmalig ist die Kooperation von acht großen kommunalen Unternehmen („8 KU“) mit Umsatzgrößen zwischen einer und vier Milliarden Euro mit derzeit insgesamt 28.000 Beschäftigten.

Ein wichtiges Zeichen der gesellschaftlichen Verankerung sind die sogenannten „100% Erneuerbare-Energie-Regionen“, die sich heute über 146 Landkreise, Kommunen und Regionalverbände in Deutschland erstrecken, rund 25 Millionen Einwohner umfassen und bereits mehr als ein Drittel der Fläche Deutschlands ausmachen. Hinzu kommen zahlreiche Energiegenossenschaften. Von den Ende 2013 insgesamt tätigen 888 Genossenschaften im Bundesgebiet haben die meisten ihren Sitz in Bayern, Baden-Württemberg, NRW und Niedersachsen.

2.4 Wirtschaftsfaktor Energiewende, Arbeitsplätze und soziale Probleme

Der Anteil erneuerbarer Energien am gesamten deutschen Strom-, Wärme- und Kraftstoffverbrauch lag im Jahre 2013 bei 12,3 Prozent. Der Umsatz deutscher Unternehmen dieser Branche erreichte 22,7 Milliarden Euro. Die Investitionen in neue Anlagen betragen 16,1 Milliarden Euro (Agentur für erneuerbare Energien 2015). In der gesamten Branche werden bei Herstellern, Zulieferern und Projektieren 371.000 Menschen in rund 36.000 Betrieben beschäftigt. Das Ausbildungsniveau liegt weit über dem Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche. Aber es gibt auch deutliche Schatten: der Frauenanteil ist gering und die Zeitarbeit um das Dreifache höher als der gesamtwirtschaftliche Durchschnittswert. Außerdem kommt es immer wieder zu massiven Behinderungen von Betriebsratsgründungen und der Betriebsratstätigkeit. Zudem wird von untertariflichen Entlohnungen berichtet. (Hirschl 2011, S. 100; Pomrehn 2013, S. 30).

3. Die Energiekonzerne im Kampf gegen die Energiewende

Die Energiekonzerne agierten ab den neunziger Jahren in einem für sie zunehmend komplexeren politischen und wirtschaftlichen Umfeld. Zum einen wurde der Aufstieg erneuerbarer Energien durch diverse Klimaschutzstrategien und energiepolitische Entwicklungen auf globaler, europäischer und nationaler Ebene begünstigt. Hervorzuheben sind hier die UN-Klimarahmenkonvention, das Kyoto-Protokoll, der Atomausstieg in Deutschland und ab dem Jahre 2000 der Trend zu steigenden Preisen für Erdöl und Erdgas auf den internationalen Märkten. Hinzu kamen ab dem Jahre 2000 zunehmende und von der EU zu verantwortende Auseinandersetzungen mit Russland über eine sichere Öl- und Gasversorgung. Die Spannungen wurden von den großen Energiekonzernen und der mit ihnen verflochtenen Politik dazu benutzt, Kohle wie auch Atomenergie weiterhin zum unverzichtbaren und tragenden Bestandteil langfristiger Energieversorgungssicherheit zu erklären.

Parallel dazu wurden die Geschäfte der vier großen Energiekonzerne substantiell verändert durch die von der EU-Kommission vorangetriebene Liberalisierung der Energiemärkte. Nach und nach entstand ein neuer Regulierungsrahmen, der die gewohnte Marktmacht der „Großen Vier“ erheblich reduzierte (s. dazu Abschn. 4). Gleichzeitig haben die Energiekonzerne mit Hilfe ihrer verbliebenen Machtstellungen in den Bereichen fossile Energien und Stromnetze alles darangesetzt, den Aufschwung erneuerbarer Energien im Stromsektor zu behindern, zu blockieren und letztlich in ihrem Interesse umzugestalten. Dafür konnten und können sie ihren noch bestehenden Einfluss in Politik und Verwaltung – insbesondere im Bereich der Wirtschaftsministerien – nutzen (vgl. Brouns 2011). Inzwischen ist der Aufschwung der Erneuerbaren in Bedrängnis geraten. Mehrere Faktoren sind dafür verantwortlich:

- In den Strompreisen der Kohle-, Gas- und Atomkraftwerke sind seit jeher keine Folgekosten berücksichtigt, die durch Umwelt- und Gesundheitsschäden entstehen. Im Gegensatz zu erneuerbarem Strom sorgen üppige und unsichtbare Subventionen aus dem Staatshaushalt für niedrige Preise für Kohle- und Atomstrom.
- Ein untaugliches Emissionshandelsrecht und zahlreiche Kohlekraftwerke sorgen im Energiesektor für einen ungebremsten Ausstoß von Treibhausgasen und billigen Kohlestrom.
- Verschleppter und boykottierter dezentraler Ausbau der Stromnetze seit mindestens 10 Jahren.
- Alle Änderungen des EEG ab 2005 zielten auf eine Verlangsamung des Ausbaus von Wind- und Solarenergie. Zudem stieg ab 2010 die EEG-Umlage steil an, die von den Verbrauchern über den Strompreis zu bezahlen ist. Zentrale Ursachen dafür waren die Vorschrift zur Vermarktung von erneuerbarem Strom über die Börse, damit verbundene, sinkende Börsenpreise für Strom und die vielen Industrie-Rabatte (Befreiungen von der EEG-Umlage). Der Börsenmechanismus ist ein wichtiger Faktor

für die Höhe der EEG-Umlage. Denn sie errechnet sich aus der Differenz zwischen einer festgesetzten Vergütung (z. B. für Wind- oder Solarstrom) und dem Börsenpreis, der in der Tendenz der vergangenen Jahre deutlich gefallen ist. Je niedriger der Börsenpreis, desto höher die Umlage und damit der Preis erneuerbaren Stroms für den Verbraucher.

4. Wankende Energiekonzerne – im Schraubstock von staatlicher Regulierung, Energiewende und Managementfehlern

Seit geraumer Zeit stecken die großen vier Energiekonzerne immer tiefer in der Bredouille. Auslöser dafür ist aber nicht in erster Linie die Energiewende, sondern sind seit langem anhaltende, schwere Managementfehler. Seit die EU-Kommission im Jahre 1996 die Liberalisierung der Energiemärkte angeschoben hat, ist nach und nach ein neuer Regulierungsrahmen wirksam geworden, der die Geschäfte substanziell und radikal verändert hat (Greenpeace 2015, Zsfg. S. 1). Beides wurde noch durch den Aufschwung an erneuerbaren Energien und den Ausstieg aus der Atomenergie verstärkt. Dennoch wurde darauf nicht adäquat reagiert. So hielt das Management unbeirrt am überholten Geschäftskonzept konventioneller Energieversorgung fest, zumal die Konzerne „dank ihrer Marktmacht bis zum Ende der 2000er Jahre hohe Gewinne erwirtschaften“ konnten (Greenpeace 2015, Zsfg., S. 1). Die Konzerne sind inzwischen durch eine ganze Reihe von Punkten in eine strategisch schwierige Lage geraten:

- Regulierter statt ausgehandelter Netzzugang sowie anreizgesteuerte Netzentgelte führten zu leichterem Anbieterwechsel, starkem Wettbewerb im Endkundengeschäft und erheblichen Einbußen bei Marktanteilen.
- Die seit Mitte 2007 gesetzlich verbindliche gesellschaftsrechtliche Entflechtung integrierter Energieunternehmen führte insbesondere zu Wettbewerb im Bereich der Stromnetze und sorgte letztlich dafür, dass sich E.ON und Vattenfall 2010 und RWE mehrheitlich 2011 von ihren Übertragungsnetzen trennten.
- Durch das große Angebot erneuerbaren Stroms hat sich der Anteil der konventionellen Stromerzeugungskapazitäten von 85 Prozent im Jahre 2007 auf 68 Prozent im Jahre 2013 vermindert (AG Alternative Wirtschaftspolitik2014, S. 218).
- Die Stilllegung von acht Kernkraftwerken nach der Fukushima-Katastrophe im Jahre 2011 traf die Gewinne hart. Für den Ausgleich sorgen inzwischen billiger Braunkohlestrom und wachsende Stromexporte ins Ausland (Garnreiter 2014, S. 14).
- Billige Stromerzeugungskosten für Braunkohle und anhaltende, extrem niedrige Preise für CO₂-Zertifikate begünstigen Braunkohlekraftwerke gegenüber Steinkohle- und Gaskraftwerken (Garnreiter 2014, S. 17, Grafik 4). Deshalb haben die Konzerne inzwischen damit begonnen, teure Kraftwerke abzuschalten. Mangelnde Wirtschaftlichkeit wird ins Feld geführt. Der Bundesnetzagentur lagen mit Datum vom 10.02.2015 insge-

samt 48 Anträge zur Stilllegung von Kraftwerksblöcken vor, darunter 32 zur endgültigen Stilllegung.

- Die Rekommunalisierung der Energieversorgung bereitet Probleme. Die lokalen und regionalen Energieversorger sind daran interessiert, Strom-, Gas- und Fernwärmenetze wieder selbst betreiben zu können. Dafür ist die Zeit günstig. Denn die Laufzeit der Konzessionsverträge für Strom und Gas ist in dem 1990 verabschiedeten Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen auf zwanzig Jahre festgelegt worden. Die Gesamtzahl der Konzessionen beträgt bundesweit geschätzte 20.000. Mehrere tausend davon laufen allein bis 2016 aus.

Umbau der großen Energiekonzerne in schwierigem Fahrwasser

Die Aussichten für eine rasche Änderung der Geschäftsstrategie der vier großen Konzerne werden schlechter. Die Finanzierung eines Neustarts steht vor erheblichen Problemen. Im Wesentlichen bleiben „nur noch die Desinvestition und die Rationalisierung, um die dringend benötigten finanziellen Mittel für einen Neuanfang zu mobilisieren. Bei Verkäufen von Kraftwerksanteilen muss mit Verlusten gerechnet werden. Auch der Verkauf von Beteiligungen leidet ebenfalls an der schlechten Verfassung der Branche insgesamt.“ (Greenpeace 2015, Zsfg., S.2)

Inzwischen setzen die Energiekonzerne auf den Ausbau erneuerbarer Energien einschließlich dazugehöriger Infrastruktur und auf das Geschäftsfeld der Energiedienstleistungen. Allerdings sind die vier großen Energiekonzerne bislang nur sehr schwach im Bereich erneuerbarer Energien vertreten (Greenpeace, Zsfg S. 1, 2015). Gleichzeitig stehen ihnen finanzstarke Konkurrenten – darunter kommunale Konzerne – gegenüber.

6. Umkämpfte Energiewende

Die Energiewende in Deutschland ist zwar bislang weitgehend auf den Stromsektor beschränkt geblieben, gleichwohl aber mit großen Erfolgen. So hat der Anteil von erneuerbarem Strom an der gesamten erzeugten Strommenge im September 2014 erstmals die 30-Prozent-Marke überschritten. In der Vergangenheit haben vor allem mittelständische Unternehmen, Bürger, Landwirte und Stadtwerke in die Energiewende investiert, nur in geringem Umfang die großen Energiekonzerne. Es gibt derzeit 25.000 Windräder und 1,4 Millionen Photovoltaik-Anlagen. Rund die Hälfte dieser Anlagen gehört Bürgern und Landwirten.

Die Erfolge haben die Gegner nicht ruhen lassen. Seit 2005 haben alle Novellen des EEG zu Verschlechterungen geführt (Jung 2012). Mit der Novelle des EEG im Jahre 2014 ist das bisherige Ausbautempo für erneuerbare Energien auf breiter Front verlassen worden. Der Charakter des EEG wandelt sich. Das von garantierten Einspeisevergütungen geprägte EEG wird immer stärker von marktbasierter Regelungen durchdrungen. Die faktische Abschaffung des bisherigen EEG ist mit der nächsten Novelle ab 2017 vorgesehen. Dann soll die Höhe der Vergütung anhand von Ausschreibungen festgelegt werden.

Aufgrund des damit verbundenen Aufwandes werden die Chancen kleinerer Akteure sinken. Der antimonopolistische Impuls der erneuerbaren Energiewende würde vollends erlahmen. Erneut kämen große, kapitalstarke Energiewirtschaftsinteressen zum Zuge. Damit wächst die Gefahr, dass sich das institutionelle Gefüge der Energiewende deutlich verändert: von ihrer bisherigen Dezentralität hin zu zentralen Versorgungsstrukturen für erneuerbaren Strom.

Im Vergleich zum Stromsektor sind die großen, von fossilen Energieträgern beherrschten Bereiche Wärme und Verkehr bislang politisch völlig unzureichend in Angriff genommen worden. Nicht nur die eigentlich längst fällige Wärmewende, sondern auch der „Nationale Aktionsplan Energieeffizienz“ verbleibt unverbindlich. Kaum noch zu schaffen ist das regierungsamtliche Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent zu senken, bezogen auf das Basisjahr 1990. Geblieben ist ein klimapolitischer Torso im Interesse der fossilen Energiewirtschaft (Wille 2013). Es bleibt abzuwarten, wie sich die Klimapolitik angesichts des Handlungsdrucks weiter entwickelt. Es ist offen, ob und wenn ja, wie sich der jüngste Vorstoß des Bundeswirtschaftsministeriums durchsetzt, mittels einer Klimaschutz-Abgabe für den Strombereich wenigstens die ältesten und ineffizientesten Braunkohlekraftwerke aus dem Verkehr zu ziehen. Der praktikable Vorschlag hat zu erheblicher Unruhe und massiver Ablehnung im gewerkschaftlichen Bereich (IGBCE, Ver.di) und seitens Landes- und Bundespolitik geführt (Brackel 2015).

Literatur

- Agentur für erneuerbare Energien: Wirtschaft, in: <http://www.unendlich-viel-energie.de/themen/wirtschaft>; Abruf: 17.02.2015.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Energiewende noch unvollendet, in: Memorandum 2014, Bremen 2014, S. 199 – 224.
- Becker, Peter: Aufstieg und Krise der deutschen Stromkonzerne, Bochum 2011.
- Brackel, Benjamin von: Chapeau, Gabriel, Beitrag im Klimaretter.Info vom 17. April 2015, in: <http://www.klimaretter.info/energie/hintergrund/18591-chapeau-gabriel>; Abruf: 21.04.2015.
- Brand-Schock, Ruth: Grüner Strom und Biokraftstoffe in Deutschland und Frankreich – ein Vergleich der Policy-Netzwerke, Dissertation FU Berlin, Berlin 2010; in: <http://d-nb.info/1010393235/34>; Abruf: 24.09.2014.
- Brouns, Bernd: Konsequenz für neue Energien? Das Gesetzespaket der Bundesregierung zur „Energiewende“ zementiert den Status Quo, in: Z 88 (Dezember 2011), S. 97-105.
- Garnreiter, Franz: Die Konzerne blockieren die Energiewende – wir brauchen den Neuaufbau der Energiewirtschaft, in: Franz Garnreiter/Helmut Selinger: Die Energiewende im Würgegriff der Konzerne, isw-report 99, München Dezember 2014.
- Greenpeace: Die Zukunft der großen Energieversorger, Studie von Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup, Prof. Dr. Ralf-M. Marquardt, Hannover/Lüdinghausen Januar 2015.
- Hirschl, Bernd: Mehr Arbeit = gute Arbeit? – Beschäftigungseffekte erneuerbarer

Energien, in: Politische Ökologie Nr. 125, S. 95 – 101, München 2011.

Jung, Susanne: Was die PV-Novelle brachte – Kommentar zu wichtigen Änderungen, Beitrag vom 04.09.2012; in: http://www.sfv.de/artikel/was_die_pv-novelle_bringt.htm; Abruf: 03.03.2015.

Malycha, Andreas; Winters, Peter Jochen: Geschichte der SED – Von der Gründung bis zur Linkspartei, Bonn 2009.

Pomrehn, Wolfgang: Armutsrisiko Energiewende? – Mythen, Lügen, Argumente, Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin 2013.

Roesler, Jörg: Geschichte der DDR, Köln 2012.

Roesler, Jörg: Umweltprobleme und Umweltpolitik in der DDR, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 2006.

Scheer, Hermann: Gespräch mit der Redaktion der Zeitschrift Photon, Ausgabe 11/2010, Aachen 2010; in: <http://www.photon.de/photon/pd-2010-11.pdf>; Abruf: 09.02.15.

Wille, Joachim: Das Gegenteil von Energiewende, in: <http://www.fr-online.de/energie/leitartikel-zum-koalitionsvertrag-das-gegenteil-von-energiewende,1473634,25456522.html>; Abruf: 27.02.2015.

express		ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT
Niddast: 64, 60329 FRANKFURT Tel. (069) 67 99 84 express-afp@online.de www.express-afp.info	Diskussionsforum für <ul style="list-style-type: none"> ■ Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik ■ Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung ■ Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik ■ Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe ■ Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie 	Probieren?! kostenfreies Probeexemplar anfordern!!

Ulla Plener

Luxemburg und Lenin

Ihre Stellung zu Demokratie und Sozialismus in der Revolution von 1905-1907¹

Dem Band 6 der „Gesammelten Werke“ Rosa Luxemburgs, mit dem der Berliner Karl Dietz Verlag – ganz im Sinne W.I. Lenins, der 1922 „die vollständige Ausgabe ihrer Werke“ forderte² – 2014 begonnen hatte, die „Gesammelten Werke“ zu ergänzen, folgt nun der hier angezeigte Band, dessen Texte von Holger Politt verdienstvoll erstmalig aus dem Polnischen ins Deutsche übersetzt und herausgegeben wurden. Den Texten Rosa Luxemburgs folgend, geht es da vor allem um den Charakter (Inhalt) der Revolution in Russland 1905-1907, um die Rolle der Arbeiterklasse und um Positionen und Aufgaben der Sozialdemokratie in dieser Revolution. Da es dem Herausgeber beliebt, in seiner Einleitung zum Band wie auch im Kommentar zu einem der Texte des Bandes, veröffentlicht in Z 100 (Dezember 2014, S. 189ff.), einen Gegensatz – „wichtigen Unterschied“ – zwischen Lenin und Rosa Luxemburg zu postulieren, die Stellung zu den bürgerlich-demokratischen Freiheiten betreffend, ohne auch nur einen Beweis anzuführen, soll/muss hier, gebunden an die drei genannten Hauptprobleme des Bandes, darauf – wiederholt – eingegangen werden.³

Über den Charakter – Inhalt – der Revolution 1905-1907 in Russland und die Rolle der Arbeiterklasse in ihr schrieb Rosa Luxemburg im Januar 1906: Formal sei diese der „letzte Ausläufer“ bürgerlicher Revolutionen in Europa, ihre „nächste äußere Aufgabe ist die Schaffung einer modernen kapitalistischen Gesellschaft mit offener bürgerlicher Klassenherrschaft“; aber „diese formal bürgerliche Revolution wird in Russland nicht mehr durch die Bourgeoisie, sondern durch die Arbeiterklasse vollzogen“, und diese sei „nicht mehr ein Anhängsel des Kleinbürgertums, wie in allen bisherigen Revolutionen, sondern sie tritt als selbständige Klasse mit vollem Bewusstsein ihrer besonderen Klasseninteressen und Aufgaben auf, d.h. als eine von der Sozialdemokratie geführte Arbeiterklasse“. Und weiter: „Die politischen Formen der modernen bürgerlichen Klassenherrschaft werden hier nicht durch die Bourgeoisie, sondern durch die Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie erkämpft“; sie habe auch „eine neue Kampfmethodem geschaffen, die ihrem proletarischen Charakter wie der Verbindung des Kampfes um die Demokratie mit dem

¹ Anmerkungen aus Anlass der Herausgabe von Rosa Luxemburgs „Polnischen Texten“: Rosa Luxemburg, Arbeiterrevolution 1905/06. Polnische Texte. Herausgegeben von Holger Politt, Karl Dietz Verlag, Berlin 2015, 344 S., 29,90 Euro.

² W. I. Lenin, Werke Bd. 33, S. 195.

³ Vgl. Die Revolution 1905-1907, in: Ulla Plener, Rosa Luxemburg und Lenin. Gemeinsamkeiten und Kontroversen. Gegen ihre dogmatische Entgegenstellung, Berlin 2009, Erster Teil: Die Gemeinsamkeiten, S.12-16.

Kampfe gegen das Kapital entspricht – den revolutionären Massenstreik“. Sie sei also „nach Inhalt und Methoden ein ganz neuer Typus der Revolution“: „Formell bürgerlich-demokratisch, in ihrem Wesen proletarisch-sozialistisch, ist sie sowohl nach Inhalt wie Methoden *eine Übergangsform* von den bürgerlichen Revolutionen der Vergangenheit zu den proletarischen Revolutionen der Zukunft, in denen es sich bereits um die Diktatur des Proletariats und die Verwirklichung des Sozialismus handeln wird.“⁴

Aber der Weg zum Sozialismus führt, so Rosa Luxemburg weiter, über die demokratische Republik, über die zu erkämpfenden bürgerlich-demokratischen Freiheiten. Denn: „Das Proletariat lernt und bildet sich während des Kampfes... Vom Grad [seines] Bewusstseins hängt das Ergebnis des Sieges ab.“ Und wie gelangt das Proletariat zu diesem Bewusstsein? Die erste Bedingung dafür sei das Erzwingen von Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit.⁵ Deshalb brauche das Arbeitervolk „die Einführung der demokratischen Republik in Russland“, in der die Arbeiterklasse die größtmögliche Freiheit haben werde.⁶

Über die Aufgaben der Sozialdemokratie als politische Partei der Arbeiterklasse schrieb Rosa Luxemburg, diese bestünden darin, die politische Selbständigkeit des Proletariats in der Revolution zu sichern, sie stehe in der Pflicht, „die ‘konstitutionelle’ Komödie des Zaren“ und der liberalen Bourgeoisie „in einen neuen Ausbruch des revolutionären Feuers umzuwandeln“.⁷ – Wenn wir sie [die Arbeitermasse] zum Kampf rufen, dann tun wir, was Pflicht des bewussten, führenden Vortrupps des Proletariats ist, den die Sozialdemokratie eben stellt.“⁸

Und Lenin? Welche Position vertrat er hinsichtlich des Charakters der Revolution 1906-1907 und der Notwendigkeit bürgerlich-demokratischer Freiheiten für die Arbeiterklasse? Nach Holger Politt ist es „die Gretchenfrage, wie eine revolutionäre Bewegung, die die auf kapitalistischer Produktionsweise beruhende Gesellschaftsordnung aus der Welt schaffen will, mit Demokratie und demokratischen Formen umgehen will, die in der bürgerlichen Gesellschaft... durch Klassenkämpfe, in denen Arbeiter ihre Haut blutig zu Markte trugen, herausgekämpft, herausgeschlagen worden waren. Lenins klare, abweisende, allein negierende Auffassung ist bekannt (? U.Pl.), er dachte auch vor 1917, zumindest seit 1903 nie anders, wenn ja, dann geschah es allein kurzfristiger taktischer Erwägungen zuliebe.“⁹ Prüfen wir, indem wir in Lenins Texten nachschlagen, ob diese Aussage stimmt. Mehrere Zitate lassen sich da nicht vermeiden.

⁴ Rosa Luxemburg, Die russische Revolution, in: Dies., Gesammelte Werke, Bd. 2, S. 7-10, Hervorhebung von Rosa Luxemburg.

⁵ Rosa Luxemburg, Arbeiterrevolution, a.a.O., S. 151/152.

⁶ Ebd., S. 62.

⁷ Ebd., u.a. S. 136, 137.

⁸ Ebd., S. 139.

⁹ Holger Politt, Unter Blitz und Donner: Zusammenstoß zweier Zeitalter, in: Ebd., S. 29.

Beginnen wir mit einem Text aus dem Jahr 1902. Da schrieb Lenin in der Auseinandersetzung um das Agrarprogramm der SDAPR im Vorfeld ihres II. Parteitags (Juli/August 1903): „Wir müssen möglichst weit den Gedanken verbreiten, dass die Entscheidungsschlacht zwischen Proletariat und Bourgeoisie nur in der Republik geschlagen werden kann, wir müssen in allen Kreisen der russischen Revolutionäre und unter möglichst breiten Massen der russischen Arbeiter eine republikanische Tradition schaffen und festigen, wir müssen durch diese Losung der ‘Republik’ zum Ausdruck bringen, dass wir im Kampf um die Demokratisierung der Staatsordnung bis zu Ende gehen werden, ohne nach rückwärts zu blicken.“¹⁰ Im Bericht über den III. Parteitag der SDAPR (April 1905), veröffentlicht im Mai 1905, schrieb Lenin: Die Revolution habe begonnen, das Proletariat stehe an der Spitze der Kampfkräfte der Revolution. Es habe „der Sache der Freiheit schon die größten Opfer gebracht und rüstet jetzt zur entscheidenden Schlacht gegen die zaristische Selbstherrschaft. Die bewussten Vertreter des Proletariats sind sich im Klaren, dass die Freiheit die Werktätigen noch nicht aus Elend, Knechtung und Ausbeutung erlösen wird... [Aber:] Wir wissen, dass die Freiheit uns einen breiten und offenen Massenkampf für den Sozialismus ermöglichen wird... Wenn wir in der bevorstehenden demokratischen Revolution den Sieg erringen, machen wir einen gigantischen Schritt vorwärts, unserem sozialistischen Ziel entgegen.“¹¹

So auch in der Arbeit „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen (! U.Pl.) Revolution“, veröffentlicht im Juli 1905. Lenin erläuterte hier die Beschlüsse des III. Parteitags der SDAPR und zitierte im Wortlaut die angenommene Resolution, in deren 1. Punkt es heißt, „dass sowohl die unmittelbaren Interessen des Proletariats als auch seine Interessen im Kampf für die sozialistischen Endziele die möglichst volle politische Freiheit und folglich die Ersetzung der absolutistischen Regierungsform durch die demokratische Republik einfordern“.¹² Und weiter – ganz wie Rosa Luxemburg: „Ohne Klassenbewusstsein und ohne Organisiertheit der Massen, ohne ihre Schulung und Erziehung durch den offenen Klassenkampf gegen die gesamte Bourgeoisie kann von der sozialistischen Revolution keine Rede sein“ – und der erste Schritt zu ihr, der einzig richtige Weg sei der Weg der demokratischen Republik, denn „die Verbreitung [der] sozialistischen Aufklärung [ist] von der möglichst vollständigen Verwirklichung der demokratischen Umgestaltungen abhängig“ – „Wer auf einem anderen Weg als dem des politischen Demokratismus zum Sozialismus kommen will, der gelangt unvermeidlich zu Schlussfolgerungen, die sowohl im ökonomischen als auch im politischen Sinne absurd und reaktionär sind.“¹³ Die „bürgerliche Revolution [ist] für das Proletariat im höchsten Grade vorteilhaft“, sie „ist im Interesse des Proletariats unbedingt notwendig. Je vollständiger und entschiedener, je konsequenter die

¹⁰ W. I. Lenin, Werke Bd. 6, S. 110/111.

¹¹ Ebd., Bd. 8, S. 433, 437.

¹² Ebd., Bd. 9, S. 9; vgl. auch Bd. 11, S. 25-30.

¹³ Ebd., S. 15.

bürgerliche Revolution sein wird, desto gesicherter wird der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus sein.“¹⁴

Wie Rosa Luxemburg hob Lenin die notwendige politische Eigenständigkeit des Proletariats gegenüber der liberalen Bourgeoisie und dessen Rolle in Russland als entscheidende, führende Kraft der Revolution hervor: Sein Kampf habe „eine große Gärung, teilweise eine revolutionäre Bewegung innerhalb der Masse von 50 bis 100 Millionen Bauern“ erzeugt, was auch zu einer demokratischen Bewegung in der Armee geführt habe, und so sei „aus dem schlafenden Russland das Russland des revolutionären Proletariats und des revolutionären Volkes entstanden“.¹⁵

Wie Rosa Luxemburg verwies Lenin auf das wichtigste proletarische Kampfmittel in der Revolution – den politischen Massenstreik. Und wie sie fasste er daraufhin zusammen: „Die Eigentümlichkeit der russischen Revolution besteht eben darin, dass sie nach ihrem sozialen Inhalte eine bürgerlich-demokratische, nach ihren Kampfsmitteln aber eine proletarische war. – Sie war bürgerlich-demokratisch, weil das, was sie unmittelbar erstrebte und unmittelbar, mit ihren eigenen Kräften, erreichen konnte, die demokratische Republik, Achtstundentag, Konfiskation des enormen Großgrundbesitzes der Adligen war – alles Maßnahmen, die die bürgerliche Revolution in Frankreich in den Jahren 1792 und 1793 zum großen Teil verwirklicht hat. – Die russische Revolution war gleichzeitig eine proletarische nicht nur in dem Sinne, dass das Proletariat die führende Rolle, die Avantgarde der Bewegung darstellte, sondern auch in dem Sinne, dass das spezifische proletarische Kampfsmittel, nämlich der Streik, das Hauptmittel der Aufrüttelung der Massen und das am meisten Charakteristische im wellenmäßigen Gang der entscheidenden Ereignisse bildete. – Die russische Revolution ist die erste – sie wird sicher nicht die letzte – große Revolution in der Weltgeschichte sein, in der der politische Massenstreik eine ungemein große Rolle spielte.“¹⁶ Und in „Zwei Taktiken ...“: „Eben die Lage des Proletariats als Klasse zwingt es, konsequent demokratisch zu sein. Die Bourgeoisie blickt nach rückwärts, sie fürchtet den demokratischen Fortschritt, der mit der Gefahr einer Erstarkung des Proletariats droht. Das Proletariat hat nichts zu verlieren als seine Ketten, wird aber mit Hilfe des Demokratismus die ganze Welt gewinnen... Je konsequenter die bürgerliche Revolution ist, desto mehr Vorteile sichert sie in der demokratischen Umwälzung dem Proletariat und der Bauernschaft.“¹⁷ Die Pflicht der Sozialdemokratie als Partei des Proletariats sei es, „in der gegenwärtigen ‘allgemein-demokratischen’ Bewegung ihre volle Selbständigkeit als Klassenpartei zu wahren“.¹⁸

Ein gewisser verbaler Unterschied in den Aussagen von Rosa Luxemburg und Lenin zu strategisch-taktischen Fragen in der Revolution 1905-1907 lässt sich in etwa in Bezug auf die Rolle der Bauernschaft feststellen.

¹⁴ Ebd., S. 37. Hervorhebung von Lenin.

¹⁵ Ebd., Bd. 23, S. 246.

¹⁶ Ebd., S. 246/247.

¹⁷ Ebd., Bd. 9, S. 39.

¹⁸ Ebd., S. 35.

Lenin schrieb in „Zwei Taktiken...“, „der wahre Schwung der russischen Revolution“ werde „erst dann einsetzen“, „wenn ... die Masse der Bauernschaft an der Seite des Proletariats als aktiver Revolutionär auftreten wird“. Denn: „Nicht nur die radikale Umgestaltung der Agrarverhältnisse, sondern auch alle ihre allgemeinen und ständigen Interessen binden die Bauernschaft an die Revolution... Je aufgeklärter die Bauernschaft sein wird..., desto konsequenter und entschlossener wird sie für die vollständige demokratische Umwälzung eintreten, denn die Herrschaft des Volkes schreckt sie nicht, wie sie die Bourgeoisie schreckt, sondern ist für sie von Vorteil. Die demokratische Republik wird zu ihrem Ideal werden, sobald sie beginnt, sich vom naiven Monarchismus frei zu machen; denn der bewusste Monarchismus der schachernden Bourgeoisie (mit einem Oberhaus usw.) bedeutet für die Bauernschaft genau dieselbe Rechtlosigkeit, dieselbe Geducktheit und Unwissenheit, nur ganz leicht mit europäisch-konstitutionellem Firnis überstrichen.“¹⁹ Und so schrieb Lenin über das Ziel der angestrebten demokratischen Republik: „Die demokratische Umwälzung ist bürgerlich... Wir Marxisten aber müssen wissen, dass es keinen anderen Weg zur wirklichen Freiheit des Proletariats und der Bauernschaft gibt noch geben kann als den Weg der bürgerlichen Freiheit und des bürgerlichen Fortschritts. Wir dürfen nicht vergessen, dass es in der gegenwärtigen Zeit kein anderes Mittel gibt noch geben kann, um den Sozialismus näher zu bringen, als die volle politische Freiheit, als *die demokratische Republik, als die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft*.“²⁰

Rosa Luxemburg maß der Bauernschaft nicht diese gewichtige Rolle zu. Aber auch sie konstatierte: In den Kampf seit Januar 1905 „folgte das Dorf der Stadt. Die Revolution breitete sich aus, wuchs zu einer Lawine an... Der Bauernkrieg weitete sich wie ein Feuer über Mittel- und Südrussland aus...“²¹ In Russland nähme die Bauernschaft „die Rolle eines revolutionären Faktors von erstrangiger Bedeutung ein... Zu den Aufgaben für die Partei des Proletariats gehört es, die Bauernbewegung möglichst zu unterstützen und sie zu leiten, soweit wie möglich danach zu streben, an ihrer Spitze zu stehen, sie mit sich zu ziehen.“²² Und das Proletariat sollte während des revolutionären Sturms seine volle politische Kraft entfalten – desto größer werde sein „Anteil an den Rechten und desto günstiger wird die Lage unter der späteren, bereits ruhigen Herrschaft der Bourgeoisie nach der Revolution sein“. – „Deshalb sollte“, so schrieb sie im März 1906, „jetzt in der Zeit der Revolution dies die Richtlinie unserer Taktik sein: *Die völlige faktische Herrschaft des Proletariats anstreben, eine Art politischer 'Diktatur' des Proletariats anstreben*, freilich nicht, um den sozialistischen Umsturz herbeizuführen, sondern erst einmal die Ziele der Revolution zu verwirklichen.“²³ Und das waren zunächst die Republik und die politischen Freiheiten.

¹⁹ Ebd., S. 88/89.

²⁰ Ebd., S. 102, Hervorhebung von mir, U.Pl.

²¹ Rosa Luxemburg, Arbeiterrevolution, a.a.O., S. 185.

²² Ebd., S. 265.

²³ Ebd., Hervorhebung von mir, U.Pl.

Da beide – Rosa Luxemburg und Lenin – den Charakter, die Ziele der Revolution und deren treibende Kräfte übereinstimmend beurteilten, wäre es müßig, darüber länger nachzudenken, welcher konkrete Unterschied zwischen der „Art politischer ‘Diktatur’ des Proletariats“ (Luxemburg) und der „revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ (Lenin) bestehen sollte/könnte. Beiden ging es darum, die Revolution bis hin zur demokratischen Republik mit allen dazu gehörenden politischen Freiheiten zu führen – als Voraussetzung für den weiteren Weg hin zum Sozialismus.

Die Reihe der Aussagen Lenins über den demokratischen Charakter/Inhalt der Revolution 1905-1907, die Notwendigkeit demokratischer Freiheiten als Bedingung des Fortschreitens zur sozialistischen Revolution und die Rolle des Proletariats als Vorkämpfer für Demokratie könnte noch fortgesetzt werden. Zu empfehlen ist, seine Arbeit „Zwei Taktiken...“ (1905) ganz zu lesen; dazu zumindest noch sein Vorwort zum Sammelband „12 Jahre“ (1907), der seine Arbeiten, einschließlich „Zwei Taktiken...“ enthielt²⁴ sowie „Ein Vortrag über die Revolution von 1905“, gehalten im Januar 1917.²⁵

Während der Revolution 1905-1907 kam es zu einer starken politischen Annäherung von Rosa Luxemburg und Lenin. In der Auseinandersetzung Lenins mit den Menschewiki stand sie an seiner Seite. Unter anderem trat sie in ihrem Artikel „Blanquismus und Sozialdemokratie“ (Juni 1906) gegen Plechanow auf, der die Bolschewiki des Blanquismus bezichtigte, und erläuterte positiv das Diktatur-Verständnis der Bolschewiki.²⁶ Übereinstimmend mit Lenin kritisierte sie Positionen und Verhalten der Menschewiki während der Revolution.²⁷

Die Vorlage der polnischen Texte Rosa Luxemburgs über die Revolution in Russland 1905-1907 bereichert unser Wissen um theoretische Positionen und politisches Engagement der großen Revolutionärin und Lehrerin der internationalen Arbeiterbewegung. Dafür gebührt dem Übersetzer und Herausgeber Holger Politt Dank.²⁸

²⁴ W. I. Lenin, Werke Bd. 13, S. 86-105.

²⁵ Ebd., Bd. 23, S. 244-262.

²⁶ Vgl. Rosa Luxemburg, Arbeiterrevolution, a.a.O., S. 214-219.

²⁷ Vgl. ebd., S. 247, 253, 254, 257, 301. Siehe dazu U. Plener, Rosa Luxemburg und Lenin, a.a.O., S. 12-16.

²⁸ Korrekturbedürftig sind allerdings die Übersetzung des Parteinamens SDAPR und die Bemerkungen dazu. Siehe S. 14, Anm. 7, sowie Glossar, S. 320, wo der Parteiname mit „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands“ wiedergegeben wird. Dazu Politt: „eigentlich Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei“. Das stimmt nicht. Die Partei hieß niemals *Russische* (Russkaja). Ihr Name war immer *Rossijskaja social-demokratičeskaja rabočaja partija* (Российская социал-демократическая рабочая партия). *Rossijskaja* heißt *Russländische* und ist im Russischen – anders als im Polnischen – nicht identisch mit *Russische*, denn Russland umfasst – auch heute – mehr als die russische Bevölkerung und die von ihr bewohnten Territorien – es war und ist ein Vielvölkerstaat mit entsprechenden administrativen Einheiten. Auch wurde die Partei im März 1918 nicht in „Russische Kommunistische Partei“ umbenannt (vgl. Glossar, S. 306, Stichwort: Bolschewiki), sondern in „*Rossijskaja kommunističeskaja partija (bolschewiki)*“ (Российская коммунистическая партия [большевики]). Deshalb wird im Deutschen üblicherweise die Bezeichnung „...Russlands“ benutzt.

Martin Grass

Clara Zetkin zur Planung einer internationalen Sozialistenkonferenz 1917 in Stockholm

Durch die russische Februarrevolution 1917 schien die Möglichkeit gegeben, die Parteien der sozialistischen Internationale, die sich nach Kriegsausbruch in verschiedene Lager gespalten hatte, wieder zusammenzuführen und eine gemeinsame Aktion für den Frieden einzuleiten. Separate Versuche, nicht zuletzt vonseiten der Parteien der neutralen Länder, waren zuvor ergebnislos geblieben. Die Reaktionen der sozialistischen Parteien schienen diese Möglichkeit zu bestätigen. Durch einen konkreten Vorschlag von Thorvald Stauning, Vorsitzender der dänischen sozialdemokratischen Partei, von Anfang April 1917 und nach einem Beschluss Mitte April seitens der provisorischen Exekutive des ISB (Internationales Sozialistisches Büro), bestehend aus Vertretern der sozialdemokratischen Partei des neutralen Hollands und des ISB-Sekretärs Camille Huysmans, wurde eine internationale sozialistische Konferenz nach Stockholm einberufen.¹

„Recht zur Mitwirkung praktisch geltend machen“

Nachdem die Konferenzeinladung nach Stockholm publik geworden war, meldete Clara Zetkin, Sekretärin der sozialistischen Fraueninternationale, bei Camille Huysmans sofort am 23. April die erwünschte Beteiligung von Vertreterinnen an.² An Thorvald Stauning schrieb sie am 25. April: „Die bevorstehende internationale Sozialistenkonferenz zur Förderung des Friedens kann von großer Bedeutung werden. Die Genossinnen aller Länder müssen deshalb ihr Recht zur Mitwirkung praktisch geltend machen.“ An anderer Stelle verlangte sie, „das grundsätzliche Recht der Genossinnen zur Mitberatung und Mitentscheidung zu wahren“ und „eine Gesamtdelegation für die Genossinnen jener Länder zu haben, die keine eigene Vertretung entsenden können“. Sie hoffte, dass ihr Stauning zustimme und „Indemnität“ erteile, d.h. dieses Verlangen billige.³ Ähnliche Formulierungen finden sich in anderen Briefen von Clara Zetkin. In einem Schreiben an Luise Zietz, Gründungsmitglied der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), im April heißt es, die internationale Konferenz sei „gesichert“ und es sei „unabweisbar notwendig, daß das grundsätzliche Recht der Ge-

¹ Siehe meine Edition der Protokolle des Organisationskomitees mit entsprechenden Kommentaren und Literaturhinweisen unter: www.labourhistory.net/stockholm1917. Eine Edition der Korrespondenz zur Stockholmer Konferenz bearbeitet Agnes Blänsdorf (Kiel).

² Nachlass Clara Zetkin, SAPMO-BArch, Berlin, NY 4005 (Kopie des Originals in Moskau). – Clara Zetkin und die Stockholmer Konferenz von 1917 habe ich kurz behandelt in meinem Beitrag: Briefe Clara Zetkins in Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung in Stockholm, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2001 I/III, September, S. 50-57, S. 34-57.

³ Nachlass Thorvald Stauning, 29 A, in: *Arbejderbevægelsens bibliotek og arkiv (ABA)* [Bibliothek und Archiv der Arbeiterbewegung], Kopenhagen.

nossinnen zur Mitwirkung und Mitentscheidung praktisch geltend gemacht und behauptet wird“.⁴ An die Holländerin Heleen Ankersmit, die zuvor schon ein Telegramm und einen Eilbrief erhalten hatte, schrieb Clara Zetkin am 16. Mai nochmals zusammenfassend: Die Frauen müssten ihren „grundsätzlichen Rechtsanspruch auf gleichberechtigte Mitarbeit praktisch geltend und wirksam machen“.⁵ In einem Brief an Anna Lindhagen, internationale Sekretärin der schwedischen sozialdemokratischen Frauenorganisation, vom 2. Juli, in dem der gesamte bisherige Vorgang rekapituliert wurde, wiederholte Clara Zetkin ihre Stellungnahme. Es sei „absolut notwendig, dass die sozialistischen Frauen überall mitwirken müssten, wo ehrlich und ernst für einen Frieden gewirkt würde, der unseren Grundsätzen entspricht“. Die Einbindung der Frauen in die Friedensarbeit sei wichtig „gerade weil wir Frauen weibliche Menschen, nicht mißratene verpfuschte Kopien der Männer sind und unsere eigenen geistigen und sittlichen Werte für die Betrachtung und Lösung der vorliegenden Probleme mitbringen“. Es seien ja die Frauen gewesen, die nach Kriegsausbruch „die ersten“ gewesen wären – was nicht ganz korrekt ist –, die „die alten Bande“ wieder geknüpft und – auf der internationalen Frauenkonferenz in Bern 1915 – Prinzipien „für das gemeinsame Ziel des Friedens und der Wiederaufrichtung des allgemeinen Bruderbundes“ formuliert hätten.⁶

Clara Zetkin erteilte Heleen Ankersmit und Angelika Balabanova⁷ sofort, und zwar „auf eigene Faust“ und ohne vorherige Konsultation mit den angeschlossenen Frauenorganisationen und ohne einen offiziellen Beschluss, das Mandat, die Fraueninternationale in Stockholm zu vertreten. „Die außergewöhnliche Situation“ rechtfertige „die ungewöhnliche Form dieses Mandats“. Aber es sei „schlechterdings unmöglich, daß internationale Sozialisten in diesem geschichtlichen Augenblick aus irgendwelchen formalistischen, geschweige denn sachlichen Gründen eine Vertretung der sozialistischen Frauen von der Mitwirkung an dem Friedenswerk der Sozialisten aller Länder ausschließen könnten“. Sie sei überzeugt, „daß mein Handeln allgemeine Zustimmung finden wird“, so am 23. April im Brief an Angelika Balabanova.⁸

Die Wahl von Heleen Ankersmit und Angelika Balabanova begründete Clara Zetkin im Brief an letztere einerseits damit, dass beide an der sozialistischen Frauenkonferenz in Bern 1915 teilgenommen hätten, und andererseits mit dem Hinweis, dass sie „seit langem mit dem ganzen Komplex der Fragen vertraut“ seien, die in Stockholm behandelt würden. Sie hätte ursprünglich auch Anna Lind-

⁴ Nachlass Clara Zetkin, SAPMO-BArch, Berlin, NY 4005 (Kopie des Originals in Moskau).

⁵ Abgedruckt bei Wilhelm Eildermann, Unveröffentlichte Briefe Clara Zetkins an Heleen Ankersmit, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1967, Nr. 4, S. 685-688. Als Anlage auch im Brief von Clara Zetkin an Anna Lindhagen, 2.7.1917, nachgewiesen in Anm. 6.

⁶ Clara Zetkin an Anna Lindhagen, 2.7.1917, Bestand Sveriges socialdemokratiska kvinnoförbund [Sozialdemokratischer Frauenverband Schwedens, [SSKF], Box E 05:01, in: Arbetarrörelsens arkiv och bibliotek (ARAB) [Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung], Stockholm.

⁷ Noch im Exil in Zürich und ab Mitte Mai als ISK-Sekretärin in Stockholm tätig.

⁸ Brief und das Mandat als Anlage im Nachlass Angelika Balabanova, Box 01, in ARAB.

hagen ein Mandat erteilen wollen, wie sie an diese später schrieb. Aber aus mehreren Gründen hätte sie das unterlassen. Anna Lindhagen hätte nicht an der Berner Konferenz 1915 teilgenommen, die Verständigung mit Schweden dauere „besonders lange“ und sei unsicher, und sie habe angenommen, dass Anna Lindhagen als Schwedin wohl sowieso an der Stockholmer Konferenz teilnehmen würde.⁹ An Angelika Balabanova schrieb sie zudem, sie sei „durch Ihre theoretische Schulung wie durch Ihre ganze Persönlichkeit zu der Vertretung geradezu berufen“. Clara Zetkin war sich aber auch bewusst, dass sie ihr damit „eine schwere Pflicht und Verantwortung aufbürde“ und „ein großes Opfer“ verlange. Sie würde selbst teilnehmen – „und wenn ich kriechen müsste und die Gewißheit hätte, daran zu sterben“ –, aber sie sei „durch äußere Umstände gefesselt“. ¹⁰ Mit Letzterem war natürlich gemeint, dass sie nicht mit einer Reisegenehmigung rechnen konnte.

Wenn auch Clara Zetkins Vorgehen und Vorschlag bald Zustimmung erteilt wurde, wie aus den genannten Briefen an Heleen Ankersmit und Anna Lindhagen hervorgeht, so gab es auch abweichende Stimmen, und zugleich wurde eine Alternative diskutiert: eine internationale Frauenkonferenz. Eine solche hatte beispielsweise Heleen Ankersmit befürwortet.¹¹ Allerdings hatte sich da zunächst ein „Mißverständnis“ ergeben, wie Clara Zetkin an Anna Lindhagen schrieb, weil es so ausgesehen hatte, als wolle Heleen Ankersmit eine Frauenkonferenz statt einer Teilnahme an der Stockholmer Konferenz. Auch Stauning wies in seiner Antwort an Clara Zetkin auf eine Frauenkonferenz hin, wollte im Übrigen aber die Beteiligung der Fraueninternationale an der Stockholmer Konferenz unterstützen.¹² Dagegen hatten die Schweizer Frauen vorgeschlagen, nur an der geplanten dritten Zimmerwalder Konferenz teilzunehmen, die nach der Stockholmer Konferenz stattfinden sollte.¹³ Auch Aleksandra Kollontaj schrieb an Heleen Ankersmit am 22. Juli, dass „wir keinesfalls an dem Kongress der Sozialpatrioten“ – zu denen hier auch der Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat gezählt wurde, der sich dem Stockholmer Vorhaben angeschlossen hatte – teilnehmen sollten. Eine Frauenkonferenz solle zudem nur in Verbindung mit der Zimmerwalder Konferenz stattfinden.¹⁴

„Politische Sammlungstaktik“

Clara Zetkin war in beiden Fragen anderer Meinung. In ihrem Brief an Heleen Ankersmit vom 16. Mai schrieb sie: Die Voraussetzungen für „getrennte Sonderkonferenzen der Frauen für den Frieden und Verständigung“ seien nicht

⁹ Nachgewiesen in Anm. 6.

¹⁰ Nachgewiesen in Anm. 8.

¹¹ Telegramm von Heleen Ankersmit vom 9.5.1917, zitiert in: Clara Zetkin an Anna Lindhagen, 2.7.1917, nachgewiesen in Anm. 6.

¹² Undatiertes Konzept einer Antwort auf Clara Zetkins Brief vom 25.4.1917, in: Nachlass Stauning, 29 A, ABA.

¹³ Clara Zetkin an Anna Lindhagen, 2.7.1917, nachgewiesen in Anm. 6.

¹⁴ Abgedruckt in Horst Lademacher, Die Zimmerwalder Bewegung. Protokoll und Korrespondenz. Bd. 1, Den Haag-Paris 1967, S. 538f.

mehr gegeben. Es gelte, „alle grundsätzlich gleichgesinnten Kräfte zusammenzufassen“. „Dies ist unser Platz und unsere Arbeitsstelle in der großen Internationale.“¹⁵ Ebenso schrieb sie an Anna Lindhagen am 2. Juli, dass die Frauen an der Stockholmer Konferenz teilnehmen müssten und nicht nur an Konferenzen linker Gruppen. Die Frauenorganisation jedes Landes könne natürlich grundsätzlich entscheiden, an welcher der Konferenzen sie teilnehmen möchte, aber die Fraueninternationale müsse als Organisation allen Konferenzen beiwohnen, „die ehrlich und ernst für den Frieden und den Aufbau einer aktionswilligen und aktionsfähigen allgemeinen Internationale arbeiten wollen“. „Unser Rat und unsere Stimme muss überall in die Wa[a]g[s]chale geworfen werden, wo um die Klärung und Befestigung unserer Grundsätze gerungen und gekämpft wird. Unser Platz ist nicht nur dort, wo sich gemeinsame Erkenntnis zu einem gemeinsamen Willen zu gemeinsamer Arbeit zusammenballt, sondern auch dort, wo erst noch um grundlegende gemeinsame Erkenntnis gestritten wird, dort, wo es gilt, Verantwortlichkeiten festzustellen, Legenden zu zerstören und zu zeigen, was ist, und was sein soll.“ Dies sei letztlich auch eine „Erfüllung der Verpflichtung [der] Berner Konferenz“.¹⁶ Die Stellungnahme zur Kriegsschuldfrage und die kritische Beurteilung der Mythen der Vaterlandsverteidigung waren bei der Vorbereitung der Stockholmer Konferenz allerdings keine allgemein akzeptierten Verhandlungspunkte.

Der linke Flügel der sozialistischen Bewegung, dem Clara Zetkin wie auch Angelika Balabanova und Heleen Ankersmit angehörten, stand der Stockholmer Konferenz skeptisch bis ablehnend gegenüber, auch nach der Konferenzinitiative des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die sich schließlich mit der des Holländisch-Skandinavischen Komitees vereinigt hatte. Aleksandra Kollontaj, der Zimmerwalder Linken zugehörig, war völlig ablehnend. Auch Angelika Balabanova, Sekretärin der ISK (Internationale Sozialistische Kommission) und Mitorganisatorin des Zimmerwalder Konferenzvorhabens, war gegen eine Beteiligung an der Stockholmer Konferenz oder eine gemeinsame Konferenz. Käte Duncker, Mitglied der Spartakus-Gruppe, betrachtete dagegen die Stockholmer Konferenz als „Strohalm, ein bißchen Hoffnung, um das 'Durchhalten' zu erleichtern“.¹⁷ Hermann Duncker stimmte zu: Stockholm sei „ein Brennpunkt des Fühlens und Denkens von Millionen – wie noch nie ein internationaler Kongreß“.¹⁸ Käte Duncker wollte nach Stockholm: „Wenn ich auch den unmittelbaren Erfolg sehr gering einschätze, so erhoffe ich doch viel von der Aussprache für später.“ Sie wollte aber auch nach Stockholm wegen der Zimmerwalder Konferenz.¹⁹ Zusammen mit Rosa Luxemburg wurde sie am 17.

¹⁵ Nachgewiesen in Anm. 5.

¹⁶ Nachgewiesen in Anm. 6.

¹⁷ Käte Duncker an Hermann Duncker, 5.5.1917, in: Heinz Deutschland (Hrsg.), „Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten“. Briefwechsel zwischen Käte und Hermann Duncker 1915 bis 1917, Bonn 2005, S. 126.

¹⁸ Hermann Duncker an Käte Duncker, 23.5.1917, nachgewiesen in Anm. 17, S. 129.

¹⁹ Käte Duncker an Hermann Duncker, 19.6.1917, nachgewiesen in Anm. 17, S. 134.

Juni als Vertreterin des Wahlvereins für den Kreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, Mitglied der USPD, für die Stockholmer Konferenz gewählt; ebenfalls gewählt wurde Franz Mehring.²⁰ Die Wahl von Rosa Luxemburg war illusorisch, da diese im Gefängnis war. Käte Duncker bezeichnete diese Wahl überhaupt in erster Linie als „Demonstration“, weil man wohl sowieso keine Pässe bewilligt bekommen würde. Man wolle sich auf diese Weise auch von „Haase, Bernstein usw. distanzieren“²¹, also von der USPD, die schließlich sowohl an der Stockholmer Konferenz als auch an der Zimmerwalder Konferenz teilnahm.

Clara Zetkin betonte zwar deutlich, dass die Fraueninternationale „auf dem grundsätzlichen Boden der Zimmerwalder“ stünde,²² trat aber, wie die oben zitierten Briefe gezeigt haben, für die Teilnahme der Fraueninternationale an der Stockholmer Konferenz, von der sie allerdings nicht viel erwartete, und gegen eine einseitige Beteiligung an der Zimmerwalder Konferenz ein. Dies formulierte sie zusammenfassend u.a. in einem kritischen Brief an Franz Mehring, Parteifreund in der Spartakus-Gruppe, am 1. Juli 1917: Es gelte in Stockholm „grundsätzliche Klarheit und Wucht“ in einer oppositionellen Haltung gegenüber den Mehrheitssozialisten zu vertreten, man müsse „klären & vorantreiben“, und zwar „wegen der Massen“ und im Hinblick auf „die Psyche der Arbeitermassen“. „Lediglich auf die muss es uns ankommen, wenn wir politisch kämpfen & nicht propagieren wollen.“²³

Clara Zetkins rasche, offene und energische Stellungnahme ist angesichts ihrer politischen Beheimatung etwas überraschend. Sie zeigt hier eine „Eigenständigkeit“, wie Ottokar Luban ganz richtig schreibt, der dies aber nicht erklärend einordnet.²⁴ Der Grund ist ihr starkes Interesse am Frieden. Dies hatte sie bereits Anfang November 1914 mit ihrem Appell „An die sozialistischen Frauen aller Länder“ dokumentiert, erschienen stark zensiert in „Die Gleichheit“ und auch als illegales Flugblatt verteilt. Darin forderte sie einen raschen Frieden ohne Annexionen und sprach den Frauen eine besondere Rolle zu. Der Aufruf endete mit dem Appell: „Wir sozialistischen Frauen werden im Kampf gegen den Krieg immer zu den Fortschrittlichen gehören, zu den Stürmenden“.²⁵ Bereits

²⁰ Siehe Mitteilungs-Blatt [USPD] Nr. 13, 24..6.1917, S. 6f.

²¹ Käte Duncker an Hermann Duncker, 5.6. und 20.6. 1917, nachgewiesen in Anm. 17, S. 131 und 135.

²² Brief an Anna Lindhagen, 2.7.1917, nachgewiesen in Anm. 6.

²³ Ausführlich wiedergegeben bei Ottokar Luban, Der Einfluss Clara Zetkins auf die Spartakusgruppe 1914-1918, in: Ulla Plener (Hrsg.), Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen, Berlin 2008 (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 76), S. 82f. (S. 79-85); siehe auch Ottokar Luban, Die „innere Notwendigkeit, mithelfen zu dürfen“. Zur Rolle Mathilde Jacobs als Assistentin der Spartakusführung bzw. der KPD-Zentrale, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 4/1993, S. 435f.; Tânia Puschnerat, Clara Zetkin: Bürgerlichkeit und Marxismus. Eine Biographie, Essen 2003, S. 221.

²⁴ Luban 2008, S. 83, nachgewiesen in Anm. 23.

²⁵ Hier zitiert in Übersetzung nach dem Abdruck in: Morgonbris [Organ der schwedischen sozialdemokratischen Frauenorganisation], 1915, Nr. 1, S. 7. Zum Aufruf siehe Karin Bauer, Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung, Berlin 1978, S. 144.

Ende 1914 plante sie eine internationale Frauenkonferenz, die dann am 26.-28. März 1915 in Bern stattfand. Die Konferenz forderte die Frauen u.a. auf, Massenkundgebungen gegen den Krieg und für den Frieden zu organisieren und bei internationalen Frauenaktionen mitzumachen.²⁶ Nach Tânia Puschnerat sah Clara Zetkin nach dem Ausbruch des desillusionierend wirkenden Krieges in der Forderung nach Frieden „den einzigen Ausgangspunkt für sinnvolle integrative sozialistische Aktion“. Nur so entstünde die Möglichkeit, die Massen für die sozialistische Aktion zurückzugewinnen, aber auch für die notwendige Sammlung der gespaltenen Internationale und damit des Proletariats aller Länder. Clara Zetkin warnte die Linken und die Spartakus-Gruppe vor der verhängnisvollen Haltung, nur an Konferenzen mit Gleichgesinnten teilzunehmen. Die Friedensarbeit sei „Vorarbeit für die Zukunft“, da „eine zielgerichtete und effektive sozialistische Massenarbeit“ zu Kriegszeiten nicht ergiebig sein könnte, sondern erst im Frieden. Der Versuch, nach der Februarrevolution in Russland die Internationale durch die Stockholmer Konferenz wieder zusammenzubringen und die Friedensfrage auf die Tagesordnung zu setzen, war für Clara Zetkin eine logische Konsequenz und absolute Notwendigkeit der „politischen Sammlungstaktik“. Daher ihre eigenständige Position. Hierin stimme ich Tânia Puschnerat zu, auch wenn ich ansonsten mit ihren Interpretationen nicht immer einverstanden bin.²⁷

Die Frage einer sozialistischen Frauenkonferenz

Clara Zetkin stand einer gesonderten Frauenkonferenz skeptisch gegenüber, zumal als Alternative zu einer Teilnahme an der Stockholmer Konferenz, wie übrigens auch andere Frauenvertreterinnen, z.B. Anna Lindhagen und die Österreicherin Adelheid Popp. Aber sie betonte, dass sie „grundsätzlich eine Konferenz für notwendig halte, allerdings aber auch eine erfolgreiche Konferenz“. Eine baldige Frauenkonferenz sei in der Tat „sehr wünschenswert“, da eine Menge besonderer Frauenfragen anstünden. Es müssten aber mehrere Voraussetzungen erfüllt sein: gute Vorbereitung, und dazu müssten im Voraus Anregungen und Vorschläge zur Tagesordnung von allen Frauenorganisationen eingeholt werden, sowie allgemeine Beschickung „auf breitester demokratischer Grundlage“. Also müssten u.a. die gegenwärtigen Reiseschwierigkeiten gelöst sein und ein passender Tagungsort gefunden werden. Sie schlussfolgerte, die Voraussetzungen dafür seien zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gegeben, und als Tagungsort sei Stockholm besonders ungeeignet, da dort die Friedensarbeit im Mittelpunkt stünde und die Frauenfragen sowie die Diskussionen der Probleme der Frauen, die durch den Krieg verschlimmert worden seien, verdränge. Eine gesonderte Frauentagung sei erst „zweckdienlich, ja notwendig“, wenn der Stockholmer Konferenzversuch scheitere, und sie sei letztlich erst realistisch nach dem Krieg. Aber Clara Zetkin schlug

²⁶ Dazu Eckhard Müller, Clara Zetkin und die Internationale Frauenkonferenz im März 1915 in Bern, in dem in Anm. 22 nachgewiesenen Sammelband, S. 54-71.

²⁷ Tânia Puschnerat, S.218-221, ab 1914 S. 197ff., nachgewiesen in Anm. 23.. Siehe auch Beiträge von Eckhard Müller und Ottokar Luban, nachgewiesen in Anm. 23 bzw. 25.

dennoch schon jetzt Tagesordnungspunkte vor, und zwar die Themen, die für die Frauenkonferenz im Zusammenhang mit dem nicht stattgefundenen internationalen Sozialistenkongress 1914 geplant gewesen waren: Frauenwahlrecht, Arbeiterinnenschutz, Rechte für Arbeiterinnen einschließlich der Lohnfrage sowie soziale Fürsorge für Mutter und Kind.²⁸

Die Frage einer Frauenkonferenz wurde im Vorstand bzw. im Exekutivkomitee der schwedischen sozialdemokratischen Frauenorganisation dreimal diskutiert, jeweils mit der internationalen Sekretärin Anna Lindhagen als Berichterstatterin und treibende Kraft.²⁹ Am 23. Mai erwähnte sie im Vorstand, dass sie „unter der Hand“ von einem Vorschlag, „nach Stockholm einen Int. Soz. Frauenkongress von verschiedenen Meinungsrichtungen einzuberufen“, erfahren hätte. Es sieht fast so aus, als wären die Stockholmer Konferenz und die Frauenkonferenz vermischt worden. Das war vielleicht verständlich, weil auch die Diskussion Clara Zetkins mit Heleen Ankersmit, wie berichtet, zunächst etwas missverständlich verlaufen war. Der Vorstand der schwedischen Frauenorganisation beschloss, „sich zum Vorschlag nicht zu äußern, sondern weitere Informationen abzuwarten“.

Am 21. Juni informierte Anna Lindhagen, dass sie „persönlich“ eine Einladung zu einem „Frauenkongress mit Teilnehmerinnen von verschiedenen Parteien“ mit unterzeichnet hätte. Der Kongress sollte „möglicherweise“ zur gleichen Zeit wie die Stockholmer Konferenz abgehalten werden. Hier handelt es sich wahrscheinlich um einen geplanten Kongress des International Committee of Women for Peace, dem Anna Lindhagen angehörte. Sie hatte auch ihre dänische Parteifreundin Helene Berg in dieser Angelegenheit kontaktiert.³⁰ Anna Lindhagen nannte aber auch die Themen, die Clara Zetkin für eine sozialistische Frauenkonferenz, allerdings erst nach Kriegsende, vorgeschlagen hatte. Es gab also offensichtlich Pläne für eine solche internationale Konferenz, was Clara Zetkin nicht befürwortete, wohl aber verschiedene Frauenorganisationen vorgeschlagen hatten. Im Vorstand der schwedischen Frauenorganisation teilte Anna Lindhagen am 1. August mit, dass sie wegen eines Frauenkongresses Anfragen an eine Reihe von Genossinnen gesandt hätte, „ob sie nach Sthlm [Stockholm] zum Zeitpunkt der eventuellen Abhaltung des Kongresses zu erwarten wären“. Sie hätte Briefe von Clara Zetkin und Angelika Balabanova in dieser Sache erhalten, „mit Programm“. Damit war Clara Zetkins Brief vom 2. Juli gemeint. Was Angelika Balabanova geschrieben hat, habe ich nicht feststellen können. Nicht erwähnt wurde allerdings Clara Zetkins Skepsis gegenüber einer Frauenkonferenz zum derzeitigen Zeitpunkt, eine Position, die Anna Lindhagen letztlich teilte, wie aus ihrem Brief an Clara Zetkin vom 21. Juli hervorgeht. Dort votierte sie übrigens auch für eine Teilnahme an der Stockholmer Konferenz und hoffte, diese

²⁸ Siehe Briefe an Heleen Ankersmit, 16.5.1917, und an Anna Lindhagen, 2.7.1917, nachgewiesen in Anm. 5 bzw. 6.

²⁹ Bestand SSKF, Box A 02:01, in ARAB.

³⁰ Siehe Protokoll des Parteausschusses von Socialdemokratisk Forbund 3.8.1917, ABA.

würde stattfinden.³¹ Gleichzeitig war sie aber selbst irgendwie an der Planung einer Frauenkonferenz beteiligt. Hier liegt eine Unklarheit vor, die – wie insgesamt eine Reihe von ungeklärten Fragen – an dieser Stelle nicht weiter untersucht werden kann, nicht zuletzt auch wegen der begrenzt zur Verfügung stehenden Quellen. Den Vorschlag „einer kleineren vorbereitenden Konferenz“ der an der Stockholmer Konferenz beteiligten Frauen schob der Vorstand der schwedischen Frauenorganisation auf. Abgewiesen wurde dagegen die von Anna Lindhagen vorgelegte Einladung zur Zimmerwalder Konferenz in Stockholm.

Scheitern der Vorbereitung

In den mir verfügbaren Quellen konnte ich keine Informationen finden, ob und wie die Frage einer Beteiligung von Frauen an der Stockholmer Konferenz weiter diskutiert wurde. Thorvald Stauning, den Clara Zetkin, wie erwähnt, am 25. April kontaktiert hatte, hatte sehr positiv geantwortet und versprochen, mehr Vertreterinnen zu finden; Belege für entsprechende Vorschläge im Holländisch-skandinavischen Komitee oder anderweitig gibt es jedoch nicht. Am 5. Juni schrieb der Holländer Johan Willem Albarda an seinen Landsmann Florentinus Marinus Wibaut, beide Mitglieder des Holländisch-skandinavischen Komitees, einerseits, dass „die sozialistische Frauenorganisation nicht getrennt auftreten darf“, und deshalb befürwortete er auch nicht eine „separate Frauenkonferenz“, denn in der Friedensfrage müssten die „Parteien als Ganzes“ handeln. Es werde ja „nicht eine separate Männerkonferenz abgehalten“, und „es gibt doch keinen Separatfrieden für Frauen“. Andererseits stand er dem Frauenmandat für Heleen Ankersmit und Angelika Balabanova skeptisch gegenüber, weil diese kaum „die am meisten geeigneten Personen“ seien.³² Dies gibt wohl die vorherrschende Meinung im Organisationskomitee wieder, das offensichtlich gegen eine gesonderte Beteiligung seitens der Fraueninternationale und der Frauenorganisationen war, wie Anna Lindhagen in ihrem Brief an Clara Zetkin vom 21. Juli berichtete. Sie hätte Arthur Engberg, einen der Sekretäre des Komitees, gefragt, ob die schwedische Frauenorganisation Vertreterinnen zur Stockholmer Konferenz schicken könnte, und in diesem Zusammenhang auch auf die Rolle und Aktivitäten von Clara Zetkin hingewiesen. Aber sie hätte nur „die entmutigende Antwort“ bekommen, dass Frauen nur durch ihre Parteien delegiert werden könnten und eine „besondere Repräsentation der Frauen ausgeschlossen“ sei. Auch wenn die schwedische Frauenorganisation sie abordnen würde, würde sie kein solches Mandat der sozialdemokratischen Partei bekommen, konstatierte Anna Lindhagen. Aber sie hoffte, dass mehrere Frauen von ihren Parteien delegiert und wenigstens die Mandate von Angelika Balabanova und Heleen Ankersmit akzeptiert werden würden.³³

³¹ Briefkonzept Anna Lindhagen an Clara Zetkin, 21.7.1917, Bestand SSKF, Box E 05:01, in ARAB.

³² Nachlass Wibaut, 227, in: Internationaal Instituut Voor Sociale Geschiedenis [IISG], Amsterdam.

³³ Briefkonzept vom 21.7.1917, nachgewiesen in Anm. 30. Anna Lindhagen an Arthur Engberg, 17.7.1917, Camille Huysmans-Archief, Stockholm Corr. 1917, Nr. 62a, in: AMSAB-Institute of Social History, Antwerpen.

Diese Frage wurde aber nicht auf die Probe gestellt, da die geplante Stockholmer Konferenz trotz sechsmonatiger Vorbereitungszeit nicht stattfand. Auch eine an diese Konferenz gekoppelte internationale Frauenkonferenz fand nicht statt. Sie wurde aufgeschoben, bis eine allgemeine sozialistische Konferenz stattfinden könnte.³⁴ Die Dänin Nina Bang, die dem Holländisch-skandinavischen Komitee angehörte, und Luise Zietz (als Mitglied der Delegation der USPD zu einer der separaten Vorkonferenzen) waren die einzigen Frauen, die an der Vorbereitung der Stockholmer Konferenz beteiligt waren, von Sekretärinnen und Übersetzerinnen im Hintergrund abgesehen.

Am 14. September 1917 fanden dennoch zwei Konferenzen in Stockholm statt, allerdings als Zusammentreffen der Zimmerwalder Bewegung: also zwei separate Konferenzen, was Zetkin, wie gesehen, nicht empfohlen hatte. Fünf Frauen nahmen an der dritten Zimmerwalder Konferenz teil: Angelika Balabanova als Mitglied des Organisationskomitees und Sekretärin der Konferenz, Käte Dunker (Deutschland), Rosa Bloch (Schweiz), Therese Schlesinger und Madame Luzzato (Österreich). In Verbindung mit der Zimmerwalder Konferenz versammelte sich am gleichen Tag eine gesonderte Frauenkonferenz unter dem Vorsitz von Angelika Balabanova mit Teilnehmerinnen aus Deutschland, Österreich, Bulgarien, Russland, Rumänien, der Schweiz, Finnland und Schweden. In einer Erklärung bedauerte man tief, dass Clara Zetkin nicht teilnehmen könnte, und schickte ihr ein Grußtelegramm. Ihr wurde auch das Vertrauen als Sekretärin der Fraueninternationale ausgesprochen. Die Teilnehmerinnen sprachen über die Notwendigkeit einer neuen internationalen Zeitung wie „Die Gleichheit“, da Clara Zetkin am 16. Mai 1917 wegen ihrer linken Einstellung als Herausgeberin vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) entlassen worden war.³⁵ Weiter wurde hervorgehoben, dass der Krieg „in bezug auf die Frauenarbeit und das Frauenleben überhaupt ungemein nivellierend, ja direkt ‚internationalisierend‘“ gewirkt habe, wie die Berichte aus den verschiedenen Ländern gezeigt hätten. Es wurde versichert, dass die Frauen und die Arbeiterklasse insgesamt im Einklang mit den Beschlüssen von Bern 1915 und der Zimmerwalder Konferenzen für den Frieden arbeiten würden.³⁶

Der Krieg wurde jedoch, wie bekannt, mit einem Friedensschluss nach den Bedingungen der siegreichen Großmächte beendet – und nicht entsprechend den Forderungen der Sozialisten und der sozialistischen Frauen unter maßgeblicher Führung von Clara Zetkin.

³⁴ Siehe Notiz in: Politiken [Stockholm] 6.9.1917, S. 2.

³⁵ Siehe dazu: Miriam Sachse, „Ich erkläre mich schuldig.“ Clara Zetkins Entlassung aus der Redaktion der „Gleichheit“ 1917, in: Clara Zetkin in ihrer Zeit (Anm. 23), S. 72-78.

³⁶ Siehe Bericht in: Politiken [Stockholm] 18.8.1917, S. 3; Angelika Balabanoff, Die Zimmerwalder Bewegung, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung („Grünberg-Archiv“) 12, 1926, S. 411-413; Zitat S. 412.

Kommunale und politische Kämpfe im proletarischen Berlin der Jahre 1929-1933*

Wie Eric Hobsbawm beschreibt¹, versuchten die herrschenden Klassen Europas besonders nach den Revolutionen von 1848 Aufständen durch städtebauliche Maßnahmen vorzubeugen; so etwa durch Abriss von Unterschichtenvierteln oder das Anlegen von breiten Avenuen. Um die gesellschaftlichen Antagonismen zu befrieden ging man v.a. in Deutschland noch einen anderen Weg, indem man beim Aufbau der Häuser selbst ansetzte. So hatten durch die spezielle Anordnung der Wohnungen in den dort typischen Mietskasernen² Berlin und die meisten anderen deutschen Großstädte weniger Slums und Armenviertel als die Großstädte anderer Länder vorzuweisen. So z.B. England, wo praktisch jede größere Stadt ihr Armenviertel hatte, wie Engels 1845 berichtete.³

In diesem Beitrag soll anhand einiger Beispiele über städtische Kämpfe in Berlin in den Jahren 1929-1933 berichtet werden, die zeigen, in welchem Ausmaß und in welchen Formen die damalige Großstadt Kampffeld der Arbeiterbewegung war. Es versteht sich von selbst, dass hier nur einige Aspekte kommunaler und politischer Auseinandersetzungen herausgegriffen werden können.

Entstehung von Groß-Berlin

Industrialisierung und Urbanisierung führten auch in Berlin und den umliegenden Gemeinden besonders ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem sprunghaften Anstieg der Bevölkerung. Während bis zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts v.a. noch die Errichtung von zahlreichen Handwerksbetrieben und Manufakturen in der Umgebung von Berlin erfolgte, begann mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes seit den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts auch der Bau von Industrieanlagen. Berlin entwickelte sich zu einer Industriemetropole von Weltrang, die zahlreiche Arbeitssuchende aus ländlichen Regionen anzog. Von 1861 bis 1910 stieg so die Zahl der Bewohner auf dem Gebiet des späteren Groß-Berlin um mehr als das sechsfache auf 3,7 Millionen. Durch Eingemeindung zahlreicher Vororte wurde zum 1. Oktober 1920

* Vortrag bei der Marxistischen Studienwoche 2015 in Frankfurt/M. Zu den Quellen im Einzelnen siehe: Oliver Reschke, Kampf um den Kiez. Der Aufstieg der NSDAP im Zentrum Berlins 1925-1933, Berlin 2014. Nur Angaben, die anderen Quellen entnommen wurden, werden hier gesondert nachgewiesen.

¹ Eric Hobsbawm, Großstädte und Aufstände, in: Revolution und Revolte. Aufsätze zum Kommunismus, Anarchismus und Umsturz im 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1977, S. 330ff.

² Der Begriff „Mietskasernen“ wurde ab den 1860er Jahren von Wohnungsreformern verwendet, um ihre Ablehnung des Massenwohnungsbaus auszudrücken.

³ Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: MEW 2, S. 259.

schließlich „Groß-Berlin“ mit insgesamt 20 Verwaltungsbezirken gebildet. Innerhalb Deutschlands war Berlin mit nun über vier Millionen Einwohnern neben Hamburg mit über einer Million Einwohnern die zweite deutsche Millionenstadt. Beide Großstädte waren mehrheitlich protestantisch und hatten neben einem ähnlich hohen Anteil von Angestellten und Beamten einen hohen Anteil an Arbeiterschaft – Berlin 41 Prozent, Hamburg 44,7 Prozent. Dementsprechend galten beide Städte als Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung. So hatte Anfang der 1930er Jahre die SPD in Hamburg 50 bis 60.000, die KPD etwa 10.000 Mitglieder, in Berlin die SPD 78.000 und die KPD 30.000 Mitglieder.

Während Berlin damals der Einwohnerzahl nach hinter London und New York die weltweit drittgrößte Stadt war, lag es in einer anderen Beziehung ganz vorne: Wegen seiner speziellen engen Blockbauweise galt es als größte Mietskasernenstadt der Welt und hatte die höchste Bevölkerungsdichte vorzuweisen. Drei stadtplanerische Regulative waren maßgeblich für die Ausgestaltung des Wohnungsneubaus auf dem Gebiet des späteren Groß-Berlins in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewesen. Der Bebauungsplan von James Hobrecht aus dem Jahre 1862 und die beiden Baupolizeiordnungen der Jahre 1853 und 1887. Hobrechts Vorgaben beschränkten sich im Wesentlichen auf eine klare Rasterung in Gebäudeblöcke sowie anzulegende Straßen und Eisenbahninfrastruktur; die Bauvorschriften betrafen lediglich die maximale Traufhöhe (21-22 m) und eine feuerwehrgerechte Mindestgröße der Innenhöfe.

Da diese Instrumente höchstens peripher auf Mindeststandards der Wohnqualität abzielten, entwickelte sich der liberalistische Immobilienmarkt fast ausschließlich nach rein ökonomischen Gesichtspunkten, indem auf Profitmaximierung spekuliert wurde. Für die Investoren versprach eine möglichst dichte Bebauung die höchste Rendite, denn auch für dunkle Hinterhauswohnungen fanden sich aufgrund der Zuzugsdynamik Arbeiterfamilien als Mieter. Die vorhandenen Flächen wurden so weit als möglich zugebaut. Um den Baugrund möglichst effizient zu verwerten, setzten sich die maximal zulässige Anzahl von fünf Stockwerken sowie das Muster der durchgängigen Blockrandbebauung durch, die im Inneren durch Quer- und Hintergebäude auf bis zu sieben Höfen verdichtet wurde. Dunkle Hinterhöfe, schlechte sanitäre Anlagen und vor allem eine hoffnungslose Überbelegung hatten entsprechend katastrophale Wohnverhältnisse zur Folge. Ein Großteil der Unterkünfte verfügte nicht über ein eigenes WC und nur über ein beheizbares Zimmer oder gar nur eine Wohnküche. Auch bei kinderreichen Familien musste der spärliche Platz oft noch mit Schlafburschen geteilt werden, die für einige Stunden täglich ein Bett mieteten. Hinzu kamen die zahlreichen Kleingewerbebetriebe mitten in den Wohngebenden, die für zusätzlichen Lärm, für Schmutz und schlechte Luftqualität sorgten.

Doch durch die typische bauliche Gliederung des Berliner Mietshauses war eine gewisse soziale Durchmischung in einer Wohneinheit gegeben. Neben den billigen Quartieren in den Hinterhäusern und Seitenflügeln enthielten die Vorder-

häuser auch respektable Wohnungen, die auf großbürgerliche Haushalte mit Dienstpersonal ausgerichtet waren. In den Anfangsjahren des Berliner Mietschausbaus hatte man sich von dieser Aufteilung ein Zusammenleben von Gutsituierteren im Vorderhaus und einfachen Leuten in den Seitenflügeln und Hinterhäusern erhofft, um eine Befriedung und Harmonie der Klassen zu fördern. Angesichts des Elends in den Hinterhäusern – Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre kam noch die Arbeitslosigkeit hinzu – dürfte jedoch eher das Gegenteil der Fall gewesen sein. Die Mietskaserne als Instrument der sozialen Durchmischung scheiterte darüber hinaus am Segregationsbedürfnis der bürgerlichen Schichten, die sich in den westlichen Stadtteilen und Villenvororten ansiedelten. Wobei bisher allerdings nicht belegt ist, dass die Industriestadt Ende des 19. Jahrhunderts fragmentierter war als die heutige neoliberale Stadt.

Allgemein kann zu den typischen Berliner Altbauvierteln also gesagt werden: Auch wenn die Hinterhöfe und Nebenstraßen von proletarischen Schichten dominiert wurden, waren die Berliner Kieze eher Wohnquartiere der „kleinen Leute“ mit hohem Arbeiteranteil und keine homogenen klassischen Arbeiterviertel wie etwa die Zechensiedlungen im Ruhrrevier. Arbeiter, miserabel bezahlte Angestellte, kleine Beamte und Händler wohnten hier oft eng beieinander. „Analog zu den Wohnbedingungen – mit mittleren und kleinen, Vorder- und Hinterhauswohnungen – fanden sich in den Berliner Arbeitervierteln Abstufungen hinsichtlich sozialem Staus und politischer Orientierung. Ganz überwiegend waren diese jedoch prekär und links.“⁴

Das „rote Berlin“

Der Begriff das „rote Berlin“ ist bekanntlich auf die starke Arbeiterbewegung Berlins zurückzuführen. Die Arbeiterbezirke befanden sich vornehmlich im Norden und Osten der Stadt. Bereits im Kaiserreich bildeten sich die typischen sozialistischen Milieus der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in den Arbeiterbezirken Berlins heraus. Berlin galt aufgrund starker Partei- und Gewerkschaftsorganisationen und sensationeller Wahlergebnisse der Arbeiterparteien gar als „Welthauptstadt“ der sozialistischen Arbeiterbewegung, doch konnte es nie wie etwa das „rote Wien“ seine Möglichkeiten voll ausschöpfen. Dies hängt u.a. mit der besonderen Situation der Arbeiterbewegung in Berlin zusammen, die – so vielseitig und vielschichtig die Arbeiterbewegung und -kultur in Berlin auch war – doch in erster Linie von den beiden großen Arbeiterparteien SPD und KPD dominiert und geprägt wurde.

Wenn beide Parteien einzeln betrachtet werden, muss als erstes die SPD genannt werden. Sie verfügte im Jahre 1932 in Berlin über 90.000 Mitglieder und wies einen hohen Organisationsgrad auf. Generell kann gesagt werden, dass die Sozialdemokraten in den „besseren“ Wohngegenden der Arbeiterbezirke dominierten. Durch zahlreiche Vorfelddorganisationen war die Sozialde-

⁴ Simon Lengemann, Mieter, Hausbesitzer und Wohlfahrtsamt. Berliner Arbeiterviertel in der Großen Depression 1929-1933, Masterarbeit Humboldt-Universität zu Berlin 2014, S. 13.

mokratie in der Arbeiterbevölkerung Berlins fest verankert. Sie drückte, aufgrund der 1918/19 erkämpften Mitwirkungsrechte, der Stadt aber v.a. durch ihre reformpolitischen Projekte den Stempel auf. In den Bezirksversammlungen der Arbeiterbezirke versuchte die SPD, aus deren Reihen dort fast durchgängig die Bürgermeister gestellt wurden, ihre Reformpolitik auf kommunaler Ebene durchzusetzen. Man denke etwa an die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus entstandenen Neubaugebiete, aber auch generell an die vielen sozial-, gesundheits- und bildungspolitischen Verbesserungen.

Zwar verfügte die SPD über die festere Organisation, doch stand sie der KPD in Aktivität und Radikalität nach. Besonders auf den jungen und arbeitslosen Teil der Arbeiterschaft übte die aktivistisch auftretende KPD eine stärkere Anziehungskraft aus. Im Zuge der Radikalisierung während der sich zuspitzenden Weltwirtschaftskrise gelang es der KPD bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930, die SPD als stärkste Partei in der Stadt abzulösen. In der Endphase der Weimarer Republik entwickelte sie sich zur „führenden linken Milieupartei“⁵ in Berlin. Im Jahre 1932 hatte die KPD in Berlin 30.700 Mitglieder. Die Domänen der Kommunisten in den Arbeiterbezirken waren die „einfacheren“ Wohngegenden. Dabei wurden besonders die Bezirke Wedding, Friedrichshain und Neukölln aber auch Prenzlauer Berg und der östliche Teil von Kreuzberg zu Hochburgen der KPD. Auch von den Kommunisten wurden breiteste Schichten der Arbeiterbevölkerung in ihren Massenorganisationen erfasst.

Wohl eine der verhängnisvollsten Entwicklungen in der Weimarer Republik war allerdings die Spaltung der Arbeiterbewegung in ein „reformistisches“ und ein „revolutionäres“ Lager. Diese Spaltung erfasste auch die Gewerkschaften und das gesamte Vereinswesen und trat nirgendwo anders im Reich so deutlich zutage wie in Berlin. Während sich die SPD für die Weimarer Republik und den Erhalt des Parlamentarismus einsetzte, stand die KPD der Weimarer Demokratie und dem bürgerlichen Parlamentarismus ablehnend gegenüber. Nach der so genannten „ultralinken Wende“ der KPD 1928 galten die als „Sozialfaschisten“ betitelten Sozialdemokraten getreu der verhängnisvollen „Sozialfaschismusthese“ für die Kommunisten als Hauptfeinde. Von den Sozialdemokraten wiederum wurde nach der Totalitarismustheorie rot gleich braun, Hakenkreuz gleich Sowjetstern gesetzt.

Zur politischen Spaltung der Arbeiterbewegung kam noch hinzu, dass die soziale Basis der Arbeiterparteien während der Weltwirtschaftskrise immer stärker auseinander fiel. Die SPD wurde zur Partei des besser gestellten Teils der Arbeiterschaft (sog. „Arbeiteraristokratie“). Die KPD wiederum öffnete sich ab 1929 den „untersten“ Schichten (sog. „Lumpenproletariat“) und stimmte ihre Politik bewusst auf die sozial am schlechtesten Gestellten ab (hier v. a. die „Mieterarbeit“).

⁵ So Detlef Schmiechen-Ackermann, *Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen*, Bonn 1998, S. 384, über die KPD in Neukölln.

Doch hatten Kommunisten und Sozialdemokraten nach wie vor viele Gemeinsamkeiten. „Oft teilten“ beide „eine gemeinsame Herkunft aus dem alten sozialistischen Milieu der Kriegs- und Vorkriegsära.“⁶ Daher prägte Klaus-Michael Mallmann den Begriff eines „links-proletarischen Milieus“ in der Weimarer Republik, welches sich zwar in zwei Teilmilieus aufspaltete, dessen Gesamtzusammenhang aber erhalten blieb.⁷ Der „Blutmai“ 1929 verursachte jedoch die endgültige politische Spaltung der Berliner Arbeiterbewegung.

Formen des Klassenkampfes der Berliner Unterschicht

Im Folgenden wird der Klassenkampf des Berliner Proletariats am Ende der Weimarer Republik beispielhaft anhand von drei Ereignissen geschildert: Die Beispiele betreffen das Kräftemessen mit der Staatsgewalt („Blutmai“ 1929), den Kampf um soziale Verbesserungen (Mieterstreik in „Meyer's Hof“) und den Abwehrkampf gegen den aufkommenden Faschismus (Der Kampf um den Arkonaplatz-Kiez).

„Blutmai“ 1929

In der Hochphase der Berliner Arbeiterbewegung während der Weimarer Republik wurden die Straßen Berlins von den Arbeiterorganisationen beherrscht. Imposante Demonstrationen und Aufmärsche sowie Massenversammlungen in den größten Sälen Berlins gaben der Stadt das Gepräge. Doch während die Sozialdemokraten, stolz auf das schon Erreichte, zuweilen schon etwas träge wirkten, entwickelten die kommunistischen Organisationen eine rege Tätigkeit und erhoben explizit den Anspruch auf die Straße. Dabei beriefen sie sich auf eine alte sozialdemokratische Tradition aus dem Kaiserreich. So hatte der *Vorwärts* einst am 13. Januar 1908 verkündet: „... das Proletariat hat sich die Straße erobert ... und es wird sich dieses Recht nicht wieder nehmen lassen ...“. Die Polizei versuchte besonders seit einem Berlinweit erhobenen Demonstrationsverbot vom 13. Dezember 1928 zahlreiche Demonstrationspläne von Kommunisten zu verhindern. Die Kommunisten leisteten gegen die polizeilichen Maßnahmen teilweise erheblichen Widerstand. Die Situation eskalierte mehr und mehr. Immer häufiger wurde mit der Schusswaffe gegen kommunistische Demonstranten vorgegangen. Höhepunkt dieser Entwicklung waren die verhängnisvollen Geschehnisse des 1. Mai 1929 in Berlin – zehn Jahre nach der Revolution von 1918/19 und am Vorabend der Weltwirtschaftskrise.

⁶ Klaus-Michael Mallmann, Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, in: Geschichte und Gesellschaft (GG) 21 (1995), S. 13.

⁷ Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996. Mallmann verortet dieses links-proletarische Milieu v.a. in den überbevölkerten, teilweise verstumten Altstädten oder den heruntergekommenen Mietskasernenvierteln der Gründerzeit. (S. 258) Es konnte, was gerade für Berlin wichtig ist, „als ein gleichmäßig eine Großstadt überziehendes Phänomen“ nicht nachgewiesen werden. (S. 386)

Trotz des öffentlichen Demonstrationsverbotes des Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel aus Furcht vor Ausschreitungen hatte die KPD ihre Anhänger zur traditionellen 1.-Mai-Feier aufgerufen. Als die Polizei gegen die Demonstranten vorging, brachen in vielen Stadtteilen Straßenkämpfe aus, bei denen die Polizei exzessiv von der Schusswaffe Gebrauch machte. In Wedding und Neukölln wurden Barrikaden errichtet. Die Kämpfe dauerten bis zum 3. Mai 1929 an. Es gab 33 durch Polizeikugeln Getötete (darunter sieben Frauen), hauptsächlich unbeteiligte Anwohner und Passanten, und 198 Verletzte. Unter den Toten befand sich kein einziger, unter den Verletzten nur wenige Polizisten. Von diesen hatte auch nicht einer eine Schussverletzung erhalten, obwohl die Polizei behauptet hatte, von „Heckenschützen“ angegriffen worden zu sein. Über 1200 Personen wurden verhaftet. Diese drei Tage sollten als „Blutmai“ 1929 in die Geschichte eingehen. „Die Ereignisse (...) zeigten gnadenlos die gesellschaftliche Isolation der Kommunisten und die militärische Überlegenheit der Polizei. Die über das Stadtgebiet verteilten Demonstrationzüge konnten rasch zerschlagen werden. Ein Aufklärungsflugzeug mit Telefoneinrichtung kreiste über der Stadt, die Beamten setzten Pistolen, Karabiner und tragbare Scheinwerfer ein. Am Ende konnte die Berliner Polizei den Vorgang als gelungene Bürgerkriegsübung verbuchen, entsprechende Artikel lassen sich im Fachblatt *Die Polizei* nachlesen. Weil die Kommunisten allein standen, keine sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Bündnispartner hatten, legte die Polizei eine Hemmungslosigkeit an den Tag, die an das Vorgehen der Freikorps 1918/19 erinnert.“⁸

Zwar sollen die Kommunisten auch nach eigenen Angaben bewaffnet gewesen sein. Jedoch sprach man später hochachtungsvoll von „30 aktiven Kämpfern“, die die ganze Polizei in Schach gehalten hätten. Eine winzige Schar. Zwar hatte die kommunistische Führung eine Eskalation durch ihr Beharren auf dem Demonstrationsrecht in Kauf genommen, ein Umsturzversuch war dies aber dadurch noch lange nicht. Vielmehr handelte es sich bei diesem Ereignis um eine „eindeutige Aggression gegen die Berliner Arbeiterbewegung“.⁹

Als Konsequenz der Mai-Unruhen wurde am 3. Mai der Rote Frontkämpferbund (RFB) verboten, und bis zum Ende der Republik nicht mehr zugelassen, was zu einer empfindlichen Kräfteverschiebung auf der Straße zu Gunsten der Nationalsozialisten führen sollte. Der brutale Polizeieinsatz war unter politischer Verantwortung des sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten Karl Zörgiebel erfolgt; für die Kommunisten der Anlass zum völligen Bruch mit der Sozialdemokratie. Auf dem „Weddinger Parteitag“ der KPD 1929 wurde dieser Bruch besiegelt. Mit der Schaffung kommunistischer Arbeitervereine und Gewerkschaften wurde der bis dahin noch recht einheitliche soziale und kulturelle Milieuzusammenhang aufgebrochen.

⁸ Christian Saehrendt, Entfesselte Polizeigewalt am Vorabend der Weltwirtschaftskrise, 2009, <http://www.hagalil.com/archiv> (26.2.2015).

⁹ Ebenda.

Nutznieser auch dieses erbitterten „Bruderkampfes“ waren wiederum die Nationalsozialisten.

Doch gab es nach wie vor noch positive Ansätze. Ohnehin hatten die Gegensätze zwischen KPD und SPD eher auf „oberer“ Ebene bestanden. Die einfachen Parteimitglieder gingen oft nicht so weit, dem anderen vorzuwerfen, nicht im Interesse der deutschen Arbeiterschaft zu handeln. Es wurden auch Versuche unternommen, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. Diese waren auf „unterer“ Ebene durchaus erfolgreich. Der Kampf auf der Straße gegen den gemeinsamen Klassenfeind löste vielfach die Grenzen zwischen beiden Lagern auf.

Mieterstreik in „Meyer’s Hof“

„Die innerstädtischen Mietskasernenbezirke im Norden und Osten waren die assoziierten Orte, wenn Zeitgenossen vom ‚roten Berlin‘ sprachen. Die soziale Basis für diesen Ruf war ein hoher Anteil von Lohnabhängigen. (...) Angesichts ihres reichsweiten Rückstandes auf die Sozialdemokraten können die Mietskasernen (...) durchaus als ‚Hochburgen der KPD‘ bezeichnet werden.“¹⁰ Und tatsächlich war die KPD die führende Kraft der Berliner Mieterstreikbewegung. Sie „rief nach einer langen Phase der Passivität in der außerparlamentarischen Mieterarbeit ab Mai 1930 zur Bildung von miethaus- und straßenbasierten Mieterräten als alternative Organisationsform zu den zahnlosen etablierten Mieterverbänden auf.“¹¹ Das Parteiorgan der KPD *Die Rote Fahne* berichtete ausführlich über die Streiks bzw. die katastrophalen Bedingungen in den jeweiligen Altbauten, die bestreikt wurden. Die SPD hingegen positionierte sich offensiv als Stütze des kommunalen Wohnungsbaus. Erst ab November 1932 bezog (...) die Parteiführung der SPD Stellung zur Streikbewegung. Sie unterstützte aber im Wesentlichen nur die Mietminderungsforderungen in den Neubaublöcken des von ihr geförderten sozialen Wohnungsbaus.¹²

Neben passiven Reaktionen auf die hohen Mieten wie Hungern oder Umzug in eine der in Berlin zahlreichen Laubenkolonien gab es gerade von seiten der für ihre Renitenz bekannten Berliner Arbeiterbevölkerung auch aktive Formen des Protests und der Selbsthilfe. Hier kamen im Wesentlichen zwei Kampfformen zur Anwendung: Zum einen Widerstand bei Zwangsräumungen – damals häufig auch Exmissionen genannt – und zum anderen Mieterstreiks. Für letzteres soll hier ein Beispiel angeführt werden.

¹⁰ Lengemann, Mieter, S. 12.

¹¹ Ebenda, S. 50/51.

¹² Mallmann bezeichnet die Wohnungsbaugenossenschaften als „Vorzeigeprojekte der Berliner SPD-Kommunalpolitik“. Mallmann, Kommunisten, S. 257. Allerdings wurden diese ab Mitte der 1920er Jahre im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus entstandenen Neubaugebiete mit komfortablen Wohnungen verstärkt von besser gestellten „reformistischen“ Arbeiterfunktionären bewohnt.

Ein Ereignis, das ein Schlaglicht auf die Verhältnisse am Ende der Weimarer Republik werfen sollte, spielte sich im nördlichen Weddingener Bereich der Ackerstraße im Gebäudekomplex Nr. 132/133 (steht nicht mehr bzw. Straßenfront überbaut) ab, den man nach dem Erbauer und Erstbesitzer „Meyer's Hof“ nannte. „Meyer's Hof“ war Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts über den Wedding hinaus dafür bekannt, unter welch katastrophalen Bedingungen das Proletariat derzeit wohnen musste. Um die Jahreswende 1932/33 entschlossen sich die Mieter, die Verhältnisse nicht mehr länger hinzunehmen. Auf einer Versammlung am 29. Dezember 1932 beschlossen sie, ab dem 1. Januar 1933 in einen Mieterstreik zu treten. Hinter dem Beschluss hatten 227 von 230 Mietparteien gestanden. Nur die drei Nazis des Hauses hatten sich geweigert, den Beschluss mitzutragen. Es wurde eine Streikleitung aus kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern gebildet.

Zu der Zeit gab es in Berlin bereits eine Mieterstreikbewegung, die mit dem Beschluss von 300 Mietparteien aus 14 Wohnhäusern in der Swinemünder Straße zwischen dem Arkonaplatz und der Zionskirchstraße begann, ab dem 12. August 1932 die Mietzahlungen zu verweigern. In Hunderten von Wohnhäusern wurden in den Folgemonaten Mieter-Versammlungen abgehalten und Kampfleitungen gewählt. Ende Oktober 1932 waren allein in der Gegend um den Stettiner Bahnhof 312 Häuser mit über 14 000 Mietern im Streik gewesen.

„Anfang 1933 hatte die Streikbewegung ihren Höhepunkt, doch mit der Machtübergabe an Adolf Hitler traten plötzlich ganz andere Verhältnisse in Kraft. Seitdem gab es auch keine Informationen zu Mietstreiks mehr. Vor dem Hintergrund des verzweifelten Versuchs, doch noch einen Generalstreik als letztes Mittel gegen den sich auf allen Ebenen und mit allen Mitteln durchsetzenden Faschismus zu organisieren, ist das zu verstehen. Man kann aber davon ausgehen, dass der Terror der Nazis überall die Weiterführung der Streiks verhindert hat.“¹³

Die offenen Konflikte mit den Mietern in den Arbeitervierteln leisteten einer Radikalisierung der lokalen Vermieter Vorschub. In Berlin hatte deshalb „eine völkisch-antisemitische Splittergruppe des Hausbesitzes“ ihre Hochburg.¹⁴ Mitte März 1933 wurde in deren Blatt *Das Grundeigentum* das „Verbot der Mieterstreiks“ verkündet: Da unabhängig vom beteiligten Personenkreis seine Ziele als kommunistisch und staatsgefährdend anzusehen seien, „bietet die Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat [also die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933, OR] eine Handhabe.“ Im Streitfall solle man die Polizei rufen, dies „kostet den Hauseigentümer nichts und führt schneller zum Erfolg als der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung durch das Gericht.“ Inwiefern diese Bekanntmachung angesichts der Verfolgung von organisierten Arbeitern und Andersdenkenden im Allge-

¹³ Aro Kuhrt, Eine Reise durch die Ackerstraße, 1997, <http://www.berlinstreet.de/ackerstraße> (7.6.2012).

¹⁴ Lengemann, Mieter, S. 22.

meinen noch relevant war, muss offen bleiben. Spätestens im März 1933 existierten keine rechtlichen Graubereiche für kollektive Selbsthilfe der Mieter mehr.¹⁵

Der Kampf um den Arkonaplatz-Kiez

Bei der Etablierung des typischen Berliner Arbeitermilieus kam der Arbeiterkneipe – dem „proletarischen Wohnzimmer“ der männlichen Arbeiterbevölkerung¹⁶ – als Versammlungs- und Kommunikationsort und somit Basis für alle sozialistischen Organisationsformen eine zentrale Bedeutung zu. Hier konnte sich die Gegenkultur der Arbeiter mit ihren zahlreichen Vereinen ungestört entwickeln. Die proletarische Kneipenkultur war der soziale Unterbau des politischen Lebens außerhalb des Betriebs und schuf überhaupt erst die Voraussetzungen für die Hochphase sozialistischer Organisationstätigkeit ab 1890. Tatsächlich kann belegt werden, dass dort, wo kein Wirt seine Kneipe für Agitationsveranstaltungen zur Verfügung stellte, die Bewegung auch nicht vorankam. In den Lokalen wurden zudem zahlreiche Angebote für die proletarische Alltagskultur bereitgehalten. So wurden Bekanntmachungen und Ankündigungen von politischen Versammlungen, aber auch geselligen Veranstaltungen der zahlreichen Arbeitervereine ausgehängt. Sozialistische Zeitungen wurden ausgelegt. An den Wänden hingen Bilder der Arbeiterführer. Die Kneipenwirte, oft auch Parteifunktionäre, erfüllten eine wichtige Vermittlerfunktion. Für sie bot sich die Möglichkeit, ihren Umsatz zu steigern, da ein stillschweigender Alkoholzwang bestand. So berichtete der in der Berliner Ackerstraße (Haus Nr. 6/7) aufgewachsene Schauspieler Erwin Geschonneck, Mitglied der KPD-Zelle Arkonaplatz, über die kommunistische Parteiarbeit: „Man konnte nach hinten in einen Saal gehen oder in ein Vereinszimmer, bestellte eine Lage Bier und, wenn es hoch kam, einen Schnaps und brauchte keine Miete zu zahlen.“¹⁷

In der Hochzeit der Berliner Arbeiterbewegung während der Weimarer Republik überzog ein dichtes Netz v.a. kommunistischer Verkehrslokale das gesamte Stadtgebiet. Besonders in den Arbeiterbezirken Friedrichshain, Prenzlauer Berg, Wedding, Neukölln und Mitte hatte die KPD viele Stützpunkte. In der gesamten Stadt verfügte die KPD über nicht weniger als 354 („offizielle“, d.h. polizeilich gemeldete) Verkehrslokale – die Gesamtzahl der von Kommunisten frequentierten Kneipen war noch um ein Vielfaches größer –, wobei über die Hälfte von diesen in den sechs Innenstadtbezirken (ehemals Alt-Berlin) gelegen waren. Zur schiereren Menge der KPD-Lokale kommt noch hinzu, dass sie, im Gegensatz

¹⁵ Ebenda, S. 65.

¹⁶ Hier zeigt sich ein entscheidendes Defizit der Arbeiterbewegung: Die männerbündische Gesellschaftsform v.a. der Kommunisten schloss den weiblichen Teil der Arbeiterbewegung weitestgehend aus. Aufgrund dieses Mankos kam es u.a. zu dem Widerspruch, dass die KPD zwar die radikalsten Gleichheitsforderungen vertrat, aber gleichzeitig das KPD-Wählerprofil das maskulinste aller Weimarer Parteien war.

¹⁷ Zitiert nach: Daniel Siemens, Horst Wessel. Tod und Verklärung eines Nationalsozialisten, München 2009, S. 19.

zum SA-Sturmlokal, das quasi eine Festung in Feindesland darstellte und fast nur von SA-Kreisen besucht wurde, integrierter Bestandteil der Nachbarschaft waren und allen Gästen der Umgebung offen standen. So waren die Kommunisten zweifellos fest und wesentlich besser als die Nationalsozialisten in das Berliner Arbeitermilieu eingebunden, da sie noch dem traditionellen linksproletarischen Sozialmilieu des Kaiserreiches entstammten.

Wie für die Kommunisten war auch für die Nationalsozialisten der so genannte „Kampf um die Straße“, also das Beherrschen der Straße als Ort der Kommunikation und der symbolischen Machtdemonstration, von zentraler Bedeutung. Doch während für die sozialistische Arbeiterbewegung die Straße als symbolischer Ausdruck für Stärke, Würde und Solidarität galt, ging es der SA in erster Linie um die Kontrolle der proletarischen Öffentlichkeit und die Beeinträchtigung oder gar Lahmlegung der Kommunikationsstrukturen der Linken. Während sich die NSDAP Anfang der 30er Jahre in den bürgerlichen Bezirken schon fest etabliert hatte, galten die traditionell roten Arbeiterbezirke Berlins für die NSDAP nach wie vor als feindliches Territorium, das es zu erobern galt. Hierbei waren feste Stützpunkte für die SA von zentraler Bedeutung.

Dabei gab es sogar Anknüpfungspunkte für die SA. Der *Propagandadienst* des RFB informierte in seiner Ausgabe von Januar 1929, wie ein RFB-Zuglokal auszusehen hatte: „Die Einrichtung müsse auf jeden ‚Indifferenten‘ einen guten Eindruck, zugleich aber auch jedem Proletarier sofort deutlich machen, dass sich hier der Rotfrontkämpferbund treffe. Das sollte erreicht werden mit Bildern von kommunistischen Aufmärschen, von Marx und Engels, Luxemburg und Liebknecht an den Wänden. Sogar die Einrichtung einer Lenin-Ecke im Vereinszimmer schlug die Führung des Rotfrontkämpferbundes vor.“¹⁸ Man erkennt bei den später entstandenen SA-Sturmlokalen deutliche Parallelen – sie lehnten sich in ihrer Ausgestaltung an die Tradition der Verkehrslokale der Arbeiterbewegung an.

Zum Kampf der Nationalsozialisten um Berlin gehörten auch zunehmende Versuche ihrer Organisationen, Lokale der politischen Gegner zu übernehmen. Solche Versuche waren aber durchaus nicht immer erfolgreich. Dies kann am Kampf um das KPD-Lokal „Look“ gezeigt werden.

Durch Schreiben vom 20. Juni 1931 wurde die Berliner Politischen Polizei, die permanent KPD- und SA-Lokale überwachte, vom örtlichen Polizeirevier davon in Kenntnis gesetzt, dass im Lokal „Look“, Schwedter Straße/Ecke Rheinsberger Straße, neuerdings Nazis verkehren würden. Mit Rücksicht auf das nahe gelegene KPD-Verkehrslokal „Raben“, Swinemünder Straße/Ecke Rheinsberger Straße, ein Agitationslokal der KPD und Sitzungslokal einer KPD-Straßenzelle wurde um Überwachung der beiden Lokale gebeten.

Darauf nahm die Politische Polizei eine Kontrolle des Lokals „Look“ vor und berichtete dem Berliner Polizeipräsidenten am 9. Juli 1931 über ihre Feststel-

¹⁸ Zitiert nach: Siemens, Wessel, S. 19.

lungen. Demnach hatten überwiegend Personen „linksradikaler Kreise“ dort verkehrt, bis „in Kreisen der NSDAP der dortigen Gegend“ die Absicht aufkam, das fragliche Lokal für Zusammenkünfte zu nutzen. Eine diesbezügliche Rücksprache von NSDAP-Mitgliedern mit dem Gastwirt muss zur Kenntnis der Kommunisten gelangt sein. Denn am Tage nach dieser Verabredung „wurde das Äußere des Lokals von linksradikalen Elementen mit Farbe beschmiert und Fensterscheiben zertrümmert.“ Diese Aktion zeitigte ihre Wirkung: Der Wirt nahm von der geplanten Aufnahme der NSDAP-Angehörigen wieder Abstand und arrangierte für seine ehemaligen kommunistischen Gäste eine „Versöhnungsfeier“. Fortan fungierte sein Lokal sogar als offizielles Partei-Lokal der KPD. Eine weitere besondere Überwachung der Gegend war aus Sicht der Polizei wegen der nun geklärten Verhältnisse nicht mehr notwendig.

Jedoch sollte sich die Lage in dieser Gegend ein Jahr später – allerdings erst nach der Aufhebung des SA-Verbotes am 17. Juni 1932 und dem sog. „Preußenschlag“ vom 20. Juli 1932 – doch noch ändern. Mit Datum vom 27. Juli 1932 wurde in den Akten der Schupo vermerkt, dass der Schankwirt Bruno Wienecke sein Schanklokal in der Swinemünder Straße, also in unmittelbarer Nähe zum KPD-Lokal „Raben“, Mitgliedern der NSDAP ab dem 12. Juli 1932 als Verkehrslokal zur Verfügung gestellt hatte.

Nochmals ein gutes halbes Jahr später sollte sich die Situation in dieser Gegend dann grundlegend umstellen. Wohl um seine Existenz als Gastwirt zu retten, nachdem durch die Machtübertragung an Hitler am 30. Januar 1933 absehbar wurde, dass mit den Kommunisten demnächst „aufgeräumt“ werden würde, meldete der Schankwirt Max Raben am 27. Februar 1933 sein Lokal auf dem örtlichen Polizeirevier als Verkehrslokal der KPD ab. Er teilte gleichzeitig seine Absicht mit, sein Lokal am 28. Februar 1933 geschlossen zu halten, um es ab dem 1. März 1933 als unpolitisches Lokal wieder zu eröffnen. Am Abend des 28. wurde Raben jedoch vom Revier mitgeteilt, dass sein Lokal geschlossen bleiben müsste. Indem er sich von seinen früheren kommunistischen Gästen distanzierte, wandte er sich daraufhin in einem Schreiben an die Politische Polizei mit der Bitte, die Wiedereröffnung seines Lokals doch noch zu gestatten. Nach Prüfung des Sachverhaltes wurde jedoch entschieden, das Lokal geschlossen zu halten, da Bedenken bestehen würden, dass das Lokal nach Wiedereröffnung sofort wieder von KPD-Sympathisanten genutzt werden würde, wodurch erneut „politische Zusammenstöße auf der Straße unvermeidlich wären.“

Im internen Bericht vom 15. März 1933 hieß es wörtlich: „Das Lokal von Raben (...) war seit 1926 Verkehrslokal der KPD. Bis zur Eröffnung (...) des schräg gegenüber (...) liegenden Verkehrslokals der NSDAP ist es zu politischen Zwischenfällen nicht gekommen. Seit dem Bestehen des NSDAP-Verkehrslokals haben sich aber wiederholt politische Zusammenstöße und Überfälle ereignet.“ Mit anderen Worten: Die eskalierenden Auseinandersetzungen waren erst durch die Nationalsozialisten in diese Gegend getragen worden!

Nico Biver

Verschwindet die Linke?

Mitgliederentwicklung und Wahlergebnisse linker Parteien in Westeuropa seit den 1970er Jahren (Teil II)

Im ersten Teil des Aufsatzes in Z 101 (März 2015), S. 141-153, wurde der Niedergang der radikalen und der sozialdemokratischen Linken seit ihrem Zenit in den 1970er Jahren bis in die 1990er Jahre beschrieben. Das prophezeite „Ende der Geschichte“ blieb aber aus. Die linke Depression nach dem Untergang des Realsozialismus ließ in den 1990er Jahren allmählich nach. Das Versprechen eines besseren Lebens für alle durch das ungehemmte Wirken der Marktkräfte erwies sich bald als trügerisch; soziale Bewegungen konnten wieder an Boden gewinnen. Im zweiten Teil des Aufsatzes wird der Frage nachgegangen, wie sich die linken Neuansätze in den verschiedenen Ländern Westeuropas nach 1990 entwickelt haben und ob der Niedergang der Linken gestoppt werden konnte.¹

Die neoliberale Offensive gegen die Sozialsysteme und die zunehmende Militarisierung der internationalen Beziehungen (Jugoslawien-Krieg und Irak-Kriege) mobilisierten nicht nur die Friedensbewegung, sondern lösten auch einen weltweiten sozialen Widerstand aus. Die globalisierungskritische Bewegung zum Ende der 1990er Jahre machte deutlich, dass sich viele nicht mit dem Sieg des Kapitalismus abfinden wollten. In Lateinamerika schlugen eine Reihe Länder – angefangen mit Venezuela – einen mehr oder weniger starken anti-neoliberalen Kurs ein.

Entwicklung der radikalen Linken nach 1990

Für die Wiederbelebung der radikalen Linken war auch die Entwicklung der Sozialdemokratie von Belang: Deren Rechtstrend verstärkte sich nach 1990 weiter und ist, wie das französische Beispiel zeigt, noch nicht abgeschlossen.² Das hat ein politisches Vakuum links von ihr geschaffen, in das die radikale Linke vorstoßen konnte.

Eine Reihe erfolgreicher, aber sehr unterschiedlicher Parteiprojekte sorgte außerdem für größeren Optimismus. Als erste machte die Partei der Kommunisti-

¹ Die Wahlergebnisse und Mitgliederzahlen der linken Parteien in diesem Text beziehen sich auf alle westeuropäischen Staaten (ohne Kolonien/Überseegebiete) mit Ausnahme der Türkei (aufgrund fehlender Daten und der nur kurzzeitigen demokratischen Verhältnisse). Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden für Deutschland nach 1990 nur Zahlen für die alten Bundesländer und Westberlin verwendet.

² Der französische Premierminister Manuel Valls liebäugelt mit der Umwandlung seiner Sozialistischen Partei in eine neue Mitte-Links-Formation nach italienischem Vorbild unter Verzicht auf das Wort „sozialistisch.“ Vgl. Le Monde, Paris, 24.10.2014, S. 8.

schen Neugründung (PRC) in Italien von sich reden. Sie entstand als Abspaltung der Italienischen KP (PCI) und umfasste nicht nur den sog. prosovjetschen Flügel des PCI, sondern auch ehemalige Linksozialisten und Anhänger der Manifesto-Gruppe, die sich 1972 bzw. 1984 dem PCI angeschlossen hatten. Eine weitere wichtige Komponente war die Proletarische Demokratie (DP). Die Zusammenarbeit des PRC mit der globalisierungskritischen Bewegung galt als vorbildlich und ihre Wahlergebnisse nahmen von 6 Prozent 1992 auf 9 Prozent 1996 zu.

Zweites Beispiel ist die Sozialistische Partei der Niederlande (SP), die 1971 als maoistische Partei gegründet worden war. Sie konzentrierte sich seit 1972 darauf, die Anliegen der Menschen in den Kommunen aufzugreifen und darüber die Partei aufzubauen und von den Kommunalparlamenten bis in das nationale Parlament vorzustoßen. 2002 kam sie auf 5,9 Prozent und 2006 auf 16,6 Prozent der Stimmen. Die Mitgliederzahl kletterte auf über 50.000.

Für Aufsehen sorgte schließlich das deutsche Beispiel. Mit Hartz IV kam die Rechtsentwicklung der SPD zum Höhepunkt. Vor allem ehemalige Sozialdemokraten und Gewerkschafter gründeten 2004/2005 die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), die bald eine Vereinigung mit der PDS anstrebte, der es nicht gelungen war, im Westen mehr als eine symbolische Präsenz aufzubauen. Den Führungen beider Parteien war schnell klar, dass der Raum links der SPD nicht groß genug und die Wahlhürde zu hoch war, um auf parlamentarischer Ebene zwei linken Parteien das Überleben zu garantieren. 2007 entstand DIE LINKE, die 2009 11,9 Prozent erreichte.

In Frankreich war die Französische KP (PCF) Anfang der 1990er bei Wahlen auf unter 10 Prozent und 10 Jahre später nach einer Regierungsbeteiligung auf unter 5 Prozent gefallen. Das bedeutete aber keinen Einflussverlust der radikalen Linken, weil andere Kräfte erstarkten. Die trotzkistischen Revolutionäre Kommunistische Liga (LCR) und Arbeiterkampf (LO) schafften es, bis zu 10 Prozent zu holen. Die Auseinandersetzung um die EU-Verfassung führte schließlich auch zu Abspaltungen von der Sozialistischen Partei und von den Grünen, aus denen die Linkspartei (PG) Jean-Luc Mélenchons entstand. Damit war auch die Voraussetzung für ein linkes Bündnis entstanden aus PCF, PG und diversen linksalternativen, kommunistischen und trotzkistischen Gruppen, auf das bei der Präsidentschaftswahl 2012 mit Mélenchon 11,1 Prozent entfielen.³ Spaltpilz in Frankreich bleibt aber das Verhältnis zur Sozialistischen Partei (PS). Ohne Bruch mit dem PS sind LCR und LO zu keinem Bündnis bereit. Und auch der PG will stärker auf Distanz zum PS als der PCF. Einen völligen Bruch will der PCF vermeiden, denn bei dem geltenden Mehrheitswahlsystem setzt der Erhalt kommunaler und nationaler Mandate eine Zusammenarbeit mit dem PS voraus.

Sensationell war der Erfolg der Koalition der Radikalen Linken (SYRIZA),

³ Vgl. Nico Biver, Präsidentschaftswahlen in Frankreich. Die Renaissance der radikalen Linken, in Z 90 (Juni 2012), S. 8-17.

der neuen griechischen Linkspartei, die 2013 aus dem gleichnamigen Bündnis in Folge der Proteste gegen die Austeritätspolitik der Troika entstanden ist. Sie konnte bei den Wahlen im Juni 2012 mit 26 Prozent den zweiten Platz hinter den Konservativen erreichen. Insgesamt 18 linke Gruppen haben sich in SYRIZA versammelt, von Maoisten und Trotzlisten über Reformkommunisten bis hin zur Zentrumsunion. Bei der vorgezogenen Neuwahl im Januar 2015 gelang ihr schließlich mit 36,4 Prozent der Sprung an die Regierung.

In Spanien unter dem Troika-Diktat scheint der Raum für eine radikale Linke ähnlich groß zu sein. Die Vereinigte Linke (IU) hatte sich nach ihrem Bestergebnis von 10,6 Prozent im Jahr 1996 der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) angenähert und stetig an Einfluss verloren. 2008 standen nur noch 3,8 Prozent Stimmen zu Buche. Ein Kurswechsel unter Cayo Lara und eine stärkere Absetzung von der PSOE brachten erste Erfolge. Bei den Wahlen 2011 kletterte die IU auf 7,0 Prozent. 2013 stieg sie in den Umfragen auf bis zu 15 Prozent, während die sozialdemokratische PSOE nicht von den Verlusten der regierenden Konservativen profitieren konnte. Die Versuche der IU, ein breiteres linkes Bündnis aufzubauen, stießen bei der Mehrheit der Bewegungen, die gegen die Austeritätspolitik auf die Straßen gingen (Indignados), nicht auf Zustimmung.

Mehr Erfolg hatte der populäre linke Politikprofessor und Fernsehjournalist Pablo Iglesias, der im Januar 2014 mit Gleichgesinnten die Bewegung Podemos (Wir können) startete. Zu den Initiatoren gehörten vorwiegend unabhängige Persönlichkeiten aus den Indignados-Bewegungen. Podemos gewann bei der EU-Wahl auf Anhieb 8 Prozent der Stimmen. In nur 20 Tagen schrieben sich 100.000 Mitglieder ein. Am 1. November war Podemos mit 220.000 Mitgliedern vor der PSOE zweitstärkste Partei und lag im gleichen Monat erstmals in einer Umfrage auf Platz 1. Die Zuwächse gehen vor allem auf Kosten der PSOE und der IU.

Die Beispiele machen deutlich: Um Erfolge zu erzielen, kommt es weniger darauf an, welcher Richtung der radikalen Linken die Parteien entstammen, als vielmehr, wie es gelingt, den mit der neoliberalen Politik von Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten Unzufriedenen ein wahrnehmbares und glaubhaftes politisches und personelles Angebot zu machen.

Ob der Funke zündet, hängt nicht nur davon ab, ob er auf eine entflammbare Masse trifft, sondern auch davon, wie er entfacht wird. Wie Podemos praktisch aus dem Nichts einen Flächenbrand zu legen, hat nicht nur mit der Unzufriedenheit vieler Spanier zu tun und dem Vertrauensverlust in die Großparteien PSOE und Volkspartei (PP), sondern mit einem politischen Angebot, das die wichtigsten sozialen Probleme aufgreift, und mit einem charismatischen und unverbrachten Personalangebot. In der Regel sind die Ausgangsbedingungen viel schwieriger, und vergleichbare Versuche scheitern oder fallen bescheidener als in Spanien aus.

Belgien zeigt exemplarisch, wie schwierig das Unterfangen ist, links der Sozialdemokratie eine Alternative aufzubauen. Seit die KP 1985 ihren letzten Parlamentssitz verlor, hat es unzählige Versuche von kommunistischer, trotzkistischer, linkssozialistischer und linksgrüner Seite gegeben, dies zu erreichen. Doch der Funke zündete bei einer mittlerweile 45 Jahre alten ex-maoistischen

Partei, der Partei der Arbeit Belgiens (PTB). Ihr gelang es bei den Parlamentswahlen 2014 zwei Mandate zu erringen. Das war nicht nur das Ergebnis einer cleveren und modernen Image- und Medienpolitik und einer unsektierischen Bündnispolitik, sondern einer Kampagne, die sich auf konkrete sozialpolitische Ziele konzentrierte.⁴

Ähnlich erfolgreich ist die radikale Linke in Irland, wo sie seit jeher ein Schattendasein führte, weil die nationale Auseinandersetzung den Klassenkonflikt überlagerte. Die Labour Party, die noch 2011 als Oppositionspartei von der Kritik an der Austeritätspolitik profitiert hatte, ist jetzt Regierungspartei und musste bereits bei der EU-Wahl 2014 kräftig Federn lassen. Die linken Nationalisten von Sinn Fein haben von 2,5 Prozent bei den Wahlen 1997 auf heute über 20 Prozent zugelegt. Gleichzeitig sitzen ein Dutzend Abgeordnete im Parlament, die weiter links stehen. 2011 traten die trotzkistischen Parteien Sozialistische Arbeiterpartei (SWP; IST) und Sozialistische Partei (SP; CWI) und Unabhängige zusammen als Vereinigte Linke Allianz (ULA) an und errangen 5 Sitze. Zwei weitere SP-Mitglieder kamen 2014 durch Nachwahlen dazu. Auch hier waren an erster Stelle soziale Themen im Mittelpunkt der Kampagnen, z.B. der Kampf gegen Wasser- und Wohnungssteuern. Allerdings ist die ULA zerbrochen und die 7 Abgeordneten gehören jetzt 4 verschiedenen Gruppen an, aber es gibt neue Einigungsversuche der Linken bis hin zu Sinn Fein.

Andere Parteien und Bündnisse, die von trotzkistischen Organisationen gegründet oder dominiert wurden, sind ebenfalls gescheitert: Das Komitee für eine andere Politik (CAP) in Belgien, Socialist Alliance und RESPECT in Großbritannien und die Schottische Sozialistische Partei (SSP). Glücklos war auch die französische LCR (Usec), die im Alleingang eine breitere Partei, die Neue Antikapitalistische Partei (NPA) ins Leben rief. Nach einer anfänglichen Mitgliederexplosion auf 9.000 zerstritt sich die Partei bald an der Frage der Zusammenarbeit mit der Linksfront (FG) und fiel auf heute 2.100 Mitglieder zurück.

Dabei verfolgte das Usec bereits seit 1995 eine – allerdings umstrittene – Linie der „Umgruppierung“, die darin besteht, sich an der Zusammenführung von „bedeutenden Fragmenten der traditionellen Arbeiterbewegung“ zu beteiligen. Ihre Sektionen waren gleichberechtigt am Aufbau der dänischen Einheitsliste - Die Rot-Grünen (Enhedslisten), von Dei Lénk und dem portugiesischen Linksblock (BE) beteiligt. Juniorpartner waren sie sowohl bei der IU als auch bei dem PRC, die sie schließlich wegen ihrer Rechtsentwicklung verlassen haben. Das Comeback ihrer Sektion in Spanien war dann allerdings spektakulär, stand sie doch mit an der Wiege von Podemos.⁵

⁴ Siehe: Nico Biver, *Belgiens Linke auf dem Sprung. Führt der Kurswechsel der Arbeiterpartei Belgiens zum Wahlerfolg am 25. Mai?* Rosa-Luxemburg-Stiftung, 25. Mai 2014, http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/rls_onl_Belgiens_Link_e_auf_dem_Sprung_140518.pdf.

⁵ Vgl. Daniel Bensaid, Alda Sousa, Alan Thornett u.a., *New Parties of the left. Experiences from Europe*, London 2011.

Um die Initialzündung hinzubekommen und Vertrauen zu schaffen, scheint die Bildung von Bündnissen und breiten Linksparteien ein Erfolg versprechendes Mittel zu sein. Das Scheitern des Realsozialismus hat dazu beigetragen, Vorbehalte unter den verschiedenen linken Strömungen abzubauen. Die Notwendigkeit, ein bestimmtes Sozialismusmodell zu verteidigen, entfiel. Angesichts der neoliberalen Offensive wuchs insgesamt das Bedürfnis, sich zusammenzuschließen.

In Spanien, Dänemark und Griechenland waren Bündnisse der linken Parteien – die IU, die Enhedslisten und Synaspismos – bereits in den 1980ern entstanden und umfassten Kommunisten, Trotzlisten und Linksozialisten. Aus Synaspismos, das 1991 von der Mehrheit der der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) verlassen wurde, entstand später das Bündnis SYRIZA. Alle drei sind heute Mitgliederparteien, deren Mitglieder aber zum Teil noch verbliebenen Gründungsparteien angehören.

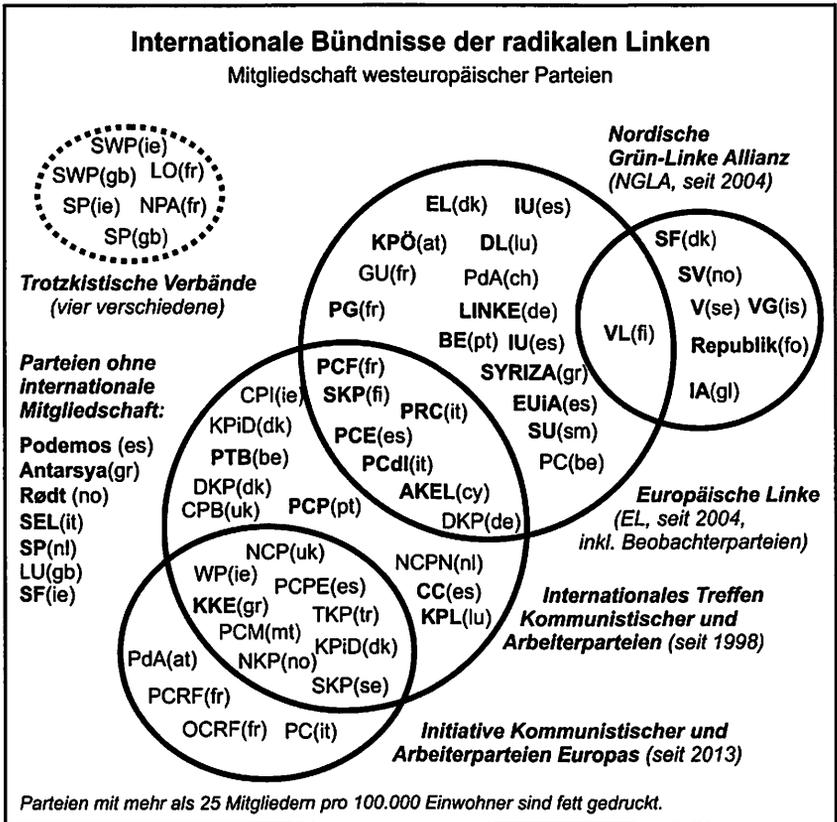
Nach 1989 kamen an Bündnissen Déi Lénk in Luxemburg aus der Kommunistischen Partei Luxemburgs (KPL), Reformkommunisten, Jungsozialisten und Trotzlisten (USec) und der Linksblock in Portugal aus Trotzlisten (USec), Ex-Maoisten und Reformkommunisten hinzu. Déi Lénk, die sich 2000 nach dem Auszug der KPL in eine Partei verwandelte, hat mittlerweile zwei Abgeordnete und ist bei den Europawahlen so stark geworden wie die KPL zuletzt in den 1970ern. Der Linksblock, der heute ebenfalls eine Mitgliederorganisation ist, schaffte 2009 10 Prozent Wählerstimmen, hat aber dann durch innere Konflikte mehr als die Hälfte eingebüßt. Auch in Island gibt es eine linke Erfolgsgeschichte. Als sich 1999 Sozialdemokraten, Volksbund (AB) und Frauenpartei vereinigten, kam es beim linkssozialistischen AB zur Abspaltung des linken Flügels. Daraus entstand die Links-Grüne Bewegung (VG), die 2009 21,7 Prozent erzielte.

Die Beispiele der SP der Niederlande, der PTB Belgiens, von Podemos und der wieder erstarkten Portugiesischen KP (PCP) zeigen auch, dass Bündnisse kein Allheilmittel sind. Die Beispiele Griechenlands und Portugals lassen außerdem erkennen, dass auch Platz für mehrere Parteien gegeben sein kann – wenn das Wahlsystem dem nicht im Weg steht und sie unterschiedliche Schichten ansprechen können.

Neue Internationalen

Neue Kooperationen haben sich nicht nur auf der Staatenebene, sondern auch international entwickelt. Da die Übergänge zwischen den verschiedenen Richtungen der radikalen Linken fließend sind, überschneiden sich auch die internationalen Bündnisse, die sie eingegangen sind. Der größte Zusammenhang ist die Europäische Linke (EL), die 2004 im Rahmen der EU gegründet wurde, auch, um institutionelle Vorteile der EU, die diese anerkannten supranationalen Parteien gewährt, nutzen zu können. Die meisten genannten Bündnisse und pluralen Parteien gehören ihr an, mit Ausnahme der niederländischen SP und von Podemos. Daneben gibt es die Nordisch-Grüne Linke (NGLA) mit einer homogeneren stärker rot-grünen Mitgliedschaft von sieben Parteien von Grönland bis Finnland (Abb. 4).

Abb. 4



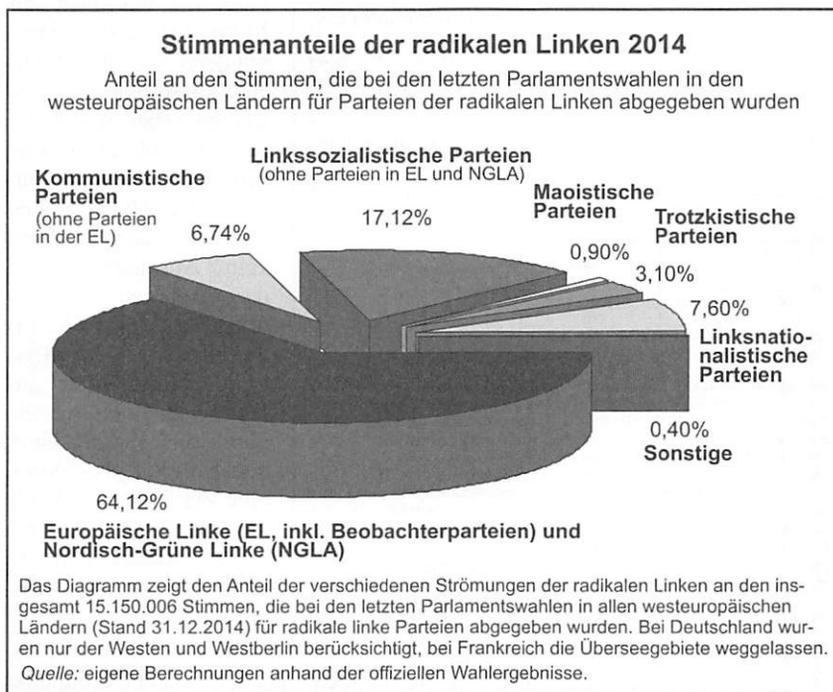
Der breiteste kommunistische Zusammenschluss ist das jährliche Internationale Treffen Kommunistischer und Arbeiterparteien. Das ist allerdings alles andere als einheitlich, denn es reicht von eher demokratisch-sozialistischen Parteien wie jenen Spaniens und Frankreichs, die ebenfalls der EL angehören, über traditionelle Parteien wie die portugiesische PCP bis hin zu Parteien mit sehr enger oder mehr oder weniger offen stalinistischer Orientierung wie die Arbeiterkommunistische Partei Russland oder die KKE Griechenlands. Die belgischen, österreichischen und schweizerischen Parteien meiden diese Treffen.

Seit wenigen Jahren gibt es auf Einladung der KKE auch einen alljährlichen Austausch auf europäischer Ebene, an dem aber PCF und KP Spaniens (PCE) nicht teilnehmen. Politisch noch enger ist schließlich die Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien, die nur Parteien umfasst, die die Linie der KKE teilen, von denen aber in Westeuropa keine – außer der KKE – größere Bedeutung hat.

Zwei internationale Zusammenhänge, die nach 1990 entstanden waren, sind Ende des letzten Jahrzehnts eingeschlafen. Das Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF), das seit 1991 den Dialog in der westeuropäischen Linken in Gang gebracht hatte, stellte nach Gründung der EL seine Tätigkeit ein. Die Europäische Antikapitalistische Linke (EACL) wurde 2000 von größeren Parteien (LCR/NPA, SWP, SP) der drei trotzkistischen Hauptrichtungen und von Bündnissen, in denen sie aktiv waren (Einheitsliste, Déi Lenk, SSP, Synaspismos, Linksblock, Respect) gegründet. Das Scheitern einiger Projekte (SSP und Respect) und die Mitgliedschaft der restlichen Bündnisse in der EL machte die EACL dann überflüssig.

Die Bedeutung der einzelnen Richtungen läßt ein Blick auf die jüngsten Wahlergebnisse in Westeuropa erkennen. Waren bis 1989 neun Zehntel aller Stimmen für Parteien links der Sozialdemokratie auf KPs entfallen, können jetzt Mitglieds- bzw. Beobachterparteien der Europäischen (EL) und der Nordisch-Grünen Linken (NGLA) zwei Drittel für sich verbuchen. Andere Linksozialisten erzielten ein Sechstel dieser Stimmen und kommunistische Parteien, die nicht zu EL zählen, 7 Prozent (siehe Abb. 5).

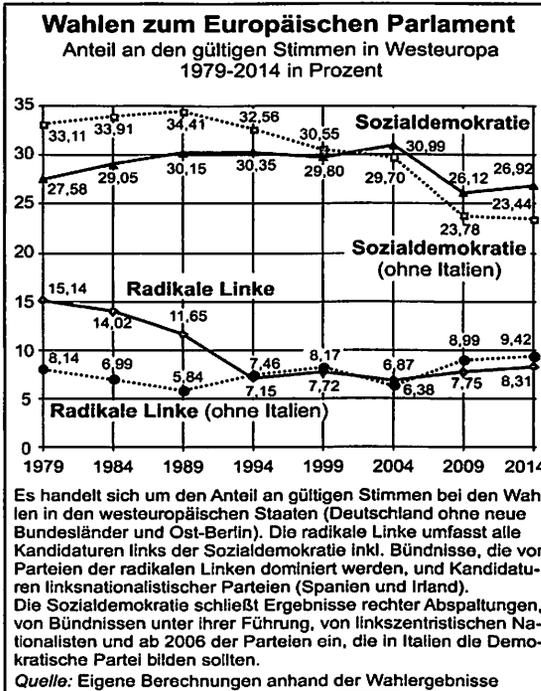
Abb. 5



Instabile Wahlerfolge

Trotz vieler Wahlerfolge ist in der Gesamtschau kein schnelles Anwachsen der radikalen Linken in Westeuropa festzustellen. Der Durchschnitt der Ergebnisse in 20 Ländern steigt seit 1995, als er auf 6,90 Prozent abgenommen hatte, wieder an und hat 2014 mit 9,92 Prozent das Niveau von 1986 zurückgewonnen (siehe Teil I, Abb. 2, in: Z 101, S. 145). Nimmt man die absoluten Stimmen, erzielte die gesamte radikale Linke bei den letzten Parlamentswahlen bis 2014 in allen westeuropäischen Ländern 15,2 Mio. Stimmen. Das sind zwar 12 Mio. Stimmen weniger als auf dem Höhepunkt 1978. Nimmt man die italienischen Wahlergebnisse heraus, wird aber fast das Niveau von damals wieder erreicht. Der Unterschied zwischen der Ergebnisentwicklung mit oder ohne Italien wird auch bei den EU-Wahlen deutlich (siehe Abb. 6).

Abb. 6



Die Gesamtzahlen bedeuten allerdings keine gleichmäßige Entwicklung. Im Vergleich zur Mitte des letzten Jahrhunderts sind die Wahlergebnisse der radikalen Linken (ebenso die der Sozialdemokraten) viel instabiler. Verdoppelungen oder Halbierungen von Stimmenzahlen sind keine Ausnahme. Keine der größeren Parteien verzeichnet einen kontinuierlichen Aufwärtstrend. Nach einer anfänglichen Euphorie, die durch die Bildung einer neuen Partei oder durch eine erfolgreiche Wahlkampagne ausgelöst wurde, macht sich oft Enttäuschung breit, weil

die Partei nicht in der Lage war, die in sie gesetzten Hoffnungen zu erfüllen.

Gesellschaftliche Mobilisierungen führen in der Regel zu Stimmengewinnen, Regierungsbeteiligungen zu Verlusten. Regierungsbeteiligungen sind ein Streitpunkt in der radikalen Linken, weil die neoliberale Globalisierung und die Rechtsentwicklung der Sozialdemokratie Reformmöglichkeiten drastisch einschränken.

Das Dilemma ist jedoch, dass die meisten Wähler der radikalen Linken erwarten, dass sie sich an Regierungen beteiligen, um ihre Forderungen durchzusetzen oder um eine Rechtsregierung zu verhindern. Gut bekommen ist eine Regierungsbeteiligung oder -unterstützung den meisten nicht. In 17 von 19 Fällen, in denen radikale linke Parteien an Regierungen seit 1990 beteiligt waren oder diese von außen unterstützten, büßten sie bei anschließenden Wahlen Stimmenanteile ein, wie Luke March 2012 festgestellt hat.⁶ Dies gilt auch für die späteren Fälle Norwegen und Island, wo die mitregierenden Linksparteien 2013 Verluste von 2,6 Prozent bzw. 10,8 Prozent hinnehmen mussten.

Ebenso negativ wirkten sich Auseinandersetzungen um die Regierungsbeteiligung auf eine Reihe von Parteien aus. Der italienische PRC erlitt dreimal große Abspaltungen von regierungsfreundlichen Fraktionen, mit dem Ergebnis, dass in dem Land mit der einst mächtigsten kommunistischen Partei die Linke heute am Boden liegt. Andere Beispiele für das selbstzerstörerische Potenzial von Regierungsbeteiligungen sind die griechische KKE (1989/1990), die spanische IU (1997), die isländische VL (2013) und die dänische Sozialistische Volkspartei (SF; 2014), bei denen es zu Spaltungen oder Massenaustritten kam.

Das hat auch Einfluss auf die politische Richtung einer Partei. Diese kann sich auch schleichend ändern, indem Kritiker von allzu viel Kompromissbereitschaft die Partei verlassen, während andere, die sie gutheißen, eintreten.

Füllt sich das Vakuum?

In scheinbarem Widerspruch zu den Wahlerfolgen steht die Mitgliederentwicklung der radikalen Linken. Fast bis in die Gegenwart ist ein Rückgang festzustellen. Möglicherweise deutet sich 2012 eine leichte Erholung an (siehe Teil I, Abb. 1, in: Z 101, S. 143).⁷ Bei den meisten „Altparteien“ ist der Mitgliederverlust stetig. Ausnahmen sind die links-grünen Parteien in Dänemark, Schweden, Norwegen und Island. Eine gewisse Stabilisierung kommt vor allem durch die Gründung und Entwicklung neuer Parteien oder Zusammenschlüsse zustande. Aber auch deren Expansion stoppt in der Regel schnell.

Wenn man die Mitgliederzahlen zu den Wählerstimmen ins Verhältnis setzt, zeigt sich ein starkes Absinken des Organisationsgrades von 10,6 Mitgliedern pro 100 Wähler 1977 auf 3,8 im Jahr 2012. Bei der deutschen LINKEN lag der Wert im Westen bei nur 1,2.

⁶ Tim Bale and Richard Dunphy, In from the cold. Left parties and government involvement since 1989, in: *Comparative European Politics*, 9 (3), S. 269-291, S. 272.

⁷ In der Aufstellung, die 2013 endet, sind die Zahlen von Podemos noch nicht enthalten, durch die sich die Gesamtsumme von etwa 637.000 um ein Drittel auf fast 950.000 erhöhen würde. Die Berücksichtigung von Podemos beinhaltet auch ein methodisches Problem, da die Mitglieder keinen Mitgliedsbeitrag entrichten und so der Mitglieder- und Sympathisantenstatus vermischt wird.

Der Rückgang findet in etwa dem gleichen Tempo statt wie bei der Sozialdemokratie und ist Teil eines gesellschaftlichen Trends, der alle Parteien trifft.⁸ In Südeuropa ist er noch nicht so weit gediehen. KKE, PCP und AKEL erzielen noch Werte von etwa 10 Mitgliedern auf 100 Wähler – mit abnehmender Tendenz.

Die sinkenden Mitgliederzahlen haben zwar offenbar wenig Einfluss auf die Wahlergebnisse, verringern aber die Möglichkeiten, außerparlamentarisch wirksam zu sein. Die gesellschaftlichen Organisationen, die früher die Parteien umgaben, sind entweder verschwunden, haben sich von ihnen gelöst oder haben stark an Einfluss verloren. Nur noch der PCP und die AKEL kontrollieren eine Gewerkschaft und wenige andere Parteien (z.B. PCF, PCE und KKE) Minderheitsströmungen in linken oder Einheitsgewerkschaften.

Die Parteien der radikalen Linken können nicht mehr auf eine stabile Stammwählerschaft zählen. Die Wahlentscheidung hängt immer weniger von einer Verbundenheit mit der Partei und ihren Zielen ab. Oft ist es nur Protest oder eine taktische Überlegung, die eine Wahlentscheidung bestimmt.

Der Eintritt in eine Partei setzt aber nicht eine Übereinstimmung mit kurzfristigen Zielen voraus, sondern mit den Grundprinzipien. Ein überzeugendes gesellschaftliches Gegenmodell hat aber die radikale Linke bisher nicht anzubieten. Die Pluralität der Parteien und Bündnisse bedingen einen Minimalkonsens, der sich in kurz- und mittelfristigen Forderungen erschöpft.

In einer vergleichenden Untersuchung über die radikale Linke in Deutschland, Frankreich und Italien kommt Paolo Chiocchetti zu dem Schluss, dass es ihr bisher nicht gelungen ist, das politische Vakuum, das die Sozialdemokratie hinterlassen hat, auszufüllen und einen dauerhaften Weg der Wiedergewinnung ihres gesellschaftlichen Gewichtes und Einflusses einzuschlagen.⁹ Seine Zahlen und Fakten belegen dies für die drei Länder. Auch sei es bisher nicht gelungen, den neoliberalen Kurs nennenswert abzuschwächen – was sicherlich auch für die anderen westeuropäischen Staaten gilt.

Aber Griechenland und Spanien zeigen auch, dass die radikale Linke mehrheitsfähig werden kann. Ob sie damit aber in der Lage sein wird, die gesellschaftliche Entwicklungsrichtung zu beeinflussen, kann erst die Zukunft zeigen.

⁸ Vgl. Ingrid van Biezen, Peter Mair und Thomas Poguntke, *Going, going, . . . gone? The decline of party membership in contemporary Europe*, in: *European Journal of Political Research* 51: 24–56, 2012.

⁹ Vgl. die Doktorarbeit von Paolo Chiocchetti, *Filling the vacuum? The Development of the partisan radical left in Germany, France and Italy, 1989-2013*, London 2013, [www.paolochiocchetti.it/Chiocchetti 2014 Filling the vacuum.pdf](http://www.paolochiocchetti.it/Chiocchetti%202014%20Filling%20the%20vacuum.pdf).

Anhang: Parteien der radikalen Linken in Westeuropa 1970 - 2015

Land	Partei/Bündnis		Mitgliederzahl ^{a)}		Wahlergebnisse (%) ^{b)}		
	1970-79	2011-15	1970-79	2013-14	1970-79	2011-15	EU
Belgien	PCB/KPB	PC	10.553	600	3,26	bei PTB	bei PTB
	AMADA/TPO	PvdA/PTB	900	9.200	0,79	3,73	3,51
Dänemark	DKP	DKP	11.000	180	4,19	in EL	e)
	SF	SF	6.586	9.280	9,11	9,20	10,95
	-	Enhedslisten (EL)	-	9.690	-	6,68	e)
Deutschland (Westen)	DKP (BRD)	DKP	42.000	2.900	0,31	-	0,06
	SEW (W-Berlin)	-	6.886	-	2,34	-	-
	-	DIE LINKE	-	23.366	-	5,56	4,45
Finnland	SKP/SKDL	SKP	49.248	2.500	18,89	0,26	0,34
		VL		10.733		7,14	9,32
Frankreich	PCF	PCF/FG	565.058	75.000 ^{a)}	21,41	-	-
	-	PG/FG	-	13.000	-	7,11	6,33
	LO	LO	5.000	8.000	1,69	0,49	1,17
	LCR	NPA	3.800	2.100	0,38	0,31	0,39
Griechenland	KKE	KKE	73.000	25.000	9,36	5,47	6,11
	KKEes	SYRIZA	15.000	35.000	2,72	36,34	26,57
Grönland	IA	IA	500	1.500	11,04	42,61	-
Großbritannien	SWP	SWP	4.500	2.147	-	-	-
	CPGB	CPB	29.943	924	0,13	0,05	-
	Militant	SP	1.621	2.000	in Labour	-	0,19
	-	Scottish SP	-	3.500		0,01	-
	-	Left Unity	-	2.000	-	-	-
Irland	CPI	CPI	600	250	0,03	-	-
	WP	WP	1.500	300	1,70	0,14	-
	Militant	SP	20	300	in Labour	1,21	1,81
	SWM	SWP	100	500	-	0,97	1,44
	Sinn Fein	Sinn Fein	5.000	10.000	-	9,95	19,52
Island	AB	VG	4.000	5.000	22,87	10,87	-
Italien	PCI	-	1.814.317	-	34,44	-	-
	-	PCdi	-	12.600	-	-	-
	-	PRC	-	19.019	-	2,23	-
	-	SEL	-	34.279	-	3,16	4,04
Luxemburg	KPL	KPL	540	150	8,77	1,45	1,49
		Déi Lénk	627	627	-	4,50	5,76
Niederlande	CPN	NCPN	15.520	700	4,47	-	-
	SP	SP	4.000	42.679	0,29	9,65	9,64
Norwegen	NKP	NKP	3.500	250	0,37	0,02	-
	SV	SV	10.000	8.887	11,24	4,09	-
Österreich	AKP/RV	Rød	3.000	2.366	0,63	1,08	-
	KPO	KPO	26.663	2.000	1,36	1,03	2,14
Portugal	PCP	PCP/CDU	200.753	60.484	19,33	8,24	13,71
	PSR+UDP	Bloco (BE)	10.500	9.264	2,80	5,39	4,93
San Marino	PCSM	Sinistra Unita	960	250	25,14	9,14	-
Schweden	VPK	Vänsterpartiet	17.483	18.419	5,61	5,72	6,30
	AKP	SKP	5.000	500	0,20	0,01	-
Schweiz	PdA/PST	PdA/PST	5.000	700	2,58	0,54	-
Spanien	PCE	IU	191.607	35.095	10,81	7,02	10,06
	-	Podemos	-	368.775 ^{e)}	-	-	8,17
Zypern	AKEL	AKEL	11.214	14.000	30,78	32,67	26,98

Die Liste beinhaltet die größeren Linksparteien Westeuropas. In den aktuellen Spalten sind Parteien nicht mehr aufgeführt, die wie der PCI auf sozialdemokratische oder grüne Positionen übergegangen sind. Ausnahme: die grüne dänische SF, die zur NGLA gehört. Die Zahlen stammen in der Regel von den Parteien selbst. *Kursive Zahlen* sind Schätzungen des Autors.

- a) Höchste Mitgliederzahl in den 1970er Jahren (Ausnahmen: KKE 1982 und PCP 1983) und aktuellste Zahl von 2013-14 (Ausnahmen: PCP 2012 und Podemos April 2015).
- b) Bestes Ergebnis bei Parlamentswahlen 1970-79, letztes Ergebnis 2011-2015 (Stand 20. April 2015) und Ergebnis bei der EU-Wahl 2014. Jeweils Prozentanteil an den gültigen Stimmen.
- c) Unterstützte die parteiübergreifende Volksbewegung gegen die EU, die 8,07 Prozent erzielte.
- d) Die offizielle Mitgliederzahl liegt bei 130.000. Nach Parteiangaben zahlen aber nur 55 bis 60 Prozent Beitrag.
- e) Die Zahl der Mitglieder ist nicht vergleichbar mit der anderer Parteien, weil Podemos keinen Mitgliedsbeitrag erhebt.

Sebastian Friedrich/Inva Kuhn

Kultur statt Klasse

Zu den ideologischen Funktionen des Antimuslimischen Rassismus in Deutschland

Als im Herbst 2014 Tausende in Dresden gegen die angebliche Islamisierung des Abendlandes marschierten, war die Aufregung groß. Von Bild bis taz, von Tagesschau bis RTL aktuell, von Bundeskanzlerin Angela Merkel bis BDI-Präsident Ulrich Grillo sorgte man sich angesichts der rassistischen Mobilisierungswelle. Medien übertrafen sich darin, die in Dresden verbreiteten Thesen zu widerlegen und Politik wie Wirtschaft wurden nicht müde zu betonen, dass Deutschland weltoffen sei und (nützliche) Einwanderung benötige. Eine Frage kehrte immer wieder: Wie konnte Pegida so schnell so viele Menschen anziehen? Es liege an Dresden, meinten manche. Andere beschuldigten die DDR, die Bevölkerung zu dumpfen Rassist/innen erzogen zu haben. Warum es aber gerade das Ticket Islam und Muslime war, das Pegida für sich nutzte, wurde kaum diskutiert.

Antimuslimischer Rassismus ist in Deutschland nicht erst seit den Demonstrationen in Dresden oder dem Aufstieg der AfD virulent. Seit den 1990er Jahren wird regelmäßig über „Hassprediger“, „Schläfer“, „Parallelgesellschaften“, „Kopftuchmädchen“, „Integrationsverweigerer“ und „muslimisch geprägte Problembezirke“ diskutiert. Jahrelang befeuerten Teile der offiziellen Politik und weite Teile der gleichen Medien, die sich seit Herbst so besorgt zeigen, ein Klima des Misstrauens und der Ablehnung gegenüber muslimischem Leben in Deutschland.

Grund genug, sich also noch einmal der Entstehung sowie der Merkmale und Erscheinungsformen des Antimuslimischen Rassismus zu widmen. Einen Schwerpunkt legen wir dabei auf die ideologische Funktion bezogen auf sozial- und bildungspolitische Themen. Da sich auch bei antirassistischen Linken manches Mal eine gewisse Ratlosigkeit breit macht, wie dem Antimuslimischen Rassismus der extrem Rechten, aber auch der „Mitte“, begegnet werden kann, wollen wir davon schließlich Grundzüge eines antikapitalistischen Verständnisses von Antirassismus skizzieren.

Aufgeklärte Europäer und unzivilisierte Muslime

Ideologien wie Rassismus werden insbesondere im Zuge gesellschaftlicher Antagonismen wirkmächtig, indem vorhandene soziale, politische und ökonomische Widersprüche rassistisch gedeutet werden. Diese Ausgangsposition ist grundlegend bei der Analyse des Antimuslimischen Rassismus, weil sie Auskunft über die Herausbildung des Phänomens sowie die ideologischen Funktionen gibt.

Im bundesrepublikanischen Einwanderungsdiskurs sprach man bis in die 1980er Jahre hinein über so genannte „Gastarbeiter“ und „Zuwanderer“ aus

der Türkei, dem Balkan, dem Nahen Osten und dem Iran. Insbesondere nach dem Zerfall des Ostblocks änderten sich die Bezeichnungen: Schlagartig sprach man nicht mehr nur von „Türken“ und „Arabern“, sondern auch von „Muslimen“ (Yilmaz-Günay 2013: 256). „Gestern Kümmeltürke – heute schon Topterrorist. Was ist da passiert?“, fragte der Schauspieler und Kabarettist Fatih Çevikkollu im Spiegel (2008).

Etienne Balibar (2000: 106) würde ihm antworten, dass angesichts des Zerfalls des sozialistischen Staatensystems, der deutschen „Wiedervereinigung“ und des Ausbruchs einer noch andauernden Krise im Nahen Osten die Frage nach der europäischen Identität (wieder-)aufkam. Während Francis Fukuyama vom „Ende der Geschichte“ sprach, prognostizierte Balibar, der künftige „Eiserne Vorhang“ oder die künftige „Mauer“ würde sich in den südöstlichen Mittelmeerraum verschieben. Er sollte Recht behalten.

Die Geschichte war hier nicht zu Ende. Ein neues Feindbild entwickelte sich, das auf religiöser, kultureller, ökonomischer und politischer Ebene ein Ensemble südlich von Europa darstellt, das dem europäischen Wertekanon oder europäisierten Enklaven im Nahen Osten gegenüber steht: die „arabische Nation“ (ebd.: 108).

In rechtlich-juristischer Sicht sind nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gravierende Veränderungen insbesondere im Bereich der Einwanderungs- und Überwachungsgesetze zu beobachten. International sprach man beispielsweise im Rahmen von Entwicklungspolitik plötzlich über Sicherheitspolitik (ESS: 2). Damit einhergehend bildeten sich Legitimationsstrategien, welche die geopolitische Expansion und die Kriege der NATO-Staaten ideologisch stützten. So wurden Menschenrechtsdebatten, insbesondere in Bezug auf Rechte von Schwulen, Lesben, Frauen und Kindern, instrumentalisiert und damit zum Vehikel zur Durchsetzung geopolitischer Interessen (Ruf 2014).

Parallel dazu ist in Deutschland innenpolitisch ein Paradigmenwechsel im Umgang mit Einwanderung festzustellen. Jahrzehntlang gingen den jeweiligen Bundesregierungen davon aus, die einst eingewanderten „Gastarbeiter“ würden eines Tages in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Mit der partiellen Abschaffung des *ius sanguinis* durch die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes bekannte sich Deutschland erst im Jahr 2000 faktisch dazu, Einwanderungsland zu sein. Spätestens seit diesem Zeitpunkt verläuft die Auseinandersetzung um Migrant/innen und deren Nachfahren unter dem Stichwort Integration. Zugleich sind es Muslim/innen, die seither im Fokus der Diskussionen stehen, wenn es um die Problematisierung von Einwanderung geht. Häufig findet eine Gleichsetzung von „Migranten“ und „Muslimen“ statt. (Friedrich/Schultes 2013: 15)

Im Antimuslimischen Rassismus artikuliert sich kein antiquierter Rassismus, der offen auf Rasse-Konzepte zurückgreift. Argumentiert wird vielmehr mit kulturellen, geographischen und religiösen Besonderheiten.¹ Antimuslimi-

¹ Im Zuge der „Dekolonisierung“ der Welt und nach den leidvollen Erfahrungen, die die faschistischen Regime in Europa mit sich brachten, sprach man sich von politischer Seite gegen den

scher Rassismus basiert nach Yasemin Shooman auf „dem Dreischritt Essentialisierung, Dichotomisierung und Hierarchisierung“, womit „die Hybridität, Durchlässigkeit und Dynamik kultureller Identitäten negiert“ wird (Shooman 2014: 63). Kultur wird zur quasi-natürlichen Eigenschaft. Antimuslimischer Rassismus muss vom Islam entkoppelt werden, da hiervon auch Menschen betroffen sind, die sich selbst nicht als Muslim/innen sehen, sondern als solche wahrgenommen werden (ebd.: 65).

Wie bei anderen Gruppenkonstruktionen wird beim Antimuslimischen Rassismus Menschen, die als Muslim/innen wahrgenommen werden, kollektive Eigenschaften zugeschrieben. Es sind zugeschriebene Identitäten, die nicht frei wählbar sind. Die symbolische Markierung entlang äußerlicher Merkmale, wie z.B. Haarfarbe, Hautfarbe, Kleidungsstücke, dient unter Verweis auf kulturelle Differenz der Kategorisierung der Betroffenen als „Anderer“.

Einer vermeintlich homogenen muslimischen Gemeinschaft werden Lebensentwürfe zugeschrieben, die konträr zum erwünschten „Deutsch-Sein“ stehen (Eickhof 2010: 44). Wenn etwa über „Türken“ oder „Araber“ als Integrationsverweigerer, frauenfeindliche Clanführer oder Gemüse verkaufende Hinderwäldler gesprochen wird, dann dienen diese Repräsentationsformen als Negativfolie zum positiven Selbstbild einer aufgeklärten deutschen Gesellschaft. Damit wird verhandelt, was „Deutsch-Sein“ bedeutet – und wer entsprechend in dieses Raster fällt. Somit erfüllt Antimuslimischer Rassismus nicht nur die Funktion der Abgrenzung nach außen, sondern auch der Identitätsstiftung nach innen.

Das lässt sich anhand der „Beschneidungsdebatte“ exemplarisch darstellen: Religion und „Kultur“ wurden anhand binärer Wertevorstellungen diskutiert, wobei die „abendländische Zivilisation“ als Norm gesetzt und Jüd/innen und Muslim/innen als rückständig markiert wurden, die zu säkular zivilisierten Bürgern missioniert werden müssen (Çetin/Voß/Wolter 2012: 39). Ähnlich verliefen auch die Debatten um Moscheebauten. „Wer baut, der will bleiben“ lautete der Tenor. „Der Islam“ als kein selbstverständlich zugehöriger Teil der Gesellschaft wird als Gegenpol zur christlich-abendländischen Identität definiert und diffamiert. Auch dies liegt einer dualistischen Logik zugrunde, bei der es sich um machtvolle Exklusionsmechanismen handelt: Muslime werden zu „Anderen“ gemacht, die öffentlichen Raum in Anspruch nehmen wollen, um demonstrativ und repräsentativ ihrem Glauben nachgehen zu können und damit auch noch erkennen lassen, dass sie hier bleiben werden bzw. wollen. Ein Signal, das vielfach auf Ablehnung stößt (Kuhn 2015: 52).

Als rückständig und unzivilisiert gelten Muslim/innen auch in Bezug auf Antisemitismus, wenn pauschal unterstellt wird, Muslim/innen würden eher zu

Rasse-Begriff aus. Im zweiten Artikel der „Erklärung über ‚Rassen‘ und rassistische Vorurteile“ der UNESCO, die 1977 auf der 20. Generalkonferenz der UNESCO verabschiedet wurde, wird auf die wissenschaftliche Unbrauchbarkeit und inadäquate Analyse des „Rasse“-Begriffs hingewiesen. Damit wurde die Vorstellung der Existenz menschlicher „Rassen“ im internationalen Maßstab auf hoher politischer Ebene verworfen.

Antisemitismus neigen. In der Bundesrepublik dient dies dazu, angesichts der deutschen Geschichte die „eigene“ Identität zu rehabilitieren. Das mehrheitsdeutsche „Wir“ wird als weltoffenen und tolerant konzipiert, ein „Wir“, das die Vergangenheit aufgearbeitet habe und moralisch geläutert ist. Deutschland sei ein Land, bei dem „die Welt zu Gast bei Freunden“ ist, ein Land, das gerade deshalb weltpolitisch „mehr Verantwortung“ übernehmen müsse.² Die Fokussierung auf islamischen Antisemitismus entspricht einem Denken, bei dem das aufgeklärte und zivilisierte „Wir“ dem unzivilisierten „Islam“ entgegen gestellt wird. Dass die Träger des Antisemitismus in Deutschland aus der „Mitte der Gesellschaft“ kommen, wird gerne unterschlagen. Ein ähnliches Muster ist feststellbar, wenn es um Diskussionen über „Islamfaschismus“ geht. Europa habe aus der Geschichte gelernt und dem Faschismus abgeschworen, eine Lehre, die der „islamischen Welt“ fehle.

Bei genauer Betrachtung fällt also auf, dass Antimuslimischer Rassismus kein zufälliger Ausdruck rassistischer Debatten ist. Unter geschichtspolitischen Gesichtspunkten sowie im Rahmen neoliberaler und großmachtpolitischer Ambitionen wird der ideologische Deutungsrahmen des Islams beliebig gesetzt. In der Analyse des Antimuslimischen Rassismus halten wir die ideologische Dimension für entscheidend. Antimuslimische Ressentiments und die damit einhergehende Homogenisierung des Islams als ein monolithischer Block geben keine Auskunft über die vielfältigen Lebensrealitäten von Muslim/innen. Auf Basis antimuslimischer Ressentiments ist eine Thematisierung tatsächlicher sozialer Probleme daher ungeeignet. Das zeigt sich deutlich, wenn es um ökonomische und soziale Widersprüche geht.

Kulturalisierung und Ethnisierung des Sozialen

In den vergangenen Jahren wurden vermehrt sozialpolitische Themen mit dem Islamdiskurs gekoppelt. Beispielhaft dafür stehen Äußerungen der Publizistin Necla Kelek, die in einem Essay für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ die angeblich mangelnde Tradition der Bildung im Islam beklagt. Das pädagogische Prinzip des Islams würde das Nachahmen fördern und die Neugier verbieten, weshalb die muslimisch geprägten Gesellschaften behindert seien, „sich zu entwickeln“ (Kelek 2010). Wenn Muslime in der Schule nicht erfolgreich seien, darauf läuft Keleks Argument hinaus, liege dies an einer „falschen“ Kultur des Islams. Sehr ähnlich argumentiert Thilo Sarrazin in einem Interview mit dem österreichischen „Kurier“, in dem er sich zu seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ äußert: „In meinem Buch führe ich die durchschnittlich niedrigere Bildungsleistung der muslimischen Migrantinnen auf ihren durch den Islam geprägten kulturellen Hintergrund zurück. Die Einstellung zu Bildung und Wissen, Eigenschaften wie Fleiß und Genauigkeit und Pflichtbewusstsein vererben sich kulturell.“ Muslimische Migrantinnen bringen laut

² Die konkrete Praxis der kapitalistischen Expansion steht nur selten zur Debatte. Dass verbündete Diktaturen wie Saudi-Arabien oder Katar von der Kritik meist ausgenommen werden, darf angesichts der geopolitischen Interessen nicht verwundern (Kuhn 2015).

Sarrazin „ihre Kulturen mit und erbringen bei uns die Schulleistungen, die sie auch in ihren Heimatländern haben. Ihre Minderleistung ergibt sich nicht aus einer besonderen Benachteiligung bei uns.“ (Sarrazin 2011)

Hier kommt eine Kulturalisierung bzw. Ethnisierung des Sozialen zum Ausdruck. Nach Christoph Butterwege stehen bei einer kulturalisierenden Thematisierung sozialer Problemlagen nicht materielle Interessen im Blick, wenn um die soziale, politische und ökonomische Entwicklung geht, „sondern die kulturelle Identität“ (Butterwege 2011: 200). Eng damit zusammenhängend stellt Butterwege eine „Ethnisierung des Sozialen“ fest. Ethnisierungsprozesse hätten zwei Seiten: „Neben einer Stigmatisierung ‚der Anderen‘ bewirken sie eine stärkere Konturierung ‚des Eigenen‘ bzw. die Konstituierung einer nationalen bzw. ‚Volksgemeinschaft‘, mit der weitreichende Ziele verfolgt werden.“ (Ebd.: 201) Da im Antimuslimischen Rassismus das Kulturelle deterministisch gefasst wird, lässt sich die Grenze zwischen einer kulturalisierenden und einer ethnisierenden Deutung sozialer Probleme kaum ziehen.

Es stellt sich die Frage, wie jenseits von Kulturalisierungen und Ethnisierungen eine aus linker Perspektive geeignete Thematisierung des Sozialen aussehen kann. Diese Frage mag auf den ersten Blick banal erscheinen, doch eine kritische Betrachtung der Sarrazindebatte 2010 zeigt, dass sie durchaus angebracht ist. Im Zuge der Debatte wurden die Thesen von Sarrazin zwar scharf kritisiert, häufig hoben Entgegnungen allerdings „Musterbeispiele gelungener Integration“ hervor, um sie den von Sarrazin fokussierten „Integrationsverweigerern“ entgegen zu setzen (Friedrich/Schultes 2013: 15f). Diese Intervention gegen Sarrazins Rassismus, die sich im hegemonialen Mediendiskurs häufig fanden, sind bei näherem Blick nicht mehr als eine neoliberale Antwort auf eine falsche Frage. Beruflicher Erfolg der Positivbeispiele wurde zumeist mit individuellem Durchhaltevermögen und Ehrgeiz erklärt, während institutioneller Rassismus ausgeblendet blieb. „Dabei wird statt kulturellem Determinismus ein Aufstiegsversprechen durch ‚Leistung‘ in den Vordergrund gestellt.“ (Ebd.: 14)

Ein ähnliches Problem ergibt sich aus der diskursiven Interventionspraxis, wie sie von Teilen antirassistischer Aktivist/innen betrieben wird, wenn sie sich auf die Forderung beschränken, den rassistischen Stereotypen eine andere „Bildlichkeit“ entgegen zu setzen. So schlagen antirassistische Gruppen und Medienprojekte vor, den tatsächlich in hegemonialen Medien sehr häufig vorzufindenden rassistischen Bildern von „Banden“ oder „Integrationsverweigerern“ mit anderen Repräsentationen zu begegnen. So sollten Muslim/innen in gesellschaftlich hoch angesehenen Berufen häufiger dargestellt werden. Zwar erweitern solche Beispiele die Repräsentationsformen und können somit den rassistischen Stereotypen entgegenwirken. Zugleich können sie aber ebenfalls als sichtbaren Beweis für die Leistungsideologie dienen, die verspricht: Wer sich genügend anstrengt, kann es zu etwas bringen. Eine solche Perspektive erschwert damit die Thematisierung struktureller Diskriminierung.

Thematisierung von Klassenverhältnissen³

Wir plädieren daher dafür, nicht bei einer Analyse und Kritik rassistischer Repräsentationen stehen zu bleiben. Hier hilft Stuart Hall weiter, der betonte, dass Rassismus Menschen ins Verhältnis zueinander setzt und dadurch den Zugang zu ökonomischen und symbolischen Ressourcen reguliert (Hall 2000: 7). Den gegenwärtigen Antimuslimischen Rassismus im Zusammenhang mit Debatten um „Integration“ und „Islam“ zu thematisieren, bedeutet entsprechend, die realen sozioökonomischen Verhältnisse zu betrachten, in denen sich viele Muslim/innen sowie Migrant/innen und deren Nachfahren befinden.

Die Datenlage über Muslim/innen in der Bundesrepublik hinsichtlich der Berufstätigkeit und der sozialen Stellung ist mangelhaft – und politisch fragwürdig. Es gibt schlicht keine verlässlichen Zahlen, da die Religionszugehörigkeit lediglich durch Steuer- und Meldebehörden erfasst wird, damit die Kirchensteuer erhoben werden kann.⁴ Weil deshalb auch offizielle Zahlen stark voneinander abweichen, lässt sich z.B. nur vermuten, wie viele Muslim/innen in Deutschland leben. Die durch die Deutsche Islam Konferenz in Auftrag gegebene Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ (MLD) geht von 3,8 bis 4,3 Millionen Muslim/innen in Deutschland aus, was in etwa 5 Prozent der Bevölkerung entspricht (Haug/Müssig/Stichs 2009: 321). Allerdings gaben im Zensus 2011 lediglich 1,9 Prozent an, Muslim/innen zu sein.

Riem Spielhaus appelliert, nicht allzu schnell die Kategorie „Muslim“ zu bedienen (ebd.: 15). Dass Muslim/innen überhaupt zunehmend zum Gegenstand statistischer Erhebungsversuche werden, lässt sich mit der beschriebenen gestiegenen Problemwahrnehmung erklären. „Muslime gelten als *die* problematischen Migranten, über die wir offensichtlich reden und schreiben müssen, die wir erforschen und nicht zuletzt integrieren müssen.“ (Spielhaus 2013: 5) Auch weil die Kategorie im Rahmen des virulenten Antimuslimischen Rassismus verwendet wird, kann sie suggerieren, es handele sich um eine zusammengehörige Gruppe. „Es sollte daher klargestellt werden, dass Menschen muslimischen Hintergrunds nicht per se religiöse, politische oder andere Einstellungen teilen. Die auch unter Muslimen starken sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Unterschiede verdienen es, häufiger beachtet zu werden.“ (Ebd.)

Um genau diese Unterschiede aus einer klassenanalytischen Perspektive zu beleuchten, fehlt es aber an belastbaren Daten. Aus der MLD-Studie lässt sich daher nur wenig ablesen: Anhand überschneidender Ergebnisse anderer Studie kann zumindest bestimmt werden, dass der Anteil der Arbeiter/innen unter Migrant/innen, insbesondere unter türkeistämmigen Männern, signifikant hö-

³ In diesem Absatz sind Überlegungen eingeflossen, die aus einem Diskussionsprozess mit Mafrika Pierdicca entstanden sind (Friedrich/Pierdicca 2014).

⁴ „Das Verständnis der datenrechtlichen Selbstbestimmung in Bezug auf die eigene Religion ist eine Folge europäischer Religionskriege, des Holocaust sowie einer langwierigen Emanzipationsbewegung gegenüber religiösen Instanzen.“ (Spielhaus 2013: 3)

her ist als der bei Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund (Haug/Müssig/Stichs 2009: 229). Zugleich geht der Anteil von muslimischen Migrant/innen in Beamtenberufen gegen Null, während der Anteil von Selbständigen ausgesprochen hoch ist. Allerdings ist diese Kategorie für eine klassenanalytische Interpretation zu unbestimmt, da unter „Selbständige“ sowohl Ärzte und Anwälte als auch Gastronomen und Gemüsehändler gefasst werden (ebd.: 230).

Aufgrund der mangelnden Datenlage und der fragwürdigen politischen Implikation der Kategorie „Muslim“ bietet es sich an, Daten heranzuziehen, die Rückschlüsse auf die Klassenlage von Migrant/innen bzw. „Menschen mit Migrationshintergrund“ im Allgemeinen zulassen. Hier finden sich verlässliche Zahlen. Laut Datenreport 2011 sind „Deutsche mit Migrationshintergrund“ etwa doppelt so häufig von sozialen Risiken wie fehlender schulischer und beruflicher Qualifikation, Arbeitslosigkeit, Erwerbstätigkeit in prestigearmen Berufen sowie von niedrigem Einkommen und einem höheren Armutsrisiko betroffen wie Deutsche ohne Migrationshintergrund. Nichtdeutsche Staatsbürger sind sogar viermal so oft betroffen (Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin 2011: 190). Außerdem verfügen „Menschen mit Migrationshintergrund“ über ein durchschnittlich niedrigeres Nettoarbeitseinkommen, was laut Datenreport daran liegt, dass sie sich „im unteren Bereich der Berufshierarchie [befinden]“ (ebd.: 197).

Um den geringeren sozialen Status und die schlechtere Stellung im Beruf vieler Migrant/innen und Muslim/innen sowie den Zusammenhang von Migration und Kapitalismus zu verstehen, ist es sinnvoll, sich die Einwanderungsgeschichte in die Bundesrepublik seit den 1950er Jahren zu vergegenwärtigen

Die in Westdeutschland ab den 1950er Jahren angeworbenen Arbeitskräfte aus Südeuropa und der Türkei waren insgesamt politisch und gesellschaftlich ausgegrenzt sowie im Beruf ökonomisch schlechter gestellt und unsicherer beschäftigt als ihre deutschen Kolleg/innen. Es bildete sich eine Unterklasse⁵ heraus, die im Wesentlichen die Funktion einer nützlichen industriellen Reservearmee einnahm, die je nach konjunktureller Schwankung eingesetzt werden konnte. Zugleich wurde mit dieser neuen Unterklasse auf den Druck der einheimischen Arbeiter/innen reagiert. Mitte der 1950er Jahre waren Gewerkschaften stark, was dazu führte, dass Arbeiter/innen nicht länger bereit waren, in Zeiten des Wachstums und des Wirtschaftswunders zu niedrigen Löhnen zu arbeiten. Die Bourgeoise suchte nach Möglichkeiten, um den höheren Löhnen zu begegnen, und setzte auf eine regulierte Arbeitsmigration. Der Effekt davon war zugleich, dass der „Klassenkompromiss“ zwischen der Bourgeoise und den führenden Fraktionen der Arbeiterklasse (weißes, männliches Industrieproletariat) in der Bundesrepublik gestärkt wurde. In den 1950er bis 1970er Jahren stiegen die Löhne an, Tarifverträge wurden durchgesetzt, die „die arbeits-

⁵ Im Gegensatz zur hegemonialen Verwendung der Begriffe „Unterschicht“ und „Unterklasse“ nicht in einem moralisierenden, sondern in einem analytischen Sinne. (Dörre 2015)

rechtliche und soziale Absicherung für deutsche Arbeiter und den Aufstieg innerhalb der betrieblichen Arbeitsteilung sicher stellen“ (Türkmen 2010: 214).

Es zeigt sich, dass die Einwanderungsgeschichte der „Gastarbeiter“ eine Geschichte der rassistischen Segmentierung des Arbeitsmarktes ist. Der Zusammenhang zwischen Migration und Arbeit kann insofern als rassistisch bezeichnet werden, „als bei der Vergabe von Papieren, beim Zugang zu Ressourcen und beim Verfügen über kulturelles Kapital die ganze Kette rassistischer Zuschreibung, Deklassierung und Unterwerfung zum Tragen kommt“ (Klingbein 2008: 54). Es sind rassistische Diskurse wie juristische, politische und ökonomische Praxen, die die migrantische Arbeitskraft formierten und über die Ausbeutung über dem gesellschaftlichen Schnitt legitimiert werden konnte. Rassismus legitimierte spezifische Formen kapitalistischer Ausbeutung, von der „Gastarbeiter“ betroffen waren.

Diese „Unterschichtung“ der Arbeiterklasse in den 1960er und 1970er Jahren wirkt bis heute auf die soziale Zusammensetzung der Klassen in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland nach. Weil Deutschland entgegen dem offiziellen Selbstbild keine Leistungsgesellschaft im wörtlichen Sinne ist, bei der allein individuelle Leistung über Erfolg und Misserfolg entscheidet, sondern die soziale Herkunft maßgeblich für die soziale Stellung ist⁶, finden sich die Nachfahren der „Gastarbeiter“-Generation überproportional in Arbeitslosigkeit oder schlechter bezahlten und prekären Berufen wieder.⁷

Der Zusammenhang von Migration und Kapitalismus liegt also im Wesentlichen im Einfluss von Migration auf die Zusammensetzung der Klassen. Antimuslimischer Rassismus blendet diesen Zusammenhang aus und hat somit die Funktion einer Kulturalisierung und Ethnisierung von Klassenverhältnissen.

Plädoyer für einen antikapitalistischen Antirassismus

Die aufgezeigten ideologischen Funktionen sind nicht für Antimuslimischen Rassismus exklusiv, sondern können in einer anderen politischen Konjunktur andere Objekte des Rassismus betreffen. Rassismus ist dynamisch und steht in einem Wechselverhältnis mit der Entwicklung des Kapitalismus und den Klassenverhältnissen. Das soll nicht heißen, dass wir einer funktionalistischen Rassismusanalyse das Wort sprechen. Rassismus wirkt zum Teil widersprüchlich, wenn etwa einerseits traditionelle biologische oder kulturalistische Rassismen reaktiviert werden und andererseits von gleichen Sprechern Fachkräfte angeworben sowie „Musterbeispiele“ hervorgehoben werden.

⁶ Studien weisen diesen Zusammenhang seit Jahren auf. So kommt beispielsweise der „Chancenspiegel 2014“ zu dem Ergebnis, dass es eine „ausgeprägte Abhängigkeit zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft“ gibt (Bertelsmann Stiftung u.a. 2014: 17).

⁷ Erschwerend kommt hinzu, dass selbst bei gleicher Qualifikation rassistische Einstellungen von Arbeitgeber/innen sich negativ auswirken können, wie Testing-Studien belegen. (Kass/Manger 2010)

Dennoch ist eine ständige Nachjustierung der Rassismusanalyse unter Berücksichtigung der kapitalistischen Entwicklung notwendig, will man die grundlegenden Veränderungen rassistischer Verhältnisse erfassen. Gelingt dies, ist es möglich, weder auf der Ebene moralischer Empörung noch auf der eines im Kern neoliberal argumentierenden Antirassismus stecken zu bleiben, sondern einen explizit antikapitalistischen Antirassismus in Stellung zu bringen.

Ein solcher antikapitalistischer Antirassismus hat nicht nur zum Ziel, die Ideologie des Rassismus zu entlarven, sondern untersucht zugleich den strukturellen Zusammenhang von Rassismus und Kapitalismus, indem etwa den Fragen nachgegangen wird, welche spezifischen Formen der Ausbeutung Migrant/innen betreffen⁸, wie diese juristisch und politisch ermöglicht und legitimiert werden und welche Funktion mögliche gesellschaftliche Abschlussmechanismen erfüllen.

Antikapitalistischer Antirassismus fragt darüber hinaus nach den gemeinsamen Orten des Widerstandes, an denen die Spaltungen entlang „ethnischer“ und „kultureller“ Grenzziehungen überwunden werden. Die vermehrten Streiks von Beschäftigten unterschiedlicher Herkunft und Religionen bieten hier Ansätze. So gelang es beim Streik beim Verpackungsunternehmen Neupack in Hamburg, diese Spaltungen im Arbeitskampf zu überwinden. Doch nicht nur in der Produktion existieren Orte des gemeinsamen Kampfes. Ein Beispiel dafür, wie Ausbeutung und Unterdrückung sowie der Zusammenhang von Rassismus und Klassenverhältnissen umfassend thematisiert werden kann, sind die Proteste gegen Mieterhöhungen am Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg. Seit Mai 2012 tragen die Aktivist/innen mit ihrer sichtbaren Präsenz dazu bei, die Kritik an herrschenden Wohnverhältnissen, (antimuslimischen) Rassismus und Klassenverhältnissen medial und politisch zu verankern. Das „Gecekondu“ ist ein eindrückliches Beispiel für alltägliche Kämpfe, durch die rassistische Spaltungen unterlaufen werden.

Literatur

- Balibar, Etienne (2000): Es gibt keinen Staat in Europa. In: Rätzel, Nora (Hg.): Theorien über Rassismus. Hamburg, 104-120.
- Bertelsmann Stiftung / Institut für Schulentwicklungsforschung der Technischen Universität Dortmund / Institut für Erziehungswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena (Hg.) (2014): Chancenspiegel 2014. Regionale Disparitäten in der Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Schulsysteme. Zusammenfassung zentraler Befunde. Gütersloh.

⁸ Um die Spezifik analytisch greifen zu können, bietet sich der Begriff der „Überausbeutung“ an (Friedrich/Zimmermann 2015). Überausbeutung wird möglich durch rechtliche Konstruktionen (Staatsbürgerschaft, Leiharbeit, Werkverträge), rassistische Diskurse und Klassenkampf von oben. Überausbeutung macht es möglich, dass z.B. gegenwärtig vor allem Migrant/innen aus anderen EU-Staaten über Leiharbeit oder dem Dienstleistungsentsendegesetz juristisch-legal zu extrem niedrigen Löhnen angestellt werden. Dadurch wird eine intensivere Ausbeutung der Arbeitskraft durch Verringerung der Produktionskosten erreicht. Überausbeutung ist insofern eine ökonomische Kategorie als Teil kapitalistischer Aneignung von Mehrarbeit.

- Butterwegge, Christoph (2011): Zwischen neoliberaler Standortlogik und rechtspopulistischem Sarrazynismus. Die turbokapitalistische Hochleistungs- und Konkurrenzgesellschaft in der Sinnkrise. In: Friedrich, Sebastian (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“. Münster, 200-214.
- Çetin, Zülfukar / Voß, Heinz-Jürgen / Wolter, Salih Alexander (2012): Interventionen gegen die deutsche „Beschneidungsdebatte“. Münster.
- Dörre, Klaus (2015): Unterklassen. Plädoyer für die analytische Verwendung eines zwiespältigen Begriffs. In: APuZ 65 (10), 3-10.
- Eickhof, Ilka (2010): Antimuslimischer Rassismus in Deutschland. Theoretische Überlegung. Berlin.
- ESS - Europäische Sicherheitsstrategie (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Brüssel.
- Friedrich, Sebastian / Pierdicca, Marika (2014): Migration und Verwertung. Rassismus als Instrument zur Segmentierung des Arbeitsmarktes. In: Tölle, Hartmut / Schreiner, Patrick (Hg.): Migration und Arbeit in Europa. Köln, 125-138.
- Friedrich, Sebastian / Schultes, Hannah (2013): Mediale Verbindungen – antimuslimische Effekte. Zu den gegenwärtigen Verschränkungen des Islamdiskurses. In: Journal für Psychologie 21 (1): Antimuslimischer Rassismus: Bilder, Szenarien, Politiken und Praktiken der Neuen Mitte, hg. von Klaus-Jürgen Bruder und Zülfukar Çetin. <http://www.journal-fuerpsychologie.de/index.php/jfp/article/view/262/292> [27.4.15]
- Friedrich, Sebastian / Zimmermann, Jens (2015): Empörung reicht nicht. Die Überausbeutung von Migrant_innen ist Kennzeichen eines rassistisch segmentierten Arbeitsmarkts. In: Analyse und Kritik Nr. 601. http://www.akweb.de/ak_s/ak601/27.htm [27.4.15]
- Hall, Stuart (2000): Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Rätzfel, Nora (Hg.): Theorien über Rassismus. Hamburg, 7-16.
- Harvey, David (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich.
- Haug, Sonja / Müssig, Stephanie / Sticks, Anja 2009: Muslimisches Leben in Deutschland. http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/566008/publicationFile/31710/vollversion_studie_muslim_leben_deutschland_pdf [27.4.15].
- Kaas, Leo / Manger, Christian (2010): Ethnic Discrimination in Germany's Labour Market: A Field Experiment. Institute for the Study of Labor (IZA) Discussion Paper 4741. Bonn.
- Kelek, Necla (2010): Ein Befreiungsschlag. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.8.
- Klingbein, Stefan: Gib's mir. Über den Erkenntnisgewinn des Prekären. In: Hinterland Nr. 7.
- Kuhn, Inva (2015): Antimuslimischer Rassismus. Auf Kreuzzug für das Abendland. Köln.
- Ruf, Werner (2014): Der Islam – Schrecken des Abendlandes. Wie sich der Westen sein Feindbild konstruiert. Köln.
- Sarrazin, Thilo (2011): Sarrazin legt nach. Thilo Sarrazin im Interview mit Andreas Schwarz. In: Kurier vom 24.9. <http://kurier.at/politik/thilo-sarrazin-legt-nach/731.594> [26.4.15].

- Shooman, Yasemin (2014): „...weil ihre Kultur so ist“. Narrative des antimuslimischen Rassismus. Bielefeld.
- Spiegel (2008): Kümmeltürke oder Terrorist? <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-56323064.html> [27.4.15]
- Spielhaus, Riem 2013: Muslime in der Statistik. Wer ist Muslim und wenn ja wie viele? Gutachten im Auftrag des Mediendienst Integration. http://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Muslime_Spielhaus_MDI.pdf [29.4.15]
- Yilmaz-Günay, Koray (2013): Sexuelle Selbstbestimmung als Topos im antimuslimischen Rassismus. In: Bathke, Peter / Hoffstadt, Anke (Hg.): Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus. Köln, 255-268.

Befreiung ...und dann?

Ludwig Elm **8. Mai 1945 – bedeutendste weltgeschichtliche Zäsur des zwanzigsten Jahrhunderts** ★ Klaus Wagener **Der 8. Mai, der Oktober und der ganz »normale« Imperialismus** ★ Günter Benser **Was kommt nach Hitler?** ★ Manfred Mugrauer **Die KPÖ im Jahr der Befreiung** ★ Ulrich Sander **Wiederbewaffnung und Demokratenverfolgung in der Adenauerära** ★ Matthias Dohmen **Die »Stunde Nichts« – Geschichtswissenschaft und Geistesleben 1945 ff.** ★ Ralf Jungmann **Der »heiße« Krieg der »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit«** ★ Manfred Weißbecker **Russlandbilder des deutschen Faschismus**

Weitere Themen u. a.:

Patrik Köbele **Zum 90. Geburtstag von Robert Steigerwald** | Kai Ehlers **Der umgestülpte Brzezinski** | Manfred Sohn **Griechische Botschaften** | Andrew Murray **Großbritannien vor den Unterhauswahlen** | Stefan Kühner **»Erinnerung mit dem Fleischermesser« – Heldengedenken a la USA** | Jürgen Lloyd **Antifaschistische Geislerfahrer** | Diether Dehm **Antifaschismus, Alltagsbewusstsein und Political Correctness** | Andrew Kliman, Alan Freeman, Nick Potts, Alexey Gusev, Brendan Cooney: **Als hätte es »Das Kapital« nie gegeben** | Marianna Schauzu **Zur Kritik der grünen Gentechnik**



Einzelpreis 9,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

**Neue
Impulse
Verlag**

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel.: 0201-23 67 57

Marxistische Sicht ohne Praxis?

Anmerkung zu Ekkehard Lieberam, Z 101, S. 162 ff.

Bei manchen marxistischen Analysen wird das Recht nicht in seiner ganzen Komplexität und vor allem nicht in seinem dialektischen Zusammenhang mit politischen Strukturen gesehen. Zugleich wird die große praktische Bedeutung einer Analyse des Verhältnisses von Recht und Politik verkannt, weil die politische Bedeutung des Rechts selbst verkannt wird.

Nicht selten erschöpfen sich solche Analysen in einer Art pauschaler Ideologiekritik, die auf grundsätzliche Erkenntnisse der marxistischen Staatstheorie zurückgreift, aber im Ergebnis ohne jeden Bezug zur gesellschaftlichen und politischen Praxis bleibt.

Der Beitrag Ekkehard Lieberams in Z 101¹ richtet sich im Wesentlichen gegen die reformistischen Illusionen linker Politiker und macht diesen zum Vorwurf, den Klassencharakter des Staates zu verkennen. Diese übersähen, dass sie beim Marsch durch die staatlichen Institutionen in aller Regel nicht den Staat, sondern allenfalls sich selbst verändern würden (S. 169). Diese in ihrer Allgemeinheit sicher nicht falsche These führt bei Lieberam allerdings weder zu praktischen noch zu theoretischen Konsequenzen.

Anstatt der Frage nachzugehen, wo und wie und warum linke Politik gerade auch die Widersprüche zwischen Recht und Politik „in Bewegung setzen“ könnte, verharret der Autor in einer schematischen Sicht des Rechts selbst. So schreibt er: „Gute Verfassungsnormen an sich bewirken noch gar nichts.“ (S. 173). Wer aber behauptet das? Selbst Juristen verfallen dieser Art von „juristischer Illusion“ (Friedrich Engels)² äußerst selten, denn seit Rudolf Jhering wissen sie um den gerade in der forensischen Praxis auszutragenden „Kampf ums Recht“.³ Weder das Recht allgemein noch das individuelle Recht im Einzelfall wirken ohne den permanenten Prozess seiner Umsetzung. Man könnte auch sagen: Man muss das Recht wahrnehmen, um es zur Wirkung zu bringen. Genau dieser Prozess aber verbietet jede praxisferne Analyse.

Er verlangt vielmehr eine Betrachtung des Rechts selbst und seiner Handhabung in der politischen und gesellschaftlichen Praxis. Wer dieses unterlässt, kann keine praktischen Handlungsorientierungen geben. Lieberam meint: „Im Recht, besonders im Verfassungsrecht und Arbeitsrecht, finden die Klassenmachtverhältnisse ... einen viel direkteren Ausdruck als im Staat.“ (S. 171)

Einen direkteren Ausdruck? Was heißt das konkret? Was ist mit „Klassenmachtverhältnissen“ gemeint? Ein Hinweis ergibt sich aus dem vorangegan-

¹ Ekkehard Lieberam, Zur marxistischen Sicht auf Staat, Politik, Recht und Verfassung, in: Z 101 (März 2015), S. 162-174.

² Friedrich Engels, Juristensozialismus, in: MEW Band 21, 5. Auflage 1975, S. 491 ff.

³ Rudolf Jhering, Vortrag in der Wiener Juristischen Gesellschaft am 11.03.1872; zuletzt veröffentlicht als „Kampf ums Recht“ bei Trapeza 2012.

genen Satz, dass das Recht der zum „Gesetz erhobene Wille“ der herrschenden Klasse sei. Doch Recht und Gesetz sind nicht dasselbe. Der äußerst komplizierte Zusammenhang von Rechtsprechung und staatlichem Gesetz wird nicht thematisiert So wäre – trotz Grundgesetzes – die westdeutsche Bundesrepublik und das vereinte Deutschland ein anderes Land *ohne* die Vielzahl der Korrekturen, die das Bundesverfassungsgericht an der herrschenden Politik im Laufe der letzten 60 Jahre vorgenommen hat. Andererseits ist das bundesdeutsche „Arbeitsrecht“ ohne die so genannte Rechtschöpfung des Bundesarbeitsgerichts undenkbar. Welche „Klassenmachtverhältnisse“ sollen sich im Arbeitsrecht aber „direkter“ widerspiegeln? Richtig ist, dass das Arbeitsrecht „an sich“ bereits im Widerspruch zum Kapitalinteresse entstanden ist. Unternehmer benötigen kein Arbeitsrecht. Sie kommen ganz gut mit dem klassischen Bürgerlichen Recht klar. Die ganze dem Arbeitsrecht immanente Dialektik besteht darin, vom konkreten Kräfteverhältnis beider Seiten abhängig zu sein, gleichzeitig aber auch dieses Kräfteverhältnis zu beeinflussen.

Was den Einfluss des Rechts auf die politische und gesellschaftliche Praxis der Akteure betrifft, so ist vor allem die seit Jahrzehnten bestehende und immer wieder „befeuerte“ Rechtsgläubigkeit der Bevölkerung zu nennen. Eine Rechtsgläubigkeit, die indirekt auch linke Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien stets neu reproduzieren und ausbauen. Welche Initiativen und Bewegungen sind nicht zugleich *auch* (oft ausschließlich) über „Rechtskanäle“ aktiv? Der Ruf nach Gerichten, nicht nur nach dem Bundesverfassungsgericht, ist allgegenwärtig. Vielfach wird Politik regelrecht *ersetzt* durch Gerichtsprozesse und Prozessstrategien. Gewerkschaften kämpfen gegen das Tarifeinheitsgesetz durch Anrufung des Bundesverfassungsgerichts. Betriebsräte haben Arbeitsrechtsfachleute fest in ihre Verhandlungsstrategien mit den Arbeitgebern eingebaut und sind bereits gewohnt zu fragen, was man *darf*, und nicht mehr, was man *will*.⁴ Wie will man dem mit bloßer Ideologiekritik begegnen?

Das Grotleske ist doch, dass hinter dem Rücken „reiner“ Ideologiekritik auch die Protagonisten einer solchen Kritik sich von Fall zu Fall in eigener Sache der „unpolitischen“ Strategie eines Anwaltes bemühen, ohne diese einer Ideologiekritik zu unterziehen. ...

Dabei geht es gerade um das grundsätzliche Verhältnis von Recht, Rechtsprechung, forensischer Strategie und Politik *und* die praktische Frage, wie dieses Verhältnis auch die Rechtsdurchsetzung im Einzelfall beeinflusst.

Solange die Rechtskritik nur reine Ideologiekritik bleibt, verharrt sie im unpolitischen Raum. Sie muss die inneren Zusammenhänge von Recht, Gesetz und Politik erkennen und analysieren, um überhaupt Wirkung zu entfalten.

Deshalb hat der Autor dieser Zeilen schon an anderer Stelle gefordert, daß dem Phänomen der Verrechtlichung und des Einflusses juristischen Denkens auf po-

⁴ Vgl. R. Geffken, Eine eingeschränkte Sicht auf gewerkschaftliches Bewusstsein und betriebliche Aktionsbereitschaft, in: Z 96, Dezember 2013, S. 171.

litisches Handeln größere Bedeutung zuerkannt werden muß.⁵ Reine ideologische Rechtskritik läuft nämlich Gefahr, im *Rechtsnihilismus* zu enden. Also in der Verneinung jeder eigenständigen und besonderen Rolle des Rechts in den Köpfen der Menschen wie auch in der politischen Praxis. Diese Art von Rechtsnihilismus ist im Ergebnis der Wirkungslosigkeit mancher „linker Politiker“ nicht unähnlich: In einem Land, in dem Rechtsgläubigkeit und Gesetzesgläubigkeit sehr hoch angesetzt sind und sogar politische Entscheidungen determinieren, ist jede Art von Rechtsnihilismus vielmehr kontraproduktiv und gefährlich. Sie ist im Ergebnis reaktionär. Man sollte bei der Beschreibung und Analyse eines Rechts immer auch an jene denken, die täglich dieses Recht wahrnehmen wollen. Eine Rechtsanalyse erfolgt nie im luftleeren Raum. Rechtsnihilismus kann deshalb verheerende Folgen haben, weil er jenen in die Hand spielt, die Recht brechen oder erst gar nicht anerkennen wollen.⁶

Abschließend sei an die Feststellung von Friedrich Engels in seinem Aufsatz „Juristensozialismus“ erinnert: „Jede kämpfende Klasse *muss* (!) ... ihre Ansprüche in der Gestalt von *Rechtsforderungen* ... formulieren.“⁷

Und im Verlaufe der wechselvollen Geschichte der Arbeiterbewegung flossen einige dieser Rechtsforderungen auch ins Recht ein. Das „reine“ bürgerliche Recht nahm ihm fremde Elemente auf.⁸ Die Widersprüche, die zur Entstehung dieser Forderungen beitrugen, schienen und scheinen auch heute noch im Recht selbst auf. *Dieses* gilt es auch ganz praktisch, also forensisch und das heißt „hermeneutisch“, geltend zu machen. Denn der „tägliche“ scheinbar banale „Kampf ums Recht“ ist eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, daß auch „größere Kämpfe“ aufgenommen werden. Wer sich scheut, eigene individuelle Rechte wahrzunehmen, wird vermutlich auch kaum das Demonstrationsrecht oder gar das Streikrecht wahrnehmen wollen. *Das* aber ist die bittere Gegenwart: Menschen nehmen ihre Rechte nicht wahr angesichts aktueller „Klassenmachtverhältnisse“. Aber diese Verhältnisse bestehen außerhalb des Rechts meist viel deutlicher und „direkter“ als innerhalb des Rechts. Und *das* ist eine politische Chance, die auch Marxisten in ihrer Analyse nicht ungenutzt lassen sollten.

Rolf Geffken

⁵ Geffken, a. a. O., S. 176.

⁶ Ders., Wider den Rechtsnihilismus, in: Ossietzky – Zweiwochenschrift für Politik – Kultur – Wirtschaft, Nr. 24, 2014, S. 839.

⁷ Engels, a. a. O., S. 509.

⁸ R. Geffken, Reines Recht als Unrecht – Zur Dialektik von Praxis und Recht, Hamburg 1984, S. 9 ff., 31 ff.

Stadt, Klassen, Klassenkampf

8. Marxistische Studienwoche, Frankfurt am Main, 16. bis 20. März 2015

Welche Rolle spielt die Stadt als räumlicher Kristallisationspunkt der Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit, zwischen dem Potential des urbanen Lebens und der Verwertungslogik von Wohn- und öffentlichem Raum? Und wie kann eine marxistische Soziologie der Stadt helfen, diese Zusammenhänge zu verstehen und vielleicht sogar – den Aktiven vor Ort in die Hände gegeben – die Kämpfe unterstützen? Mit einem reichhaltigen Programm an Vorträgen, Arbeitsgruppen und einem Reader mit ausgewählten Texten als theoretische Grundlage nahm sich die diesjährige Marxistische Studienwoche mit 60 überwiegend Studierenden aus dem Umfeld des SDS, sozialer Bewegungen und anderer politischer Jugendgruppen der Diskussion dieser Problematik an. Die Tagung wurde wie in den letzten Jahren von „Z“ und der Heinz-Jung-Stiftung (Frankfurt/M.) in Verbindung mit dem Förderkreis für demokratische Volks- und Hochschulbildung e.V. und einer aktiven Vorbereitungsgruppe organisiert.

Frank Deppe (Marburg) warf in seinem Einführungsvortrag einige historische und aktuelle Schlaglichter auf den Konnex Klassen und Stadtentwicklung und versuchte, diese Tendenzen in breitere polit-ökonomische Entwicklungen einzubetten, verbunden mit einer kurzen, durchaus kritischen Einleitung in David Harveys Thesen zur Stadt.¹ So zeigten sich an einer „new era of social unrest“, die vor allem in den Städten sichtbar werde, die Widersprüche, welche der Neoliberalismus, der seinen Zenit überschritten habe, nun immer öfter mit Zwang anstelle von Konsens beantworte. Notwendig sei eine stadtsoziologisch informierte marxistische Klassentheorie und -praxis, die auf neue, breitere Bündnisse setze – schon die Geschichte zeige z.B., dass Revolutionen sich immer auch auf die heterogenen Exponenten der Stadtarmut gestützt hätten.

Mit *Bernd Belina* (Universität Frankfurt/M.) konnte einer der profiliertesten marxistischen Geographen Deutschlands gewonnen werden. Sein Vortrag richtete sich vor allem auf das theoretische Handwerkszeug. Neben dem schwer zu fassenden Begriff der Gentrifizierung, der in seinen verschiedenen Dimensionen (kulturalistisch, angebots/nachfrageorientiert und politikorientiert) beleuchtet wurde, ging es um die zentralen Begriffe einer politischen Ökonomie der Stadt und des Wohnungsmarktes: Grundrente, Bodenpreis fiktives Kapital (als das z.B. die zukünftigen Mieteinnahmen behandelt werden).

Von Teilnehmenden der MaWo selbst organisiert wurde ein Panel über die Stadt im globalen Kapitalismus. *Sophie Dieckmann* (zu Städten in China), *Sarah Nagel* (über Istanbul), *Patrick Ölkrug* (Lissabon und europäische Austerität) und *Johanna Hoernig* (Sao Paulo als Megacity) stellten darin die Gemeinsamkeiten (Stadt als Ort der konzentrierten Verwertung des Kapitals/Segregation

¹ David Harvey, *Rebellische Städte*, Frankfurt am Main 2013.

zwischen reichen und armen Gegenden/Gentrifizierung) und Unterschiede (z.B. rigide Stadtplanung in China vs. wildwuchernde Favelas in Sao Paulo) heraus und diskutierten im Anschluss über soziale Bewegungen und die hier schon zu stellende Frage nach Alternativen zum neoliberalen „Angebot“ von Wohnen und Leben in den Metropolen des 21. Jahrhunderts.

Wie Belina vom Frankfurter Institut für Humangeographie kommend, zeigte *Susanne Heeg* (Universität Frankfurt/M.) den engen Zusammenhang zwischen neoliberalen Paradigma und der aktuellen Verfasstheit des Immobilienmarktes auf.² Auf der „Nachfrage“seite der Wohnungssuchenden habe die Politik wie auf anderen Feldern der Sozialpolitik die „Responsibilisierung“ vorangetrieben. Seit Rot-Grün ist auf der „Angebots“seite der Wohnungsmarkt für Hedge-Fonds und andere institutionelle Groß- und Risikoanleger mit katastrophalen Folgen für erschwingliches und gutes Wohnen zu einer attraktiven Anlagesphäre für überschüssiges Kapital geworden. Zudem verwies sie darauf, dass in den meisten Städten die Kommunalpolitik aktiv an der Kommodifizierung der Stadt mitwirke. Eine Alternative sei vorerst z.B. der Ausbau von Sozialwohnungen als Kompensation und Druckmittel gegenüber dem privaten Markt.

Jeweils für die Nachmittage von Dienstag und Donnerstag angesetzt waren Arbeitsgruppen, die unter Anleitung verschiedene Teilgebiete der marxistischen Stadt-Soziologie und -Analyse anhand von Lesestücken bearbeiteten. Neben theoretischen Grundlagen und der Rolle sozialer Klassen im städtischen Raum sollten auch Bewegungen und Alternativen zu Wohnungsnot, hohen Mieten und Gentrifizierung diskutiert werden. Als immer wiederkehrendes Thema erwiesen sich Letztere. Im Spannungsfeld zwischen Friedrich Engels Diktum, dass die Wohnungsfrage ohne die soziale Frage, also die Überwindung des Kapitalismus, nicht gelöst werden könne³, und der unabwiesbaren Forderung, auch heute schon Alternativen zur Verteidigung des „Recht auf Stadt“ zu entwickeln, wurde über Beispiele, Möglichkeiten und Reichweite von Miet-Syndikaten und vielfältigen Formen sozialer Wohnungspolitik diskutiert, die Erleichterung der Wohnungsnot, soziale Mischung und eine emanzipatorische Aneignung des „Raumes“ Stadt bieten sollen.

Anstelle des kurzfristig verhinderten Andrej Holm (Humboldt-Universität Berlin) wurden videoclips mit einer Dokumentation mit ihm und über die Recht-auf-Stadt-Bewegung in Berlin gezeigt. *Oliver Reschke* (Berlin) beleuchtete hingegen die historische Seite: Urbanisierung, städtisches Proletariat, Wohnverhältnisse und kommunale Kämpfe. U.a. ging es um die Kiez-Kämpfe im Berlin der 20er und 30er Jahre, welche die KPD mit der NSDAP um Stadtteile und „Verkehrslokale“, also Stammkneipen, die als Zentralen für die politische Agitation dienten, führte. Die schrecklichen und prekären

² Vgl. Susanne Heeg, Wohnungen als Finanzanlage. Auswirkungen von Responsibilisierung und Finanzialisierung im Bereich des Wohnens, in: *suburban*. Zeitschrift für kritische Stadtforschung 1/2013, S.75-99.

³ Friedrich Engels, Zur Wohnungsfrage, in: MEW 18, S.226.

Wohnbedingungen in den das Berliner Stadtbild dominierenden Mietskasernen beantwortete die kommunistische Partei mit dem Engagement in sogenannten Mietstreiks, die erst durch die Machtübertragung an Hitler beendet werden konnten.⁴

Zum Abendprogramm der Woche gehörte ein Kulturprogramm, das aus mehreren Filmen zum Thema Stadt (unter anderem dem Brecht/Dudow-Klassiker *Kuhle Wampe* von 1932) und einer Lesung im Club Voltaire bestand. Hier präsentierte John Becker aus Marburg auf eindringliche Art und Weise politische Prosa, Liebes- und andere Lyrik von Heinrich Heine.

In einer Abschlussrunde wurde das Thema „Kommunale Konflikte und Auseinandersetzungen“ diskutiert. ReferentInnen aus drei verschiedenen Städten im deutschsprachigen Raum sprachen im Zusammenhang ihrer praktischen Erfahrungen und Arbeit über konkrete Kommunal- und Miet-Probleme, Kämpfe und Ziele. Aus Österreich war Ernest Kaltenegger von der Grazer KPÖ eingeladen worden. Auf dem Feld der Wohnungspolitik konnte die im Stadtrat vertretene Partei beachtliche Erfolge erzielen, wobei Kaltenegger ausdrücklich die Bedeutung der Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit hervorhob. Die KPÖ in Graz verfolge schon seit vielen Jahren Wohnen als Schwerpunktthema und stehe für eine eigenständige linke Wohnungspolitik, die viel Wert auf konkrete Maßnahmen und Hilfen (z.B. Deckelung der Miethöhe, Mieternotruf, Anwaltshilfe, Rechtshilfefonds) lege.

Vom Kampf um Sozial- und Mietrechte in Berlin berichtete Matthias Clausen von Kotti & Co., der Mietergemeinschaft am Kottbusser Tor. Anhand anschaulicher Fotos vermittelte er einen Eindruck verschiedener Aktivitäten seiner Initiative, wie Lärmdemos durch den Kiez, Konferenzen, Konzerte, Tür-Zu-Tür Kampagnen und Sozial- und Mietsrechtsberatung. In die Wege geleitet wurde vor kurzem zudem ein „Berliner Mietenvolksentscheid“, der es ermöglicht, über ein Gesetz für bezahlbare Mieten abzustimmen. Auch Almuth Meyer von der Nachbarschaftsinitiative NordendBornheimOstend (NBO) in Frankfurt erörterte Auseinandersetzungen um Mieterhöhungen. Unter dem Slogan „Kein Mensch in dieser Stadt darf aus seiner Wohnung vertrieben werden!“ wird MieterInnen Unterstützung geboten und sie werden ermuntert, in die politische Stadtteilvertretung zu gehen. Die drei Beispiele standen für im Einzelnen unterschiedliche Ansätze linker Wohnungs- und Stadtpolitik (Aktivitäten einer politischen Partei, einer Stadtteilinitiative, einer Mieterinitiative), die jeweils auf ihre Weise einer profitorientierten Wohnungspolitik Paroli bieten können, für die aber die lokale Verankerung unabdingbare Voraussetzung ist.

Dieses Panel bildete zusammen mit dem Blockupy-Aktionstag zur Neueröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) den praktischen Schwerpunkt der Studienwoche. Da die EZB-Neueröffnung genau in die Mitte der Studienwoche fiel, wurde die ursprünglich geplante „Stadtführung“ durch Frankfurt gestrichen. Stattdessen nahmen TeilnehmerInnen und OrganisatorInnen den

⁴ Vgl. den Beitrag von Oliver Reschke „Proletariat und Großstadt“ in diesem Heft, S. 130-140.

ganzen Tag über an den Protesten (Blockaden, Demos und Kundgebungen) in der Finanzmetropole teil. Die teilweise praktizierte „ziellose“ Gewalt, die nicht nur Polizeiautos und Mülltonnen traf, wurde viel und intensiv diskutiert und in Mehrheit abgelehnt, aber auch – wie in der Rede Naomi Kleins bei der Blockupy-Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg – ins Verhältnis gesetzt zur ökonomischen Gewalt durch EZB, EU und IWF in den südlichen Krisenländern.

Alan Ruben van Keeken / Patrick Ölkrug

Wege des Marxismus-Feminismus

Internationaler Kongress der feministischen Sektion des Berliner Instituts für kritische Theorie und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 20. bis 22. März 2015

Mit mehr als 500 Teilnehmenden, aus gut 20 Ländern angereist, war der Kongress schon Ende Februar ausgebucht. Es handelte sich um den weltweit ersten Kongress zum Marxismus-Feminismus. In zahlreichen Podien und Workshops wurde drei Tage lang über Geschichte, Gegenwart und Perspektiven von Feminismus und Marxismus intensiv diskutiert. Ausgangspunkt war die Erarbeitung des Stichworts „Marxismus-Feminismus“ für den eben erschienenen Band 8/2 des Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus.

Aus der Geschichte der Frauenunterdrückung und als Ergebnis eigener langer Lernerfahrung entwickelte Frigga Haug die These: Geschlechterverhältnisse sind Produktionsverhältnisse, alle Praxen in der Gesellschaft sind durch Geschlechterverhältnisse bestimmt. Die Produktion des Lebens soll in den Produktionsverhältnissen einbegriffen sein. Für die notwendige Forschung und Politik plädiert sie in ihrem Einführungsvortrag für einen globalen Zusammenschluss marxistischer Feministinnen, die die Kritik daran eint, dass die Fragen des Lebens dem Drang nach Profit untergeordnet werden. Der Marxismus gewinne durch das Hineinnehmen des Standpunkts der Frauen an Dialektik. „Es wird offenbar werden müssen, dass das, was allen gemeinsam sein könnte, erst noch zu erringen ist.“

Wie beziehen marxistische Feministinnen einen Standpunkt der Kritik? *Cynthia Cockburn* (London) entwickelte den feministischen Gebrauch des Standpunktkonzepts und zeigte, wie er – diesseits routinierter akademischer Handhabung als standortbezogenes Wissen – als engagierte Einsicht und Haltung erst erkämpft werden muss. So kann der antikapitalistische Protest seit der Finanzkrise Anlass sein, einen neuen radikalen feministischen Standpunkt zu gewinnen. Dieser wird Cockburn zufolge die Überschneidung verschiedener Machtverhältnisse und ihre gegenseitige Bedingtheit beachten, aber die spezifischen Erfahrungen von Frauen dabei keinesfalls aus den Augen verlieren. *Uta von Winterfeld* (Wuppertal) stellte, herrschaftskritisch argumentierend, die vielfältig zu Tage tretenden Krisen der Gegenwart als Krise des „Regene-

rativen“ ins Zentrum ihrer Betrachtung und warnte, dass der Verlust von Anerkennung zum Nährboden für Vorurteile, Rassismus, Sexismus und Fremdenfeindlichkeit werde. Kontrovers diskutiert wurde die Frage, wie verschiedene Formen von Unterdrückung (nach „Rasse“, Klasse und Geschlecht) als ineinander Verflochtene zu fassen seien. *Lise Vogel* (New York) plädierte für die theoretische Durchdringung ihrer jeweiligen Spezifik mit Blick auf das Funktionieren der allgemeinen sozialen Reproduktion. *Nira Yuval-Davis* (London) betonte die je konkrete räumlich historische Situierung in umkämpften Prozessen, während *Martha Gimenez* (Boulder) die Dringlichkeit der Klassenanalyse in den Vordergrund stellte, da Klassenverhältnisse im Kapitalismus als prädominant gelten müssten. *Zillah Eisenstein* (Ithaka) plädierte dafür, auf einen neuen antirassistischen Feminismus zu setzen. In den Mittelpunkt zu rücken sei Gewalt gegen Frauen, die weltweit mindestens jede dritte Frau betreffe. *Gayatri C. Spivak* (New York) gab eine anschauliche Schilderung davon, dass ein verallgemeinerbarer Standpunkt aus der Subalternität heraus nicht denkbar ist, sondern erst durch Bildungsprozesse entwickelt werden kann.

In zahlreichen Workshops ging es u.a. um Themen der aktuellen Care-Debatte, um die Herausbildung neuer weiblicher Proletariate, um Bildungspolitik im Neoliberalismus, um die Rolle der feministischen Bewegung in den aktuellen Krisen und Auseinandersetzungen in Griechenland und Spanien oder um „Kämpfe um Zeit“ – so in dem Workshop mit Katja Kipping zur „Vier-in-einem-Perspektive“: „Wir brauchen einen Kompass, der uns auf dem Weg in eine andere Gesellschaft auf Kurs hält. Dieser Kompass ist für mich die 4in1-Perspektive. Also die Vorstellung, dass im Leben von Männern und Frauen (...) Zeit ist für die gleichermaßen wichtigen vier Bereiche: 1. Erwerbsarbeit, 2. Reproduktions- bzw. Care-Arbeit, 3. politische Einmischung und 4. Arbeit an sich selbst, vorstellbar als Muße und kulturelle Entfaltung.“ *Gabriele Winker* (Hamburg-Harburg) gab bei der Podiumsdiskussion um „Perspektiven einer menschlichen Gesellschaft“ dem Verlangen nach einer Care-Revolution Ausdruck. Was als individuelles Versagen gegenüber den alltäglichen Anforderungen erscheine, sei, um einen grundlegenden Wechsel zu erreichen, als Folge neoliberaler Krisenbearbeitung kenntlich zu machen.

Der Kongress markiert den Aufbruch: Eine Folgekonferenz in Lund/Schweden wurde beschlossen und die Arbeit daran aufgenommen.

Ruth May

Linke Woche der Zukunft

Veranstaltet von DIE LINKE, Rosa-Luxemburg-Stiftung und DIE LINKE im Bundestag, Berlin, 23. bis 26. April 2015

Als „Partei der Zukunft“ wollte sich DIE LINKE über vier Tage lang in Berlin präsentieren und lud Kulturschaffende, WissenschaftlerInnen, GewerkschaftlerInnen, AktivistInnen und andere dazu ein, sich über linke Projekte, Ansatz-

punkte für emanzipatorische Veränderungen, Themenfelder einer modernen sozialistischen Linken und mögliche Transformationsprojekte auf dem Weg zu einem „Sozialismus 2.0“ auszutauschen. Gemeinsame Grundlage für einen solchen Sozialismus sollte der Marxsche Imperativ sein, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. Mit knapp 1.000 TeilnehmerInnen und mehr als 80 Veranstaltungen wurde eine breite Palette linker Themen zur Sprache gebracht, ohne dabei den Anspruch zu erheben, alle (Zukunfts)Themen umfassend abgebildet zu haben.

Fünf thematische Schienen bildeten das Gerüst der Tagung: „Zukunft der Arbeit“, „Zukunft des Gemeinwesens“, „Produktion der Zukunft“, „Gleichheit als Chance“ und „Zukunft von Demokratie“. Hinzu kam ein kultureller Auftakt mit *Volker Braun*, *Ingo Schulz* und *Dietmar Dath*. Das Verhältnis von Linker und Kultur als expliziter Zukunftsfrage wurde jedoch nicht in einer eigenen thematischen Schiene in den Blick genommen.

Den Auftakt machten die Parteivorsitzenden *Katja Kipping* und *Bernd Riexinger* mit der Vorstellung ihres Manifests „Die kommende Demokratie: Sozialismus 2.0“. Schon die sprachliche Anspielung an den „kommenden Aufstand“ gab den betont anderen, pluralen, bewegungsoffenen Duktus dieses Manifestes vor, in dem DIE LINKE nichts weniger vorlegt als die Beschreibung möglicher sozialistischer Transformationsansätze im Hier und Jetzt und ihre Rolle als sozialistischer Partei und Teil einer linken Bewegung auf dem Weg zu dieser Transformation. Fünf Politikfelder und „Einstiegspfade“ wurden von den Vorsitzenden skizziert, die für den Weg zu einem Sozialismus 2.0 zentral seien: (1) die Arbeit der Zukunft, beschrieben als kürzer, gerecht verteilt, kollektiv selbstbestimmt, (2) Wirtschaftsdemokratie, verbunden mit einer sozial-ökologischen Energiewende, (3) die Stärkung des Öffentlichen als Weg zu einem „Infrastruktur-Sozialismus“, (4) die Demokratisierung der Kommune, verbunden mit einem „Recht auf Stadt“ und schließlich (5) eine „demokratische Revolution“ in Europa, verbunden mit einem Ende der Austerität und einer Überwindung des autoritären neoliberalen Modells. Gelungen ist Kipping und Riexinger die Verknüpfung der Anliegen der Partei mit den realen Bewegungen in Deutschland und Europa, die für eine Überwindung des Kapitalismus stehen und denen sie DIE LINKE als schlagkräftigen Partner anbieten.

Zahlreiche der im Manifest angesprochenen Themen wurden in den ca. 80 Workshops und Podiumsdiskussionen vertieft. Die weltweite Armuts- und Reichtumsverteilung, die Zukunft der sozialen Sicherung und Bedingungen veränderter Erwerbsarbeit, die Arbeit der Zukunft, die Verknüpfung von ökologischer und sozialer Frage, Geschlechterfragen und die Digitalisierung von Lebens- und Arbeitswelt wurden in zahlreichen Veranstaltungen thematisiert. Immer wieder wurde deutlich, dass die Frage von Demokratie und Beteiligung entscheidend für eine Linke ist, die mehr Menschen für das Projekt einer Transformation des Kapitalismus gewinnen will. Und hier machte sich der neue Tonfall der Debatte innerhalb der LINKEN bemerkbar, der die Beschreibung des

gegenwärtigen Zustands der Gesellschaft in seiner Widersprüchlichkeit für die Individuen zum Ausdruck brachte. So heißt es im Manifest von Kipping/Riexinger: „Der Widerspruch zwischen den Möglichkeiten eines guten Lebens für alle und der öden Wirklichkeit im Krisenkapitalismus schafft eine Spannung, die lähmen, aber auch mobilisieren kann. Viele Menschen erleben schon heute größere Freiheitsspielräume als früher: weniger Patriarchat, weniger Fabrikdisziplin, mehr digitale Zugänge, mehr individuelle Ansprüche, mehr Bildung.“ An welchen Punkten muss die Linke interventionsfähig werden, um mehr Menschen für die Überwindung der Barriere zu gewinnen, die der Kapitalismus den realen Möglichkeiten für ein besseres Leben entgegenstellt? Auch diese Frage war zentral im Rahmen der Zukunftswoche.

Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen in Griechenland und Spanien wurde deutlich, vor welchen Herausforderungen, Chancen und Gefahren eine Linke im Zeichen der Krise steht. Während Syriza und Podemos zum Kristallisationspunkt der fundamentalen Unzufriedenheit in ihren Ländern geworden sind, ist eine Partei wie die IzquierdaUnida an der Herausforderung der Krise gescheitert – ein Fakt, der auch für die deutsche LINKE von großem Interesse ist.

Generell wurde deutlich, dass DIE LINKE mit der Zukunftswoche ein politisches Angebot an vorhandene linke Bewegungen im Land machen will, ohne dabei zentrale Aspekte linker Klassenpolitik aus dem Auge zu verlieren. Zentrale Themen und die aktuelle Kampagne der Partei unter dem Titel „Das muss drin sein“ beziehen sich vor allem auf die Themen Arbeit und soziale Sicherung. Ob dieser Spagat gelingt, wird die in den vier Tagen viel beschworene Zukunft zeigen.

Gerd Wiegell

 <p>CONTRASTE Die Monatszeitung für Selbstorganisation</p> <p><i>... das Leben ist schön!</i></p> <p>Schwerpunkt - Kritik der Geldlogik</p>	<p>UTOPIVAL Der Mitmachkongress utopival</p> <p>INTERKOMM-NETZWERK Die Pariser Bibliothek existiert seit 150 Jahren mit genossenschaftlicher Organisation.</p> <p>WIDERSTAND GEGEN DAS AMADEUS HOSTEL Kommunen organisieren Interkommseminare</p> <p>RIPESS Interkontinentales Netzwerk</p> <p>KULTURERBE Die Genossenschaftsidee wird nominiert.</p>
<p>Demonetarisierung...</p> <ul style="list-style-type: none"> • Interview mit Heidemarie Schwermer • Welcher Weg führt weg vom Geld? <p>PROBELESEN: WWW.CONTRASTE.ORG Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V. Schönfelder Str. 41 A, 34121 Kassel</p>	<p>EIN SCHNUPPERABO 3 MONATE FREI HAUS GIBT ES FÜR NUR 7,5€! Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden! Gegen Vorkasse: Schein / Briefmarken / Bankeinzug.</p>

Bebels ambivalente Anti-kriegshaltung

Helmut Bley, Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904-1913. Eine Studie über Bebels Geheimkontakte mit der britischen Regierung und Edition der Dokumente. Mit einem Vorwort von Gustav W. Heinemann und einem aktuellen Vorwort des Verfassers zur zweiten Auflage. Übersetzung der Dokumente aus dem Englischen von Marlies Schleissner-Beer. Offizin-Verlag, Hannover, 2. erw. Auflage 2014, 300 S., 19,80 Euro

Die erste Auflage des Bandes erschien 1975. Für die zweite schrieb Bley ein umfangreiches Vorwort, in dem er die innenpolitischen Bedingungen im Vorfeld des Krieges, Bebels Positionen im Friedenskampf, das negative Rußlandbild der Sozialdemokratie und deren Resignation gegenüber dem Krieg noch einmal resümiert und eine kritische Stellungnahme zu der von Christopher Clark 2014 ausgelösten Debatte über die Entlastung des deutschen Imperialismus von der Verantwortung für die Auslösung des ersten Weltkrieges formuliert.

Der Band enthält zwei Teile, erstens Bleys Darstellung und Analyse der außenpolitischen Konzeption Bebels und seiner Verbindung zum Foreign Office über den britischen Honorarkonsul in Zürich, Heinrich Angst, zweitens die Berichte von Angst an das Foreign Office über seine Gespräche mit Bebel sowie die Korrespondenz von Angst mit Beamten des Foreign Office.

Der Kampf um die Verhinderung eines Krieges bildete einen wichtigen Strang in der Politik der Sozialdemo-

kratie vor 1914 und von Bebel persönlich. Dieser erkannte im preußischen Militarismus und in dessen sozialem Träger, dem aus den Junkern rekrutierten Militäradel, den Hauptkriegstreiber und in dem durch die deutsche Hochrüstung zur See forcierten Gegensatz zu Großbritannien die Hauptgefahr für den Frieden. Bebel scheute sich nicht, neben seinem öffentlichen Wirken gegen den Krieg im Reichstag, auf Parteitage der Sozialdemokratie oder in seinen Wahlreden auch durch geheime Berichte an das Britische Foreign Office zur Verminderung der Kriegsgefahr beizutragen. Über den ihm befreundeten britischen Honorarkonsul Angst in Zürich richtete er in den Jahren 1910 bis 1913 Warnungen vor der von der Marine-Rüstung und der kaiserlichen Kriegspolitik ausgehenden Kriegsgefahr an den britischen Außenminister Greyl. Bebel kritisierte die britische Regierung, daß sie die kaiserliche Marinerüstung so nahe an den eigenen Rüstungsstand habe herankommen lassen und forderte sie auf, vermittels eines außerordentlichen Rüstungskredits der britischen Seerüstung einen uneinholbaren Vorsprung zu verschaffen, da Deutschland finanziell beim Schlachtschiffbau nicht mithalten könne. Bebel informierte das Foreign Office zugleich, daß die deutsche Sozialdemokratie bei aller grundsätzlichen Kriegsgegnerschaft nicht in der Lage sein werde, einen Krieg zu verhindern. Bebel war durch seine Mitgliedschaft im Haushaltsausschuß des Reichstages über die finanziellen Zusammenhänge der deutschen Rüstung gut informiert. Die britische Regierung schätzte seine Berichte aber nicht nur wegen ihr möglicherweise nicht bekannter Staatsge-

heimnisse, sondern vor allem wegen des Gewichtes seiner politischen Stellungnahmen.

Bebel war ein entschiedener Gegner eines Krieges zwischen Deutschland und Großbritannien, war aber bereit, einen Krieg Deutschlands gegen Rußland zu unterstützen. Der Grund dafür war das Zarenreich als Hort der äußersten europäischen Reaktion, waren die Mordtaten der Zarenregierung an den Arbeitern in der Revolution von 1905 und Bebels Befürchtung, ein russischer Sieg würde der deutschen Sozialdemokratie alle Existenzmöglichkeiten nehmen.

Bleys Verdienst mit diesem Buch reicht über die Rekonstruktion von Bebels gespaltenen und ambivalenter Antikriegshaltung hinaus. Der Herausgeber analysiert das außenpolitische Denken Bebels über Jahrzehnte und läßt sich von seiner Verehrung für dessen mutigen Antikriegskampf nicht davon abhalten, dessen außenpolitische Konzeption rückhaltlos kritisch zu analysieren. Bley benennt Momente sozialimperialistischer Vorstellungen und deutschen Großmachtdenkens, die in Bebels Denken seit 1906 wirksam waren. Er kritisiert, daß Bebel die Hegemonialstellung der deutschen Armee wegen der gefährdeten Mittellage Deutschlands zumindest als Faktum akzeptierte und bemängelt Bebels einseitige und undifferenzierte Situationsanalyse, die zu schweren Fehleinschätzungen des Charakters der deutschen Außenpolitik nach 1911 geführt hat. Faktisch stimmte Bebel in so wichtigen Fragen wie der Marokkokrise 1911, in der Verlangsamung der Flottenrüstung unter dem Druck der

Heeresverstärkung und der Abwälzung von deren Kosten auf direkte Steuern mit der Regierung Bethmann Hollweg überein. Bley erklärt auf der Basis der Dokumente, „daß Bebel im Frühjahr 1913 nicht nur die Finanzierung der Heeresvorlage mitgetragen hat, sondern auch die deutschen Aufmarschpläne – einschließlich der wahrscheinlichen Verletzung der belgischen Neutralität – geduldet hat und mit ihm die übrigen Mitglieder der Fraktionsführung“. (121)

Bebel wollte sich in der Frage der Landesverteidigung nicht gegen das „junge deutsche Nationalgefühl“ stellen müssen. „Sicherung der Mittellage und die Verteidigungsfähigkeit waren für Bebel deutsches Interesse, das er mit nationalstaatlicher Loyalität gegenüber anderen Großmachtinteressen abzusichern versuchte.“ (122) Und hier stellt Bley die Frage, ob der „starke Impuls zur Friedenssicherung“, der Bebels Berichte für den britischen Generalkonsul bestimmte, „nicht von dieser Loyalität durchbrochen worden ist“ und antwortet: „In den Gesprächen mit Angst kam es ihm darauf an, auf allgemeine Tendenzen hinzuweisen, um die britische Regierung zu ermuntern, durch ihr Verhalten erwünschte Tendenzen zu verstärken, gefährliche zu behindern. Dies ist sicherlich der eindeutigste Hinweis, daß jede politische oder juristische Verknüpfung mit dem Komplex Landesverrat gegenstandslos wird.“ (122) Das entscheidende Fehlurteil Bebels sieht er vielmehr in dessen Annahme, „daß das deutsche Herrschaftssystem so rational sei, daß es fähig wäre, auch internationale Machtverhältnisse, die die Expansi-

onsmöglichheit stark einschränkten, ohne Aggression hinzunehmen.“

Werner Röhr

Archive zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, zwei Hefte/Jahr (März und September), je 64 S., 3 Euro/Heft. Red. Rainer Holze/Birgid Leske. Bezug: Förderkreis..., Finkensteinallee 63, 12205 Berlin. Internet: www.fabgab.de

Im „Zentralen Parteiarchiv“ der SED wurden in der DDR keineswegs nur Archivmaterialien der SED aufbewahrt. Das beim „Institut für Marxismus-Leninismus“ angesiedelte Archiv enthielt darüber hinaus eine umfangreiche Sammlung von Dokumenten, die bis zu den Anfängen der Arbeiterbewegung zurückreichten: Unterlagen zur Geschichte der SPD und der KPD, einen großen Marx-Engels-Bestand (Originale und Kopien), etwa 270 Nachlässe von Funktionären der Arbeiterbewegung sowie Materialsammlungen zu Ereignissen wie dem Kapp-Putsch oder dem Reichstagsbrandprozess, eine umfangreiche Dokumentensammlung zu Personen des antifaschistischen Widerstands u.a.m. Dazu gehörte eine der größten sozial- und politikwissenschaftlichen Bibliotheken auf deutschem Boden mit an die 800.000 bibliographischen Einheiten. Für die beim IML angesiedelte Herausgabe der neuen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) stellte dieser Fundus aus Archiv und Bibliothek ein wichtiges Arbeitsmittel dar.

Nach 1990 blieb zunächst unklar, was

mit diesem Archivbestand des inzwischen umorganisierten und in „Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung“ umbenannten (und zeitweilig völlig willkürlich von der Polizei besetzten und durchsuchten) Instituts geschehen würde. Es gab u.a. die Idee, die Bibliothek in eine größere Stiftung einzubringen. Seit 1990 liefen hierüber Verhandlungen zwischen Friedrich-Ebert-Stiftung und PDS, bei denen die FES sich aber schließlich desinteressiert zeigte. Die Sache wurde auch im Bundestag verhandelt. Der die o.g. Schriftenreihe herausgebende „Förderkreis“ entstand 1991 in diesen Auseinandersetzungen um die Zukunft des Archivs. Durch einen Vertrag zwischen PDS und BRD vom Ende 1992 gelangten die Bestände des ZPA dann in die im Vorjahr gegründete „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ (SAPMO). Damit wurden das Zusammenbleiben der Bestände, deren archivarische Betreuung und öffentlicher Zugang gesichert.¹ In die SAPMO sind eine ganze Reihe weiterer Archivbestände aus der DDR eingebracht worden.

Der Förderverein, der sich über diese Auseinandersetzung um das ZPA hinaus für den geschlossenen Erhalt von entsprechenden Archiven und Bibliotheken und für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung einsetzt, gibt mit seinen halbjährlichen „Mitteilungen“ ein instruktives Mate-

¹ Diese Auseinandersetzungen sind verschiedentlich dokumentiert worden. Vgl. Günter Benser, Was geschah mit den Archiven und Bibliotheken der Parteien und Organisationen der DDR? Berlin 2008 (Helle Panke).

rial heraus. Das betrifft zum einen regelmäßige Übersichten über Archive (37. Folge in H. 46, September 2014, mit Informationen zu Mitteilungsblättern, Findbüchern, Bestandsübersichten usw.; im gleichen Heft berichtet G. Benser über die Erschließungsarbeiten in der SAPMO). Das gilt auch für Archive in der alten Bundesrepublik. Andreas Diers und Rudolf Steffens berichten z.B. (H. 47, März 2015) über die im Bremer Staatsarchiv verfügbaren Aktenbestände über den 1852/53 im Zusammenhang mit dem „Kölner Kommunistenprozess“ in Bremen verfolgten „Totenbund“: Nach Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der Bremer Arbeitervereine und an die hundert Verhaftungen wurden der Zigarrenmacher Nicolaus Heinrich Kolby und 81 weitere Mitangeklagte 1853 wegen „Verbrechens wider den Staat und Übertretung des Vereinverbots“ mit bis zu 7 Jahren Haft verurteilt. Es geht in den Berichten der „Mitteilungen“ also nicht nur um trockene Archivbestandbeschreibungen, sondern auch um „die Sache selbst“. Entsprechende Informationen betreffen auch ausländische Archive, so in den Heften 46 und 47 das Archiv des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und dort befindliche Akten zum „Oltener Aktionskomitee“, das 1918 einen landesweiten Arbeiterkongress und einen Generalstreik initiierte, der militärisch unterdrückt wurde, aber zur Einführung der 48-h-Woche führte. In den letzten Ausgaben der „Mitteilungen“ finden sich zahlreiche Materialien und Beiträge zur Auseinandersetzung mit der Geschichtsschreibung zum 1. Weltkrieg und zur Rolle der Linken während des Krieges, so u.a. ein Beitrag

von Annelies Laschitza „Rosa Luxemburgs Warnung vor einem Weltkrieg seit 1900“ (H. 46). Die „Mitteilungen“ berichten regelmäßig über Tagungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, z.B. über die „Linzer Konferenzen“ der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (ITH). Dazu kommen Vorstellungen zu Promotionsprojekten, Berichte von den Vortragsveranstaltungen des Förderkreises (H. 46 z.B. Manfred Wilke über „Die SED und Gorbatschows Geschichtspolitik“, H. 47 Matthias Judt über die Wirtschaftsaktivitäten des „Bereich Kommerzielle Koordinierung“) sowie Buchbesprechungen zu deutschsprachigen Neuerscheinungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Darüber hinaus veröffentlicht der „Förderkreis“ in unregelmäßiger Folge Sonderpublikationen. Hervorzuheben ist z.B. ein Sonderheft „Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik 1932“ (2012) mit Beiträgen von Reiner Zilkenat und Henryk Skrzypczak, sowie ein Sammelband mit biographischen Porträts von etwa 60 „Archivaren, Bibliothekaren und Sammlern der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung“². Wir hatten in Z 93 (März 2013) Engels' Entwurf des „Kommunistischen Glaubensbekenntnisses“ von 1847 abgedruckt, dessen handschriftliche Fassung aus dem Archiv der Hamburger Staats- und Universitätsbibliothek 1969 erstmals Bert Andréas veröffentlicht hatte. In dem genannten Sammelband

² Günter Benser/Michael Schneider (Hrsg.), „Bewahren – Verbreiten – Aufklären“. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung. Bonn-Bad Godesberg 2009.

kann man erfahren, wer Bert Andréas war, der schon in den 1930er Jahren mit Archivstudien in Hamburg begonnen hatte, in seiner Exilzeit als Kommunist u.a. in Brasilien tätig war, später für die Feltrinelli-Stiftung arbeitete, als erster Leiter von Archiv und Bibliothek des späteren IML vorgeschlagen (aber nicht genommen) wurde, später in Genf lebte und zahlreiche Dokumente wie die „Gründungsdokumente des Bundes der Kommunisten“ herausgab (Hamburg 1969).

Wer kontinuierlich über die Aktivitäten des „Förderkreises“ und seine „Mitteilungen“ informiert sein will, sollte die website www.fabgab.de konsultieren, die alle notwendigen Informationen enthält.

André Leisewitz

Linke Opposition in der KPD

Marcel Bois, Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik, Klartext-Verlag Essen 2014, 613 Seiten, 39,95 Euro

Mit seinem im November 2014 erschienen Buch hat der Hamburger Historiker Marcel Bois eine in mehrererlei Hinsicht bemerkenswerte Arbeit vorgelegt.

Zunächst ist es ihm gelungen, auf knapp 600 Seiten die Entstehungsgeschichte, das Selbstverständnis sowie das praktische Wirken des deutschen Linkskommunismus während der Weimarer Republik nachvollziehbar und lebendig aufzuzeigen. Die besondere Schwierigkeit bei der Bewältigung dieses Forschungsgegenstandes lag zweifellos zum einen in dem Anspruch, eine dermaßen breite Thema-

atik in ihrer ganzen Komplexität darstellen zu wollen, zumal schon die Herausarbeitung der politischen Gemeinsamkeiten zwischen den dieser Bewegung zuzuordnenden zahlreichen Strömungen Probleme aufwirft. Demgemäß konnte der Verfasser diesbezüglich für den gesamten untersuchten Zeitraum, jeweils auf den kleinsten Nenner gebracht, nur zu folgender fundierter Aussage gelangen: Gemeinsam war der linken Opposition in den ersten Jahren ihrer Existenz ihre kritische Haltung gegenüber Parlamentarismus und freien Gewerkschaften sowie die Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie, später dann vor allem die entschiedene Gegnerschaft zur Stalinisierung der KPD (in Verbindung mit der fundamentalen Kritik an gesellschaftlichen Zuständen und Entwicklungen in der UdSSR im Sinne der Warnung vor einer Degeneration des sozialistischen Experimentes).

Erschwerend kam für Bois außerdem hinzu, dass er bei der Bewältigung seiner Thematik auf nur wenige komplexe Werke – zumeist in Gestalt von Dissertations-, Magister- oder Staatsexamensarbeiten – zurückgreifen konnte. Speziell während der letzten Jahre entstanden lediglich einige kürzere Regionalstudien zum Betrachtungsgegenstand, u. a. zur trotzkistischen Opposition in Leipzig ab 1924.

Dass dieser insgesamt dürftige Forschungsstand, der einem unterschiedlich motivierten Desinteresse seitens des Wissenschaftsbetriebes sowohl der DDR als auch der „alten“ BRD geschuldet war, der tatsächlichen Bedeutung des Themas in keiner Weise gerecht wurde, belegt Bois mit seiner Arbeit eindrucksvoll. Insbesondere

wird dies deutlich am überzeugenden Nachweis, dass die linkskommunistische Dissidenz – verglichen mit den ebenfalls als Opposition etablierten „Rechten“ (später KPO) und den „Versöhnlern“ – trotz deren stärkerer politischer Homogenität sowohl intellektuell als auch von ihrer (zeitweiligen) Massenbasis und ihrer Aktivität her es am ehesten vermocht hätte, die verhängnisvolle Umwandlung der „Mutterpartei“ von einer einst selbstbestimmten, lebendigen und durch ein hohes Maß an innerparteilicher Demokratie gekennzeichneten Kampforganisation der deutschen Werktätigen schrittweise in einen monolithischen, weitgehend bürokratischen Organismus unter dem Diktat der inzwischen von der KPdSU-Führung dominierten Kommunistischen Internationale zu verhindern: Sie hatte zeitweilig zehntausende Anhänger, entfaltete mit der Herausgabe von ca. 20 Periodika (Zeitungen und Zeitschriften) eine äußerst lebhaft publizistische Öffentlichkeitsarbeit und konnte zahlreiche prominente Persönlichkeiten zu ihrer Anhängerschaft zählen.

Trotz dieser Pfunde verloren die KPD-Linken nach jahrelangem zähem Ringen schließlich den Kampf um die Partei. Dafür gab es eine ganze Anzahl von Gründen, die teilweise außerhalb der Oppositionsbewegung lagen (hier wäre vor allem das äußerst restriktive und gleichzeitig sehr geschickte Vorgehen der inzwischen fest auf Kominternkurs und „Bolschewisierung“ befindlichen KPD-Führung unter Ernst Thälmann gegen die linken Abweichler anzuführen), in nicht geringem Maße aber auch „hausgemacht“ waren. Zu letzteren

zählte beispielsweise die extreme organisatorische und zum Teil auch inhaltliche Zersplitterung (1927 Existenz von ungefähr 10 Gruppen!), die infolge der jahrelangen Ausdifferenzierung in der Partei stattgefunden hatte und den Linken einen erheblichen Teil ihrer potentiellen Schlagkraft nahm. Weiterhin war die linke Parteiopposition keineswegs frei von politischen Irrtümern und Fehlern; ihre teilweise ultralinken Positionen führten beispielsweise auch zu falschen Lageeinschätzungen (wie etwa im Falle einer 1927 ausgemachten „revolutionären Situation“) oder zu groben Schnitzern in der praktischen Politik (zum Beispiel strikte Ablehnung von Einheitsfront-Aktionen mit der SPD im Zusammenhang mit der Kampagne um die Fürstenenteignung). Hinzu kam, dass viele der Arbeiterbewegung verbundene bzw. nahe stehende Menschen, unabhängig von ihrem politischen Organisationsstatus, nicht vergessen hatten, dass zahlreiche nunmehr in der Linksopposition Etablierte zu Anfang der 1920er Jahre selbst an der Entdemokratisierung der KPD mitgewirkt hatten, so dass deren Glaubhaftigkeit nun für viele infrage stand. Dank einer ungleich verbesserten Quellenzugänglichkeit als noch vor 20 Jahren sowie aufgrund der Existenz einiger hochkarätiger Materialsammlungen (z. B. Trotzki-Nachlass in den USA) konnte Marcel Bois aus dem Vollen schöpfen, was der Faktenreichtum seines Werkes hinreichend belegt.

Mit der vom Verfasser gewählten und wohlbegründeten Darstellungsmethodik (Primat des politikgeschichtlichen Ansatzes mit ergänzender sozialge-

schichtlicher Betrachtungsweise) war er in der Lage, die Entstehung bzw. Bedingtheit seines Forschungsobjektes richtig widerzuspiegeln, gleichzeitig aber auch aufzuzeigen, wer die sozialen Träger der Linksoption waren, weshalb die verschiedenen Dissidenzgruppen über ganz bestimmte Hochburgen verfügten usw. Ausführlich werden die damals wichtigsten in und außerhalb der KPD existierenden Gruppen / Organisationen bezüglich ihrer theoretischen Grundpositionen, ihres praktischen politischen Agierens sowie ihrer führenden Persönlichkeiten vorgestellt und damit einhergehend die zwischen ihnen bestehenden Unterschiede herausgearbeitet. Besonders hervorhebenswert sind hier die vom Verfasser gewonnenen Erkenntnisse zur „Weddinger Opposition“, einer in der Vergangenheit trotz ihrer Wirksamkeit forschungsseitig sehr stiefmütterlich behandelten Gruppe. Zahlreiche Übersichten, Statistiken und Begriffserklärungen unterstützen beispielhaft das Gesamtverständnis der inhaltlich anspruchsvollen, aber sprachlich-stilistisch sehr gut aufbereiteten Thematik. Somit ist die Lektüre dieser Arbeit keinesfalls nur beruflich einschlägig mit der Thematik „Befassten“, sondern unbedingt auch politikgeschichtlich interessierten Laien zu empfehlen.

Bertram Seidel

Faschismusforschung

Werner Röhr, Faschismusforschung im Spiegel der Kritik, Aurora Verlag, Berlin 2014, 432 S., 24,99 Euro

Der vorliegende Band dokumentiert die Ausnahmestellung von Werner Röhr als Faschismusforscher und

zeigt eine Breite der analytischen Durchdringung des Gegenstands, wie es sie auf marxistischer Seite sonst in der Bundesrepublik nicht mehr gibt. Schmerzlich bewusst wird bei der Lektüre die große Lücke, die die Abwicklung marxistisch orientierter Historiographie hinterlässt, völlig unabhängig davon, ob alle Wertungen des Autors geteilt werden.

Werner Röhr arbeitete als Historiker bis zu deren Auflösung 1991 an der Akademie der Wissenschaft der DDR und wurde, selbstverständlich möchte man fast sagen, niemals an eine Universität des vereinigten Deutschland berufen. Der ungeheure inhaltliche Niveauverlust dieser ideologischen Abwicklungspolitik wird auch daran deutlich, dass Röhr ohne Zweifel bis heute zu den besten Kennern der internationalen Faschismusforschung und – jenseits der finanziellen Möglichkeiten universitärer Forschung – zu den produktivsten Faschismusforschern in Deutschland gehört. Neben zahlreichen Monographien, u.a. zur Okkupationspolitik des faschistischen Deutschland, gab Röhr zwischen 1993 und 2008 das „Bulletin zur Faschismus- und Weltkriegsforschung“ heraus. Neben der Faschismusforschung hat Röhr sich intensiv mit Stärken und Schwächen der DDR-Historiographie befasst und damit dazu beigetragen, dem bewussten Verschweigen dieses Teils deutscher Wissenschaftsgeschichte einen Kontrapunkt entgegenzusetzen (vgl. die Rezensionen in Z 92 und 96).

Mehr als 40 teils zentrale teils spezielle Werke der Faschismusforschung, die Werner Röhr in den letzten 30 Jahren für verschiedene Zeitschriften – u.a. auch „Z“ – rezensiert hat, wer-

den in dem Band versammelt. Gegliedert ist der Band in zwei Teile: „Die Anatomie des Faschismus“ und „Deutsche Okkupationsherrschaft“, die wiederum mehrere Unterkapitel umfassen. So versammelt der erste, umfassendere Teil Rezensionen zu zentralen Werken der Faschismusdeutung generell und speziell in Deutschland, der Rüstungs- und Kriegswirtschaft, den „Orten des Terrors“, der Kritik der Naziideologie und den Themen Widerstand und Judenmord. Im zweiten Teil werden Arbeiten zur deutschen Okkupationspolitik in der Tschechoslowakei, Polen, der UdSSR so wie der „Neuordnung“ Europas und schließlich zum Niedergang des Faschismus in den Blick genommen.

Die hier versammelten Kritiken von Röhr umfassen kurze Darstellungen der vorgestellten Werke auf wenigen Seiten bis hin zu 30 Seiten langen intensiven Auseinandersetzungen mit häufig viele tausend Seiten umfassenden Reihen und zentralen Arbeiten der jüngeren Faschismusforschung. Immer handelt es sich jedoch um eine analytische und produktive Auseinandersetzung mit den besprochenen Arbeiten, unabhängig davon, ob Röhr in ihnen wissenschaftliche Fortschritte ausmachen kann oder sie der Apologie des Gegenstands zurechnet. Der Bewertungsmaßstab einer marxistisch orientierten, politökonomisch fundierten, komparatistisch arbeitenden Faschismusforschung wird immer offen benannt, so dass die Maßstäbe von Kritik und Urteil für die Leser und Leserinnen deutlich sind. Röhr spart nie mit deutlicher Kritik und Wertung – „Rezensionen mit Biß“, wie er in der Einleitung schreibt – ohne da-

bei den Erkenntnisgewinn auch der Arbeiten zu unterschlagen, denen er analytisch das falsche Rüstzeug vorwirft.

Der Band bietet die Möglichkeit, sich einen Überblick zu zentralen Arbeiten unterschiedlicher thematischer Stränge der Faschismusforschung zu verschaffen. So werden im ersten Kapitel die entscheidenden Arbeiten einer in Deutschland leider randständigen faschismustheoretischen Forschung, wie sie von Stanley Payne, Robert O. Paxton, Roger Griffin oder Wolfgang Schieder vorgelegt wurden, ausführlich vorgestellt. Röhr bietet dabei immer einen breiten Überblick über den behandelten Gegenstand, das methodische Vorgehen der Autoren und häufig eine Einordnung des Werks in die wissenschaftliche Diskussion. Dies gelingt nur dank der souveränen Durchdringung und des Überblicks des Verf., mit denen die besprochenen Arbeiten in einen wissenschaftlichen Gesamtkontext eingeordnet werden. Und es bedarf häufig auch des Platzes, mehrbändige Werke in ihren Hauptthesen würdigen und ihre möglichen methodischen oder interpretatorischen Stärken und Schwächen bewerten zu können. So gewinnt der Leser dieser ausführlichen Rezensionen einen Überblick über knapp 3.000 Seiten von Richard J. Evans drei Bänden „Das Dritte Reich“, über sechs Bände der von Wolfgang Benz und Barbara Diestel herausgegebenen Reihe „Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager“, über sieben Bände zur „Nationalsozialistischen Besatzungspolitik in Europa 1939-1945“ (Hrg. Wolfgang

Benz, Johannes Houwink ten Cart und Gerhard Otto) oder über die knapp 6.000 Seiten der Bände 7-10 der vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt herausgegebenen Reihe „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“.

Aber auch zentrale Monographien werden ausführlich und differenziert besprochen, so Adem Tooze's „Ökonomie der Zerstörung“, Christopher Brownings „Die Entfesselung der ‚Endlösung‘“, Aufsätze zum Faschismus von Kurt Gossweiler oder der Band von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker zur NSDAP.

Daneben findet sich eine Reihe von Werken, die sicherlich nur einem Fachpublikum bekannt sein dürften, deren Bedeutung für die Forschung Röhr jedoch auch dem Nichtspezialisten verdeutlicht.

Insgesamt bietet der Band einen Überblick zu 30 Jahren Faschismusforschung im Spiegel der Kritik. Er erschließt ganze Forschungsgebiete für den interessierten Leser und lädt zum Abgleich mit eigenen Lektüererinnerungen an zentrale Werke ein. Dabei zeigt der Band, welche reichhaltige und verzweigte Forschung die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Faschismus immer noch hervorbringt, die nur von wenigen Spezialisten zu überblicken ist. Die Lotsenfunktion, die Werner Röhr durch dieses Dickicht übernimmt, verstärkt die Neugier, einige Pfade neu oder wieder zu erkunden.

Gerd Wiegel

Perestroika – Katastroika?

Valentin Falin, Konflikte im Kreml. Der Untergang der Sowjetunion, edition berolina, Berlin 2014, 317 Seiten, 9,99 Euro; Nikolai Ryschkow, Mein Chef Gorbatschow. Die wahre Geschichte eines Untergangs, Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2013, 286 Seiten, 16,99 Euro; Jegor Ligatschow, Wer verriet die Sowjetunion? Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2012, 320 Seiten, 12,99 Euro.

Auf der geschlossenen Sitzung des Vereinigten Komitees der NATO-Stabschefs am 25. Oktober 1995 führte US-Präsident Bill Clinton den Zerfall der UdSSR und den zeitgleichen Untergang des Staatssozialismus im sowjetischen Einflussbereich auf die „Richtigkeit des von uns eingeschlagenen Kurses zur Beseitigung einer der stärksten Weltmächte und eines sehr starken Militärblocks“ zurück. „Durch Ausnutzung von Fehlern der sowjetischen Diplomatie, der außerordentlichen Selbstgefälligkeit von Gorbatschow und seiner Umgebung, darunter auch jene, die offen eine proamerikanische Position eingenommen haben, haben wir erreicht, was Präsident Harry S. Truman mit der Sowjetunion mittels der Atombombe vorhatte.“ (Zit. bei Ryschkow, S. 261f.) Ursachen und Triebkräfte dieser Weltenwende sind nicht unerklärlich, aber bis heute umstritten und längst nicht vollständig aufgeklärt. Der letzte sowjetische Führer Michael Gorbatschow (*1931) – samt engster Mitstreiter wie Eduard Schewardnadse, Alexander N. Jakowlew, Georgi Arbatow, Anatoli Tschernajew – und der zum Antikommunisten mutierte Boris

Jelzin (1931-2007), erster Präsident Russlands, vermitteln in ihren interessengeleiteten und rechtfertigenden schriftlichen Nachlässen lediglich begrenzte Erkenntnisse darüber, da sie – unbeabsichtigt oder wissentlich – diese Entwicklung in den Jahren 1985-1991 vorangetrieben und letztlich zu verantworten haben. Im Nachhinein sahen sich beide Politiker jedenfalls als die „Helden“ der Geschichte, die den Kommunismus und das Weltimperium zur Strecke gebracht hätten. Die persönlichen Rückblicke und kritischen Analysen politischer Akteure der zweiten oder dritten Reihe der sowjetischen Nomenklatura, die als politische Gegenspieler oder kritische Analytiker und Berater Gorbatschows auf die Entwicklung der einstigen Supermacht Einfluss nahmen, bieten hingegen tiefere Einsichten in die damaligen Vorgänge.

Das trifft vor allem für den Historiker, Diplomaten, Deutschlandexperten und ZK Mitglied 1986-1991 *Valentin Falin* (*1926) zu. Er führt den Kollaps der Sowjetunion nicht auf die Reformunfähigkeit des sowjetischen Systems, sondern auf die Inkompetenz ihres letzten Führers zurück, der sich in seiner Funktion als Generalsekretär der KPdSU (1985-1991) und Staatspräsident (1988-1991) „nicht um ein Jota von einem autoritärem Herrscher unterschied.“ Nach Stalin, dem Antipoden der Demokratie, variierte die persönliche Allmacht der Sowjetführer je nach besonderem Charakter dessen, der sie besaß. Bis hin zu Michael Gorbatschow habe sich nichts am autoritären Wesen des Regimes verändert: „Im Vergleich zu Stalin und

Chruschtschow gewann dieser außerdem sogar noch mehr Macht hinzu, da beide Ersten legal niemals als Staatsoberhaupt agiert hatten.“ Sein Herrschaftssystem verlor jedoch bald seine tragfähige Konstruktion. Als sich der Partei- und Staatsführer mit dem Parteiaktiv, dem Parlament und den separatistischen Republikführern anlegte, nutzten ihn diese als nützliches Instrument ihrer eigenen Ziele und machten ihn überflüssig. Gestützt auf eine Reihe Geheimdokumente informiert Falin über die programmatischen Debatten und den versuchten, aber nie zustande gekommenen Umbau des sowjetischen Staatssozialismus in einen demokratischen Sozialismus ohne Entfremdung von Macht und Eigentum, wie sie Kriegskommunismus und Stalinismus hervorgebracht hatten. Falin entwickelte in Fortführung der NÖP-Erfahrungen Mechanismen der erweiterten wirtschaftlichen Reproduktion und einer sozialistischen Marktwirtschaft, wie sie seit den 60er Jahren versucht wurden. Hätte man den Generalsekretär überzeugen können – so Falin – den herangereiften wirtschaftlichen Aufgaben alles andere unterzuordnen, wäre das Schicksal der Sowjetunion anders verlaufen. Überhaupt sei für Gorbatschow die fehlende Übereinstimmung von Wort und Tat, von Wollen und Können kennzeichnend gewesen. So in Fragen einer sozialistischen Demokratisierung oder der Offenlegung von Staatsgeheimnissen aus der stalinschen Herrschaft wie die deutsch-sowjetischen Geheimverträge 1939 oder Katyn 1940. Die im Buch vorgelegten vier Dokumente zur Deutschlandfrage vermitteln eine

Vorstellung davon, welche Alternativen zu deren Lösung bestanden, ohne die legitimen Interessen der UdSSR und ihrer Verbündeten aufzugeben.

Das Buch von *Nikolai Ryschkow* (*1929) ist mehr als nur eine Anklageschrift gegen Gorbatschow, es gibt gleichfalls tiefere Einblicke in Ursachen, treibende innere und äußere Kräfte, die zum Untergang des Staatssozialismus und der sowjetischen Supermacht führten. Der Sohn eines Bergarbeiter aus dem Donbass stieg vom studierten Techniker bis zum Leiter des sozialistischen Konzerns „Uralmasch“ auf, habilitierte in den ökonomischen Wissenschaften, war ZK-Sekretär für Wirtschaft und schließlich 1985-1990 Ministerpräsident der UdSSR. Dass er im höchsten Zirkel der Macht von den rechten Neoliberalen als „konservativer Bremsen“ abgestempelt wurde, ist darauf zurückzuführen, dass er das staatssozialistische System auf seinen eigenen Grundlagen reformieren, also erneuern wollte. Das gelang ihm nicht. Denn sein Chef samt seiner Entourage wollte eine Erneuerung des staatssozialistischen Sowjetsystems auf der Grundlage sog. allgemeinemenschlicher Werte, die ihrem Wesen nach lediglich das nordamerikanisch-westeuropäische kapitalistische Gesellschaftsmodell ausdrücken. Die Perestroika brachte aber keine sozialistische Erneuerung, sondern eine Revision des Sozialismus. Sie endete damit, dass das große eurasische Land samt seiner osteuropäischen Einflussphäre in den Schoß der vermeintlichen Weltzivilisation zurückfiel. Nachdem sich die sowjetische Führung bei den Verhandlungen auf Malta im Dezember 1989 den

USA ausgeliefert hatte, war besonders verhängnisvoll, dass sowohl der Kremlführer wie auch sein erbitterter Kontrahent, der Präsident des Kerngebietes der Supermacht, Jelzin, nur noch auf ihre westlichen „Freunde“ als Hauptverbündete setzten. So geriet die Perestroika – im Unterschied zu den Reformversuchen Nikita Chruschtschows – in den Sog des Neoliberalismus, der diese westliche „Weltzivilisation“ voll erfasst hatte. Der Autor kennzeichnet die Zerstörung des eurasischen Vielvölkerstaates als Putsch Jelzins und als Jahrhundertkatastrophe seines Landes. Den meisten Lesern wird kaum noch in Erinnerung sein, dass Ryschkow zu den Initiatoren eines Beschlusses gehörte, der die Entscheidung Jelzins vom 8. Dezember 1991 über die Auflösung der UdSSR rückgängig machte und der von der Duma am 15. März 1998 mit 56 Prozent der Abgeordneten angenommen wurde. Aber das russische Parlament hatte schon damals faktisch keine Macht. Der Autor stellt die berechtigte Frage: Was wäre aus der Sowjetunion geworden, wenn Jelzin im Ural geblieben und Gorbatschow nicht an die Spitze der KPdSU gelangt wäre?

Der aus einer Bauernfamilie kommende Flugzeugingenieur *Jegor Ligatschow* (*1920), der zwischen 1959-1983 als Parteichef die Erschließung und Entwicklung der sibirischen Gebiete Nowosibirsk und Tomsk wesentlich voranbrachte, kam erst unter Juri Andropow (1914-1984) in den Inner Circle des Kreml, gehörte als ZK-Sekretär zu den Befürwortern der Wahl Gorbatschows und war anfangs dessen zweiter Mann. Er hatte in der eigenen politi-

schen Praxis erlebt, dass die Amtszeit Breschnews zwar keine Stagnationsperiode war, das Riesenland aber vor grundlegend neuen Herausforderungen stand. Er gehörte zu den Reformkräften, die entschieden den Erhalt sozialistischer Wirtschaftsstrukturen und die Einheit des Unionstaates wollten. Dadurch geriet er nicht nur in Konflikt mit Gorbatschow, sondern auch mit dem „radikal-demokratischen“ Flügel (Jelzin, Anatoli Sobtschak, Gawrill Popow), der einen neoliberalen Wirtschaftsumbau anstrebte, national-separatistische Entwicklungen des Vielvölkerstaates der UdSSR unterstützte und weitgehend die Medien beherrschte. Als einer der politischen Hauptakteure jener Zeit analysierte und bekämpfte er die verhängnisvollen Tendenzen, die zum Auseinanderfallen der UdSSR führten. Für das sich links und demokratisch gebärende rechtsliberale Lager wurde der damals zweite Mann im Machtgefüge als konservativer Gegner der Perestroika mittels ihrer Dominanz im Medienbereich diskriminiert. Sehr differenziert setzt sich der Autor mit den Erfordernissen, Ergebnissen, aber auch den Fehlern des damals versuchten Kampfes gegen Alkoholismus auseinander. In einem Kapitel des Buches analysiert er die heraufziehende Katastrophe globalen Charakters – die demografische Krise und die Alkoholisierung der Gesellschaft. Er weist nach, dass in dieser komplexen und langfristigen gesellschaftlichen Aktion in nur wenigen Jahren Erfolge erreicht wurden. Er verweist aber auch auf Fehlentscheidungen wie reine Verbotspolitik und planlosen Aktionismus. Partei- und Staatschef Gorbatschow versuchte vergeblich,

die beiden politischen Richtungen in Partei und Gesellschaft zusammenhalten, beschneidet aber seit 1988 die Macht Ligatschows in der Parteiführung und schickte ihn zwei Jahre später in Pension. Der Autor setzt sich mit seinem wichtigsten Gegenspieler Jakowlew in der Partei, der grauen Eminenz Gorbatschows, auseinander. Das Buch vermittelt eine ausgewogene Sicht über die anfänglichen Erfolge der Perestroika, bis sie um 1988 in die Katastrophe umkippte.

Karl-Heinz Gräfe

Ukraine: Geopolitik und Geschichte

Mathias Bröckers, Paul Schreyer, Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren. Westend-Verlag, Frankfurt/Main 2014, 207 S., 16,99 Euro. Reinhard Lauterbach, Bürgerkrieg in der Ukraine. Geschichte, Hintergründe, Beteiligte. edition berolina, Berlin 2014, 157 S., 9,99 Euro. Jörg Kronauer, „Ukraine über alles!“. Ein Expansionsprojekt des Westens. Mit einem historischen Überblick von Erich Später. Konkret texte 66, KVV konkret, Hamburg 2014, 215 S., 19,80 Euro

Der bekennende Ex-68er Reinhard Mohr zeigte sich in der FAZ (13.2.2015) tief besorgt um die Deutungshoheit des Westens im ‚Informationskrieg um die Ukraine‘: „Es sind goldene Zeiten für Verschwörungstheoretiker. Während in den Meinungsschlachten der siebziger Jahre zumindest die Fakten anerkannt wurden, regiert in den heutigen Debatten über Abendland und Ukraine der Zweifel.“

Ein bedeutender Teil der deutschen Bevölkerung war bis dahin nicht zu überzeugen, dass der ‚freie Westen‘ im Ukraine-Konflikt richtig handele. Offenbar gebe es nach einer Ära der ‚Entspannungspolitik‘ von Willy Brandt bis Helmut Kohl aus fehl geleiteter Sorge um den Frieden in Europa und die deutschen Beziehungen zu Russland zu viele ‚Putinverstehere‘.

Das diffamierende Etikett des Putin-verstehers heften sich die Autoren Mathias Bröckers und Paul Schreyer¹ offensiv an die Brust. Ihr Ende Juli 2014 fertig gestelltes Buch ‚Wir sind die Guten‘ schaffte es immerhin auf die Bestsellerliste des Spiegel und hält sich dort.

Bröckers und Schreyer weigern sich, den Ukraine-Konflikt als „Schwarzweißfilm mit eindeutiger Rollenverteilung in Gute (USA, EU und Nato) und Böse (Putin und Russland) zu sehen (16).“ Dass „Putin ein Waisenknabe, sein Regierungsstil der eines ‚lupenreinen Demokraten‘ (...) und Russland ein freiheitlicher Rechtsstaat ohne Fehl und Tadel sei“, glauben auch sie nicht (17). Ihr Credo lautet: „In diesem Krieg geht es nicht um Freiheit oder Menschenrechte, sondern um Macht- und Stellungskriege auf dem geopolitischen Schachbrett. Und wie im verfrüht beendet geglaubten Kalten Krieg wird in seiner Neuauflage der Kampf wieder mit Stellvertretern geführt – in diesem Fall mit der ohnehin schon gespaltenen und streitenden Bevölkerung

der Ukraine (24).“ Das Buch bietet einen eher knappen und teils oberflächlich recherchierten Überblick zur Geschichte der Ukraine. Seine starken Seiten sind jedoch historische² und aktuelle³ Analysen zur Geostrategie der USA (nicht nur) in diesem Raum, die gut dokumentiert sind.

Zur Hochform laufen die Autoren auf, wenn sie transatlantische Elite- und Lobbynetzwerke von Politik und Journalismus (z.B. den Atlantic Council) und ihre Rolle in der Ukraine-Krise unter die Lupe nehmen. Wie deren ‚Deutungen‘ sich in der einseitigen Berichterstattung und einem ‚Kampagne-Journalismus‘ zum Ukraine-Konflikt in den deutschen (und westlichen) Leitmedien niederschlagen, wird an verschiedenen Beispielen kritisch auseinander genommen. Aufklären zur Geopolitik ‚Westen vs. Russland‘ und zur Meinungsmache der Medien im Ukraine-Konflikt – dies ist dem Autorenduo aus meiner Sicht sehr gut gelungen.

Reinhard Lauterbachs ‚Bürgerkrieg in der Ukraine‘ teilt wohl im Großen und Ganzen die diesbezüglichen Analysen von Bröckers und Schreyer⁴

Mit einem guten Gespür für historisch langfristige Entwicklungen zeichnet

¹ Bröckers war Mitbegründer der taz, publizierte zuletzt u.a. Bestseller zu 9/11 und dem Mord an John F. Kennedy. Schreyer schreibt als freier Journalist für Telepolis und Gobl Research; letztes Buch ‚Faktencheck 9/11‘.

² Weltherrschaft: das „Great Game“, 41- 50; CIA: sechzig Jahre Erfahrung in der Ukraine, 77 - 86

³ Öl, Gas und Sicherheit: Willkommen in Pipelinistan, 51 – 68; Besser als Krieg: Farb-Revolutionen und Fake-Demokratie, 69- 77

⁴ Siehe Prolog, 7 – 10. Lauterbach war Auslandskorrespondent für deutsche öffentlich-rechtliche Medien in der Ukraine und in Weißrussland. Seit 2013 schreibt er als freier Journalist aus Polen unter anderem für die Tageszeitung ‚junge welt‘.

Lauterbach die Entwicklung des heutigen Gebiets der Ukraine als ‚Grenzland‘ zwischen es dominierenden Mächten nach – z.B. vom ‚Niemandland‘ der Kosaken im 16. und 17. Jahrhundert, der Beherrschung durch das zaristische Russland, Polen und Österreich-Ungarn bis zum Ersten und Polen und der Sowjetunion bis zum Zweiten Weltkrieg.

Er thematisiert die ukrainisch-nationalistische Bewegung im 19. Jahrhundert, die anfangs nur von bürgerlichen Intellektuellen und Honoratioren getragen wurde und im zur österreichischen Monarchie gehörenden Galizien Unterstützung fand. Zwischen der Februar- und der Oktoberrevolution 1917 in Russland wurde von bürgerlichen und sich zeitgemäß als sozialdemokratisch gebenden Kräften in Kiew eine ‚Ukrainische Volksrepublik‘ proklamiert. Diese wurde schon 1918 von deutschen Truppen gestürzt und durch ein autoritär-nationalistisches Marionettenregime des ukrainischen Großgrundbesitzers Pawlo Skoropadskij abgelöst. Diese Versuche zur ukrainischen Staatsgründung scheiterten schnell – sie verloren gegen die Bolschewiki im Osten und gegen die 1918 gegründete Zweite Polnische Republik unter Josef Pilsudski im Westen.

Der von der Abwehr des Deutschen Reichs finanzierte Flügel des ukrainischen Nationalismus überlebte politisch und ging in den Untergrund (‚Ukrainische Militärorganisation‘ UVO des ehemaligen k.u.k.-Offiziers Jevhen Konowalec). Er richtete sich gegen Polen, Russen und Juden und radikalisierte sich in den 1930er Jahren in Richtung Faschismus (Stepan Banderas OUN u.a.). Wie zuvor

konnte er in der Ostukraine übrigens nicht Fuß fassen.

Lauterbach schildert die Rolle der OUN in der Zwischenkriegszeit, ihre Rolle als Helfer der Nazis, ihre eigenständigen Massaker an Juden und Polen und ihre Mordkampagne gegen ‚ukrainische Verräter‘ im Gefolge von Hitlers ‚Operation Barbarossa‘ gegen die Sowjetunion 1941 wie auch beim Rückzug der Wehrmacht aus dem Osten. Das Schicksal der erstmals 1918 proklamierten ukrainischen Sowjetrepublik, ihrer Abspaltung von der UdSSR 1991 und der Entwicklung der ‚unabhängigen Ukraine‘ bis 2013 analysiert Lauterbach mit Blick auf die inneren Machtverhältnisse im sog. ‚realen Sozialismus‘, warum und wie sie sich änderten.

Der ukrainische Staat wurde nach der Unabhängigkeit zur Beute regional verankerter Oligarchen-Clans, die ihn in wechselnden Bündnissen stets nur zur Selbstbereicherung benutzten. Dies leitete den wirtschaftlichen und sozialen Niedergang des Landes ein – schlimmer als unter der von US-Beratern konzipierten ‚Schocktherapie‘ in Russland unter Boris Jelzin. Die historische Konstante als ‚Grenzland‘ blieb weiterhin bestimmend für das Geschehen in der Region: ‚Schaukelpolitik‘ zwischen Russland und dem Westen (EU und USA) zum Vorteil der jeweiligen ukrainischen Elite-Interessen – selbst unter dem als ‚Russland-Freund‘ geltenden Präsidenten Viktor Janukowitsch.

Kritisch analysiert und beschreibt er den Euromaidan 2013/14, den Staatsstreik gegen diesen (ebenfalls korrupten) Präsidenten, die Geostrategien von USA, EU und Russland im Ukraine-

Konflikt⁵, den Bürgerkrieg und die ‚Separatisten‘ im Donbass. Lauterbachs im Oktober 2014 abgeschlossenes Buch nimmt so die innere gesellschaftliche Dynamik der Ukraine und die sie prägenden Akteure in den Fokus. Er entschlüsselt das aktuelle Geschehen mit Bezug auf die Geschichte der Region in verständlicher Weise – kurz und knapp, nüchtern und präzise.

Jörg Kronauers⁶ Buch ‚Ukraine über alles!‘ seziert sowohl die Geopolitik als auch die innere Entwicklung der Ukraine mit kühlem, realistischem Blick – in Vielem detailreicher als die oben besprochenen Bücher. Sehr aufschlussreich ist der historische Überblick seines Ko-Autors Erich Später⁷. Er befasst sich u.a. mit der Situation der jüdischen Bevölkerung im zaristischen Russland, den Pogromen vor dem Ersten Weltkrieg und danach, der Politik der Bolschewiki zur ‚ukrainischen Frage‘, dem Terror der OUN, ihrer Unterstützung der Vernichtungspolitik der Nazis im Holocaust, mit der deutschen Besatzungspolitik auf der Krim im Zweiten Weltkrieg, dem Terror Stalins und wie die faschistischen ukrainischen Nationalisten um Stepan Bandera und die Angehörigen der ehemaligen ‚SS-Division Galizien‘ nach dem Zweiten

Weltkrieg als ‚Kämpfer für Freiheit und Demokratie‘ gegen das ‚sowjetische Völkergefängnis‘ von CIA und BND in Dienst genommen wurden. Seine kompakte und wissenschaftlich belegte Darstellung gehört mit zum Besten, was ich über diese Geschichte bisher gelesen habe.

Kronauer widerspricht der These der westlichen Leitmedien, die extreme Rechte (z.B. Svoboda, Rechter Sektor usw.) spiele in der Ukraine eine zwar problematische, aber eher marginale Rolle. Er zeichnet nach, wie die pro-westliche ‚Orangene Revolution‘ unter Viktor Juschtschenko und der ‚Gasprinzessin‘ Julia Timoschenko bei ihren Massendemonstrationen 2004/2005 diese Kräfte als ‚Security‘ einsetzten (77-107), wie Juschtschenko als ukrainischer Präsident den Bandera-Mythos förderte, wie die extreme Rechte den ‚Sieg des Euromaidan‘ 2013/14 leitete und organisierte (129-159). Wie diese rechten Kräfte danach Schlüsselpositionen im Sicherheits- und Militärapparat des neuen Regimes unter Arsenij Jazenjuk und bis heute erhielten, Kommandeure aus ihren Reihen auf die Listen aller pro-westlichen ukrainischen ‚Parteien‘ aufgenommen und ihr aus der Bandera-Tradition stammender Schlachtruf „Ukraine über alles! Heil unseren Helden!“ in die staatliche Bürgerkriegspropaganda (die Rebellen im Donbass wurden u.a. von Jazenjuk als ‚Untermenschen‘ und ‚Verräter an der ukrainischen Nation‘ gebrandmarkt) aufgenommen wurde (181-212). Rechtsextreme Parteien wie Svoboda erlitten bei der Wahl im November 2014 zwar Rückschläge – ihre nationalistische Ideologie wird von den neuen Machthabern in der

⁵ Unter anderem die Strukturanpassungspolitik des IWF, den Konflikt um EU-Assoziierungsabkommen versus Eurasische Zollunion mit Russland usw.

⁶ Kronauer ist Sozialwissenschaftler und freier Journalist, Redakteur des Nachrichtentportals german-foreign-policy.com

⁷ Historiker und Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung; Kapitel „Die Befreiung der Nation“ – Wie sich Staatlichkeit und Nationalismus der Ukraine entwickelten (21 – 57).

Ukraine zur Mobilisierung für den Bürgerkrieg genutzt.

Wie im Fall der Ukraine über westliche Stiftungsnetzwerke von George Soros' ‚Renaissance Foundation' bis zur Konrad-Adenauer-Stiftung⁸, von USA und EU geförderte NGO's (z.B. das ‚National Endowment for Democracy' NED), staatlichen Organisationen wie US-AID und westlichen Botschaften nach dem Muster der ‚Farben-Revolutionen' Einfluss genommen wurde, wird in diesem Buch detailliert und gut belegt.

Kronauer betont eine eigenständige Strategie Deutschlands (11-21; 107-129) als dominanter Kraft der EU, die auch im Konflikt mit den USA und anderen ‚EU-Partnern' stehe. „Wer Kiew hat, kann Russland zwingen“ – so schon 1916 der Mitarbeiter des Auswärtigen Amts Paul Rohrbach. In diesem Geiste erfolgte nach seiner Deutung die schnelle Anerkennung der unabhängigen Ukraine durch Deutschland 1991 – während die ‚internationale Gemeinschaft' damals zögerlicher war. Da ist was dran.

Den Waffenstillstand unter ‚Minsk II' mag man als Versuch der deutschen Regierung deuten, ‚die Realitäten anzuerkennen' (d.h. die zweifache Niederlage der ukrainischen Armee im Bürgerkrieg mit dem Donbass) und einen offenen Krieg des Westens gegen Russland zu vermeiden. Sie ist bestrebt, die Situation offen zu halten (sei es für einen ‚Regime-Change' in Russland oder eine Verständigung mit Putin), so dass die ‚deutsche Wirt-

schaft' künftig ihr ‚Ostgeschäft' wieder ausbauen und US-Konzerne dabei auf Abstand halten kann. Ob die Durchsetzungskraft des ‚Deutschen Europa' dafür reicht, sei mal dahin gestellt. Schließlich hat der US-Kongress mit den Stimmen der Republikaner und vieler Demokraten eine massive ‚Waffenhilfe' der USA für die Ukraine gefordert. Die Schützengräben für eine erneute Eskalation des Konflikts sind längst ausgehoben.

Klaus Dräger

Aufholen ohne einzuholen

Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Suhrkamp Verlag, Berlin 2014, 431 S., 26,95 EURO.

Mit der neuen Ordnung ist der Neoliberalismus gemeint. Ther geht es dabei zunächst einmal und überwiegend um dessen Einzug in Osteuropa nach den Revolutionen, die 1989/91 den Realsozialismus, der dort nach 1917 bzw. 1945 an die Stelle der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung getreten war, wieder abschafften. Die Transformation der Wirtschaft in den Staaten Osteuropas begeisterte Anhänger der neoliberalen Lehre wie die Havard-Professoren Kenneth A. Froot und Jeffrey D. Sachs wie auch Olivier Jean Blanchard vom Massachusetts Institute of Technology. Sahen sie doch, dass die neue Lehre, die Anfang der 80er Jahre mit Thatcherismus und Reagonomics in Großbritannien und den USA gesiegt und mit Helmut Kohls neoliberaler Wende auch auf dem europäischen Festland Fuß gefasst hatte, ihren Siegeszug auch in das östliche Eu-

⁸ Sie baute systematisch den Ex-Boxer Vitali Klitschko als politische Führungsfigur in der Ukraine auf.

ropa trug, wo die sozialistischen Planwirtschaften eine nach dem anderen innerhalb kurzer Zeit aufgaben. Sachs Begeisterung ging so weit, dass er in der Sowjetunion und Polen als wirtschaftspolitischer Berater seinen unmittelbaren Beitrag zur Beschleunigung der Transformation leistete. Die drei Ökonomieprofessoren gaben 1994 ein zweibändiges Kompendium „The Transition in Eastern Europe“ heraus. Ein anderer Mittelpunkt der osteuropäischen Transformationsforschung entstand um den stellvertretenden Generalsekretär des „Zentrums für Kooperation mit dem Transformationsökonomien“ in Paris, um den italienischen Wirtschaftswissenschaftler Salvatore Zecchini. Er veröffentlichte 1997 mit „Lessons from the Economic Transition. Central and Eastern Europe in the 1990s“ ein Werk, in dem mehr als 60 Ökonomen auf 600 Seiten die Phänomene der Transformation in Osteuropa beschrieben.

Das vom Wiener Wirtschaftsprofessors Philipp Ther verfasste Buch kommt mit seinen etwas über 400 Seiten demgegenüber bescheidener daher. Anspruch und Inhalt der in 10 Kapiteln gegliederten Publikation ist aber nicht nur denen der Wirtschaftswissenschaften von Havard, MIT und OECD gleich, sondern geht in mancherlei Hinsicht über sie hinaus. *Erstens* schon deshalb, weil der von Ther zugrunde gelegte Zeitrahmen natürlich ein anderer ist – und sein kann. Er verfolgt die Entwicklung in Osteuropa von 1989/91 bis zur Ukraine-Krise 2014. Die von ihm zu beschreibenden zweieinhalb Jahrzehnte machen für Ther eine Periodisierung und für die behandelten Länder auch eine gewisse Gruppierung möglich.

Da beides für Osteuropa bisher kaum vorgenommen wurde, sei Ther dazu an einer Stelle zitiert, die auch seine bei Ökonomen nicht oft anzutreffende – bei aller Präzision der Aussage – bildhafte Darstellung dokumentiert. „Der Neoliberalismus war wie ein funkelnder Expresszug, der Wachstum und Wohlstand versprach. Alle Staaten ... wollten ab einem bestimmten Zeitpunkt auf diesen Zug aufspringen, keiner konnte sich seinem Sog entziehen. Außerdem schien es so, als würde nach dem Ende der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West nur noch dieser Zug eine Reise in die Zukunft anbieten. Als erste Passagiere stiegen Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und in gewisser Hinsicht die DDR zu. Den Reisenden wurde gelegentlich übel von der Fahrtgeschwindigkeit und den Reformrezepturen, die sie einnehmen mussten, aber Mitte der neunziger Jahre ging es ihnen schon etwas besser. Die Schaffner und die Ober im Speisewagen (die internationalen Wirtschaftsorganisationen) riefen erfreut und laut: Seht, die Schocktherapie hat gewirkt! Es lässt sich darüber streiten, ob dem so war, aber die Wachstumskurven, die Foreign Direct Investments und andere Kennwerte (die neoliberale Ordnung beruht nicht zuletzt auf ihrer Fixiertheit auf Zahlen) zeigten nach oben. Deshalb wollten auch jene Länder mitfahren, die den Zug zuvor aus verschiedenen Gründen (späterer Zeitpunkt der Revolution oder der Unabhängigkeit, Machterhalt der Postkommunisten) verpasst hatten. Einige dieser Passagiere, konkret die baltischen Staaten, die Slowakei, etwas später Rumänien und Bulgarien, ver-

suchten die Vorreiter dadurch einzuholen, dass sie zu noch radikaleren Reformen griffen“ und dadurch in Osteuropa eine zweite Wellte des Neoliberalismus einleiteten. (S. 348)

Bei aller von Ther betonten einheitlichen Zielstellung der Transformation unterscheidet er doch vier Varianten: eine neoliberale Ordnung mit sozialer Abfederung (die Visegrádstaaten), eindeutig neoliberale Regime (Baltikum, Rumänien und Bulgarien), das neokorporatistische Modell in Slowenien und die oligarchisch-neoliberalen Systeme in der Russischen Föderation, Weißrusslands und der Ukraine.

Sehr sachlich und mit Statistiken und Graphiken unterlegt beschreibt Ther dann, wie diese europaweite Wachstumsphase durch die weltweite Finanz-, Budget- und Wirtschaftskrise 2009-2011 ein Ende fand. Die osteuropäischen Regierungen reagierten unterschiedlich: Deutschland (für die NBL), Polen und die Slowakei antworteten mit einer Steigerung der staatlichen Abgaben und versuchten die Folgen der Rezession abzumildern. Die baltischen Staaten, Rumänien und Bulgarien hingegen griffen zu harten Sparmaßnahmen. Die Folge der Abwälzung der Krise auf die Bevölkerung waren eine stark steigende Arbeitslosigkeit, „eine massenhafte Verarmung der Bevölkerung“ und Bevölkerungsverluste, „die an die Substanz gingen.“ Als eine dritte Reaktionsart beschreibt Ther das „Durchwursteln ohne klaren Kurs“ und bezieht sich in diesem Zusammenhang auf Tschechien, Slowenien und die Ukraine.

Zweitens zeichnet sich Thers Publikation gegenüber früheren Versuchen,

die Transformation in Osteuropa zu erfassen, dadurch aus, dass er sich keineswegs auf die Ökonomie beschränkt, nicht nur die sozialen Begleiterscheinungen der Transformation, ihre Auswirkungen auf Beschäftigung und Qualifikationsentwicklung ausweist sondern auch die psychologischen Auswirkungen des Aufholens bzw. fortgesetzten Zurückbleiben von Wirtschaft und Wohlstand gegenüber dem Westen und deren Folgen benennt wie z.B. die sich infolge der Krise dramatisch zuspitzende demographische Auszehrung, die vor allem in Lettland, aber auch in Litauen und Rumänien um sich griff. Für die Veranschaulichung der sozialen und alltagskulturellen Folgen der wirtschaftlichen Transformation erweist sich das 6. Buchkapitel „Ostmitteleuropäische Metropolen im Vergleich“ als besonders aussagekräftig.

Drittens – und das ist wohl der bemerkenswerteste Versuch Thers, gegenüber den früheren Darstellungen der neoliberalen Transformation in Europa Neuland zu betreten – behandelt der Wiener Wirtschaftsprofessor Osteuropa nicht isoliert, sondern in Zusammenhang mit dem kapitalistisch gebliebenen und in den 80er Jahren neoliberal gewordenen Westeuropa. Den Aufholprozessen der osteuropäischen Staaten widmet er besondere Aufmerksamkeit und wartet dabei mit bisher wenig beachteten makroökonomischen Vergleichsdaten auf, die ein kontinuierliches Aufholen der osteuropäischen Staaten nach Überwindung der ersten Transformationskrise für die Jahre zwischen 1996 und 2008 zeigen, ebenso aber die seit Beginn der weltweiten Wirtschaftskrise andauernden Stagnation und den teil-

weise sogar zu verzeichnenden Rückgang bei der Annäherung an den EU-Durchschnitt, gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf bzw. „BIP pro Kopf im Kraufkraftstandard“. Ther wagt sich in Kapitel 9 sogar so weit, die Rückwirkungen des Sieges des Neoliberalismus in Osteuropa auf die westeuropäischen Staaten anzusprechen, ein Moment, dass er als *Kotransformation* bezeichnet. In ihm wirft er die Frage auf, „ob und wie der Verlauf und die Resultate der Reformen im Osten im Westen und insbesondere in Deutschland rezipiert und diskutiert wurden“. So erörtert er, ob und wie weit die unter dem Begriff „Hartz IV“ bekannten Sozial- und Arbeitsmarktreformen von Bundeskanzler Gerhard Schröder in den Jahren 2001-2005 Vorbilder in der Politik der polnischen, ungarischen und tschechischen Sozialdemokraten zwischen 1993 und 1998 hatten. Der krisenhaften Entwicklung in den südeuropäischen Staaten widmet Ther ein ganzes (8.) Kapitel, unter der bezeichnenden Überschrift „Der Süden als neuer Osten“. Auch den Einfluss postkommunistischer Staaten auf den Diskurs über die „Zivilgesellschaft“ spricht Ther in diesem Zusammenhang an, ebenso wie die Rolle ostdeutscher Politiker in der Berliner Republik. Besonders anschaulich werden von Ther die Auswirkungen der osteuropäischen Entwicklung nach 1989/90 auf den Westen am Beispiel der sozialen und kulturellen Entwicklung der Metropolen Wien und (Ost- wie West-) Berlin nachgezeichnet.

Die verallgemeinerungswürdigen theoretisch-methodischen Schlussfolgerungen, die der Leser aus Thers hervor-

gend recherchierten und gut, bisweilen sogar vergnüglich zu lesendem Band ziehen kann, finden sich, diese kritische Bemerkung sei erlaubt, in den jeweiligen Kapiteln und damit doch etwas verstreut. Nur einige seien hier genannt: So hält Ther „ältere Vorstellungen, wonach sich bestimmte Systeme ... mehr oder weniger unverändert von Land zu Land ... ausbreiten, für überholt“. Auch ist er auf Grund seiner Recherchen überzeugt, dass „der Neoliberalismus auf einen starken Staat angewiesen ist“. Ther kommt, insbesondere im Ergebnis seiner Untersuchungen zur „zweiten Welle des Neoliberalismus“ in Kapitel 5 zu dem Schluss: „Überall dort, wo in den neunziger Jahren im Gefolge der neoliberalen Transformation eine tiefe soziale Kluft entstanden ist, hat sich die Wirtschaft mittel- und langfristig weniger dynamisch entwickelt.“ „Offenbar“, begründet Ther diese Beobachtung, „sind breite Mittelschichten leistungsfähiger, weil ihre Angehörigen mehr Unternehmen gründen, mehr investieren und konsumieren als eine kleine Elite wie die postsowjetischen Oligarchen.“ Ther schätzt das, was er als „Transformation von unten“ bezeichnet, hoch ein und weiß, dass sich deren Erfolg auf gesellschaftliche Ressourcen gründet, die über einen längeren Zeitraum, d. h. auch schon vor dem Sturz der kommunistischen Regierungen 1989/90 entstanden waren, vor allem während der langen, zwei Jahrzehnte umfassenden Reformperiode in Ungarn und während des deutlichen Abbaus der Dominanz zentralstaatlichen Eigentums und des Hineinregierens in die Betriebe in Polen seit Beginn der Solidarnoc-Bewegung in den 1980er Jahren.

Ther stellt, bezogen auf die Transformationspolitik, auch die Frage, „ob man eine direkte kausale Verbindung zwischen bestimmten wirtschaftspolitischen Impulsen und ökonomischen Resultaten herstellen kann“ und meint, dass dies in manchen Bereichen möglich sei. Als Beispiel nennt er die erfolgreiche Bekämpfung der Inflation in Polen. Die von ihm herausgestellte „Transformation von unten“, der Boom des mittelständischen Unternehmertums, beruhe aber in erster Linie auf Voraussetzungen, die in den Ländern über einen längeren Zeitraum geschaffen worden seien. Ther stellt in diesem Zusammenhang die gesellschaftlichen Verhältnisse in Polen und in der Ukraine, wie sie sich seit den 1980er Jahren entwickelt haben, als gegensätzlich heraus.

Insgesamt gesehen hat Ther ein Buch geschrieben, das ein Muß für jeden Wissenschaftler darstellt, der sich für die Probleme Osteuropas während des letzten Vierteljahrhunderts interessiert.

Jörg Roesler

Proletarisches Leben in Frankreich

Aurélie Filippetti, Das Ende der Arbeiterklasse. Ein Familienroman, Frankfurt am Main 2014, S. Fischer (frz. Les derniers jours de la classe ouvrière, Paris 2003), 187 S., 18,99 Euro

Dass heutige KultusministerInnen Bücher schreiben, mag nichts Ungewöhnliches sein. Dass sie aber Bücher über die Arbeiterklasse, wenn auch über deren „letzte Tage“, schreiben, kann man sich zumindest für Deutschland nur schwer vorstel-

len. In Frankreich dagegen ist so etwas möglich, wie Aurélie Filippetti mit ihrem Buch beweist.

Die französische Ausgabe von 2003 erschien jetzt bei S. Fischer in einer guten, nur in einzelnen Punkten korrekturbedürftigen Übersetzung. Die Autorin, geboren 1973, war von 2012 bis 2014 Kulturministerin in den sozialistischen Regierungen Ayrault und Valls. Sie gehört zur Gruppe derjenigen sozialistischen Abgeordneten in der Nationalversammlung, zu den „Frondeuren“, die wie Benoît Hamon, Arnaud Montebourg und ein paar Dutzend Weiterer den wirtschaftsfreundlichen Kurs des Staatspräsidenten Hollande nicht länger mittragen wollen. Aurélie Filippetti stammt in dritter Generation aus einer italienischen Immigrantenfamilie, die wie viele andere seit Ende des 19. Jahrhunderts nach Frankreich kamen, um dort in den Erzminen und Kohlenzechen zu arbeiten. Die Geschichte ihrer eigenen Familie stellt das zentrale Thema ihres Buches dar. Aber es handelt sich nicht um einen Roman im üblichen Sinn (die Bezeichnung „Familienroman“ geht auf den deutschen Verlag zurück), sondern eher um eine literarisch frei gestaltete Montage und Rückblende auf Ereignisse und Menschen unterschiedlicher Generationen vor dem gebieterischen Hintergrund der alles dominierenden Arbeit in den lothringischen Erzminen.

Das Leben der Minenarbeiter und ihrer Familien ist exemplarischer Ausdruck kollektiver Erfahrung und Daseinsbewältigung der industriellen französischen Arbeiterklasse im 20. Jahrhundert. Immer wieder beschreibt Filippetti anschaulich die auf dem

Charakter der Arbeit unter Tage basierende Vergemeinschaftung der Betroffenen, die für Individualismus und vom Kollektiv abweichende Interessen keinen Platz hat, aber gleichzeitig dem Einzelnen einen unersetzbaren Schutz und sozialen Rückhalt bietet. Die bedingungslose Verlässlichkeit und Arbeitssolidarität der Kumpel „vor Ort“ bildet eine fast schon natürliche Grundlage für die Entstehung von Klassenbewusstsein, das sich fast ebenso natürlich in der Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei (PCF) und der eng mit ihr verbundenen Gewerkschaft CGT manifestierte. Diese „condition de prolétaire“ der lothringischen Berg- und Stahlarbeiter, zwischen denen es allerdings durchaus Unterschiede der sozialen Lage und des Habitus gab (die Stahlarbeiter verdienten weniger, waren „individualistischer“ und weniger intrinsisch mit ihrer Arbeit verbunden), umfasste alle Dimensionen des Lebens: Familie, die Beziehungen zwischen den Generationen, Ehen, Freundschaften, das Politische, Krankheit und nicht zuletzt das Sterben. Der Tod war ein ständiger Begleiter der Minenarbeiter, die morgens beim Einfahren in den Schacht nie sicher wussten, ob sie am Abend wieder unversehrt aus ihm herauskommen.

Wo es Kommunisten gab – und in Audun-le-Tiche gab es viele – gehörte der Klassenkampf gegen die Minenbesitzer und ihre politischen Repräsentanten gleichsam zum täglich Brot. Es überrascht deshalb kaum, dass die Minen auch ein Hort des Widerstands gegen das faschistische Vichy-Regime und die deutschen Besatzer waren. Gemeinsam mit dreizehn anderen holte die Gestapo, willfährig unterstützt von

den Zechenbaronen des de Wendel-Clans, Anfang 1944 den Großvater der Autorin aus dem Stollen. Im KZ Bergen-Belsen büßte er für seinen Widerstand mit dem Leben. Die Kontinuität des Klassenbewusstseins konnte aber dadurch in Audun-le-Tiche und anderswo nicht gebrochen werden. Filippettis Vater Angelo, auch er Kommunist, wurde Jahre später Bürgermeister des Städtchens.

In dem Maß, wie sich seit den sechziger Jahren die Krise des lothringischen Erzbergbaus verschärfte, trat die Verteidigung der Minen im Becken von Longwy in den Vordergrund. 1979 kam es zu militanten Aktionen der vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedrohten Minenarbeiter. Sie stürmten ein Polizeirevier, Schüsse fielen, zum Glück waren keine Toten zu beklagen. Der Klassenkampf hatte aber noch viele andere Facetten, so zum Beispiel immer wieder unternommene Versuche des Grubenmanagements, qualifizierte Arbeiter mit dem Versprechen höherer Löhne und beruflichen Aufstiegs auf die andere Seite der Barrikade des Klassengegensatzes zu locken. Im Falle erfolgreicher Abwerbung agierten diese Arbeiter dann im Interesse des Minen- und Stahlkapitals. Filippetti erwähnt einen Steiger, einen ehemaligen Kumpel, der die Angehörigen eines unter Tage Verunglückten aufsuchte, um sie zum Verzicht auf eine Klage vor Gericht zu veranlassen.

Das proletarische Milieu von Longwy und Audun-le-Tiche war nicht nur politisch durch die Zugehörigkeit zu PCF und CGT geprägt. Kommunist zu sein bedeutete auch eine bestimmte kulturelle Lebenswelt. Die Autorin schreibt, dass sich die Publi-

kationen parteinaher Verlage in den Arbeitersiedlungen lebhafter Nachfrage erfreuten und die Vertreter dieser Verlage dort die Werke von Marx, Jaurès und dem kommunistischen Dichter Louis Aragon verkauften, von dem sie eine Strophe aus dem berühmten Gedicht „Die Rose und die Resede“ (1943) zitiert, das zu einem „Sinnbild“ der für ihre Befreiung vom Faschismus kämpfenden Arbeiterklasse wurde (78).

Wiederholt geht Aurélie Filippetti auf politische Probleme des PCF nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Dabei verfällt sie jedoch nicht selten in einen moralisierenden totalitarismustheoretischen Ton. Ungarn 1956, Prag 1968 und Afghanistan 1979 fungieren bei ihr bloß als Schlaglichter einer autoritären „Linie der Partei“, ohne dass die Kontexte und konkreten Bedingungen erörtert würden, die zu den genannten Ereignissen führten. Gelegentlich blendet sie auch den Text von Dokumenten ein. Besonders interessant ist hier eine längere Mitteilung des Zentralkomitees des PCF an die Parteiorganisationen der Departements von 1976, in der es um die Bewertung des Atomprogramms der damaligen Regierung geht. Diese Mitteilung beinhaltet einerseits eine grundsätzlich Bejahung der Atomenergie durch den PCF, namentlich der Entwicklung des mit Plutonium betriebenen Reaktortyps eines „Schnellen Brütters“, andererseits sucht sie die Lösung des Energieproblems in einer Verstaatlichung der Atomindustrie. Von einer umweltpolitischen Perspektive war die PCF also Mitte der siebziger Jahre noch weit entfernt, auch wenn die Mitteilung eine Verständigung mit lo-

kalen Bürgerinitiativen empfahl.

Es gelingt Filippetti, in ihrer Darstellung von Situationen, Geschehnissen und Menschen ein eindringliches, lebendiges Bild nicht nur der eigenen Familiengeschichte zu zeichnen, sondern das einer ganzen Klasse. Ihre Botschaft besteht darin, die Erinnerung an diese Klasse, ihre Identität und Würde, zu bewahren.

Die lothringischen Erzbergwerke wurden bis Ende der neunziger Jahre Schritt für Schritt stillgelegt. Mit diesem Prozess löste sich das bis dahin für die Region charakteristische proletarische Milieu auf und die kommunistische Partei verlor ihren hegemonialen Einfluss auf die französische Arbeiterschaft.

Mit der Stilllegung der letzten Erzmine im Becken von Longwy 1997 endet das Buch und dieses Datum besiegelt gleichzeitig das Verschwinden der Arbeiterklasse, wie Aurélie Filippetti sie erlebt und beschrieben hat.

Das Ende dieser Arbeiterklasse ist unwiderruflich – in Frankreich ebenso wie in Deutschland, Großbritannien oder Italien. Unverändert bleiben aber, so kann man den Text von Filippetti ergänzen, die Antagonismen des Kapitalismus. Sie werden neben den herkömmlichen Ausbeutungs- und Herrschaftsformen neue Methoden der Ausbeutung und Kommodifizierung der Arbeitskraft hervorbringen. Ob aus ihnen zukünftig wieder Aktionen und Kämpfe der Lohnabhängigen hervorgehen, die Individualismus, „Selbstoptimierung“ und Konkurrenz überwinden und so eine neue kollektive Solidarität stiften können, muss die Zukunft zeigen.

Lothar Peter

Zusammenbruch des Kapitalismus?

Manfred Sohn, Am Epochenbruch. Varianten und Endlichkeit des Kapitalismus, PapyRossa Verlag, Köln 2014, 222 S., 14,90 Euro

Der Autor möchte zeigen, dass der moderne Kapitalismus heute an einer Schranke angekommen ist, „die er nicht mehr überwinden wird.“ (8) Mit „Epochenbruch“ sind Veränderungen gemeint, wie sie sich (der Autor orientiert sich, zumindest für Europa, am historischen Fünfstufenmodell der Gesellschaftsformationen) z. B. mit dem Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus vollzogen haben. Es handelt sich im Kern um eine ökonomische Zusammenbruchsprognose, womit er sich in eine lange und illustre Reihe marxistischer Theoretiker stellt, die so etwas immer mal wieder versucht und sich dabei immer geirrt haben. Nun kann ein produktiver Irrtum wissenschaftlich und politisch allemal mehr Wert sein als die Vorhersage eines ‚weiter so‘. Dieses Lob aber kann dem vorliegenden Buch aus methodischen Gründen leider nicht gespendet werden. Denn der Autor hat die Irrtümer seiner Vorgänger zwar erwähnt, sich mit ihnen aber inhaltlich an keiner Stelle auseinandergesetzt.

An mehreren Stellen könnten den Leser Zweifel beschleichen, ob der Autor wirklich mit einem in absehbarer Zeit bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus rechnet. So behauptet er, dass wir seit dem Ende des Ersten Weltkriegs in der Etappe des staatsmonopolistischen Kapitalismus lebten, d.h. im (mit

Lenin) höchsten Stadium des Kapitalismus: „Höher geht es nicht“ (46) Dabei handele es sich um eine „Schlussetappe“, „nach dem Stamo-kap folgt keine weitere Variante, sondern die Ablösung des Kapitalismus.“ In Lenins Imperialismustheorie sei „das Ende des Kapitalismus inbegriffen.“ Diese Theorie „beginnt jetzt“ „wenn auch mit ein paar Jahrzehnten Verzögerung“ „ihre prognostische Wirkungskraft zu entfalten“ (46). Wollte man den Autor hier (unfairerweise) beim Wort nehmen so könnte man schlussfolgern, dass es seit Lenin keine wesentlichen Veränderungen im Kapitalismus mehr gegeben habe, dass wir also seit fast hundert Jahren (nicht bloß seit ein paar Jahrzehnten) „am Epochenbruch“ stünden. Auch im weiteren Verlauf sät der Autor Zweifel an der These vom unmittelbar bevorstehenden Ende des Kapitalismus, wenn er darauf hinweist, dass sich Epochenbrüche „über mehrere Generationen, einige Jahrzehnte und zuweilen auch ein oder zwei Jahrhunderte hinziehen“ könnten (100) – da der Kapitalismus in seiner modernen Form ja erst knapp zweihundert Jahre alt ist, könnte der „Epochenbruch“ also auch noch ein paar Generationen dauern.

Ich enthalte mich hier solcher bewussten Missverständnisse des Texts und nehme an, dass der Autor wirklich einen zeitlich nahe bevorstehenden Epochenbruch (Zusammenbruch) meint: „Die Grundthese ist, dass der Zeitpunkt gekommen ist, an dem ‚die auf dem Tauschwert ruhende Produktion zusammen(bricht)‘“ heißt es, unter Bezug auf Marx, auf

Seite 130. Es geht dem Autor also in der Tat um einen in naher Zukunft liegenden *Zeitpunkt*.

Er entwickelt seine Argumentation in acht Kapiteln: Einem ersten, dem Geld gewidmeten Kapitel, auf das später kein Bezug mehr genommen wird, folgt eine Definition des Kapitalismus einschließlich einer kurzen Diskussion seiner Entwicklungsvarianten, wobei, wie gezeigt, der Stomokap als höchste bezeichnet wird. Dass in seiner Kapitalismusdefinition die Lohnarbeit nicht vorkommt, ist Programm¹: In seiner Ableitung des Zusammenbruchs fehlt konsequenterweise das historische Subjekt. Nun könnte man einwenden, dass die Lohnarbeit ja im Begriff des „Privateigentums an Produktionsmitteln“ aufgehoben ist, jedenfalls wenn wir es mit Marx als gesellschaftliches Verhältnis definieren, welches die Eigentumslosigkeit der Massen meint. Wie die weitere Verwendung des Begriffs „Privateigentum“ zeigt, scheint der Autor aber keinen Unterschied zwischen dem Rechtsverhältnis und dem gesellschaftlichen Verhältnis zu machen – Lohnarbeit gehört also seiner

Ansicht nach nicht zu den „vier Kernmerkmalen der bürgerlichen Ordnung“. (39) Der dritte Abschnitt ist dem Krisenbegriff gewidmet, der ja eigentlich ein zentraler Baustein seiner Theorie sein müsste: Dass es sich bei der gegenwärtigen Krise nicht um eine „normale Überproduktionskrise“, sondern eine „strukturelle Krise“, ja, um eine „finale Krise“ handele (78), wird hier leider nur behauptet: Es fehlen die Bestimmungen der unterschiedlichen Krisentypen, ebenso ein Bezug auf die verbreitete Diskussion über ‚große Krisen‘. Eine genauere Ableitung zumindest der finalen Krise, d.h. die Begründung dafür, warum die aktuelle „final“ sein soll, erwartet den Leser im vierten Abschnitt („Minen“). Hier verweist der Autor aber im Kern lediglich auf die durch die Entwicklung der Produktivkräfte gegebenen „Möglichkeiten“ von nichtkapitalistischen Produktionsweisen (93), was etwas anderes ist als die Unmöglichkeit der Fortexistenz der kapitalistischen Produktionsweise. Diese Möglichkeit aber könnte nur durch die Handlung der subalternen Klassen in Wirklichkeit verwandelt werden, vulgo durch den Klassenkampf. Der aber fehlt in Sohns Analyse: Die auf S. 93 versprochene Darstellung der „Realisierung dieser Möglichkeit“ in den beiden letzten Kapiteln, ist, wie unten gezeigt wird, eine herbe Enttäuschung. Dass die Möglichkeit einer Überwindung des Kapitalismus besteht, leitet Sohn aus der Technik, u.a. aus den Potenzen der Mikroelektronik, ab – nur unzureichend zeigt der Autor, dass diese sowohl Zentralität fördern (siehe Google,

¹ Sohns wichtigster Kronzeuge, Robert Kurz, sprach mit Abscheu vom „Arbeiterbewegungsmarx“, im Gegensatz zum „esoterischen“ Marx, den er für den wirklichen hielt. Letzterer habe angeblich behauptet, dass der Kapitalismus irgendwann nicht „durch den ‚starken Arm‘ der Arbeiterklasse ... sondern durch den Kolbenfresser der Kapitalmaschine“ zu einem „unheimlichen Stillstand“ käme (Marx lesen: Die wichtigsten Texte von Karl Marx für das 21. Jahrhundert. Herausgegeben und kommentiert von Robert Kurz, Frankfurt/M 2001, S. 277). Vgl. die Besprechung in Z. 48 (Dezember 2001), S. 193ff.

Amazon & Co) als auch Dezentralität ermöglichen kann. Im fünften Abschnitt zum „Epochenbruch“ führt er mehrere auf sehr unterschiedlichen Ebenen angesiedelte Indikatoren für dessen Bevorstehen an, darunter auch sehr eigenartige wie die demographische Entwicklung: Das Schrumpfen der Bevölkerungszahlen (was die UN in ihrer mittleren Prognosevariante erst für die Jahrzehnte nach 2050 bei einem absoluten Stand von knapp zehn Milliarden Menschen erwartet – derzeit werden gut 7 Milliarden gezählt) habe schon früher Epochenumbrüche angekündigt: „Die Datenlage (die dem Leser hier verschwiegen wird, JG) – beginnende Schrumpfung als Wetterzeichen für die Unmöglichkeit, nach der alten Art weiterzuleben – ist also in den jeweiligen Endphasen der Epochen der Sklavenhaltergesellschaft und des Feudalismus vergleichbar.“ (105/106) Da aber derzeit die Weltbevölkerung immer noch kräftig (um rund ein Prozent jährlich) zunimmt, ja, der absolute jährliche Zuwachs mit rund 80 Millionen Menschen im Jahr heute nahe seinem Höhepunkt ist, hätte es mit dem „Epochenbruch“ also noch einige Generationen Zeit. Hier hat sich der Autor vom Demografenschwätz über ein aussterbendes Deutschland irreführen lassen. Auch ein anderes angeführtes Merkmal ist eher unspezifisch: „Die vollständige Herausbildung des Weltmarktes ist also Gipfel- und Kulminationspunkt der Entwicklung des Kapitalismus überhaupt.“ (119) Der Weltmarkt hat sich aber schon seit etlichen Jahrzehnten „herausgebildet“ (ge-

nau genommen war er schon Anfang des 20. Jahrhunderts hoch entwickelt), und es gibt absolut kein Anzeichen dafür, dass dieser Prozess an irgendeine Schranke gekommen sein könnte (und der Autor nennt auch keines). Mit Ungeduld schlägt der Leser nun die drei letzten Kapitel, „Sozialismus“ (150), „Einwände“ (178) und „Pfadfinderinnen“ (192) auf, soll er doch hier endlich erfahren, wie und durch wen die Möglichkeit der Überwindung des Kapitalismus in Realität verwandelt werden könnte: „Epochenbrüche kommen nicht von selbst. Sie sind kein Naturgesetz, sondern Ergebnis menschlichen Handelns.“ (197) Würde man diese Aussage – der der Rezensent nur zustimmen kann – ernst nehmen, so müsste man spätestens hier etwas über den Stand der sozialen Bewegungen auf der Welt erfahren. Tut man aber nicht: „Im Verlauf der vor uns liegenden Jahrzehnte wird sich eine Organisation herauskristallisieren, die in der Lage ist ... den dritten Schritt in Richtung Sozialismus ...“ zu gehen (197). Außer dass diese Organisation sich nicht allein auf das Proletariat stützen kann (weil das Heer der Überflüssigen zunimmt) (205) und dass sie wohl stark weiblich geprägt sein wird, erfährt der Leser wenig: außer dass es diese „epochenmachende Organisation“ noch nicht gibt. Wie der Autor *gleichzeitig* behaupten kann, dass ein Epochenbruch nur Ergebnis menschlichen Handelns sein könne, dass das handelnde Subjekt aber erst in den nächsten Jahrzehnten entstehen würde und wir trotzdem heute am „Zeitpunkt“ des Umbruchs an-

gekommen seien – das entzieht sich dem Verständnis des Rezensenten. Und ist dies nur die Frage einer „Organisation“, nicht die von wirklichen Massenbewegungen?

Letzten Endes tut der Autor nichts anderes, als einmal mehr anekdotische Evidenzen für die historische Begrenztheit der kapitalistischen Produktionsweise zu sammeln – das ist nicht falsch, und durchaus nicht uninteressant, aber eben auch nicht neu. Vor allem wird dadurch weder belegt, dass der Kapitalismus keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr hat, noch ist das eine Grundlage für eine moderne politische Strategie der Überwindung des Kapitalismus. Einen Beleg für den bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus, „dass der Kapitalismus diese jetzige Krise nicht überleben wird“ (151) kann das Buch schon aus methodischen Gründen nicht liefern: Trotz des zitierten plakativen Satzes über „menschliches Handeln“ klammert er *erstens* die handelnden Menschen, den Klassenkampf, aus seiner Instabilitätsanalyse völlig aus. Sein Kapitalismus kommt ohne Klassenkampf aus. Dass der Kapitalismus heute ökonomisch an eine absolute Schranke gestoßen sei, müsste *zweitens* auf der Grundlage von umfassendem empirischem Material abgeleitet und begründet werden. Das aber fehlt in dem Buch völlig, alle seine Belege sind anekdotisch. *Drittens* ignoriert er völlig, dass der Kapitalismus in vielen Weltteilen noch in den Kinderschuhen steckt, seine Analyse ist eurozentristisch. Wenn andere Regionen als Europa und Nordamerika überhaupt mal genannt werden, dann werden Behauptungen

ohne jeden Beleg aufgestellt. Bezogen auf China heißt es: „Die Industrien, die dort entstehen, haben eine qualitativ völlig andere Arbeitsproduktivität als die Industrien, mit denen die ältesten kapitalistischen Länder in die Industrialisierung starteten.“ (188) Das ist natürlich wahr, aber was besagt das? Und wenn er sich (leider nur willkürlich) auf Rosa Luxemburgs ‚Landnahme these‘ bezieht: Warum nimmt er nicht zur Kenntnis, dass das „Endresultat“, die Durchkapitalisierung der Welt (221), heute noch lange nicht erreicht ist? Eric Hobsbawm betonte in einem seiner letzten Interviews zu den Perspektiven der Welt nach dem Jahrtausendwechsel: China „ist noch in einer frühen Phase der wirtschaftlichen Entwicklung, da ist noch enormer Spielraum für Expansion.“ (New Left Review 61/2010, S. 137) Die Bilanz der neoliberalen „Revolution von oben“ der letzten vierzig Jahre (vgl. Z 100) zeigt nun eher – entgegen vielen klassischen Annahmen – eine große Dynamik kapitalistischer Entwicklung gerade in den peripheren Ländern und die Intensivierung zwischenimperialistischer Konflikte, während linke, antikapitalistische Bewegungen nach wie vor Mühe haben, auf die Beine zu kommen.

Der Autor ist sicherlich kenntnisreich und belesen. Seine Argumentation im vorliegenden Buch aber ist inkonsistent und widersprüchlich. Der Versuch, Geschichte ohne deren Triebkraft, die „Klassenkämpfe“ (Kommunistisches Manifest, Einleitungssatz) zu denken, kann nur in die Irre führen.

Jörg Goldberg

Historische Mission der Arbeiterklasse

Walter Rösler, „Befreiung auf dem Standpunkt der Theorie, welche den Menschen für das höchste Wesen des Menschen erklärt.“ *Marx und Engels über die weltgeschichtliche Rolle des Proletariats. Ein Rezeptionsversuch (= Rosa Luxemburg Stiftung. Manuskripte Neue Folge 12), Berlin 2014, 440 S., kostenloser download*

Der Autor hat es unternommen, die Ansichten von Marx über die weltgeschichtliche Rolle des Proletariats, deren Ursprünge und Ausprägungen zu analysieren. Insoweit dies im Gedankenaustausch oder in Arbeitsteilung mit Friedrich Engels geschah, ist dies selbstverständlich berücksichtigt. Er hat seinen Text in prononcierter Auseinandersetzung mit der Formel von der „historischen Mission der Arbeiterklasse“ angelegt. Diese hält er für eine ideologisierte Verzerrung der authentischen Anschauungen von Marx, die letztlich zur Verabsolutierung der Führungsrolle einer marxistisch-leninistischen Partei im stalinistischen System hinführe.

Ob sich diese Deformationen tatsächlich an der begrifflichen Unterscheidung zwischen „weltgeschichtlicher Rolle des Proletariats“ und „historischer Mission der Arbeiterklasse“ festmachen lassen, sei dahin gestellt. Ich denke eher nicht. Aber in der Sache verweist Rösler auf entscheidende, von Marx gesetzte Prämissen und Akzente, die bei oberflächlichen Berufungen auf die historische Mission der Arbeiterklasse in der Regel nicht mitgedacht werden. Deshalb reibt er sich mit so manchen vor allem in der DDR verbreiteten vereinfachenden

und verzeichnenden Interpretationen und deren Verfechtern.

Er begründet detailliert das Wissenschaftsverständnis von Marx, das sich geradezu als Gegenpol zu Ideologie herausgebildet hat. Marx habe der Gedanke, ein System zu erschaffen, gänzlich fernegelegen, denn er war offen für jegliche neuen Erkenntnisse und berechtigte Kritiken. Rösler hält demgegenüber die „historische Mission“ für eine dem Proletariat von außen zugeschriebene Funktion oder Sendung, die eine Gesetzmäßigkeit unterstelle, während es Marx darum ging, aus dem Wesen der bürgerlichen Gesellschaft heraus die objektive, aus den realen Gesellschaftszuständen erwachsende Rolle ihres Gegenpols Proletariat aufzudecken. Marx betonte demzufolge die gesellschaftliche Praxis als eigentliche Quelle der Erkenntnis (in Verbindung mit theoretischen Diskursen). Dabei widmete er der Produktivkraftentfaltung der industriellen Revolution und der unverzichtbaren bahnbrechenden Rolle der Bourgeoise viel Aufmerksamkeit, denn ohne diese gäbe es auch kein Proletariat. Sehr lesenswert ist, was Rösler über die Herausbildung des historisch-materialistischen Geschichtsverständnisses von Marx und Engels darbietet.

Der Autor hat mit enormem Aufwand der Genesis der Marxschen Ansichten nachgespürt und eine respekt einflößende Textexegese betrieben, die allerdings im Wesentlichen mit dem „Kommunistischen Manifest“ – also vor der Herausbildung proletarischer Massenparteien – endet. Die weitere Entwicklung findet da als Ausblicke Berücksichtigung, wird aber nicht mit gleicher Gründlichkeit analysiert. Solche Begrenzungen stehen natürlich je-

dem Autor zu. Nur lässt sich so seine Kritik an anderen Autoren, die Unterschiede zwischen dem frühen und dem späteren Marx betonen, meines Erachtens nicht hinreichend begründen.

Nicht jeder an der Thematik interessierte Leser wird bereit sein, solch intensive Textunterbreitung und -interpretation nachzuvollziehen, zumal sich doch Vieles in Variationen wiederholt. Das wird – wie ich mit Bedauern feststelle – den potentiellen Leserkreis dieser vom Anliegen her wichtigen Publikation vermutlich einschränken. Über die Stichhaltigkeit der in diesem Buch dargebotenen Ausdeutungen der Gedanken von Marx in all ihren Verästelungen müssen Experten entscheiden, die selbst ebenso tief in diese Texte eingedrungen sind wie der Autor.

Bei aller Wertschätzung der hier erbrachten Forscherleistung und des Nutzens einer solchen Überprüfung eines versimplifizierenden Umgangs mit dem Erbe von Marx und Engels scheint mir, dass die vom Autor gewählte Herangehensweise auch ihre Grenzen hat und einige Probleme aufwirft. Indem er die weltgeschichtliche Rolle des Proletariats vor allem als sich durch „Bewegung“ zu realisierende versteht, unterschätzt er meines Erachtens die Bedeutung politischer und gewerkschaftlicher Organisationen und deren Behandlung in den Schriften von Marx und Engels. Ihr Engagement im Bund der Kommunisten und in der I. Internationale wird erwähnt, aber nicht systematisch untersucht. Der Anteil von Marx und Engels an den Programmen der Arbeiterbewegung beziehungsweise ihre Programmkritiken erscheinen eher als Pflichtübungen, die nicht die Mög-

lichkeit boten, ihre ausdifferenzierten wissenschaftlichen Einsichten angemessen in die Öffentlichkeit zu transportieren.

Wenn Rösler herausarbeitet, dass Marx ein weitaus gründlicheres, tieferes und differenzierteres Verständnis von der Rolle des Proletariats hatte, als dies in der Arbeiterbewegung und vor allem in marxistisch-leninistischen Parteien seinen Niederschlag gefunden hat, trifft dies zweifellos zu. Aber damit ist nicht das Problem aufgehoben, dass der Reichtum der Erkenntnisse von Marx und Engels nicht in Gänze in die theoretischen, politischen und agitatorischen Manifestationen realer politischer Organisationen umsetzbar ist, selbst wenn es deren Führer gewollt oder versucht hätten. Aber wertet das die Verbreitung vereinfachter Grundeinsichten, die dann eher den Charakter einer Ideologie als einer strengen Wissenschaft annehmen, generell ab? Hier muss wohl immer nach dem historisch bestimmten Zusammenhang zwischen Theoremen, Ideologien, Mythen und Riten mit der gesellschaftspolitischen und kulturellen Praxis gefragt werden, gemessen an den Bedürfnissen der Menschen beziehungsweise der Mehrheit der Bevölkerung.

Obwohl Rösler einige aus den heutigen Realitäten erwachsende Zweifel benennt, die gegen eine zu eng gefasste Übernahme Marxscher Thesen über die welthistorische Rolle des Proletariats sprechen, sieht er ihren Grundgehalt bestätigt und die Voraussetzungen für eine Verwirklichung dieser Rolle in umfassenden Sinne überhaupt erst in längerer Frist heranreifen.

Günter Benser

Das diskrete Wirken der Eliten

Uwe Krüger, Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse, Verlag Herbert von Halem, Köln 2013, 29,50 Euro.

Manchmal entwickelt ein Buch seine Wirkung nicht gleich nach Erscheinen, sondern erst nach einer gewissen Wartezeit. Das gilt zum Beispiel für die überarbeitete Dissertation von Uwe Krüger, die mehr als ein Jahr nach Veröffentlichung für Wirbel sorgte. Ihr Ausgangspunkt ist eine weit verbreitete Beobachtung: Wenn es um Weichenstellungen in der Außen-, Wirtschafts- oder Sozialpolitik geht, dann erfolgt die Darstellung in den Massenmedien ziemlich einheitlich im Sinne der Herrschenden – zumindest was die Grundlinien angeht. Abweichende Beiträge kommen vor, sie bestimmen aber nicht den Tenor der Berichterstattung.

Naheliegende Ursachen sind die kapitalistischen Eigentumsstrukturen, die Zentralisation des Kapitals auf den Medienmärkten sowie die Politiknähe bei ARD und ZDF. Zwar erfolgt nicht überall die politische Formierung der Redaktionen so offen wie beim Springer-Konzern, wo die Unternehmensgrundsätze („Verteidigung der freien sozialen Marktwirtschaft“, „Unterstützung des transatlantischen Bündnisses“ usw.)¹ Bestandteil der Arbeitsverträge sind. Aber auch in anderen Redaktionen ist klar, welche Meinung geht und

welche nicht. Notfalls sorgt der Tendenzschutz-Paragraf dafür, dass die politische Linie gewahrt bleibt.² Angesichts von Stellenabbau und Arbeitsverdichtung dürfte die Neigung zur Anpassung wachsen.

Aber reicht das als Erklärung? Der erstaunliche politische Gleichklang der Massenmedien fiel schon in der Vergangenheit nicht nur Linken auf, sondern auch kritischen Journalisten und Wissenschaftlern. Neben dem ökonomischen Druck gerieten dabei soziale Mechanismen in den Blick: die Kumpanei zwischen Redakteuren und politischen/wirtschaftlichen Entscheidungsträgern auf allen Ebenen. Man trifft sich, duzt sich, tauscht sich aus – und irgendwann identifiziert sich der Medienmensch mit denen, über die er/sie eigentlich kritisch berichten sollte. Man meint, dazuzugehören, und fühlt sich wohl dabei.

Solche Beobachtungen sind nicht neu. Der Arbeit von Uwe Krüger kommt das Verdienst zu, die Strukturen akribisch erfasst und mit neuen wissenschaftlichen Methoden analysiert zu haben. Seine zentralen Begriffe sind Eliten und Leitmedien. Die Eliten definiert er nach Viktoria Kaina als „diejenigen Personen, die in allen relevanten Gesellschaftssektoren Führungspositionen innehaben, von wo aus sie regelmäßig und maßgeblich an zentralen Entscheidungsprozessen mitwirken“ (88) – also das Spitzenpersonal der „staatstragenden“ Parteien und Organisationen

² Der § 118 des Betriebsverfassungsgesetzes schränkt für Journalisten und andere „Tendenzträger“ u. a. den Kündigungsschutz ein und erlaubt die Entlassung wegen unerwünschter politischer Haltungen.

¹ http://www.axelspringer.de/artikel/Grundsätze-und-Leitlinien_40218.html

sowie die führenden Vertreter des Kapitals. Als Leitmedien bestimmt er „jene Medien ..., die von besonders vielen Journalisten rezipiert werden und die damit auf andere Medien wirken“ und deren „Zielgruppe ... vorrangig aus Eliten besteht bzw. ... [die] sich argumentativ und stilistisch vorrangig an Eliten“ richten (99). Das umfasst die überregionalen „Qualitätszeitungen“ (einschließlich „taz“), die Nachrichtenmagazine und die Hauptnachrichtensendungen von ARD und ZDF.

Krügers Buch besticht durch eine verständliche Sprache, überzeugende Beispiele und eine stringente Argumentation. Ausgesprochen spannend wird es, wenn er die zahlreichen Gesprächskreise und Netzwerkorganisationen auflistet, in denen sich die maßgeblichen Journalisten der Leitmedien mit Eliten aus Politik und/oder Wirtschaft treffen und nicht selten sogar als Funktionäre mitwirken (117ff.). Er nennt 82 solcher Organisationen (von der „Atlantik-Brücke“ über die „Bilderberg-Konferenzen“ bis zum „Weltwirtschaftsforum“). 64 führende Journalisten von 13 der 14 Leitmedien waren 2009 mit 82 solcher Strukturen verbunden. Eine Grafik, in der dies zusammenhängend dargestellt wird, wirkt beklemmend (118).

Krüger geht noch weiter in die Tiefe, indem er das Wirken von vier außenpolitisch tonangebenden Journalisten bei einem zentralen strategischen Thema nachzeichnet, dem „erweiterten Sicherheitsbegriff“. Gemeint ist der Umbau der Bundeswehr von einer Defensivarmee zur imperialistischen Interventionstruppe. Die Journalisten sind Klaus-

Dieter Frankenberger, Verantwortlicher für Außenpolitik bei der FAZ, Stefan Kornelius, SZ-Ressortleiter Außenpolitik, Michael Stürmer, Chefkorrespondent der „Welt“, und Josef Joffe, Mitherausgeber der „Zeit“. Die Bevölkerung war und ist mehrheitlich gegen „Out-of-Area“-Einsätze der Bundeswehr, die Elite ist fast komplett dafür. Das Ergebnis überrascht schon nicht mehr: Nahezu unisono trommelten die vier „Alpha-Journalisten“ für „mehr Verantwortung“ weltweit.

Das ist natürlich noch kein Beweis dafür, dass die Einbindung der Journalisten in die einschlägigen Organisationen und Gesprächskreise für ihre politische Haltung ausschlaggebend ist. Sie können auch schon vorher so gepolt gewesen sein (wären andernfalls wohl gar nicht in ihre Position gekommen). Das räumt Uwe Krüger auch ein, darauf kommt es aber nicht an. Der offizielle Anspruch der Massenmedien, mit dem sie verfassungsmäßigen Status und diverse Privilegien (z. B. Informantenschutz) beanspruchen, besteht darin, objektiv und nicht interessengeleitet zu informieren. Dieses Credo tönte zwar schon immer hohl, durch Krügers Analyse aber wird es mit vielen Fakten und in seltener Klarheit entlarvt.

Welche empfindlichen Nerven der Autor getroffen hat zeigen die Vorgänge nach der Veröffentlichung. Dabei dürfte ausschlaggebend gewesen sein, dass er nicht, wie bislang üblich, das Geflecht von Spitzenjournalisten und Eliten vor systemtheoretischem Hintergrund, durch (anonymisierte) Befragung von Akteuren oder anekdotisch untersucht. Er erklärt das Medienverhalten mit

Hilfe von Zirkeln und Netzwerken, die dafür sorgen, dass Leitmedien mehr oder weniger den laufenden Diskurs der Eliten reflektieren, dessen Grenzen nicht überschreiten und dessen Vorgaben nicht kritisch hinterfragen. Und er scheut sich nicht, Namen zu nennen.

Zunächst fand das Buch keine große Beachtung (folgenlose Besprechungen u. a. in FAZ, SZ, „Ossietzky“). Das änderte sich, als die ZDF-Sendung „Die Anstalt“ am 29. 4. 2014, gestützt auf Krügers Forschungen, die Netzwerke thematisierte. Der „Zeit“-Mitherausgeber Joffe klagte auf Unterlassung, scheiterte aber vor Gericht. Daraufhin sah sich der Münchner Ordinarius für Kommunikationswissenschaft Christoph Neuberger veranlasst, einen Verriss der Arbeit zu schreiben.³ Er unterstellte Krüger schwere methodische Mängel und eine tendenziöse Interpretation der Fakten. Inhalt und Ton seines Textes zeigten klar: Er wollte Krüger als Wissenschaftler fertigmachen. Nach einer Replik des Angegriffenen legte Neuberger mit einer Gegenrede nach. Schließlich sah sich der Erstgutachter („Doktorvater“) Krügers, der Leipziger Ordinarius Michael Haller, im Januar 2015 veranlasst, Neuberger in die Schranken zu weisen. Er wertete dessen Kritik als sachlich unhaltbar und destruktiv, würdigte Krüger als „klug forschenden Nachwuchswis-

senschaftler“. Darüber hinaus legte er offen, dass Neuberger mit einem der vier von Krüger vorgeführten „Alpha-Journalisten“, dem SZ-Auslandschef Stefan Kornelius, nebenberuflich eng vernetzt ist, ohne auf diesen Umstand hingewiesen zu haben.

In jüngster Zeit sind mehrere Arbeiten mit ähnlich gelagerter Fragestellung wie bei Krüger erschienen.⁴ Sie erreichen zwar nicht die gleiche analytische Tiefe, zeigen aber, dass die zugrunde liegende Problematik offenbar zunehmend die Öffentlichkeit erreicht. Im Vorwort zu Krügers Buch schreibt Michael Haller, dessen „Netzwerkanalyse hat für die akteurszentrierte Journalismusforschung in Deutschland Pilotcharakter. Und seine Vorschläge zur Sicherung redaktioneller Unabhängigkeit ... sollten von den Meinungsmachern ernst genommen werden“ (18). Einer der Vorschläge lautet: Keine Funktionen mehr für Journalisten in Beiräten, Kuratorien und in vertraulichen Politikplanungskörperschaften. Ei, wo kämen wir denn da hin...

Gert Hautsch

³ Christoph Neuberger, Meinungsmache statt Macht, in: Medium Magazin, München, Heft 11/2014. <http://de.ejo-online.eu/13464/ethik-qualitat/13464> (dort auch die Replik Krügers, die Duplik Neubergers und die Wertung Hallers).

⁴ 1) So PEGIDA-Unterstützer Udo Ulfkotte, Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken, (im zur extremen Rechten gehörenden) Kopp-Verlag Rottenburg 2014. (2) Manuel Puppis u.a., Arbeitsbedingungen und Berichterstattungsfreiheit in journalistischen Organisationen. Studie der Universität Fribourg (Schweiz), Dezember 2014. Zusammenfassung unter <http://medienwoche.ch/2015/01/30/ausbildung-medienkritik-und-finanzierung-staerken/>; dort auch Download der kompletten Studie. (3) Nicole Joens, Korrupte Medienmacht. CINDOGO-Verlag München/Berlin 2015.

Eine neue Sicht auf die Kapitalismusedwicklung

Jörg Goldberg, *Die Emanzipation des Südens. Die Neuerfindung des Kapitalismus aus Tradition und Weltmarkt*, PapyRossa Verlag, Köln 2015, 326 S., 18,90 Euro

Das – hier zunächst kurz – anzuzeigende Buch wird mit Sicherheit längere Debatten (auch innerhalb der marxistischen Diskussion) auslösen und Spuren in der weiteren Kapitalismusanalyse hinterlassen; handelt es sich doch um nicht weniger als eine deutliche Revision von vielen Aspekten, die bislang sowohl in einer affirmativen wie in einer kritischen Einschätzung als quasi universale und notwendige Elemente der kapitalistischen Produktionsweise bzw. der kapitalistischen Gesellschaftsformation galten.

Ausgehend von den beträchtlichen Machtverschiebungen innerhalb des kapitalistischen Weltsystems als den „bedeutendsten Veränderungen der letzten 30 Jahre“ (11), die u.a. durch einen Aufstieg von „Wachstumspolen im Süden“ gekennzeichnet sind (BRICS-Länder als deutlichster Ausdruck davon), wird nach Ursachen und Triebkräften dieser neuen Wachstumszentren gefragt. In Abgrenzung zu den verschiedenen Spielarten von Modernisierungs- und Dependenztheorien, zu institutionenökonomischen, aber auch teilweise zu marxistischen Lesarten auf- und nachholender Entwicklung vertritt Goldberg die innovative und provozierende These, dass gerade jene Elemente, die bislang als hemmende Bremsklötze einer schnellen kapitalistischen Entwicklung galten – u.a. Fehlen eines verbreiteten und gesicherten

Privateigentums (an Produktionsmitteln), Abwesenheit formaler Rechtssysteme, freier Märkte, Fehlen unpersönlich-anonymer Verkehrsverhältnisse, Nicht-Vorhandensein einer Trennung von Wirtschaft/Gesellschaft auf der einen und Staat/Politik auf der anderen Seite (idealer und teilweise durchaus auch realiter) – nicht nur keine nachteiligen Wirkungen auf rasche Akkumulationsprozesse ausübten, sondern sogar – in einem bestimmten internen politischen und Weltmarkt Kontext – eine positive, zusätzlich dynamisierende Rolle zu spielen vermochten.

Die Studie ist in *drei Hauptteile* gegliedert. Die ersten drei Kapitel, die den *ersten Teil* umfassen, nähern sich empirisch-historisch und systematisch-theoretisch dem Thema. Das erste Kapitel beschreibt den Aufstieg bzw. Wiederaufstieg des Südens in den wichtigsten makro-ökonomischen Dimensionen als „ungleichzeitigen und aufhaltsamen Prozess“ und differenziert damit die Eingangsthese. Das zweite Kapitel entfaltet systematisch-theoretisch einige Grundfragen der Kapitalismusanalyse (Kernelemente, historisches Milieu, in welches der Kapitalismus Einzug hält, die Unterscheidung von kapitalistischer Produktionsweise und kapitalistischer Gesellschaftsformation, Logisches und Historisches sowie die Frage nach den Spielarten des Kapitalismus und der „Artikulation“ von unterschiedlichen Produktionsweisen etc.) und gelangt dabei zu einem wichtigen Zwischenresümee, welches auch als Hypothese für die nachfolgenden regionalen Analysen zu sehen ist: Im Unterschied zu vielen „institutionalistischen“ und teilweise auch marxistischen Positionen betont Goldberg,

dass die kapitalistische Produktionsweise in ihrer Grundstruktur nur zwei „universal gültige Prinzipien (kennt), den Zwang zur Akkumulation einerseits und den Klassenkampf andererseits“ (88). Dagegen könnten andere – häufig als essentiell qualifizierte Elemente – wie z.B. das Privateigentum an Produktionsmitteln u.a. (s.o.) – als substituierbar durch andere – häufig als „vormodern/traditional“ bezeichnete – Elemente angesehen werden. Vielfach werde in den Kapitalismusanalysen übersehen, dass europäische Traditionen des Kapitalismus (teilweise aus dem spezifischen okzidentalen Feudalismus stammend) nicht als universal gültig und notwendig betrachtet werden dürfen. Der europäische Kapitalismus habe durch seine Expansion die ganze Welt beeinflusst und einen Anstoß in Richtung kapitalistischer Produktionsweise gegeben, ohne jedoch die außereuropäische Welt überall gleichermaßen intensiv zu durchdringen und sie nach seinem Bild zu transformieren. Vielmehr habe die kapitalistische Produktionsweise sich dem jeweiligen historischen (vorkapitalistischen) Milieu in gewisser Weise angepasst und/oder dieses zu ihrem Nutzen entsprechend umgeformt. „Im Ergebnis sind unterschiedliche kapitalistische Gesellschaftsformationen entstanden, die sich – im Rahmen weltwirtschaftlicher Zusammenhänge – nach eigenen Regeln entwickeln und auf dem Weltmarkt interagieren.“ (89) In einem dritten Kapitel wird dieser Grundgedanke nochmals – vor dem Hintergrund einschlägiger Debatten („kapitalistische Landnahme“, Artikulation von Produktionsweisen, Spielarten des Kapitalismus etc.) – systematisiert und ei-

ne rudimentäre Typologie unterschiedlicher möglicher Bausteine und Bewegungsformen von Kapitalismusformationen vorgelegt (99).

Der *zweite Hauptteil* (101- 273) analysiert in drei Kapiteln die regionalen Beispielfälle – China, subsaharisches Afrika und Lateinamerika – relativ detailliert und fokussiert auf die entwickelte Fragestellung. Ohne auf Einzelheiten im vorliegenden Zusammenhang eingehen zu können, wird deutlich, wie verschieden und wirksam die differierenden „historischen Milieus“, auf die der europäische Kapitalismus traf, gewesen sind und in welchem Maße sie den Siegeszug des Kapitalismus befördert oder behindert haben. Im Fall Chinas – nach Wiedererlangung der zentralstaatlichen Souveränität und Steuerungsfähigkeit durch die kommunistische Revolution von 1949 – im positiven Sinne (auch ohne das Element einer autonomen und politisch relevanten Bourgeoisie), in Afrika mit ambivalenten Folgen, insofern als Goldberg die Perspektiven eines autochthonen afrikanischen Kapitalismus eher skeptisch einschätzt (216).

Im folgenden Kapitel dieses Teils resümiert Goldberg die aktuellen ökonomischen Tendenzen in Lateinamerika, berührt das Thema „Linksregierungen“, um dann informative Streifzüge in die vorkolonialen, kolonialen und nachkolonialen Verhältnisse dieses Subkontinents zu unternehmen. Ein zentrales Resultat seiner Analyse kulminiert in der Erklärung der hohen Persistenz indigener Gemeinschaften im ländlichen Bereich, deren Bedeutung er allerdings weniger im Ökonomischen als vielmehr im Politischen sieht (253, 271); jedoch

wird hier nicht immer der Bezug zur zentralen Fragestellung deutlich, zumal den überwiegend relativ kleinen ländlichen Bevölkerungsanteilen für die weitere kapitalistische Entwicklung eine eher untergeordnete Bedeutung zukommen wird.

Im *letzten Hauptteil* schließlich, welcher wieder zwei Kapitel umfasst, reflektiert der Verf. nochmals systematisch (und aufbauend auf dem vorgetragenen empirischen Material) das Verhältnis von „einheitlichem Weltmarkt und gesellschaftlicher Vielfalt“ (275).

Bezüglich der Privateigentumsproblematik insistiert er auf der Unterscheidung von Privateigentum an Produktionsmitteln als gesellschaftlichem Verhältnis (welches in der Tat unter kapitalistischen Bedingungen allgemein sei) und den spezifischen Rechtsformen, die dieses Verhältnis annehmen kann. Die spezifische Form des unbedingten individuellen Privateigentums sei in außereuropäischen Kulturen weitgehend unbekannt (und auch nach der kapitalistischen Durchdringung marginal geblieben). In ähnlicher Weise relativiert Goldberg die „Vertragsfreiheit und Rechtssicherheit“, die „Lohnarbeit“, die „Trennung von Ökonomie und Politik“, „Markt und Konkurrenz“, das für die entwickelte kapitalistische Gesellschaft als idealtypisch angesehene Verhältnis von Familie, Individuum und Verwandtschaftsbeziehungen – dies alles mit Blick auf die Relevanz bzw. unabdingbare Notwendigkeit dieser Institutionen bzw. Organisationsformen für das Funktionieren kapitalistischer Entwicklung und Dynamik.

Im letzten Kapitel beschäftigt sich

Goldberg mit der Zukunft des „Aufstiegs des Südens“ und kritisiert, dass langfristig angelegte Prognosen die politische, ökonomische und vor allem auch ökologische Krisenhaftigkeit der weiteren kapitalistischen Entwicklung weitgehend ausblenden sowie zudem von einer „einheitlichen Wirkungsweise des Weltmarkts“ ausgehen, welche aber angesichts der sehr unterschiedlichen, nationalen Reaktionsweisen auf dessen Zwänge nicht gegeben sei. Trotz der Relativierung der Bedeutung bestimmter bislang als essentiell angesehener Institutionen des Kapitalismus beinhalte die Wirksamkeit „funktionaler Äquivalente“ (diesen Luhmannschen Ausdruck benutzt Goldberg nicht) keineswegs auf Dauer und unumkehrbar die Garantie eines weiteren Aufstiegs „des Südens“, zumal gewisse Anpassungen an bestimmte Erfordernisse der Weltmarktspielregeln dessen Verletzlichkeit auch erhöhen könnten. Mit dieser – in letzter Instanz – ergebnisoffenen Argumentation relativiert Goldberg wieder seine vorherigen Ausführungen über die positive Funktionalität mancher scheinbar kapitalismusfeindlichen Strukturelemente ein Stückweit, womit seine Beweis- und Argumentationsführung zwar unangreifbarer und flexibler wird, andererseits an Eindeutigkeit etwas verliert. Abgesehen von wenigen eher formalen Punkten (Irrtum über Jahreszahl, Eigenwilligkeit beim Zitieren, wo Herausgeber von mehrbändigen Sammelbänden statt der einzelnen Autoren genannt werden etc.) kann die von Goldberg vorgelegte Studie als äußerst anregend, wichtig und lezenswert qualifiziert werden.

Dieter Boris

Minima Socialistica

Dietmar Dath, Klassenkampf im Dunkeln. Zehn zeitgemäße sozialistische Übungen, KVV konkret, 151 Seiten. 15 Euro.

Der Titel des Buches kündigt an, dass es einen Gegenstand behandelt, der nicht offen vor Augen liegt: „Klassenkampf im Dunkeln“. Gleiches gilt für den Untertitel: „Zehn zeitgemäße sozialistische Übungen“. Er unterstellt nicht, dass der Sozialismus aktuell sei. Im Gegenteil: Zeitgemäß ist die Feststellung, dass er sich nicht auf der Tagesordnung befindet, außerdem die Erörterung der Ursachen dieser Lage sowie der Möglichkeiten und Grenzen von Abhilfe.

Vorangestellt wird einer solchen Denkbemühung eine Option, die der Verfasser in der „Ersten Übung“ darlegt. Er argumentiert hier weder geschichtsteleologisch noch ökonomisch (auf die Debatten zur Wert-Preis-Transformation und „Kapital“-Lesezirkel zumindest dort, wo er sie für selbstgenügsam hält, reagiert er genervt), sondern normativ: Es geht um die „politische Verfassung eines Gemeinwesens, das [...] Ressourcen zur Förderung von Schönheit, Gerechtigkeit und Freiheit nutzt“. (10) Die Nennung des Ästhetischen gehört in den Umkreis der Überlegungen, die in „Feldeváye – Roman der letzten Künste“ (2014) angestellt wurden. Basis ist bereits vorhandener gesellschaftlicher Reichtum. Dessen Vorenthaltung für die meisten ist der stärkere Antrieb: als ein unerträglicher Zustand. Ausbeutung wird als „Umbuchung“ von Zeit von unten nach oben definiert. Mehrwert als unbezahlte Mehrarbeitszeit ist hierfür Be-

dingung, zugleich aber ein Spezialfall. Der Verfasser unterscheidet „1. Arbeitszeit, 2. Konsumzeit, 3. Politische Zeit, 4. Unbestimmte Zeit“. (12) Den Unterklassen sind die beiden letzten Zeitsorten weitgehend versperrt, Klassenkampf ist der Versuch, dies so zu revidieren, dass von der so gewonnenen „Politischen Zeit“ aus auch eine Neuverteilung der anderen Zeiten vorgenommen werden kann. Der Unterschied etwa zur „Vier-in-einem-Perspektive“ von Frigga Haug liegt darin, dass das Geschlechterverhältnis hier wieder als Unterfall aufgefasst werden kann, vor allem aber darin, dass der Autor deutlich un-utopisch vor allem die Hindernisse der Verwirklichung untersucht. Dies (nicht die normative Option) ist der Schwerpunkt dieser Schrift.

Sozialismus gilt seinen Verächtern intellektuell als outdated, da angeblich logisch und historisch widerlegt. Der Auseinandersetzung damit gelten die Zweite und die Dritte Übung.

In der Zweiten benennt Dath die „mathematischen Grenzen ökonomischen Wissens“, die der Behauptung von Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek gesetzt sind, wonach der Markt die optimale Regulation sei. Sein überraschender Trick ist – implizit – die Anwendung des Kritischen Rationalismus, auf den Hayek in seinem Bündnis mit Popper sich einst stützte. Eine solche Behauptung sei, da weder verifizier- noch falsifizierbar, nicht wissenschaftlich. Die Behauptung der Markt-Absolutisten fällt im theoretischen Stresstest durch und muss dem von ihnen selbst ja letztlich zu akzeptierenden Probabilismus weichen, der effizientere Regulationsformen als den Markt nicht ausschließt.

Mit dem gleichen Verfahren lassen sich die „historischen Grenzen ökonomischen Wissens“ (Dritte Übung) bestimmen. Der Fehlschlag eines sozialistischen Experiments kann nur für diesen einen Fall nachgewiesen werden, nicht aber für etwaige künftige Versuche. Auch der Kapitalismus scheiterte in seinen Anfängen immer wieder einmal. Da er über Zwangsmittel (Arbeitslosigkeit) verfügt, die im Sozialismus ausgeschlossen sind, wird letzterer so lange unterlegen bleiben, wie er dieses Manko nicht durch auf andere Weise zu bewerkstellende Erhöhung der Arbeitsproduktivität aufzuwiegen vermag. Dass ihm dies misslang und er sich zugleich dem kapitalistischen Weltmarkt aussetzte, bedingte seine Niederlage.

Die ersten beiden hier referierten Übungen sind eine vergleichsweise heitere Wissenschaft im Vergleich zu dem, was der Verfasser sich anschließend vornimmt: die Untersuchung aktueller vorschnell optimistischer Vorschläge und resignierender Selbstbescheidungen auf mögliche Denkfehler hin. In der Vierten Übung geht er gegen sich selber an. Sein Manifest „Maschinenwinter“ von 2008 (siehe Z 76 [Dezember 2008], S.192ff.) endete mit dem Satz: „Die Menschen müssen ihre Maschinen befreien, damit die sich revanchieren können.“ Er forderte: „Zerschlagt die Apparate, schützt die Baupläne!“ Heute nennt er das leicht selbstironisch „eine brave Losung“ (69). Das Durchspielen der verschiedenen Wahrscheinlichkeiten gesellschaftlicher Entwicklung und ihrer Pfadabhängigkeiten im 2012 gemeinsam mit Barbara Kirchner veröffentlichten Buch „Der Implex“ (Siehe Z 90 [Juni 2012], S. 134ff.) veranlasst jetzt eine Modifi-

kation. Die Pläne selbst – einschließlich monopolkapitalistischer Planwirtschaft und deren elektronischer Logistik – sind von ihrem Ausbeutungszweck her kontaminiert. Bei aller Zustimmung zu Cockshotts und Cottrells Programm „Alternativen aus dem Rechner“ kann dieses kein Selbstläufer sein, sondern ist abhängig von Umwälzung der Macht- und Eigentumsverhältnisse. Der zuweilen gegen Dath erhobene Vorwurf des vorbehaltlosen Technik-Optimismus greift hier nicht.

Sarkastisch fällt in der Fünften Übung die Abrechnung mit der Selbstermächtigung einer „Phantomkleinbürgerei“ (83ff.) zum Transformationssubjekt aus sowie – in der Sechsten – mit der heute kurrenten Auffassung des gegenwärtigen Kapitalismus als eines in erster Linie finanzmarktgetriebenen (teilweise sogar mit eingebautem Potential zu finalem Crash). Letztere verkenne die Dominanz der unveränderten kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, die lediglich ihre Erscheinungsformen ändern und miteinander austauschen können. Den denkbaren Vorhalt, er betreibe die „Wiederkehr eines einfachen Marxismus“ oder eines „Arbeiterbewegungsmarxismus“ (101) nimmt Dietmar Dath explizit in Kauf.

Die Tautologie, dass die verschiedenen kapitalistischen Vergesellschaftungen der Produktion nicht dem Proletariat dienen, sondern der Bourgeoisie, von Kautsky und Lenin (auf den sich Dath mehrfach bezieht) in einer vergangenen Phase zur Unterscheidung von trade-unionistischem und revolutionärem Bewusstsein veredelt, wird in der Siebenten Übung als Anlass zur Entmutigung einerseits benannt und bildet andererseits den Aus-

gangspunkt für Erwägungen, dennoch auch betriebliche Angriffspunkte zu suchen, verbunden mit neuen Formen der Organisation. Werde dieser Kampf aufgegeben oder sei er nicht mehr möglich, „so weiß das Manifest der Kommunistischen Partei immerhin einen Namen für das Szenario, das der Welt in einem solchen Fall droht – der ‚gemeinsame Untergang der kämpfenden Klassen‘“. (121)

Das Kräfteverhältnis bleibt ungünstig: „Die Kampfkassen der Nichtbesitzenden sind leer“. Eine Möglichkeit wäre, die Kampfkassen der Besitzenden anzuzapfen – nicht ihr Geld, aber deren Logistik, allerdings zunächst nicht durch deren parasitäre Nutzung, sondern durch Unterlaufung und Desinformation (Achte Übung).

In der Neunten Übung wird es fast hoffnungslos eng: „Die militärische Lage ist entsetzlich“. Es gibt keine Alternative zum antimilitaristischen Kampf. „Sonderscheiße Deutschland: Daß dieser Gauck nicht zum Hauptziel ununterbrochener Agitation wurde, daß man ihm von links auch nur noch eine Minute Ruhe gönnte, nachdem er das Jahr 100 seit dem Ersten Weltkrieg dazu nutzte, öffentlich darüber nachzudenken, man könnte doch zum Jubiläum... Das ist unfäßbar, das ist eine verschenkte Chance, nach der eine Fußballtrainerin in der Provinzliga gehen müßte. Was treiben wir da eigentlich? Warten, bis die Bundeswehr genug Drohnen hat oder überhaupt ein besser gerüstetes Heer? Denn der technische Fortschritt marschiert. Man braucht nach Industrialisierung, Automatisierung, Computerisierung und Biotechnisierung nicht nur weniger Massenarbeit dazu, Leute zu versorgen, sondern auch dazu, sie

zu verletzen, obdachlos zu machen, ihre Produktion zu zerschlagen, ihre Lebensgrundlagen zu zerstören oder sie umzubringen. Mit der Massenbewaffnung stehender Heere (keine schlechte Voraussetzung für Revolutionen) ist es gegangen wie mit dem Fabrikwesen (der ehemaligen Schule des Proletariats): Heute hat man Module, heute arbeitet und tötet man flexibel und mit reduziertem Personal.“ (133/134) Was sich auf den ersten Blick wie eine Beschreibung verschütteter Milch – allgemeine Wehrpflicht als Voraussetzung von Revolutionen, Fabriken als Schulen des Proletariats – liest, ist auf den zweiten die Anregung, sich zunächst auf die Höhe der Situation zu begeben, hier in der Wendung gegen regressive Selbstablenkung auf „weiche“ Themen: „Die Hegemonialkämpfe um Öffentlichkeit in der Gegenwart und in der nahen Zukunft vorschnell von technologischen Fragen, die wiederum sowohl ökonomische wie staatsmachtvermittelt-politische sein werden, begrifflich und operativ zu trennen, wäre bereits das erste Eigentor einer neuen sozialistischen Bewegung nach den verheerenden Niederlagen der ersten.“ (140) Dies sei die Antwort auf eine „Zwischenfrage vom Gramsci-Lesezirkel Unterwiesche in Freiburg/Breisgau“. (135)

Da eine Ontologie der Hoffnung fehlt, Möglichkeiten zur Befreiung zwar nicht prinzipiell ausgeschlossen sind, aktuelle Ansätze nach Prüfung immer wieder falsifiziert werden, gibt es Anlässe zu Verzweigung. Kapitulation wird abgelehnt, weil dann ein etwaiger schmaler Spalt von Möglichkeit nicht erkannt werden kann. Notgedrungen changiert der Autor zwischen dem Nachweis zu kurzer Perspektiven und

dem Aufspüren von Möglichkeitsverzweigungen. Er nennt dieses Verfahren: „Immer an der Wand lang“, wobei dann aber wieder aufgepasst werden muss, wohin letztere führt. Die „Zehnte Übung“ endet in einem Zehnpunkte-Pogramm mit dem Schwerpunkt auf Gegenwehr, Verhinderung, Entdeckung und Sammlung verstreuter Aktionsmöglichkeiten.

„Klassenkampf im Dunkeln“ ist die Wiedergabe einer Situation, in welcher der Geisterfahrer zum Vertreter der Vernunft wird, zugleich eine Operationalisierung des „Implex“. Darin, dass die Abwehr von Gegenaufklärung und die Suche nach denkbarem Störpotential überwiegt, zeigt sich ein Realismus, der sich weigert, mehr zu geben als er hat. Anders als bei Utopisten ist Sozialismus hier (trotz der Setzung Schönheit – Gerechtigkeit – Freiheit) kein Zustand, im Unterschied zum optimistischen Eduard Bernstein keine historische Tendenz, sondern an uphill battle. Gerade die ungünstigen Ausgangsbedingungen machten ihn unvermeidlich: „Wer sie bloß anstarrt, macht sie schlimmer.“ (151)

Georg Fülberth

Krise in Griechenland

Ulf-Dieter Klemm, Wolfgang Schultheiß (Hg.), *Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen*, Campus Verlag, Frankfurt/New York 2015, 546 Seiten, 29,90 Euro

Beide Herausgeber kommen aus dem Auswärtigen Dienst und haben über einige Jahre hinweg die bundesdeutschen Interessen an der Botschaft in Athen vertreten. Mit ihrer Publikati-

on setzen sie diese Tätigkeit fort. Im Vorwort wird die den Sammelband prägende Erzählhaltung programmiert. Verlauf, Ursprünge und Folgen der „Krise in Griechenland“ werden nicht im Kontext europäischer Hegemonialverhältnisse und Interessenskollisionen gedeutet, sondern als interne „Krise des politischen Systems, wenn nicht sogar der griechischen Gesellschaft.“ (10, Hervorhebung DP) Nach 1989/90 zur Durchsetzung gebrachte deutsche Interessen und geopolitische Maßnahmen (zum Beispiel gegen die von Frankreich forcierte *Union pour la Méditerranée*) sind dabei nicht die einzigen unsichtbar gemachten Größen. In Ulf-Dieter Klemms eigenem verständnisvollen Beitrag über „Deutsche und Griechen. Eine Beziehung mit Missverständnissen“ wie auch in der Einleitung von Wolfgang Schultheiß bleibt die DDR ein nicht-existenter Staat. Deutsch-griechische Nachkriegsgeschichte, das meint hier allein die Geschichte einer erfolgreichen Annäherung zwischen Westdeutschland und Griechenland, welche nicht zuletzt dem Engagement der deutschen Bundespräsidenten von Theodor Heuss bis Gauck zu verdanken sei. In keinem der dem Klientelismus und der Korruption gewidmeten Beiträge fällt der Name Siemens.

Der Großteil der Verfasser rekrutiert sich aus der (wirtschaftlichen, politischen und akademischen) griechischen Vorkrisenelite sowie (deutschen und griechischen) Funktionären des durch die Memoranden vorgegebenen EU/IWF-Anpassungsprogramms, welches von Panos Kazakos immerhin in dankenswerter Offenheit expressis verbis als „Regimewechsel“ bezeich-

net wird, der in mancher Hinsicht „dem Übergang der ehemaligen sozialistischen Länder zur Marktwirtschaft“ (41) ähnele. Manches andere schlägt ins Komische um. So benutzen der ehemalige stellvertretende Außenminister Jannis Valinakis und Sotiris Serbos (ein ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter im Außen- und im Verteidigungsministerium) ihren der griechischen Regional- und Balkanpolitik gewidmeten Beitrag, um einmal mehr die mazedonische Position anzugreifen und die griechische Sicht auf den Namensstreit sowie die Zypernfrage vorzutragen. Das Urteil über die eigene Außen- und Sicherheitspolitik fällt entsprechend freundlich aus: „Kern der griechischen Regionalpolitik war und ist, die Integration ganz Südosteuropas in die erweiterte europäische Familie zu unterstützen.“ (256) Und ein Chefökonom der griechischen Alpha-Bank empfiehlt neben der Privatisierung der Stromversorgung den verstärkten Bau von Golfplätzen und Autorennbahnen sowie (473) den Export von Schnecken. Interessant ist immerhin der im Band mehrmals betonte Gegensatz zwischen pauschalen und allzu harten Vorgaben der Troika und durchaus funktionalen Lösungsstrategien der EU-Task-Force, eine Wahrnehmung, die im Hinblick auf die notwendige Reform des Fiskalsystems jüngst auch der griechische Finanzminister Varoufakis in mehreren Interviews betont hat.

Bezeichnend ist: Während in den der krisenhaften Jetztzeit gewidmeten Beiträgen – mit Ausnahme von Alexandros-Andreas Kyrtsis“ sozialpsychologisch einfühlsamen Ausführungen über „Die griechische Gesell-

schaft unter dem Druck der Krise“ und eines Beitrages zur rechtlichen und sozialen Situation von Flüchtlingen im Land – die Perspektive der internationalen Kreditgeber, der Investoren und Ratingagenturen vorherrscht, bieten die historischen Beiträge zum Teil hervorragende Einführungen in die griechische Geschichte seit der Staatsgründung. Das gilt in jedem Fall für die Aufsätze über „Staat und Gesellschaft seit 1830“ (Antonis Liakos), über „Zahlungsausfälle in der Geschichte Griechenlands im 19. und frühen 20. Jahrhundert“ (Korinna Schönhärl), über „Griechenland im Zweiten Weltkrieg“ (Richard Clogg) und Thanos Veremis' Darstellung des politischen Systems seit dem Sturz der Junta 1974. Dann aber liest man im Beitrag zur Reparationsfrage (von der – S. 299 – behauptet wird, dass sie „aus rechtlicher Sicht geschlossen“ sei) das Folgende: „Nach der italienischen Invasion Griechenlands im Herbst 1940 und dem anschließenden Fiasko Mussolinis hatte Hitler jedoch keine andere Wahl, als sich in Griechenland militärisch zu engagieren.“ (300)

Für das 19. Jahrhundert unterteilten die Historiker die politischen Lager in Anhänger der für den griechischen Staat entscheidenden Garantiemächte: Es gab eine Englische, eine Französische und eine Russische Partei. Für das 20. Jh. sprach man von konservativen bzw. monarchistischen und liberalen (und nicht unbedingt antimonarchistischen) Parteien, später von „der Rechten“ und „der Linken“. Für die Gegenwart ist es in Griechenland gerade Mode geworden, die politischen Kräfte in Anhän-

ger und Gegner der Memoranden zu unterteilen. In dem besprochenen Band kommen Erstere zu Wort – auf eine entsprechende Antwort bliebe zu hoffen.

Dennis Püllmann

Sozialreformen in Brasilien und Südafrika

Bernhard Leubolt, Transformation von Ungleichheitsregimes. Gleichheitsorientierte Politik in Brasilien und Südafrika, Springer VS, Wiesbaden 2015, 426 S., 49, 99 Euro

Umfassende, kritische und zudem komparative Analysen von Sozialpolitik in Schwellenländern, deren Regierungen einem mehr oder minder progressivem Selbstverständnis folgen, sind in der gegenwärtigen Entwicklungsforschung rar gesät. Besonders interessant wird ein derartiges Unternehmen, wenn es sich bei den Beispielländern um Repräsentanten der BRICS-Gruppe (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) handelt, über deren „interne Strukturen“, die ja letztlich über ihre mittelfristige Positionierung auf dem Weltmarkt entscheiden werden, wenig bekannt ist.

In seiner an der Universität Kassel ausgearbeiteten Dissertation hat der Wiener Sozialwissenschaftler Bernhard Leubolt sich dieser Aufgabe in mehrjähriger Theorie- und Empiriearbeit unterzogen und diese – das sei vorweg genommen – in vorbildlicher Weise abgeschlossen. Seine zentrale Forschungsfrage lautet: „Was sind die Möglichkeiten und Grenzen sozialreformistischer Politik in Brasilien und Südafrika?“ (23) Der Beantwortung dieser und zahlreicher anderer damit

zusammenhängender Unter- und Seitenfragen nähert er sich über viele Pfade, deren Vielfalt und Komplexität hier kaum angedeutet werden kann: Wissenschaftstheoretische Grundlagen, Umriss des Forschungsparadigmas, Begründung der Länderauswahl, Skizze des Literaturstands, Theorie „multipler Ungleichheiten“ und deren Artikulation, strategisch-relationale Theorie des Staates, besonders im Hinblick auf „periphere Staatlichkeit“, Umriss der Analysegrundlage im Anschluss an Bob Jessop: Agency, Structure, Institutions and Discourse (ASID).

Nach dieser opulenten theoriegeleiteten Annäherung (1. bis 3. Kapitel) wird im 4. Kapitel das Fallbeispiel Brasiliens (133-276) detailliert behandelt: Historische Etappen ökonomischer und politischer Entwicklung, Entfaltung der Kräfteverhältnisse nach der Demokratisierung (1984/85), Entwicklung der Sozialstruktur während der letzten zwanzig Jahre und entsprechende politische Veränderungen, schließlich die Verlaufsformen von Sozialpolitik unter den letzten Regierungen dieses Zeitraums mit besondere Fokussierung von Armuts Eindämmung und Ungleichheitsreduzierung. Nach einem ähnlichen Raster wird im 5. Kapitel die „Transformation des südafrikanischen Ungleichheitsregimes“ eingehend behandelt (272-356). In „abschließenden Reflexionen“ (357-384) werden die Hauptergebnisse der vergleichenden Studie zusammengefasst, die außer auf Primärquellen, Statistiken, breiter Sekundärliteratur auch auf Experteninterviews in Brasilien (17) und Südafrika (11) beruht.

Zwar gab es bezüglich von Elementen der Sklavenhaltergesellschaft in der

Frühphase und hinsichtlich der „strukturellen Heterogenität“ der Sozialverhältnisse (dauerhaftes Nebeneinander von kapitalistischen und vorkapitalistischen Bereichen) Ähnlichkeiten zwischen Brasilien und Südafrika, dennoch auch wichtige Unterschiede, die auf die Kolonialzeit zurückgehen. „Im Gegensatz zum portugiesisch kolonialisierten Brasilien war der koloniale Charakter der britischen Herrschaft und somit auch die Abgrenzung von der indigenen Bevölkerung deutlicher... Daher kam es weitaus weniger zu ethnischer Durchmischung als in Brasilien und Ethnizität stellte eine wichtige Achse identitärer Repräsentation dar.“ (360) Damit hängt u.a. auch zusammen, dass mit der „Institutionalisierung der Apartheid“ in Südafrika (1948-1994) ein deutlicherer, teilweise gewaltsamer Widerstand gegen den herrschenden Block erfolgte als in Brasilien, wo eher informelle Exklusionsverhältnisse dominierten. Obwohl beide sozialreformistischen Regierungen in Brasilien und Südafrika (geführt von der PT bzw. vom ANC) sich aus dem Widerstand gegenüber autoritären Regimen entwickelten und an die Regierung gelangten, gab es deutliche Unterschiede in den schwerpunktmäßig verfolgten Methoden und Formen der Armutsbekämpfung bzw. Ungleichheitsreduktion. Der in Ansätzen erfolgten Umverteilung durch Sozialpolitik in Brasilien steht in Südafrika die Anerkennung bisheriger Diskriminierung durch spezielle Förderpolitik gegenüber.

Jenseits vieler komplexer und differenzierter Sachverhalte, die der Verfasser herausarbeitet, lässt sich auf allgemeiner Ebene festhalten, dass

sowohl in Brasilien wie in Südafrika – trotz rhetorischer Frontstellung zu neoliberalen Orientierungen – in der Wirtschafts- und Sozialpolitik Elemente von Kontinuität (zu den vorherigen neoliberalen Regimes) wie solche des Bruchs nebeneinander stehen. Obwohl – so ein weiterer wichtiger Befund – die Mobilisierung der unterprivilegierten Bevölkerung in Brasilien deutlich niedriger als in Südafrika gewesen sei, seien dort klarere Erfolge in der Armutsbekämpfung und Ungleichheitsreduktion erzielt worden als in Südafrika, wobei allerdings in beiden Fällen weitergehende transformative Implikationen weder beabsichtigt waren noch ausgelöst wurden.

Wirtschaftswachstum durch Armutsreduktion (und umgekehrt: Armutsreduktion durch Wirtschaftswachstum), Verringerung der Ungleichheit, aber nicht allzu sehr zu Lasten der Reichen, Ermöglichung gesellschaftlichen Aufstiegs als wichtigere Schiene gegenüber einem unmittelbaren Abbau der Ungleichheit – dies waren vor allem die Maximen der Sozialpolitik in Brasilien. „Dennoch wurden die Einkommensungleichheiten im Gegensatz zu Südafrika beträchtlich reduziert.“ (368) Und: „Paradoxerweise sind auf Transformation des Bestehenden abzielende Diskurse in Südafrika präsenter als in Brasilien, das durch stärkere Veränderungen in der Ungleichheitsstruktur gekennzeichnet ist.“ (378) Trotz der geringen Erfolge sei die Stellung des ANC in seiner politischen Führungsrolle „nahezu unangefochten“, im Unterschied zur PT. Diese vom Verfasser registrierte Ungereimtheit bleibt letztlich offen, da der Hinweis auf unterschiedliche Dis-

kurse (als letzter Erklärungsinstanz) wohl kaum zu überzeugen vermag.

Die sehr sorgfältige, breit angelegte und in vielen Einzelaspekten äußerst informative Studie ist im übrigen durch die jeweiligen Zwischenfazit nach den Kapiteln sowie durch die zahlreichen Tabellen, Schaubilder und Organigramme sehr gut lesbar und bietet eine fast lexikalische Fundgrube für jeden Leser, der sowohl an den beiden Ländern wie auch an der Theorie der Veränderung von Ungleichheitsregimen interessiert ist.

Dieter Boris

Gegen den Strich

Georg Fülberth, Explorationen. Politische Publizistik aus drei Jahrzehnten. Neue Kleine Bibliothek, Band 205, PapyRossa Verlag, Köln 2014, 207 S., 13,90 Euro.

Der Verlag hatte die wunderbare Idee, hinter dem Rücken des Autors zu dessen Fünfundsiebzigsten diesen Band zusammenzustellen. Die in ihm versammelten 28 Artikel liefern in der Tat das, was der Titel verspricht, Erkundungen und Überprüfungen. Alten, einst fraglos gewissen Antworten wird ebenso nachgegraben wie neue Fragestellungen aufgeworfen werden, stets leicht geschrieben und mit spitzer Feder, ohne je ins Feuilletonistische abzurutschen. Das Umschlagbild des Buches versinnbildlicht diese Tätigkeiten des Autors, zeigt es doch die Kombination von Kugelschreiber und Spaten in einem Gerät. Da kommt einem doch glatt die Marx'sche Version eines Shakespeare-Verses in den Sinn: Brav gewählt, alter Maulwurf. Und natürlich ist es nicht möglich, die

in dem Band zusammengefassten Resultate dieser Wühlarbeit en detail zu rezensieren.

Das immer wieder Verblüffende an Fülberths Artikeln ist die ihr inhärente Kombination von Hellsicht und Vorsicht. So schon im ersten Artikel, geschrieben 1987, über „Das scheinbare Ende als Chance. Vorläufiger Abschied von der KP als Massenpartei“, dessen Schlusswort zu ihrer aktuell oft paradoxen Situation auch dreißig Jahre später unvermindert gültig ist: Die kommunistischen Parteien „stehen für die revolutionäre Perspektive der bürgerlichen Gesellschaft, aber sie haben ein ‚Monopol‘ in dieser Position nur während einer nichtrevolutionären Situation, welche zugleich ihre Schwäche bedingt.“

Fülberth kann aber auch Klartext. Zum Terminus „Demokratischer Sozialismus“, den er einen „grauslichen Unbegriff“ nennt, vermerkt er sehr präzise: „Der einzige konkrete Inhalt, den er je hatte, ist: Verhinderung des Kommunismus.“ Zu dem immer wieder verbreiteten (und leider auch geglaubten) Ammenmärchen, hohe Staatsschulden seien „eine Last für die Kinder und Enkel, die sie einst zurückzahlen müssten“, stellt er die simple Frage „An wen denn?“, gibt die lapidare Antwort „an die Kinder und Enkel“ und folgert: „Wer von Opa und Oma Anleihen geerbt hat, bekommt die Auszahlung plus Zinsen. Letztere werden ebenfalls von Enkeln aufgebracht, aber von anderen.“

Vollkommen fremd ist ihm Deutschtümelei, gleich welcher Spielart. So etwa, wenn er im Jahre 2010 zum Thema „Sarrazin“ schrieb: „Weder

steht er allein, noch fehlt es an verbreiteter Gegnerschaft und Unterstützung. Ein Blick über die Grenzen mag zeigen, dass Deutschland auch in solchen Fragen in der Normalität der großen Demokratien des Westens angekommen ist. In der Schweiz und in den Niederlanden gewinnt man mit Sarrazins Sprüchen Wahlen“, um nach weiteren Blicken sarkastisch zu konstatieren: „Deutschland ist in dieser übernationalen Bewegung des Rechtspopulismus nachgerade noch etwas zurück. Ist es am Ende doch nicht ganz so demokratisch?“ Dazu passt seine Aussage: „Eine Unterstützung der Faschisten durch die Industrie wie in Deutschland seit 1930, vor allem aber seit 1932, gibt es heute nicht, denn das wären zurzeit Investitionen, die nicht rentieren... Heute wird die Demokratie nicht zerschlagen, sondern unterlaufen: durch die Herrschaft der sogenannten ‚Märkte‘.“

Selten, aber wenn, dann sehr treffsicher äußert er sich zum untergegangenen Staatssozialismus, der „sich letztlich die Arbeiterklasse in Ost und West zum Feind gemacht hat. Sie war in seinen letzten Jahrzehnten ebenso zuverlässig antikommunistisch wie die Kapitalistenklasse, und zwar in Ost und West.“ Im Eurokommunismus dagegen „war die Kritik am Staatssozialismus nur eine Facette einer Sozialdemokratisierung, der Auflösung und der Marginalisierung dieser Parteien, die ihre Ursache nicht in dieser Kritik hatte“.

Fülberths Scharfzüngigkeit ist gewiss nicht jedermanns und jeder Frau Sache, aber an- bis aufregend sind seine Aufsätze allemal. Wenn der Publizist Kurt Hiller einmal von sich

sagte, es gäbe kein Paar Stühle in Deutschland, zwischen denen er nicht sitze, so trifft das in gewisser Weise auch auf Fülberth zu, allerdings mit dem gravierenden Unterschied, dass alle Stühle, zwischen denen er sitzt, nur auf der linken Saalseite placiert sind. Wenn er jedoch zum 100. Geburtstag seines Lehrers Wolfgang Abendroth schreibt: „Er war – in verschiedenen Organisationen, Funktionen und Umständen – ein revolutionärer Kommunist. Das ist eine Sache nicht von heute, sondern von übermorgen“, so ist hier entschiedener Widerspruch anzumelden, und zwar nicht zu der darin ausgesprochenen Charakterisierung des Lehrers, wohl aber zu der unausgesprochenen des Schülers, denn der revolutionäre Kommunist Fülberth lebt nicht im Übermorgen, sondern im Heute.

Thomas Kuczynski

Sozialistischer Außenseiter

Christoph Jünke, Leo Koflers Philosophie der Praxis. Eine Einführung, Laika, Hamburg 2015, 231 S., 18,90 Euro

Jünke lässt Leo Kofler (1907-1995) nicht los. Nach einer umfassenden Biografie (2007) und zwei Sammelbänden (2001 und 2011) folgt nun die erste Einführung in das Denken des linken Außenseiters. Der Band ist, so Jünkes zutreffende Selbsteinschätzung, „Wiederholung und Vertiefung“ gleichermaßen und hat den Anspruch, die „anhaltende [...] Aktualität der Theoreme und Haltungen“ Koflers vor Augen zu führen (9). Jünke legt eine „Auswahl alter, überarbeiteter und neuer Beiträge“ vor, die als „Neben- und Folgeprodukte“

der früheren Veröffentlichungen entstanden sind (ebd.). Ferner versteht sich das Buch auch als „theoretischer Ergänzungsband“ zu Jünkes 2014 erschienen Streifzügen durch das rote 20. Jahrhundert (10).

Kofler war zu Lebzeiten „an den Rand der Gesellschaft und ihrer Bewegungen“ gedrängt und auch posthum wird er noch immer weitgehend „ignoriert“. Vor diesem Hintergrund stellt Jünke der „neue[n] Generation“ die „Aufgabe einer retrospektiven Aneignung“ (9), für die er mit diesem Buch eine wichtige, rundum gelungene Grundlage schafft.

Neben dem Vorwort umfasst der Band acht Kapitel. Im ersten stellt Jünke „das zentrale werktheoretische Schaffen“ samt Koflers „Verständnisses marxistischer Philosophie“ vor (10f.). Dem folgt die Darstellung der Koflerschen Kritik des Stalinismus (11). Im dritten Kapitel erkundet Jünke die Verknüpfung des „humanistische[n] Marxismusverständnis“ Koflers mit dessen „anthropologische[r] Erkenntnistheorie“. Kofler als Kritiker Adornos und der Frankfurter Schule steht im Fokus der Kapitel vier und fünf (ebd.). Im sechsten Kapitel arbeitet Jünke eine Auseinandersetzung um Kofler auf, in der rechte, darunter ehemals linke, Theoretiker versuchten, diesen national-sozialistisch zu wenden (151). Kapitel sieben ist eine kritische Auseinandersetzung mit konkurrierenden Kofler-Interpretationen von Hans Heinz Holz und Werner Seppmann (12), die Jünke sachlich und messerscharf formuliert. Zuletzt folgt die Darstellung zum Leben und Wirken Koflers im Rahmen des 20. Jahrhunderts (209-225).

Jünke dokumentiert Koflers umfangreiches Schaffen ausführlich. Dieser beschäftigte sich mit der „Methodologie des Marxismus, d[er] Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, d[er] Soziologie und Kritik des sozialstaatlichen Kapitalismus“ sowie mit „Anthropologie“ und „Ästhetik“ (15). Er habe „Theorie in praktischer Absicht“ betrieben, auch wenn stets von der „Tagespolitik seiner Zeit“ distanziert (16). Jünke bewertet Kofler als „Erneuerer des marxistischen Denkens“, der „groß geworden“ ist „im Marxismus der Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert“ und „Schüler“ von Max Adler war (17). Zugleich verortet er ihn im Rahmen des Westlichen Marxismus, „gekennzeichnet durch einen intensiven Rückgriff auf Hegel und den jungen Marx“ (17f.). Nur einige dieser Punkte werden im Weiteren vor Augen geführt werden.

Kofler differenzierte sich von anderen Denkern durch seine besondere Betonung „des menschlichen Bewusstsein[s]“ sowie der „relative[n] Autonomie des Ideologischen“ (19). So entwickle sich die Geschichte nach Kofler „mittels des Bewusstseins, durch das Bewusstsein hindurch“ (20). Hierin sieht Jünke eine Übereinstimmung mit Antonio Labriola und dessen Philosophie der Praxis (ebd.), womit sich die Herkunft des vorliegenden Buchtitels erklärt, der aber auch Assoziationen mit Antonio Gramsci hervorruft, leider ohne Gegenstand der Abhandlung Jünkes zu sein.

Nach dem Ende Zweiten Weltkriegs und seiner Flucht aus der DDR, die er aus ideologischen Gründen verlassen musste, wurde Kofler zu einem unab-

lässigen Kritiker der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft – die er als eine Klassengesellschaft charakterisierte – und des „neokapitalistischen Konsumkapitalismus“, insbesondere aus „sozialpsychologischer Sicht“ (31f.). Dem Proletariat fehlte aus Koflers Perspektive, als Resultat der versagenden Sozialdemokratie und des Stalinismus, „das Bewusstsein seiner gesellschaftlichen und geistigen Armseligkeit“ (33f.). Diesen Zustand hielt Kofler für grundsätzlich veränderbar und er plädierte für einen „dritte[n] Weg“, „innerhalb der sozialen Bewegungen“. Als unabdingbare Grundlage für dessen Realisierung nannte Kofler die Beseitigung der Bürokratisierung der Arbeiterbewegung (37). Als Träger dieses Prozesses setzte er auf eine neue Avantgarde (ebd.), die er „mal die progressive, mal die humanistische Elite“ (38) nannte und aus „Individuen“ mit „höhere[m]“, kritischere[m] Bewusstsein“ bestand, die aber „keine besondere“ oder „geschlossene Gruppe“ bildeten, noch Bestandteil einer spezifischen „Klasse oder Schicht“ waren. Kofler charakterisierte sie als „widerspruchsvoll“ und „unbeständig, gesellschaftlich machtlos“ (39). Ferner handele es sich bei ihr nicht um eine Ablösung der Arbeiter, sondern nur um eine Art von Übergangslösung, gekennzeichnet von einem Hang zum Utopismus, Pessimismus und Resignation sowie Optimismus gleichermaßen (39). Kofler habe damit, so Jünkes Urteil, in den 1950er Jahren treffend den Aufstieg der Neuen Linken „beschrieben und analysiert“ (40).

Ebenfalls in den 1950er Jahre begann Kofler mit der Erarbeitung einer

„marxistischen Anthropologie“, womit er sich in guter Gesellschaft befand: u.a. Henri Lefebvre, Erich Fromm, Karel Kosik waren auf dem gleichen Gebiet tätig (92). Im Zuge dessen formulierte Kofler eine formale, aber keine inhaltliche Bestimmung des Menschen. Zu den Kennzeichen der Menschen gehörten die menschliche Vernunft, die Geschichtlichkeit des Menschen, die physische und psychische Organisation des Menschen etc. (96). Jünke gelingt es, Koflers spezifischen Ansatz als einen originellen und noch immer überlegenswerten Beitrag zur Frage und Diskussion eines sozialistischen Humanismus darzustellen. Dabei ist es Jünkes Anliegen, Kofler gegen Althusser und dessen Absage an einen Humanismus zu wenden. Über das Ziel hinaus schießt Jünke, wenn er bei Adorno und Foucault andeutungsweise von einem Antihumanismus spricht (105), ohne dies genauer zu vertiefen.

Dass Jünke differenziert und kritisch mit Kofler umgeht und auch Adorno reflektiert behandelt, geht insbesondere aus dem Kapitel über die Ästhetik-Diskussion zwischen Adorno und Lukacs hervor. Jünke benennt Kofler ferner als den ersten Marxisten, der „die Frankfurter Sozialphilosophie grundsätzlich und theoretisch fundiert kritisiert“ habe. Dabei war er bei genauerer Betrachtung kein Kritiker der Person Adorno, sondern vielmehr der Kritischen Theorie als Schule (136ff.). Insbesondere Habermas stand dabei im Fokus, dem Kofler „antimarxistischen Konformismus“ vorwarf (140). Problematisch sei, dass Kofler aber in diesem Zusammenhang zu viel an „Entlar-

„vungskritik“ betrieben habe (146) und eine systematisch, analytisch tiefreichende Auseinandersetzung unterblieb (145).

Das zu Lebzeiten Koflers gerade auf Seiten der gesellschaftlichen Linken vorherrschende Schweigen über seine Beiträge zur marxistischen Theorie hat ihn „in eine gewisse Verbitterung und Verhärtung getrieben“ (143). Und so verblieb er auch deshalb ein „Sonderling“, der „nicht schuldbildend“ wirkte (223).

Jünke betont die Stärken und benennt Koflers Schwächen und Fehler. Hier ist vor allem Koflers Bruch in den 1980er und 1990er Jahren mit seinem früheren „Freiheitsverständnis“ und Denken zu nennen, als dessen Ursache Jünke die „Enttäuschung“ Koflers über die reale Entwicklung der progressiven Elite ansieht (71). So „entlastete und entschuldigte“ Kofler „das stalinistische System“ (69), als dessen Kritiker er noch in den 1950er Jahren gewirkt hatte, und entwickelte gar eine „Erziehungsdiktatur von oben“ (70).

Es handelt sich um eine gelungene, lesenswerte und sprachlich elegante Einführung, die die Leserschaft motiviert und ihr die Mittel in die Hand gibt, sich eigenständig und tiefgehender mit Kofler auseinanderzusetzen, ohne dabei den Weg vorzugeben. Ob sich die Hoffnung Jünkes erfüllt, eine wie auch immer gartete kleine ‚Renaissance‘ Koflers einzuleiten, ist fraglich, aber die eine oder andere Arbeit, die sich mit dessen Aktualität auseinandersetzt, wäre zu begrüßen. Überzeugende Anhaltspunkte hat Jünke hiermit vorgelegt.

Sebastian Klauke

Kapitalismus und Rassendenken

Achille Mbembe, Kritik der schwarzen Vernunft, Suhrkamp Verlag, Berlin 2014, 332 S., 28 Euro

Rassismus und Rassendenken werden gemeinhin als dem „modernen“ Kapitalismus zumindest äußerliche, wenn nicht gar wesensfremde Kategorien betrachtet, auch wenn eingeräumt wird, dass dieser in der Praxis Rassedifferenzen gerne zu Profitzwecken ausnutzt. Der kameruner Philosoph und Historiker Achille Mbembe, bekannt vor allem als Denker der Postkoloniale, zeigt in dem vorliegenden Essay dagegen, dass der Rassismus als Grundzug der Moderne erst mit dem Kapitalismus eine systematische, in den gesellschaftlichen Beziehungen fest verankerte Existenz gewann, dass er integraler Bestandteil des Kapitalismus ist. „Der Aufschwung des Liberalismus als Wirtschaftslehre wie auch als besondere Regierungskunst erfolgte vor dem Hintergrund des Sklavenhandels ...“, (153), d.h. der transatlantische Sklavenhandel und die mit ihm verbundene Plantagenwirtschaft war jene Form, in der der Kapitalismus zuerst als globale Erscheinung Realität wurde. Untrennbar damit verbunden ist die Reduzierung der Menschen auf Körper, die durch das Aussehen unterscheidbar sind: Der Sklave war zugleich Neger und Afrikaner. Der alles durchdringende Rassismus erhält in der Figur des Negers seinen wichtigsten Ausdruck. „Aus der Sicht der merkantilistischen Vernunft ist der Negersklave Objekt, Körper und Ware.“ (153) „Die Geburt des Rassensubjekts – und damit des Negers –

steht im Zusammenhang mit der Geschichte des Kapitalismus.“ (325) Auch für Marxisten eine herausfordernde These, die in der Kategorie der abstrakten Arbeit von der Körperlichkeit des Menschen absieht. Mbembe belegt seine These u.a. durch die Analyse afrikanischer Literatur, in der der Körper und dessen Vereinnahmung eine wichtige Rolle spielen. Dabei kann er allerdings nicht verhindern, dass sein christlich-religiöser Hintergrund manchmal einseitigen Interpretationen Vorschub leistet.

Das Prinzip der Rasse wurde durch den modernen Kolonialismus verallgemeinert, da dieser auf der Unterscheidung zwischen jenen Teilen der Menschheit basiert, für welche die Ideen der Freiheit, der Gleichheit und der Demokratie Gültigkeit besitzen, und jenen, für die – aus welchen Gründen auch immer – dies nicht gilt. Die Hautfarbe, die Beschaffenheit des Körpers, waren und sind dabei die wichtigsten Unterscheidungsmerkmale. Und in dem Maße, wie die Herrschaft der ‚weißen‘ Rasse (des Westens) heute gefährdet erscheint, in dem Maße gewinnt die Hautfarbe wieder verstärkt an Bedeutung. Denn die Herrschaft des Westens basiert auf der Vorstellung, „die nichteuropäischen Völkerschaften seien mit einem minderen Sein geschlagen“, d.h. auf der Vorstellung der Rasse. Daher erleben wir heute, an der Wende zum 21. Jahrhundert „nach einem kurzen Zwischenspiel“ „eine Rückkehr zu einem biologischen Verständnis der Unterscheidung zwischen menschlichen Gruppen ...“ (48) In Zeiten der Bedrohung der weißen (= westlichen) Vorherrschaft „funktioniert die Rasse wie ein Sicherheitsdispositiv“,

„die Rasse erlaubt es, Bevölkerungsgruppen zu identifizieren und zu definieren, von denen angeblich jeweils besondere und mehr oder weniger zufällige Gefahren ausgehen.“ (77) Wer es als ‚Weißer‘ am Flughafen eilig hat wird darauf achten, dass er in der Warteschlange vor den Kontrollen nicht hinter Menschen dunkler Hautfarbe zu stehen kommt – er kann sicher sein, dass es dann lange dauern wird. Nebenbei macht Mbembe auch auf die Vermischung von geografischen und rassischen Kategorien aufmerksam: Afrikaner sind Neger sind schwarz, Europäer sind Weiße sind weiß – ein Mythos, der nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat.

Alle diese Zusammenhänge macht Mbembe auf eindringliche Art sichtbar, und auch die Konsequenzen, die diese Praxis für die zum „Neger“ erklärten Menschen und deren Denken hat. Die Kritik der schwarzen Vernunft ist eine Kritik an allen Denkweisen, welche die körperlichen Unterschiede in den Mittelpunkt stellen. Er kritisiert somit auch jene Denkweisen, die sich am „Status des Opfers“ orientieren, die daran hindern, „ein Mensch unter anderen Menschen“ zu sein, wie er mit Bezug auf Frantz Fanon formuliert (324). Implizit ist damit auch eine Kritik an Positionen der „Négritude“ verbunden: „Man wehrt sich nicht gegen die Zugehörigkeit des Negers zu einer eigenen Rasse, sondern gegen das an diese Rasse geknüpfte Vorurteil ihrer Minderwertigkeit.“ (173) Damit, so Mbembes Kritik, werde die Fiktion der Rasse übernommen (172).

Obwohl Mbembe den Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Rassis-

mus und dem „schwarzen Denken“ scharfsinnig entwickelt indem er zeigt, dass „der Kapitalismus stets auf das Instrument der Rasse angewiesen (war), um die Ressourcen der Erde auszubeuten“ und heute dabei ist, „sein eigenes Zentrum zu rekolonisieren“, so dass „die Aussichten auf ein Schwarzwerden der Welt deutlicher als jemals zuvor zutage treten“ (325), fehlt ihm jene kritische Dimension, die nur in einer antikapitalistischen Praxis bestehen könnte. Es wäre unsinnig, von ihm hier ein Programm der Überwindung des Kapitalismus zu verlangen. Darum geht es nicht. So behauptet er, dass alle Versuche der Klassifizierung, der Einfriedung, der Grenzziehung, der Hierarchisierung vergeblich seien angesichts der Tatsache, dass es nur eine Welt gibt (329). Dem möchte man gerne zustimmen. Warum diese Grenzziehungen aber vergeblich sein sollen, belegt er nicht. Angesichts der völlig andersartigen Realität bleibt das bei ihm ein frommer Wunsch. Seinen an vielen Stellen erhobenen Anspruch „Fanon heute erneut zu lesen...“ (310) kann er nicht einlösen. Dessen Perspektive der antikolonialen Gewalt lehnt er zwar nicht explizit ab, scheint sie aber

auch nicht teilen zu wollen. Was an dessen Stelle treten könnte bleibt schwammig: „Wir erleben übrigens schon heute, dass vielerorts rund um den Erdball neue – zellenartige, horizontale, laterale – Formen des Kampfes entstehen, die zum digitalen Zeitalter passen.“ (311). Mehr erfahren wir leider nicht zu diesem Thema.

Trotzdem ist dieses als philosophischer Essay aufgebaute Buch von großer aktueller Bedeutung in Zeiten, wo Bevölkerungen gerne nach ethnischen, religiösen oder anderen vermeintlich fundamentalen Merkmalen sortiert werden und wo in Konflikten der einfache Rückgriff auf rassische/nationale/religiöse Merkmale der Akteure schon als Erklärung gilt. Deutlich wird der rassistische Kern von gedankenlosen Parolen nach dem Muster „Je suis Charlie“ zur Verteidigung ‚unserer‘ ‚westlichen Werte‘ (was unterstellt dass diese besser seien als andere). Kleinere Irrtümer (wie auf S. 82, wo Hegels „Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte“ zu „Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie“ werden) zeigen, dass auch große und renommierte Verlage am Lektorat sparen.

Jörg Goldberg

Autorinnen und Autoren

Tariq Ali – London, Historiker und Filmemacher

Prof. Dr. Günter Benser – Berlin, Historiker

Dr. Detlef Bimboes – Berlin, Dipl. Biologe, Mitgl. der Ökologischen Plattform bei der Partei Die Linke

Nico Biver – Marburg, Dipl. Volkswirt, Wahlkreismitarbeiter

Prof. Dr. Dieter Boris – Marburg/L., Sozialwissenschaftler, Z-Beirat

Dr. oec. habil. Ulrich Busch – Berlin, Wirtschaftswissenschaftler, Dozent, Schatzmeister der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e.V.

Patrick Cockburn – Irland, Journalist, langjähriger Presse-Korrespondent im Mittleren Osten

Klaus Dräger – Köln, Publizist, Z-Beirat

Sebastian Friedrich – Berlin, Publizist und Redakteur bei analyse und kritik sowie kritisch-lesen.de

Prof. Dr. Georg Fülberth – Marburg/L., Politikwissenschaftler

Prof. Dr. Heiner Ganßmann – Berlin, Soziologe

Dr. Rolf Geffken – Hamburg, Leiter des Instituts für Arbeit – ICOLAIR, Lehrbeauftragter für chinesisches Recht und Fachanwalt für Arbeitsrecht

Dr. Jörg Goldberg – Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur

Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe – Freital, Historiker

Dr. Martin Grass – Uppsala, Historiker, Archivar (Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung)

Dr. Gert Hautsch – Frankfurt/M., Medienjournalist und Gewerkschafter

Sebastian Klauke – Kiel, Doktorand im Bereich politische Soziologie

PD Helmut Knolle – Bern, Mathematiker und Ökonom

Prof. Dr. Thomas Kuczynski – Berlin, Wirtschaftswissenschaftler, Historiker

Inva Kuhn – Berlin, Politologin, tätig im Bereich der politischen Bildung

Prof. Dr. Karin Kulow – Berlin, Arabistin und Islamwissenschaftlerin

Dr. André Leisewitz – Weilrod/Ts., Dipl. Biologe, Z-Redakteur

Dr. Ruth May – Berlin, wissenschaftliche Leitung der feministischen Sektion des InkrIT, Berlin

Hans Modrow – Berlin, letzter Vorsitzender des Ministerrats der DDR, ehem. MdB, Vorsitzender des Ältestenrates der Partei Die Linke

Nabil Mouline – Paris, Forscher am historischen Institut CNRS/EHESS (École des hautes études en sciences sociales, Paris)

Prof. Dr. Klaus Müller – Lugau, Wirtschaftswissenschaftler

Patrick Ölkrug – Marburg, Student der Politikwissenschaft

Prof. Dr. Lothar Peter – Bremen, Sozialwissenschaftler

Dr. Ulla Plener – Berlin, Politikwissenschaftlerin und Historikerin

Dr. Dennis Püllmann – Berlin/Rethymno, Literaturwissenschaftler und Übersetzer

Dr. Oliver Reschke – Berlin, Historiker

Prof. Dr. Werner Röhr – Berlin, Historiker

Prof. Dr. Jörg Roesler – Berlin, Wirtschaftshistoriker, Hochschullehrer

Prof. Dr. Werner Ruf – Kassel, Politikwissenschaftler

Bertram Seidel – Chemnitz, Grundschullehrer i.R.

Claudia Steinitz – Berlin, Übersetzerin

Alan Ruben van Keeken – Siegen, Student der Musikwissenschaften, Z-Redakteur

Dr. Gerd Wiegel – Berlin, Politikwissenschaftler, Fachreferent Rechtsextremismus/Antifaschismus der Linksfraktion, Z-Redakteur

Dr. des. Michael Zander – Berlin, Psychologe

Lucas Zeise – Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Joachim Becker, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Frank Deppe, Klaus Dräger, Werner Goldschmidt, Regine Meyer, Klaus Pickshaus, Jörg Roesler, Ursula Schumm-Garling, Conny Weißbach, Harald Werner.

Redaktion: Jörg Goldberg, André Leisewitz, Jürgen Reusch, David Salomon, Alan Ruben van Keeken, Gerd Wiegel.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt Euro 35,-. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 43,-. Das Einzelheft kostet Euro 10,-. Abo zum reduzierten Preis (Studenten u.a., gegen Nachweis) Euro 28,-, Ausland Euro 36,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595. Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406.

e-mail: redaktion@zme-net.de; internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza. ISSN: 0940-0648.

Redaktionsschluss: 30.04.2015.

Beilagenhinweis: Dem Heft liegt ein Prospekt des VSA-Verlages bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Berliner Debatte Initial

1

26. Jg. 2015

Piketty kontrovers

Die Wiederkehr des
„Patrimonialen Kapitalismus“

Milanoic

Boyer

Piketty aus
regulationstheoretischer Sicht

Hartmann

Elitenrekrutierung
und Ungleichheit

Mankiw

Zur Verteidigung
der Ein-Prozent

Corneo

Kapitalsteuern und
öffentliches Eigentum

Berliner Debatte Initial ist ein 1990 gegründetes geistes- und sozialwissenschaftliches Journal. Seit 2009 erscheinen jedes Jahr vier Hefte mit thematischem Schwerpunkt und Artikeln zu aktuellen sozialwissenschaftlichen, wirtschaftswissenschaftlichen und philosophischen Themen.

Bestellungen: Einzelhefte (gedruckt) im Buchhandel.

Einzelhefte (gedruckt oder als PDF), einzelne Artikel (als PDF) und Abonnement im Webshop <http://shop.welttrends.de/> oder per Mail: bestellungen@berlinerdebatte.de

Weitere Informationen unter <http://www.redaktion.berlinerdebatte.de/>

Preise: Einzelheft 15 €
Jahresabo 40 €, Institutionen 45 €,
Ausland zuzüglich Porto.
Studenten, Rentner und Arbeitslose 25 €.

Reichtumskonzentration und Ungleichheit. Piketty kontrovers

Zusammengestellt von Christian Toft und Giacomo Corneo

Editorial	2	<i>Giacomo Corneo</i> Kapitalsteuern und öffentliches Eigentum	119
PIKETTY KONTROVERS			
<i>Branko Milanoic</i> Die Wiederkehr des „Patrimonialen Kapitalismus“	5	<i>Rolf Stein</i> Digitale Metropolisierung in Berlin	128
<i>Robert Boyer</i> „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ aus regulationstheoretischer Sicht	21	BESPRECHUNGEN UND REZENSIONEN	
<i>Michael Hartmann</i> Elitenrekrutierung und Einkommensungleichheit	37	<i>Kirsten Thietz</i> Heinrich von Kleists „Über das Marionettentheater“ und kein Ende	142
<i>N. Gregory Mankiw</i> Zur Verteidigung der Ein-Prozent	50	<i>Jeremy Rifkin:</i> Die-Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Rezensiert von <i>Jürgen Leibiger</i>	151
<i>Markus M. Grabka</i> Die Vermögensverteilung in Deutschland und den USA	63	<i>Johannes Glaeser:</i> Der Werturteilstreit in der deutschen Nationalökonomie. Max Weber, Werner Sombart und die Ideale der Sozialpolitik Rezensiert von <i>Ulrich Busch</i>	156
<i>David H. Autor</i> Qualifikation, Bildung und der Anstieg der Einkommensungleichheit unter den „anderen 99 Prozent“	79	<i>Alexander Amberger:</i> Bahro – Harich – Havemann. Marxistische Systemkritik und politische Utopie in der DDR Rezensiert von <i>Wladislaw Hedeler</i>	159
<i>Adam Bonica, Nolan McCarty, Keith T. Polle, Howard Rosenthal</i> Warum hat die Demokratie den Anstieg der Ungleichheit nicht verlangsamt?	100	Autorenverzeichnis	164

Sie lügen
wie gedruckt.
Wir drucken,
wie sie lügen.

DIE TAGESZEITUNG

junge Welt



Monstrum

Der Immobilienkonzern Deutsche Annington will den Bivalen (GAFH) übernehmen. Damit soll der zweitgrößte Wohnungsbaubaukonzern entstehen. Seine Basis ist geflüchteter sozialer Wohnungsbau.

SEITE 9

WWW.JUNGEWELT.DE

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 2. DEZEMBER 2014 · NR. 279 · 140 EURO · PVST A1002 · ENTGELT BEZAHLT

Gratiskulturalist

2 Jörg Bergstedt will Klarheit: Offiziell deklariertes Schwarzfahren steht nicht unter Strafe

Rechtsvermeider

3 Oberstaatsanwalt weist Klage gegen Überfall auf «Miss Marmarax» ab · Von Norman Raech

Diskussionsverhinderer

4 Die Linke weist Einwände gegen Vorstandsbeschlüsse zu Israel und DDR zurück · Siehe Seite 9

Zementierer

7 Israel: Protest gegen neues «Nationalratsgesetz», aber zionistische Hardliner weiter im Aufwind

Nein sagen wie Liebknecht



Vor 100 Jahren:
Als dieser Abgeordnete
im Reichstag
Karl Liebknecht

Drei Wochen gratis testen

NATO macht weiter Front gegen Russland

Die NATO will mit Hilfe Deutschlands schon jetzt eine Eingreiftruppe aufstellen, die sofort einmarschieren kann. Die NATO will die Ukraine und schließt auch ein Mitgliedstaat des Landes ein, wie die Generalleutnant Jens Stoltenberg am Montag in Brüssel bekannt machte. Die NATO-Außenminister treffen sich am Dienstag in Brüssel. Russland erweist aggressives Verhalten vor Moskau. Forderungen nach einer Garantie, dass die Ukraine nicht in die NATO aufgenommen wird, entzieht Stoltenberg eine Alternative. Die Forderung ist eine Garantie, dass die Ukraine nicht in die NATO aufgenommen wird.

Wahlberechtigte in Deutschland können zum Wahltag online, darunter viele Erstwähler, Unterstützung von Wahlhilfe erhalten. S. 10

VSA: Politische Ökonomie



Ralf Krämer
Kapitalismus verstehen
 Einführung in die Politische Ökonomie der Gegenwart
 256 Seiten | € 16.80
 ISBN 978-3-89965-644-2
 Grundlagenwissen und Argumente für politisch Aktive im finanzgetriebenen Kapitalismus.



joachim bischoff /
 bernhard müller
piketty kurz & kritisch
 eine flugschrift zum kapitalismus im 21. jahrhundert
 96 Seiten | € 9.00
 ISBN 978-3-89965-646-6
 Pikettys Studie wird vorgestellt und ihre Bedeutung eingeordnet.



Michael Brie (Hrsg.)
Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?
 Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 2 | Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
 256 Seiten | € 16.80
 ISBN 978-3-89965-648-0

Der Sozialismus kommt



kritisch links

Analysen
 Positionen
 Berichte

monatlich gedruckt
 Jahresabo € 70,-
 (€ 50,- ermäßigt)

täglich im Netz
www.sozialismus.de



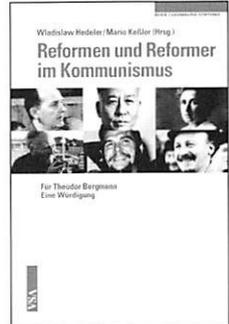
Elmar Altvater
Engels neu entdecken
 Eine hellblaue Bändchen zur Einführung in die Dialektik der Natur und die Kritik von Akkumulation und Wachstum
 192 Seiten | € 12.00
 ISBN 978-3-89965-643-5



karl heinz roth
griechenland am abgrund
 die deutsche reparationsschuld
 eine flugschrift
 96 Seiten | € 9.00
 ISBN 978-3-89965-664-0



joachim bischoff /
 elisabeth gauthier /
 bernhard müller
europas rechte
 das konzept des »modernisierten« rechtspopulismus
 eine flugschrift
 132 Seiten | € 11.00
 ISBN 978-3-89965-663-3



Wladislaw Hedeler /
 Mario Keßler (Hrsg.)
Reformen und Reform im Kommunismus
 Für Theodor Bergmann.
 Eine Würdigung
 Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
 416 Seiten | € 29.80
 ISBN 978-3-89965-635-0

Mehr Infos unter
www.vsa-verlag.de

Postvertriebsstück D 2841 F

Gebühr bezahlt



Z-Vertrieb, Postfach 500936, D-60397 Frankfurt/M.

„In einer Parlamentsdebatte über Sir Robert Peels Bankakte von 1844 und 1845 bemerkte Gladstone, die Liebe selbst habe nicht mehr Menschen zu Narren gemacht als das Grübeln über das Wesen des Geldes. Er sprach von Briten zu Briten. Holländer dagegen, Leute, die Pettys Zweifel zum Trotz von jeher einen ‘himmlischen Witz’ besaßen für die Geldspekulation, haben nie ihren Witz verloren in Spekulation über das Geld.“

Karl Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie (1859), in: MEW 13, Berlin 1961, S. 49

Internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de

ISSN 0940-0648